Bismarck

Martin Spahn

Martin Spahn

Bismarck

Volksvereinsverlag M.Gladbach

1815 – 1898

Bismarck

Von Martin Spahn

1 9 1 5

M.Gladbach, Volksvereins-Verlag GmbH.

Vorwort

Durch Jahre wurde dieses Buch bedacht und vorbereitet. Es sollte als Vorläufer einer umfassenden Darstellung der innern Reichspolitik von 1876 bis 1879 eine Gesamtcharakteristik des in ihrem Mittelpunkte stehenden Fürsten Bismarck versuchen. Nun, da die Stunde gekommen ist, das Buch niederzuschreiben, haben sich die Zeiten völlig geändert. Ein Weltkrieg entwertet alle bisherigen Grundlagen für das Urteil über den Helden und schafft deren neue.

Bismarck hat das an physischen und geistigen Kräften reichste Volk der Erde unter der Führung des preußischen Königtums staatlich organisiert. Darauf mußte ein europäischer Gegenstoß nach menschlichem Ermessen erfolgen. In Bismarck selbst ist schon auf den Schlachtfeldern Frankreichs das Bewußtsein aufgekommen, daß das, was er eben gestaltete, die entscheidende Probe seiner Macht und Leistungsfähigkeit noch zu bestehen haben werde. Er ahnte, daß auch eine Kunst wie die seine nicht hinreichen würde, dem deutschen Volk einen Krieg mit mehreren Fronten zugleich zu ersparen. Er suchte nur den Krieg so lange als möglich zu verzögern. Noch ein Vierteljahrhundert über Bismarcks Kanzlerschaft hinaus ist diese Friedenspolitik auch seinen Nachfolgern geglückt. Das Reich schlug unterdessen feste Wurzeln in den Boden deutscher Nation und entfaltete dicht und breit sein Gezweige. Dreiundvierzig ruhige, der innern Entwicklung geweihte Jahre flossen seit der Begründung der deutschen Einheit dahin. An dem Tage jedoch, da sich des ersten Kanzlers Todestag zum 16. Mal jährte, mußte der Kaiser Deutschland in Kriegsgefahr erklären. Die Nation rüstete sich schon, am folgenden 1. April die hundertste Wiederkehr des Geburtstags Bismarcks mit Gepränge zu feiern. Nun rüstete sie sich zum Kriege. Die Geschichte selbst übernahm es, des großen Mannes hundertjährigen Geburtstag mit furchtbarer Kriegsflamme zu erhellen und zu feiern. Wird Bismarcks Gebilde, von ihr verzehrt, dem Gegenstoß Europas erliegen und damit die Größe des Helden selbst wieder erbleichen? Wird die Probe genialere Anstrengungen der Führer, opferreichere Leistungen der Nation heischen, so daß die Tage von 1870 hinter den neuen zurücktreten und mit ihnen auch das Maß ihres Meisters für unser Auge kleiner wird? Oder werden die Ereignisse, die wir miterleben, erst den rechten Unterbau türmen, von dem herab der Schöpfer unserer Einheit und Stärke die Zukunft seines Volkes auf Jahrhunderte hinaus als dessen gewaltigste staatsmännische Erscheinung beherrschen wird?

Kein einzelner darf sich eines Urteils über die mutmaßliche Entscheidung vermessen, während Gott und die in unserm Reiche waltenden Kräfte noch am Werke sind. Dagegen ist es nicht nur erlaubt, sondern für den Historiker im Augenblicke sogar die packendste Aufgabe, über Bismarcks Persönlichkeit Rechenschaft zu legen und das Geflecht seiner politischen Ansichten und seines Wirkens noch einmal auszubreiten. Solche Rückschau kann nur dazu dienen, der Nation die Umschau in der neuen Welt, in die sie durch den Krieg gestellt wird, zu erleichtern.

Inhalt

Erster Abschnitt

Jugendjahre

„Nihil humani a me alienum puto.“

Aus einem Briefe Bismarcks an die Cottasche Buchhandlung 18. März 1892.

Erich Marcks hat 1908 Bismarcks Entwicklung vom Kinde bis zum Manne geschildert. Die Schilderung füllt den bisher erschienenen Band seines Lebens des Kanzlers. Marcks hat darin den noch erreichbaren Stoff erschöpfend dargeboten. Seine liebevolle Versenkung ins einzelne ist in der deutschen Geschichtsliteratur bei gleicher Meisterschaft der wissenschaftlichen Methode und Erzählungskunst wohl ohnegleichen. Jede Angabe, die zu tieferm Nachspüren anreizt, wird von Marcks ebenso gründlich wie geistreich hin und hergewandt, bis die erwägenswerten Gesichtspunkte fast ohne Ausnahme aufgedeckt sind. Das stets sorgsam bedachte Urteil wird oft in überraschend glücklichen, klaren Wendungen gefällt. Daher genügt es hier, die wichtigsten Tatsachen der Jugendgeschichte festzuhalten, die Hauptstriche des Werdeganges Bismarcks zu ziehen. Nicht alle fallen mit den Strichen, wie Marcks sie bestimmte, zusammen. Auch Einzelheiten werden anders ausgelegt. Ausdrückliche Hinweise darauf in jedem besondern Falle erübrigten sich aber, da das Marckssche Buch leicht von jedem Leser zum Vergleich mit diesem herangezogen werden kann.

Die äußern Umstände seines Lebens erscheinen schon in Bismarcks Jugend mannigfach mit der allgemeinen deutschen Zeitgeschichte verklammert, so daß sich die Einschnitt bildenden Jahre mit ebensolchen der nationalen Entwicklung decken. Bismarcks Eltern heirateten wenige Wochen vor dem Ausbruch des Krieges, der nach den Niederlagen von Jena und Auerstädt

in den Jahren 1806 und 1807 dem preußischen Staate die entscheidende Wendung für das eben angebrochene Jahrhundert gab. Als Bismarck selbst die Welt zuerst beschrie, erhielten die preußischen Truppen Befehl, gegen den von Elba wiedergekommenen Korsen nach Belgien und Bellealliance zu marschieren, und beeilten sich die Staatsmänner des Wiener Kongresses, den Deutschen Bund zu schließen, durch den die deutsche Einheit nach der Auflösung des alten Reiches, obwohl nur locker, erneuert wurde. Er ging 1832 im Todesjahre Goethes zur Universität und hat ein Jahr später auf studentischer Wanderfahrt, in der literarisch empfänglichsten Zeit des Lebens, im Sterbehause des Dichters zu Weimar geweilt. Als Bismarck eben die Kämpfe um sein Inneres durchgekämpft hatte, erhob sich die Bewegung des Revolutionsjahres 1848, und öffnete sich das Feld öffentlicher Tätigkeit weit vor dem zur vollen Selbstbeherrschung gelangten Mann. Von 1864 bis 1890 war er dann berufen, die mitteleuropäischen Ereignisse der Geschichte persönlich bestimmend weiterzuführen. Indessen auch nach seinem Sturze berührten sich das allgemeine Geschehen und sein persönliches Schicksal noch einmal nahe. Er starb, als die ersten Anzeichen des gegenwärtigen Krieges aufleuchteten. In seinem Todesjahre wurde der Grund zur deutschen Flotte gelegt, und wich Frankreich aus Faschoda vor England zurück.

Der Stammbaum Bismarcks ist bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgt worden. Damals war das Geschlecht mit dem altmärkischen Städtchen Stendal verknüpft. Schon vom 14. Jahrhundert an gehörte es zu der Oberschicht, den „schloßgesessenen" Familien des altmärkischen Adels. Die Zugehörigkeit zu ihm wahrten die Bismarcks auch dann noch, als ihr Geschlecht von den Hohenzollern in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zum Teil auf das rechte Ufer der Elbe abgedrängt wurde. Das dort gelegene Gut Schönhausen wurde der Sitz des jüngern Zweiges der Familie. Einmal von der Stadt aufs Land übergesiedelt, haben sich die Bismarcks ganz und gar die Gewohnheiten und

Neigungen des ostdeutschen Adels angeeignet. Sie lebten als Landwirte oder Offiziere; die Mitglieder des ältern Zweiges nahmen auch höhere Richter- oder Verwaltungsstellen an. König Friedrich Wilhelm I. zählte die Familie wiederholt unter den trotzigen und ungehorsamen Familien auf, um derentwillen er seinen Sohn vor den Altmärkern warnte. In einzelnen Angehörigen erreichte das Geschlecht gewisse vorläufige Höhepunkte. Klaus v. Bismarck war im 14. Jahrhundert Rat und Hauptmann des Magdeburger Erzbischofs, dann Hofmeister des Kurfürsten von Brandenburg. Aus der ältern Linie brachte es nach der Verzweigung etwa Levin Friedrich zum Geheimen Staats- und Justizminister unter Friedrich dem Großen und Ludolf August gleichzeitig zum russischen General. In der jüngern Linie bewährte sich um die Wende des 17. Jahrhunderts August v. Bismarck als besonders erfolgreicher Mehrer des Familiengutes. Auch in Hinterpommern erwarb das Geschlecht stattlichen Besitz. Bismarcks Vater Ferdinand, der der Schönhauser Linie entsproßte, verkörperte das durchschnittliche Wesen der Familie. Höhere Eigenschaften und Ehrgeiz mangelten ihm. Dafür war er desto kerniger, gesünder und reicher an Saft. Die Kraft des halbtausendjährigen Geschlechts sammelte sich gleichsam in ihm, um gleich darauf in seinem Sohne der äußersten, dem Geschlechte zugänglichen Höhe zuzustreben.

Ganz anders war es um Bismarcks Mutter bestellt. Sie war bürgerlicher Herkunft, ihre Vorfahren erst Kaufleute im Oldenburgischen, dann Professoren in Leipzig und Helmstedt, bis ihr Vater, vielgewandt und ehrgeizig, sein Glück mit gutem Gelingen im preußischen Staatsdienst suchte. Er wurde noch unter Friedrich dem Großen Sekretär im königlichen Kabinett. Seine Rolle hat er in den ersten Jahren Friedrich Wilhelms III. gespielt, da er zu des Königs Art in dessen Frühzeit trefflich paßte. Mencken war mehr neuerungslustig und am altpreußischen Staatswesen verzagt, als fähig zu Verbesserungen. Stets blieb er in der Bildung des 18. Jahrhunderts befangen. Er

war kein starker Mensch, jedoch arbeitsam und unterrichtet, ein rechter Beamter nach Auffassung und Streben. 1801 starb er. In Wilhelmine Mencken lebte die Art des Vaters fort. Schön und beweglich, erlangte sie als junges Mädchen, trotzdem ihr Vater nicht mehr war, ihre Stellung in der höfischen Gesellschaft Berlins und Potsdams. Siebzehnjährig heiratete sie wider Erwarten in Ferdinand v. Bismarck einen doppelt so alten Landedelmann. Ein Bekannter hat gelegentlich in einem Augenblicksbild den ganzen Gegensatz der Tochter Menckens und des Mannes aus dem altmärkischen Hause festgehalten. Sie klagte bei einem Besuche über die Schwäche ihrer Nerven, behauptete hellsehend zu sein, erzählte, daß sie sich magnetisieren lasse, und daß es ihr helfe. „Der Mann aber klagte, daß sie bei aller Clairvoyance doch nicht hätte vorhersehen können, daß die Wollpreise gegen Ende des Wollmarktes niedriger als zu Anfang desselben sein würden."

Der künftige Reichskanzler ist aus der Ehe der Eltern als das vierte Kind hervorgegangen. Seinen Vornamen Otto verdankte er der Familie der Mutter. Die Bedeutung der Mutter für den Sohn liegt wohl darin, daß sie in das langsam fließende Blut des Bismarckischen Geschlechts durch ihre Herkunft und ihr Wesen ein aufwirbelndes Element brachte, wodurch es wieder rascher und stärker strömte und die aufgespeicherte Kraft sich entlud. Wo dagegen einzelne Eigenschaften des Sohnes auf die Natur der Mutter zurückweisen, löst sich der Zusammenhang bei genauerem Vergleich. Ehrgeizig wie sie, ist er nie gewesen. Man rühmte ihr Verstandesklarheit nach; es fehlte auch dem Sohne nicht daran, aber die seine war eher von dem ruhigen Schlage seiner ostdeutschen Standesgenossen als von der spitzigen, nervösen Art Wilhelminens. Lebenslang unterschied sich die staatsmännische Persönlichkeit Bismarcks, obwohl er nach längerm Schwanken dauernd als Beamter tätig wurde, aufs schroffste von der Beomtennatur des alten Mencken. Bismarck hat in der vollen Wucht seines Wachstums aus dem väterlichen

Stamme emporgestrebt. Die Einheit und Kraft seines Willens, worauf seine politische Leistung beruhte, erläutert sich daraus. Mit gutem Grunde empfand er sich lebenslang ausschließlich als Bismarck.

Als Otto ein Jahr alt war, zogen die Eltern von Schönhausen, wo er geboren worden war, auf die soeben an sie gefallenen pommerischen Güter der Familie. Er verlebte hier fünf frohe Kinderjahre, die uns durch Briefe der Mutter in manch kleinen Zügen vertraut geworden sind. Als Mann hat Bismarck darum geklagt, daß er schon dann, vor vollendetem siebten Jahre nach Berlin gebracht wurde. Die Mutter übergab ihn der Erziehungsanstalt eines Pestalozzischülers Plamann, die damals von der Mode der guten Gesellschaft Berlins begünstigt wurde. Kraus genug scheint Plamanns Methode die nach 1806 in Preußen gepflegten Ideale einer nationalen Erziehung mit den an Auswüchsen reichen Bestrebungen der Turnerei Jahnschen Schlages gemischt zu haben. Der Knabe, den es nach Pommern zog, ist von dem Kargen mit der Nahrung, von dem rohen Ton bei den Leibesübungen, von dem „Teutschtum" und dem adelsfeindlichen Geiste der vornehmlich vom Adel und hohen Beamten beschickten Anstalt abgestoßen worden. Ein bitterer Nachgeschmack blieb ihm vom Aufenthalte bei Plamann zurück. In der Anstalt selbst hat er ohne Zweifel nicht den Kopf hängen lassen. Nicht nur rühmt ein wortreiches Zeugnis seinen Frohsinn und sein gemütlich freundliches Wesen. Packender rühmt beide Eigenschaften noch das auch künstlerisch wertvolle Bildnis, das Franz Krüger, Berlins bester Bildnismaler, von dem Elfjährigen malte. Ein frischer, schalkhafter Knabe blickt uns daraus entgegen. Beim Spiel mag er unwillkürlich einer der Anführer gewesen sein. Deshalb braucht darin noch nicht, wie es die um Bismarck sich spinnende Heldensage später ausdeutete, der allen Überlegene zum Vorschein gekommen zu sein. „Ein nettes Jungchen", so mutete Otto gleich darauf seinen tüchtigsten

Lehrer an, als er 1827 aufs Gymnasium, erst auf das an der Ecke der Friedrich- und Kochstraße, dann auf das vom Grauen Kloster überging. In den fünf Gymnasialjahren hat sich Bismarck freier und wohler gefühlt als bei Plamann. Denn anfangs wurde in der Berliner Wohnung der Eltern für ihn und den ältern Bruder ein eigner Haushalt geführt. Nachher nahm ihn jener Lehrer zu sich, der ihm als einem netten, auch geweckten Jungen gut war, und in dessen Familie Bismarck heimisch wurde.

Leider sind wir über die Einwirkung der einander folgenden Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, einschließlich der Universitäten, auf Bismarcks geistige Entfaltung nicht unterrichtet. Er selbst hat einseitig nur über sein religiöses Leben im Zusammenhange Rechenschaft gelegt. Über alles andere entlockte ihm höchstens der eine oder andere Zufall eine Äußerung von bedingtem Werte. Er hat sich innerlich vermutlich mehr neben als in der Schule entwickelt. Den Lehrern gegenüber behauptete er seine Selbständigkeit, zuweilen bis zum Trotze. Dagegen saß er gern in gemütlichem Geplauder bei der noch jungen Frau seines Pensionsherrn oder über einigen größern Geschichtswerken. Er las sie aus eignem Antrieb, wie er auch seinen Schatz an Kenntnissen der deutschen und englischen Dichtung nicht aus Lehrerhand annahm, sondern sich erst als Student im Verkehr mit Freunden und in der Einsamkeit seiner ersten Mannesjahre erwarb. Neben einer früh erwachten Neigung, sich in den eignen vier Wänden gehen zu lassen, lange zu schlafen und sich reichlich bequem zu kleiden, hatte er anscheinend vom Großvater bismarckischerseits Sinn für elegantes Auftreten und Benehmen geerbt. Darüber regte sich auch die Lust an studentischem Treiben und studentischer Renommage noch auf der Schulbank in ihm. Die Zeugnisse der Gymnasialzeit sprechen von mannigfacher Ablenkung, ungleichmäßigen Ergebnissen. Sie loben unbedingt nur seine Beschäftigung mit den neuern Sprachen, deren Bevorzugung nicht in der Richtung

des damaligen Gymnasiums lag, und melden etwa noch Gutes von seiner Teilnahme am Geschichtsunterricht oder von seiner wachsenden Herrschaft über die Muttersprache. Als ein Schüler, dem für seine Gesamtleistungen nicht die erste Note zuerkannt werden konnte, verließ Bismarck 1832 das Graue Kloster. Willig erschlossen hatte er sich dem eben aufblühenden und ethisch wertvollen Neuhumanismus der deutschen Gymnasien so wenig wie vorher den nationalen Erziehungsidealen Plamanns. Er gab sich demnächst auf den Universitäten erst recht nicht der an politischen Beziehungen zum Teil reichen Geistesarbeit der Professoren hin. Er belegte wenige Vorlesungen, und mit einer nicht zu überschätzenden Ausnahme, der Vorlesungen des Göttinger Historikers Heeren, hörte er auch die belegten nicht. An der Schwelle seiner öffentlichen Laufbahn hat er zornig über die Ergebnisse des preußischen Schulwesens abgeurteilt. Er nannte am 14. Februar 1851 in der Zweiten Kammer die zeitgenössische preußische Abart des Absolutismus, die für ihn „mit der Idee geheimrätlicher Allgewalt und dünkelhafter Professorenweisheit" zusammenfalle, „das notwendige Produkt derjenigen preußischen Erziehungsmethode, die dem Individuum, welches den Experimenten auf den Gymnasien und Universitäten unterworfen werde, den Glauben an jede Autorität in dieser und jener Welt nimmt und ihm nur den Glauben läßt an die eigne Weisheit und Unfehlbarkeit". Im Greisenalter schilderte er sich selbst in den einleitenden Worten der „Gedanken und Erinnerungen", etwas abweichend auch in einer Ansprache als solch ein „normales Produkt" der von ihm besuchten Schulen; er wollte von Plamann deutschnationale Eindrücke, vom Gymnasium burschenschaftliche Stimmungen mitgenommen haben. Um das Jahr 1890 sah er jedoch gerne über die erweisbare Zahl und Stärke hinaus Fäden zwischen seinem geistigen Werden und der liberalen wie der nationalen Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert hin und her spielen; die „Gedanken und Erinnerungen" belegen es an

vielen Stellen. Freilich noch stärker übertrieb er in seinem Widerspruchsgeist, als er in den 60er Jahren einen durch seine Verhandlungen mit Linksliberalen besorgten Freund mit den Worten abwehrte: Was man gewesen und überwunden, das werde man nicht wieder. Tatsächlich hafteten die Eindrücke allgemein geistigen Inhalts, die er auf den Schulen empfing, nur oberflächlich. Der Unterricht wirkte vor allem dadurch auf ihn ein, daß er ein Gefühl der Leere und des Unbefriedigtseins, das in der Brust des Knaben schon aufstieg, beständig vermehrte. Das junge Menschenkind wurde durch die Entfernung von daheim und den Unterricht innerlich immer mehr allein gelassen. Man erkennt es an dem einzigen Punkte, der deutlich beobachtet werden kann, dem Verzichte auf den Glauben an einen Gott, der sich zum Menschen erbarmend herniederneigt. Bismarck wußte noch nach Jahren „die Nacht so gut", wo er als Fünfzehnjähriger zum letzten Male gebetet „und dann es wissentlich gelassen" hatte. Von seinem Konfirmationsunterricht erzählte er drei Jahrzehnte später Ludwig v. Gerlach, daß er ihn nur etwa sechsmal besucht und darin nichts gelernt habe, obwohl kein geringerer als Schleiermacher ihn erteilte. Bismarcks Glaube schlug nicht um in völligen Unglauben. Er wurde auch nicht im philosophischen Sinne des Wortes Deist. Religionsunterricht und Geist der Erziehung rückten ihm einfach seinen Gott, an dessen Dasein er zu glauben fortfuhr, in unnahbar kalte und weite Fernen.

Später, als der Kampf wider den ihn entmutigenden Zustand seiner Seele Bismarck beinahe zu Boden warf, hat er die Mutter der Schuld daran geziehen. Obwohl ein Mann die erste Frau, die um ihn gelitten hat und über ihn wachte, gerade der Geliebten eher zu lichtreich als kühl zu schildern geneigt ist, schilderte er seiner Braut die längst Verstorbene unhold. „Meine Mutter war eine schöne Frau, die äußere Pracht liebte, von hellem, lebhaftem Verstande, aber wenig von dem, was der Berliner Gemüt nennt. Sie wollte, daß ich viel lernen und

viel werden sollte, und es schien mir oft, daß sie hart, kalt gegen mich sei." Auch sonst belebten sich immer unfreundliche Erinnerungen an sie. Weil sie gerne Gesellschaften gab, hatte der Vater in der Berliner Wohnung manche Nacht auf sein Schlafzimmer und Bett verzichten müssen. Weil sie in die Wochen, in denen die Plamannsche Anstalt Ferien machte, Badereisen legte, hatte der Knabe selbst dann nicht auf das geliebte Land nach Hause gedurft. In der Tat bestätigt der Ton ihrer Briefe an die Kinder, daß sie ihnen kaum ans Herz greifen konnte. Sie ging nicht auf die Art der Kinder ein. Fortwährend ermahnte, erzog und trieb sie sie voran, während der Vater ganz Güte und behaglicher Humor war. Sie wollte allezeit nur etwas aus ihnen machen, sie zu etwas bringen und eben zu dem, was ihrem Ehrgeiz schmeichelte. Vor allem aber versagte sie doch auf dem Gebiete der religiösen und moralischen Leitung der Kinder, was ihr begabtester und unbändigster Sohn am tiefsten verspürte. Da erwies sich, daß sie als Fremde in das Haus ihres Mannes eingetreten und fremd darin geblieben war. Den Bismarcks leuchteten andere Lebenssterne als ihr. Eine erfolgreiche Beamtenlaufbahn und „Sinn und Richtung zur höhern geistigen Bildung, die uns allein das Göttliche in unserer Natur offenbaren kann und, wie ich glaube, auch allein uns dermaleinst wahrhaft zu Gott führen kann", erschienen der Tochter des vom Geiste der Aufklärung erfüllten bürgerlichen Mencken als die höchsten Lebensgüter. Ihr Sohn dagegen verlangte unwillkürlich nach einem demütigen Glauben und herzlicher Frömmigkeit, wovon sie nichts wußte, und die sie ihm nicht mitzuteilen vermochte. Wie die ehrgeizige, bewegliche Frau die in ihren Erträgen zurückgehenden Güter der Bismarckschen Familie durch vielfältige und übereilte Verbesserungsversuche bis zum Ausgang der 30er Jahre in einen recht üblen Stand versetzte, hat sie auch ihren großen Sohn den Klippen, die auf seinem Lebenspfade lauerten, nur näher zugetrieben. Wohl kam durch Wilhelmine Mencken vermutlich die

Bewegung in das Blut der Bismarcks, durch die der Aufstieg des Sohnes vorbereitet wurde. Zunächst aber mußte er dafür den schmerzlichen Preis zahlen, daß sein Herz über das gewöhnliche Zeitmaß jugendlicher Erregungen hinaus in Unruhe blieb und die innern Kämpfe heiß bis dicht an die Grenze des Verzehrens seiner Kräfte wurden. Dadurch litt das Bild der Mutter in der Seele Bismarcks. Sie hatte ihm zu viel Wehes angetan. Bei ihren Lebzeiten aber war das Verhältnis noch nicht so ungut und, als sie auf dem Sterbebette lag, sogar offen und innig.

Frau v. Bismarck hatte gewünscht, daß sich Otto auf der Universität dem Studium der Rechte zuwandte, um Diplomat zu werden. Einige Jahre darauf zog sie seinen Eintritt in das Offizierkorps vor. Dem ersten Wunsche fügte sich Bismarck, ist deshalb auch wider sein Vorhaben nicht nach Bonn und Genf, sondern auf die weniger anziehende, aber angesehenere Universität Göttingen gegangen. Ohne daß beide voneinander wußten, hat sich hier zum ersten Male sein Lebensweg mit dem Ludwig Windthorsts vereinigt. Windthorst beendigte vom Herbst 1832 bis zum Herbst 1833 in Göttingen seine Studien. Herbst 1833 ging Bismarck nach Berlin. In Göttingen verschaffte er sich durch ebenso seltsame wie auffällige Mittel die Mitgliedschaft des vornehmsten Korps, der Hanovera, verkehrte daneben gern mit Ausländern feinerer Prägung. In Berlin beanspruchte ihn das gesellschaftliche Leben, das ihm durch seine Eltern offen stand. Doch machte er sich 1835 gründlich an die Vorbereitung für die Prüfungen. Schon vom zweiten Semester an hatte er sich vornehmlich an Lehrer gehalten, die als Repetitoren gekennzeichnet werden dürfen. Auch die schriftlichen Arbeiten, die er für das Regierungsreferendariat anfertigen mußte, beweisen, daß er fleißig, aber ohne tiefere wissenschaftliche Teilnahme den Studien oblag; sie waren ihm das Mittel, sein Ziel, die Zulassung zum königlichen Dienste, zu erreichen. Will man seine Entwicklung verfolgen, so muß

man sich an seine Briefe und Aussagen guter Freunde halten. Die Briefe sind Studentenbriefe, mit allen Spuren der Unreife solcher Briefe, durchblitzt aber immer wieder — sei es durch die Kraft oder die Plastik des Ausdrucks, sei es durch den Geist der Einfälle — von Zeichen, daß ein bevorzugter Liebling der Vorsehung sie schrieb. Bisweilen, wenn er grausam wie alle Jugend andere, zumal seine adeligen Standesgenossen oder sich selbst verspottete, leuchtet der Genius für einen Augenblick vor uns auf. Offenbar gedieh Bismarck in den Berliner Semestern und dem Jahre danach, da er als Auskultator an den Gerichten der Hauptstadt tätig war, geistig vorwärts. Es dämmerte ihm auf, daß er vielleicht nicht berufen, wohl aber befähigt sei, andere zu führen und in den Gang der Dinge einzugreifen. Was zumeist damit zusammenhängt, der Trieb zum Widerspruch erst gegen die Ansichten einzelner, dann gegen die ihn umgebenden Zustände, wuchs in ihm schon von Göttingen her heran. Einem hannoverschen Korpsbruder, der den Hauptruhm an Waterloo den englischen Truppen zuwies, rühmte er wie „ein Fuchs mit Anschauungen aus der Zeit Friedrichs des Großen" Preußen. Stolz betonte er sein „Ich bin ein Preuße, kennst du meine Farben". Zur selben Zeit aber wettete er, daß Deutschland in zwanzig Jahren geeinigt sein werde; denn ein Amerikaner hatte ihn durch abschätziges Reden über die deutschen Verhältnisse geärgert. Auf dem Berliner Boden entwickelte sich dann seine Abneigung gegen die dort vorherrschenden Gewalten, den Liberalismus als Kulturbewegung und das Beamtentum. Aufgesproßt muß sie freilich schon vorher sein. Denn warum sonst unterzeichnete er sich eines Tages in Göttingen nicht mehr als „Bismarck aus Berlin", sondern als „Bismarck aus Pommern"? Liberalismus und Beamtentum standen untereinander in vielfältigen Beziehungen. Sie gelangten in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts zur vollkommenen Durchbildung und luden daraufhin zu ihrer breitesten Entfaltung aus. Bismarcks Mutter hatte

von je auf die beiden Gewalten als die höchsten des Lebens geschworen. Der Sohn wehrte sie kühl von sich ab. Der Liberalismus schien ihm vor allem oppositioneller Gesellschaftsklatsch zu sein. Mit einem Blick auf dessen Hauptvertreter, den Juden Varnhagen von Ense, warf er später einmal hin: in Berlin „redete alle Welt mit dieser malitiösen Impotenz“. An seinem Urteil änderte auch nichts, daß er Gelegenheit hatte, andere, edlere Arten des zeitgenössischen Liberalismus kennen zu lernen. Den Namen Dahlmanns, des Lehrmeisters und Führers eines Liberalismus, der maßvoll konstitutionell nach geschichtlichen Unterlagen suchte, erwähnte er nicht einmal, während sich die übrige akademische Jugend in Göttingen zu dessen Füßen drängte. In die Schriften des 1831 zu Berlin gestorbenen Philosophen Hegel, der heute mit Vorliebe als Konservativer gezählt wird, aber doch mit tausend Wurzeln in seiner liberalen Umwelt steckte, schaute Bismarck wenigstens hinein; sie blieben ihm indessen „unverstanden“. Auch am Beamtentum sah er nichts als den Zopf, obwohl gerade das preußische Beamtentum in den vergangenen zwei Jahrzehnten das schwere Werk der Angliederung der Rheinlande und Westfalens an den ostelbischen Staatskern geleistet und soeben noch den Zollverein zustande gebracht hatte. Ein halbes Jahrhundert nachher hat sich Heinrich v. Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert“ mit aller Leidenschaft seines Gefühls an der Arbeitsfülle und Pflichttreue dieses Beamtentums berauscht. Bismarck wurde von demselben Beamtentum durch dessen Mangel an Seele, an Ursprünglichkeit und schöpferischer Kraft abgestoßen. So hat er beide Gewalten nicht als Lebensmächte empfunden. Jede von ihnen war für ihn in ihrer Art nur ein Inbegriff von Ohnmacht. Er setzte sich nicht mit ihnen auseinander, sondern ließ sie nicht erst an sich heran. Keinen schlagendern Beweis kann man dafür verlangen, wie wenig tief die allgemein geistigen Einflüsse der Schulzeit in ihn eingedrungen waren; denn andernfalls hätten sie ihn zu jenen hinführen und für sie ein-

nehmen müssen. Einen hochgemuten Jüngling zieht es zu Lebensmächten, die er bewundern kann. Daß er keine fand, stimmte Bismarck als Studenten blasiert. Er gefiel sich darin, daß ihn angeblich Menschliches kaum noch rührte, gab der sich regenden Sinnlichkeit Spielraum und zeigte sich den Freunden „skeptisch bis zum Extrem". Inzwischen bedrückte ihn in Wahrheit das Gefühl der Leere von Jahr zu Jahr tiefer. Er harrte, und es offenbarte sich ihm nichts, wofür er Leben und Kraft einsetzen mochte. Über der Welt, in der der junge Bismarck lebte, dem Preußen der sich zum Ende neigenden Regierung Friedrich Wilhelms III., lag es wie ein grauer, lichtloser Tag; die Luft war kaum bewegt. Kein Wunder, daß sich ein dem Genius natürliches Verlangen in dem Jüngling hier und da — wenigstens im Spiel unversehens aufquellender Gedanken — gegen die Gebundenheit seiner politischen Umgebung auflehnte. Die Aussicht, daß Preußen nicht lange so bleiben könne, wie es war, und Umwälzungen folgen würden, versuchte Bismarck. „Konstitutionalismus unvermeidlich", warf er eines Tages seinem kurländischen Freunde Keyserling hin; „auf diesem Wege zu äußern Ehren." Die Versuchung kehrte wieder. Im September 1838 schrieb er in Berufszweifeln einer Verwandten: „Für wenige berühmte Staatsmänner, namentlich in Ländern absoluter Verfassung war übrigens wohl Vaterlandsliebe die Triebfeder, welche sie in den Dienst führte; viel häufiger Ehrgeiz, der Wunsch, zu befehlen, bewundert und berühmt zu werden. Ich muß gestehen, daß ich von dieser Leidenschaft nicht frei bin, und manche Auszeichnungen, wie die eines Soldaten im Kriege, eines Staatsmannes bei freier Verfassung, wie Peel, O'Connel, Mirabeau usw., eines Mitspielers bei energischen politischen Bewegungen, würden auf mich eine jede Überlegung ausschließende Anziehungskraft üben, wie das Licht auf die Mücke." Wie waren doch der irische Agitator, der Redner der französischen Revolution und der der Demokratie nachgebende konservative Parteiführer englischer

Nationalität Bismarcks Wesensart so fremd! Die Berufung auf sie beweist deshalb nur, daß Bismarck noch gar keinen festen Grund unter seinen Füßen auftauchen fühlte. So sicher er auch vor seinen Verwandten das Gegenteil behauptete, so gehörte er dennoch in die Reihe der wenigen „berühmten Staatsmänner", die nicht an erster Stelle der Stachel des Ehrgeizes vorwärts trieb. Als ihm seine Gedanken 1834 oder 1835 im Gespräch mit Keyserling die äußern Ehren vorgegaukelt hatten, die der Konstitutionalismus ihm eintragen sollte, fuhr er plötzlich vor der fahlen Blässe seines religiösen und moralischen Skeptizismus zurück. War es blutige Selbstverhöhnung? War es durchbrechende Sehnsucht nach echter menschlicher Größe? Genug, er fügte unvermittelt hinzu: „Außerdem muß man innerlich fromm sein." Der europäische Konstitutionalismus hat mancherlei Abgötter, und die Revolutionen haben viele Emporkömmlinge gezeitigt. Schwerlich stellte einer von ihnen eben diese Anforderung an sich. Das Leitmotiv erklang, das in den 40er Jahren zu der Melodie anschwellen sollte, die das Leben Bismarcks für eine Weile beherrschte und ihm für alle Zeit seine wunderbare Klangfülle verlieh.

Zur Prüfung als Regierungsreferendar hatte sich Bismarck nach Aachen gemeldet. Ihr Erfolg führte ihn im Sommer 1836 für gut ein Jahr in die Rheinprovinz. Aachen bildete das Mittelglied der lebhaften Bestrebungen demokratischer wie „klerikaler" Richtung, von Belgien aus auf die Rheinlande einzuwirken. Zum mindesten sollten die belgischen Parteibildungen und ihre politischen Ziele dem öffentlichen Geist der rheinischen Bevölkerung als vorbildlich aufgedrängt werden. David Hansemann wirkte hier im demokratischen Sinn. Auch der für die klerikale Agitation besonders rührige Nellessen war in Aachen als Oberpfarrer tätig. Bismarcks Vorgesetzter, der Aachener Regierungspräsident Graf Arnim-Boitzenburg, besaß eine genaue Kenntnis der belgischen wie der rheinischen Verhältnisse und beurteilte sie sachkundig, vielleicht etwas zu aus-

weichend. Bismarck selbst hat ohne Zweifel in die Vorgänge manchen Einblick genommen, wie er sich auch das rührige wirtschaftliche Treiben der Provinz, das Fabrikwesen zumal, aus der Nähe ansah. Am Rhein hallten Mirabeaus staatsmännische Ideen noch in den politischen Anschauungen angesehener Kaufleute und Industrieller nach. Andere schwärmten für O'Connell. Auch Peel wurde gerühmt. Daher rührte im Jahre darauf der Widerhall dieser Namen in seiner Seele. Schon schürzte sich der Knoten, der den schwersten Zusammenstoß zwischen den neuen preußischen Provinzen und der Staatsverwaltung, das „Cölner Ereignis", im November 1837 zur Folge hatte. Bismarck ist trotzdem auch von seinem Aufenthalt in Aachen nicht tiefer berührt worden. Er war nach Aachen gegangen, weil er hoffte, dort schneller als anderswo zur letzten Staatsprüfung zugelassen zu werden. Das Leben am Rhein behagte ihm so wenig, daß er erklärte, nur noch auf dem Lande oder in der Residenz leben zu können. Er verletzte die Einheimischen durch manche Nichtachtung gesellschaftlicher Formen, auf die sie hielten. Um so gefährlicheren Zauber übte Aachen auf ihn als internationale Badestadt aus. Er liebelte, becherte und würfelte in einem Kreise, der aus Angehörigen verschiedener Völker bunt und in häufigem Wechsel gemischt war. Sein Blut, das immer schon für hübsche Kusinen empfänglich gewesen war, und dem er in Berlin zuweilen auch bei unedlern Anlässen keine Gewalt angetan hatte, entzündete sich jetzt rasch und wiederholt zu lichterlohem Brande. In jedem Falle handelte es sich um eine Engländerin. Die erste war die Trägerin eines herzoglichen Namens, die andere eine Pfarrerstochter. Sowie die zweite Aachen verließ, riß es Bismarck hinter ihr her, nach Wiesbaden, wo auch die adlige Heldin seines ersten Romans noch einmal seinen Weg kreuzte. Dann ging es, obwohl der Urlaub ablief, an den Oberrhein. Aus Straßburg meldete er einem Freunde seine Verlobung; ein Brief aus Bern an seinen Präsidenten, der nur wenige Tage jünger ist, läßt erkennen, daß alles schon

wieder hinter ihm lag. Als Bismarck zwei Menschenalter später die „Gedanken und Erinnerungen“ zur Niederschrift brachte, meinte er, ohne Rückerinnerung an die abenteuerliche Ursache der Reise, „im Sinne der Freiheitskriege, vom preußischen Offiziersstandpunkt“ in Heidelberg, Speier und der Pfalz rachsüchtig und kriegslüstern gestimmt gewesen zu sein. Beim Anblick der Landkarte habe er sich über den französischen Besitz von Straßburg (als sei er selber so weit gar nicht gekommen!) geärgert. In das echte Bild jener Tage, der bedenklichsten Krise seines Gemüts, da er erst am Rande des Abgrundes umkehrte, ordnet sich die Angabe schwerlich ein. Sind wirklich rachsüchtige Empfindungen in ihm aufgeglommen, so vermutlich mehr durch die allgemeine Überreizung seiner Nerven, denn aus anderer Ursache.

Mit Bismarcks Beschäftigung in Aachen war es nun vorbei. Der Vater seines spätern politischen Gegners Hermann von Mallinckrodt bearbeitete seine Entlassungsakten. Aber auch in Potsdam, wohin Bismarck übernommen wurde, kam es nicht mehr zu geregelter und beständiger Tätigkeit. Seit Aachen schleuderte das Gefährt seines Lebens. Der Rückschlag nach der äußersten Erregung war zu groß. Der Überdruß an dem gesellschaftlichen Leben Berlins und der Widerwille gegen das Beamtentum nahmen derart überhand in ihm, daß der Aufenthalt in der Residenz ihn vollends an dem bisher eingehaltenen Weg verzweifeln ließ. Hatte er am Rheine gemeint, nur noch in der Residenz oder auf dem Lande leben zu können, so blieb ihm nunmehr nur noch die Freiheit und Einsamkeit des Landes als Zuflucht. Vielleicht ahnte er treffend, daß er die Welt und ihre Ziele, wohin seine Mutter ihn geleitet hatte, zunächst einmal ganz und gar verlassen und in das Paradies seiner Kindheit, nach Kniephof zurückkehren mußte, um sich im Leben zurechtzufinden, eine feste Richtung zu gewinnen. Die Klärung begann. Aber wie wichtig der Wendepunkt gleich war, noch war nicht der ganze Mensch in Bismarck stark genug erschüttert, daß

nun alles für ihn darauf gestellt wurde, entweder sich zu läutern oder unterzugehen. Dafür zeugt der ausführliche Brief an die Gräfin Bismarck-Bohlen vom September 1838, aus dem einige Sätze schon herangezogen wurden. Der Brief hat etwas Programmatisches und eröffnet die Reihe bedeutsamer Bismarckscher Schreiben, in denen er mit großartiger Offenheit von seinem Innersten redet. Aber der angeschlagene Ton ist noch der des jungen Kavaliers, der uns in den Briefen an den Bruder und die Kommilitonen begegnet; nur mäßigte ihn die Rücksicht auf die Empfängerin ein wenig. Die Urteilsbildung verrät, gemessen an dem Gewicht der Dinge, worüber er sich aussprach, den Jüngling. Aufbauschend legte sich Bismarck in dem Briefe eine feste politische Überzeugung, einen politischen Glauben bei, der mit dem System und den Grundsätzen der preußischen Regierung unvereinbar war. Deshalb entbehrt auch das einzige wirklich zukunftsschwere Wort des Briefes des echten metallischen Klanges: „Ich will aber Musik machen, wie ich sie als gut erkenne, oder gar keine." Nicht nur fehlte ihm noch die Berechtigung zu solchem Anspruch. Durch die Sätze, die er unmittelbar vorher niedergeschrieben hatte, stellte er sich mit dem Worte auch in den schärfsten Gegensatz zu dem Lebensprinzip des preußischen Staates, seiner Ordnung. Die Kluft, die zwischen ihm und dem preußischen Staate als dem natürlichen Gegenstand seiner staatsmännischen Begabung noch offen war, wird in dem Briefe erst recht sichtbar. Überspringen konnte er sie nicht. Er schlug sich zur Seite.

In der Familie setzte Bismarck sein Vorhaben, Landwirt zu werden, ohne Schwierigkeiten durch. Die Mutter siechte schon dahin; am 1. Januar 1839 starb sie. Der Vater war ohnehin gutmütig gegen die Kinder. Gegenwärtig aber machten Mißerträge seiner Güter dem alten Herrn sogar erwünscht, daß er sich nach Schönhausen zurückziehen konnte, und die Söhne die pommerschen Güter Külz, Kniephof und Jarchelin auf sich nahmen. Otto wie sein älterer Bruder Bernhard griffen zu

und halfen von 1839 an in ernster Arbeit und anfangs bei schlichtester Lebensführung dem väterlichen Vermögen wieder auf. Bismarcks Bildnis aus jenen Tagen läßt darauf schließen, daß er männlicher wurde, den Schwerpunkt seines Seins mehr als bisher in sich selbst gefunden hat. Aber der schöne, blaue Duft der fernen Berge, der nach einem von ihm gebrauchten Bilde über der neuen Beschäftigung gelegen hatte, verzog sich bald. Die Landwirtschaft füllte die langen Tage nicht aus. Auch die Wahl zum Kreisdeputierten im Jahre 1841, wiederholte längere Vertretungen seines Bruders, der Landrat geworden war, und Mitarbeit im landwirtschaftlichen Verein seines Kreises regten ihn nicht ausreichend an. Er verkehrte mit den Gutsnachbarn, pflegte eifrig gesellschaftliche Beziehungen zu den Offizieren seines Regiments; von 1842 an waren es die vierten Ulanen. Es ging ausgelassen dabei zu. Die Gelage wurden berühmt. Wilde Streiche liefen unter. Bismarck kam als „toller Junker" in Verruf. Versteckte Eifersucht auf seine weltmännische Überlegenheit und auf das selbstbewußt Unbekümmerte seines Auftretens trug das Ihrige dazu bei. Auch das Volk raunte sich schon allerlei über ihn zu. Sein amerikanischer Jugendfreund Motley hatte 1839 die Eindrücke, die er in gemeinsam verlebten Semestern von dem übermütigen Göttinger Studenten, dann von dem sich in der Berliner Umwelt langsam erkennenden jungen Manne erhielt, romanhaft ausgesponnen. Jetzt woben die Leute um Bismarck sogleich die Sage. Bezeichnend genug ließ es den Trutzigen selbst den König hochfahrend behandeln und dafür Strafe erleiden. Ausschweifungen ließ sich Bismarck nicht zuschulden kommen. Er lebte „so anständig wie keiner in der Gegend". Dieses Zeugnis gab ihm der ehrlichste und um sein Seelenheil besorgteste seiner Freunde. Aber das Gefühl der Leere ward bald wieder quälender in ihm. Wie fern sein Gott ihm auch in Knabenjahren gerückt worden war, ganz kam er doch nicht von ihm los. Bismarck griff nach den Werken, die in Bekämpfung des gläubigen Christentums damals Aufsehen er-

regten. Er las Feuerbach, Bruno Bauer und Strauß. Sie machten ihn in seinem Unglauben nicht sicherer. 1841 peitschte ihn ein neues Herzenserlebnis auf. Die Mutter der Erkorenen hieß ihn übers Jahr wieder fragen. Vergebens legte sich sein Vater ins Zeug. Es blieb bei dem Nein. Auch diesmal wieder stieß die Leidenschaft und ihre Enttäuschung wie in den Jahren der Vorbereitung auf den Staatsdienst dem Fasse den Boden aus. Er konnte es auf dem Lande nicht mehr aushalten, wie 1838 nicht mehr in der Residenz. 1842 ging er trüben Sinnes, voll des Verlangens, sich selbst zu betäuben, auf Reisen. Er verweilte in Schottland und England und hat sich dort als schaulustiger Reisender seine glänzende Kenntnis englischen Wesens und englischer Verhältnisse erworben. Kürzer war er in Paris. Von der Schweiz mußte er einer Erkrankung wegen nach Pommern zurück, gedachte sich aber im Frühling zusammen mit einem Freunde, Oskar v. Arnim, nach dem Orient auf den Weg zu machen. Als letztes Ziel stand ihm vor Augen, im englischen Heere gegen die Inder zu kämpfen. Dort im Ausland also und im fremden Dienst sollte sein Lebenspfad sich verlaufen.

Als Bismarck zehn Jahre früher von Ehren träumte, die er sich im Bereiche konstitutionellen Staatslebens holen wollte, hatte er die mit dem parlamentarischen Ehrgeiz am stärksten kontrastierende Bedingung für sich hinzugefügt, innerlich fromm zu werden. Der Überlegung, als englischer Söldner in Indien zu fechten, machte er mit dem Einwurf ein Ende: „Was haben mir die Inder zuleide getan?" Die beiden Aussprüche erlauben zusammengenommen den tiefsten Einblick in das Innere des jungen Bismarck. Es war ihm bisher nicht zuteil geworden, daß er innerlich fromm wurde. Wehe mochte er solchen nicht tun, gegen die keine höhere sittliche Pflicht ihn trieb, und wußte doch auch immer noch nicht, wie er seinen Volksgenossen nützen konnte. Das war, was an seiner Seele zehrte und seine Kraft brach legte. Je mehr der Jahre ihm dahinrannen, desto zer-

mürbender empfand er es. Nur durch eine Umwandlung seiner selbst und durch ein Zusammenwachsen mit dem Leben der Heimat und die Hingabe daran konnte er genesen. Er hatte nicht den Geist Napoleons. Die bloße Herausstellung seiner Begier nach individueller äußerer Macht und Ehre in dem Briefe von 1838 war im Grunde unbismarckisch gewesen. „Einen Menschen zu sehen, der so leidet unter der Kälte des Unglaubens wie Otto Bismarck, hat etwas sehr Melancholisches. Klagen hat er genug, Schmerz über das eigne und der Welt Elend, Sehnsucht nach Frieden." So schrieb im Winter 1844/45 Marie v. Blanckenburg über ihn.

Aus der langen Reise in andere Weltteile wurde nichts. Sein Freund Arnim heiratete Bismarcks Schwester Malvine, statt ihm sein Versprechen zu halten. Für zwei Wochen versuchte Bismarck es wieder einmal in Potsdam mit der Tätigkeit als Referendar, um sich doch noch zur letzten Prüfung zu melden. Er war dicht daran, ganz und gar am „Schattenspiel" seines Daseins den Geschmack zu verlieren, wußte nicht mehr, durch welchen Wechsel der Dekoration er der Komödie noch etwas Leben einhauchen sollte. Da hat er unvermutet die wundertätige Wahrheit des Goetheschen Spruches von dem In-die-Ferne-Schweifen und dem Guten, das so nahe liegt, an sich erfahren. Der entscheidende Umschwung stand unmittelbar bevor.

Bismarck war nach und nach mit den wenigen höher gerichteten Gutsbesitzern Pommerns in freundschaftliche Verbindung gekommen. Genannt wird von ihnen noch heute Bülow-Cummerow, der 1842 mit einer Schrift über „Preußen, seine Verfassung, seine Verwaltung, sein Verhältnis zu Deutschland" einen den Gehalt des Buches übertreffenden buchhändlerischen Erfolg hatte. Geschlosseneren Wesens war der Geheime Oberregierungsrat Beckedorf. Er hatte nach alter Regel wegen seines Übertritts zur katholischen Kirche seine Stelle im preußischen Kultusministerium räumen müssen, wurde aber 1842 von Friedrich Wilhelm IV. nach Berlin zurückgeholt und

zum ersten Präsidenten des Landesökonomiekollegiums ausersehen. Der eigenartigste und kräftigste war Adolf von Thadden auf Trieglaff. Auch einen Freund aus Kindertagen hatte Bismarck wiedergefunden, Moritz v. Blanckenburg. Durch dessen Verlobung mit Thaddens anmutiger Tochter Marie, in der sich des Vaters Geist und Lebensfrische fortpflanzte, ward Bismarck in den engern Thaddenschen Kreis eingeführt. Die Menschen dort fesselten ihn und warben um ihn. Er war voreingenommen gegen ihre Meinungen und achtete doch ihre Bekenntnistreue. Die Häupter des Kreises waren Gutsbesitzer von patriarchalischer Denkart und Pietisten. Ihre das ganze Leben regelnde und durchströmende Religiosität war in den Befreiungskriegen entsprungen. Sie zeichneten sich durch ihren sozialen Sinn für ihre Leute und Bauern aus. Politisch hingen sie den Lehren vom christlich-germanischen Staate an, wie sie von Haller in seiner „Restauration der Staatswissenschaften" 1816 bis 1825 grundlegend vorbereitet und vom „Berliner Politischen Wochenblatte" in den 30er Jahren weiter- und umgebildet worden waren. Im Kern ihrer Staatsanschauung waren sie indessen unverfälschte Preußen geblieben, naiv und unbegrenzt ihrem König ergeben. Die jungen Mädchen des Kreises huldigten den Ansichten ihrer Väter. Aber als Töchter von Männern, die letzten Endes ihre Ideale der Romantik schuldeten, hatten sie auch Freude an Literatur und Musik, der deutschen zumal, sogar in etwas verstiegener und sentimentaler Weise. Bismarck gesellte seinen Liebling Byron zu ihren Lieblingen Beethoven und Jean Paul. Er trug manche neuern französischen und englischen Werke herbei. Daß er die literarischen Neigungen der jungen Mädchen teilte, mag ihn zuerst häufiger in den Kreis getrieben haben. Die Berührungspunkte mit den Männern lagen noch recht an der Grenze. Nicht gleiche Überzeugung, eher Bismarcks Lust am Widerspruche, die ihn bald gegen die Bureaukratie, bald gegen den sich in Pommern eben erst regenden Liberalismus zu einem kleinen Ritte reizte, oder

seine gelegentliche Empörung über die politische Gleichgültigkeit der meisten pommerschen Edelleute behüteten das anfangs spärlich flackernde Feuer ihrer Beziehungen vor dem Verlöschen.

Weich und zart war Bismarcks Empfinden auch in Tagen gewesen, da Leidenschaften ihn bis auf den Grund seiner Seele aufwühlten. Über dem Strudel des Aachener Badelebens hatte er im November 1836 des Vaters Geburtstag vergessen. Erst am Tage selbst dachte er daran, „dachte, wie es Euch überraschen würde, wenn ich plötzlich zu Tische käme". Zu Weihnachten desselben Jahres schrieb er nach Hause, machte „einen langen Spaziergang in die Berge" und „litt ein wenig" am Heimweh. Der sterbenden Mutter ward er der aufmerksamste Sohn. Als „toller Junker" wechselte er mit seiner zwölf Jahre jüngern, zur Jungfrau erblühenden Schwester Malvine, die den Vater pflegte, Briefe voll Neckerei, sprühender Lebensfreude und Unterhaltungskunst, Zeugnisse eines brüderlich ritterlichen Sinnes, der die Schwester mitsamt dem alternden Vater erfreuen wollte. Auf dasselbe Blatt gehört, was er warmen Herzens für seine Leute tat, seine Gerechtigkeit und Pflichterfüllung gegen jeden unter ihnen. Nun begegnete er Marie von Thadden. Sein Biograph hat es als möglich bezeichnet, daß die beiden Menschen, die über ihren Verwandten- und Freundeskreis hinausragten, aufeinander zugeeilt wären, wenn Marie noch über sich zu verfügen gehabt hätte. Man darf Zweifel daran hegen. Denn Bismarck hat nachher unter den Freundinnnen diejenige gefreit, die am wenigsten mit Marie gemein hatte, die stillste und gar nicht überschwengliche, „eine dunkle warme Sommernacht mit Blütenduft und Wetterleuchten". Stark aber fühlten sich Marie und er auf jeden Fall zueinander hingezogen. Marie war sich rasch vollkommen sicher, daß sie dem „großen Weltmann" als Braut seines Freundes heilig bleiben werde. So bildete sich sogleich ein Verhältnis zwischen beiden heraus, das gerade durch seine Anforderungen an ihn seine Empfänglichkeit für den Einfluß Maries vertiefte.

Sie teilten sich mühelos einander mit, was sie sich geben konnten, und ein süßes Empfinden lief in ihrem Verkehr unter.

Unsere Kenntnis ihres Austauschs fängt damit an, daß Marie ihrem Bräutigam im Februar 1843 über ein Gespräch Bismarcks mit ihr und ihrer Mutter berichtete. Er hatte aufrichtig und doch mit einem von den Frauen nicht überhörten leisen Sehnen, daß es anders sein möchte, seinen Unglauben an Gottes Walten über den Menschen und deren Unsterblichkeit, seine Glaubenslosigkeit im christlichen Sinne des Wortes bekannt. Das Ungewöhnliche an dem Manne verriet sich in der Begründung. Er konnte nicht denken, daß und warum er mehr als „Staub vom Rollen der Räder" sein sollte. So demütige Gedanken nahen gemeinen Naturen nicht. Beim Gespräche war er „sehr aufgeregt, manchmal dunkelrot". Er konnte kein Ende finden. „Er fühlte die Liebe zu seiner Seele durch, du kennst ihn ja auch so, gemütlich, wie er dann wird." Im Frühjahr darauf ließ sich Bismarck mit Blanckenburg in einen Briefwechsel ein, in dem dieser mit immer stärkern Mitteln der Rührung ihn gläubig zu stimmen versuchte. Es gab einen Augenblick, wo Bismarck ergriffen wurde. Zum Herbst hin erfuhr er einen Rückschlag und zerriß den kaum geknüpften Faden. Im August 1844 schrieb er einem Korpsbruder das Wort voll bitterster Verzweiflung, das uns von ihm aufbewahrt ist: „Einstweilen treibe ich willenlos auf dem Strome des Lebens ohne anderes Steuer als die Neigung des Augenblicks, und es ist mir ziemlich gleichgültig, wo er mich ans Land wirft." Zwei Monate nach diesem Briefe heirateten Blanckenburgs. Bismarck ist oft bei ihnen eingekehrt. Er fand dort, wie es in seinem Werbebriefe um die Braut heißt, „ein Familienleben, das mich einschloß, fast eine Heimat." Die Leere des Herzens, das Unbefriedigtsein des Geistes wich sachte zurück. Er spürte sie nicht mehr gleich schmerzhaft, wenn er dahinritt, „froh und traurig, wild und träge, an Haiden und Feldern, Seen und Häusern und Menschen vorbei."

Indessen drohte sich Bismarck zu früh wieder von den Freunden zu trennen, ehe die Saat gesichert war, die unter der Oberfläche keimte und sich hob. Sein Vater starb am 22. November 1845. Der Sohn siedelte daraufhin nach Schönhausen über. Er war schon länger dazu gewillt, weil er auf das regere ständische Leben der Altmark Hoffnungen baute. Es lockte ihn die Deichhauptmannschaft, aus der er freilich erst einen andern verdrängen mußte, und die Landratswürde, bald auch ein Mandat zum Provinziallandtage. Nach der Übersiedlung gab es so viel zu tun, daß fürs erste die Verbindung mit Pommern fast völlig abriß. Dennoch ward der Wechsel des Aufenthalts Anlaß, ihn abermals einen Schritt näher an die Stellung heranzubringen, in die eingerückt er gleichsam den Sturmangriff der Vorsehung auf sein ganzes Tun und Lassen erfahren sollte. Die näheren Bekannten hatten schon in Pommern seine politische Begabung durchschaut. Auf der Hochzeit Blanckenburgs sprach dessen Vater scherzend in einem Trinkspruch von Bismarck als künftigem Minister. Thadden bedauerte Bismarcks Wegzug, weil Pommern dadurch „eine fühlende Brust" verliere. In Schönhausen geriet Bismarck nun immer fester in bestimmte Beziehungen von parteipolitischer Färbung. Die Namen aller tauchten um ihn her auf, die zusammen mit dem seinen der konservativen Sache in Preußen von 1847 an Bedeutung verschafften. Bei der im Flusse befindlichen Reform der Gerichtsbarkeit, die den Rittergütern noch zustand, entfaltete Bismarck zuerst regern Eifer.

Das Schlußglied wurde der Kette darauf bald genug eingefügt. Ende Juli 1846 vereinigte sich Bismarck mit dem Blanckenburgschen Paare und einigen Freunden des Paares zu einer Harzreise. Unter den Freunden war Johanna von Puttkamer, durch Blanckenburgs längst für Bismarck zur Frau ausersehen. Die frohen, angeregten Reisetage mit ihren köstlichen Eindrücken führten die beiden tatsächlich im Herzen zusammen. Marie v. Blanckenburg pries an Johanna das einzig

tiefe Gemüt, ihre tiefe, starke, unentweihte Kraft der Liebe. Wer jedoch Johanna v. Puttkamer bildhaft vor sich aufleben sehen will, wie Bismarck sie empfand und wie sie dem heldischen Leben ihres Mannes den goldenen Hintergrund webte, muß zu den Briefen greifen, die er an seine „schwarze Jeannette" als Braut und Gattin schrieb, und der intimen Zwiesprache beider in den Worten des dankbaren Mannes lauschen.

Der Herbst und Frühwinter 1846/47 brachten die endgültige Lösung in wahrhaft dramatischer Weise.

Marie v. Blanckenburg verlor kurz nach der Harzreise einen Bruder. Bismarck konnte die rechte Wendung nicht finden und schrieb ihr nicht. Gleich darauf erkrankte ihre Mutter tödlich. Marie rief Bismarck herbei. Er traf am Todestag ein und erwies der Freundin in „stummer, weicher Teilnahme" die kleinen Dienste und Aufmerksamkeiten, deren er fähig war. Kaum in Schönhausen wieder angekommen, beunruhigte ihn die Kunde, daß auch Marie selbst krank geworden sei. Er machte sich wieder auf den Weg, zunächst noch ohne sonderliche Eile, bis ihn schlimmere Nachricht erschreckte. Mutter und Tochter hatte er im Februar 1843 erzählt, wie er die Nacht noch so genau wisse, da er zum letzten Male gebetet habe. Als er jetzt im Zuge saß, um auf das Blanckenburgsche Gut zurückzugelangen, hat er „zum ersten Male wieder gebetet". Am 10. November starb die Kranke. Bismarck war zwischen dem Gute und Kniephof hin und her gefahren, über dessen Verpachtung er Verhandlungen abzuschließen hatte. Am Grabe Maries, so meldete ihr Gatte, weinte er sich „satt". Er habe in der Verstorbenen das erste Herz verloren, von dem er wisse, daß es warm für ihn schlug. „Jetzt glaube ich an eine Ewigkeit — oder es hat auch Gott nicht die Welt geschaffen." Die vollständige Räumung Kniephofs in den folgenden Wochen wird ihn noch weicher gestimmt haben. Am 14. Dezember sprach er sich auf dem Blanckenburgschen Gute mit Johanna v. Puttkamer aus. Als sie sich untereinander klar waren, erschien er im Januar 1847

bei ihren überraschten Eltern. Nie ein hinreißender Redner, des geschriebenen Wortes um so mächtiger, hatte er einen Brief vorausgeschickt, worin alles niedergelegt war, was er dem Schwiegervater zu seinen Gunsten sagen zu sollen glaubte. Es ist der berühmte Werbebrief mit der Rechenschaft über seine religiöse Entwicklung geworden. Der Empfänger war frommer Protestant. Bismarck hat sich in seinen schriftlichen Äußerungen immer denen angepaßt, an die er sich wandte. Seine Diplomatennatur enthüllte sich schwerlich gleich früh in etwas anderm. Aber er verleugnete darüber nie sein wahres Empfinden, versteckte nicht den Kernpunkt seiner rechten Meinung. Der Werbebrief ist für beide Eigenschaften das klassische Zeugnis. Im August 1847 wurde die Hochzeit ausgerichtet. Die Ehe folgte also der Bekehrung fast auf dem Fuße. Zugleich reihte sich Bismarck entschlossen in den politischen Aufmarsch des Freundeskreises ein, durch den er für den christlichen Glauben zurückgewonnen worden war, und aus dem er sich die Gattin holte. Der Aufmarsch war durch die aufkommende politische Bewegung geboten, die 1848 zum revolutionären Sturm anwachsen sollte. Als Mitglied der Rechten gehörte Bismarck vom Mai 1847 an zum Ersten Vereinigten Landtage Preußens.

Bismarcks Wille, nicht sein Verstand, nicht Leidenschaft hatte den entscheidenden Anteil an dem völligen Umschwunge.

In den Wochen nach der Harzreise hatte Bismarck in der Heiligen Schrift gelesen. Er konnte es nur „unter Gefangenhaltung einstweilen des eignen Urteils“. Das erste inbrünstige Gebet wieder riß sich ihm vom Herzen los, „ohne Grübeln über die Vernünftigkeit desselben“. Seine Überlegung stellte ihn bei der gewaltigen Erschütterung am Sorge der Freundin vor die Wahl, entweder auch noch den Glauben an Gottes Dasein selbst fahren zu lassen, den er doch nie verloren hatte, oder die göttliche Leitung menschlichen Schicksals wieder anzuerkennen, Gott sich wieder nahe zu bringen. Da begriff er, daß der nackte Unglaube ihn vernichten würde. Sein geniales Menschentum

konnte einen höhern Herrn über sich nicht entbehren. Er beugte vor ihm die Knie und vertraute sich Gottes Schutz und Führung an. Erich Marcks hat darüber das schönste Wort gesagt, das ihm bisher gelang: „Es ist schwierig zu denken, daß er sich jemals bei etwas minder Elementarem wahrhaft beruhigt haben würde als bei dem persönlichen Gott." Ernst, wie es Bismarck mit dem endlich abgelegten Bekenntnis war, verbarg er sich nicht, daß ihn weder Forschen noch Prüfen so weit gebracht hatte. Er wollte sich daher fürs erste den Christen nur „beigezählt" wissen. Mit der Zeit hoffte er weiter zu kommen. Er ist nicht weiter gekommen. Sein Glaube und seine Religiosität haben keine dogmatische Färbung angenommen, sind nicht konfessionell und nicht pietistisch geworden. Anfangs schlugen in ihr unwillkürlich einige Fäden katholischen Denkens und Fühlens durch. Bismarck begeisterte sich in der Heiligen Schrift am stärksten für die „stroherne Epistel" St. Jakobs. Noch nach Jahren hielt er im Briefwechsel mit seiner Frau die Erinnerung an einen katholischen Gottesdienst fest, dem sie in der Teinkirche zu Prag beigewohnt hatten, und freute sich an einer „süßen katholischen Melodie", die sie immer spielte. Ein Katholisieren lag darin gewiß nicht. Die Äußerungen belegen nur das Freigewachsene seiner Religiosität. Dem Wesen nach war sie durch und durch protestantisch. Bodenständige nordisch-germanische Art, an die Gottheit zu glauben, Leben und Handeln zu ihr in Beziehung zu setzen, voll Furcht vor ihr im Bewußtsein der eignen Sündhaftigkeit und doch voll Zuversicht im Glauben an die Gerechtigkeit der verfochtenen Sache weht uns herb daraus an.

„Beizählen" konnte sich Bismarck im Grunde auch nur den Konservativen. Hier wurde ihm freilich die Wirklichkeit verdeckt, weil er oft für die programmatischen Anschauungen der Partei bis in ihre Einzelheiten gegen ihm verhaßte Gegner kämpfen mußte. Es bezeichnet ihn, daß er sich überhaupt zum erstenmal im Sinne seiner Freunde 1845 geäußert hatte, als niemand sonst sich ihrer bei einer geselligen Zusammenkunft annahm.

Innerlich fest legte er sich aber auf die Sätze nicht. Bei aller persönlichen Verehrung für Ludwig und Leopold v. Gerlach, die angesehensten Führer der Partei, schmiegte er sich ihnen nur schwer in den Fragen von Staat und Kirche an, denen sie den größten Wert beimaßen. Er hatte bis dahin die Trennung von Staat und Kirche befürwortet. Er sträubte sich anfangs auch dawider, daß Preußen als evangelischer Staat die einflußreichen Ämter Protestanten vorbehalten müsse. Ludwig Gerlach stellte ihn deshalb. Es sei wohl sein Grundsatz:

„Erfülle deine Bürgerpflicht,
Nach deinem Glauben frag ich nicht."

Bismarck bejahte ohne Besinnen. „Dann müssen Sie auch für die Emanzipation der Juden eintreten." Aber Bismarck ging dem Dialektiker nicht in die Falle. „Die frage ich nicht. Denen sehe ich's an." Von Natur dachte er über innerpolitische, soziale und wirtschaftliche Dinge wohl eher wie die erst 1848 in die Partei einschwenkende Masse der ostelbischen Gutsbesitzer als wie die Meister des konservativen Parteiprogramms. Gebunden aber fühlte er sich an die Partei, weil ihn die konservative Anschauungswelt als Ganzes ebenso nachhaltig anzog, wie ihm die liberale gleichgültig geblieben war. Sie nötigte ihm eine Ehrfurcht ab, von der er gegenüber dem Liberalismus der Berliner Gesellschaft, der rheinischen Wirtschaftspolitiker und des Beamtentums immer nur das Gegenteil empfunden hatte. Sie vermittelte ihm ein festes, klares Verhältnis zu Krone und Staat, das ihm Genüge tat. Durch den Entschluß, zu glauben, fühlte er einen Gott im Himmel über sich; durch den Anschluß an die Konservativen kam er fest auf die Erde aufzustehen.

Echte Ehen umgibt ein Geheimnis, das sie wider rücksichtslose Zergliederung schützt. Es verwehrt uns auch, an Bismarcks Leben mit seiner Frau denselben Maßstab wie an seine Stellung zur Religion und Politik anzulegen. Bismarck hat Johanna v. Puttkamer herzlich und treu geliebt; jede Zeile seiner Briefe

spricht dafür. Sie war ihm, was nur eine Frau einem deutschen Manne sein kann. Beide sind ihren Lebensweg bis zum Abend in unverbrüchlicher Gemeinschaft gegangen. Vielleicht aber wurzelte Bismarcks Liebe zu seiner Frau nicht allein in dem, was sie als Frau und Persönlichkeit ihm gab. So oft er in der Folge andern begegnete, die dahinlebten, wie er es bis 1846 getan hatte, begriff er jene nicht mehr und schrak vor seiner eignen Vergangenheit zusammen. Mußte er noch einmal für einige Zeit allein leben und in einer Umgebung weilen, die seine Phantasie spielen ließ, oder blieb er ohne Nachricht von seiner Frau, so erschauerte er in jäher Angst, als sei sie tot und er in die Einsamkeit zurückgestoßen oder als strafe ihn Gott in seinen Kindern. Mehr als einmal schrie es in ihm fortan aus den Tiefen zu seinem Weibe empor: „Sollte ich jetzt leben wie damals, ohne Gott, ohne dich, ohne Kinder!“ So war ihm sein Weib nicht nur die geliebte Frau. Seine Ehe war das Siegel, das auf seine Erlösung aus dem frühern Leben gedrückt worden war. Dem Jawort Johannas, ihrer beständigen Hingabe verdankte er den festen Halt einer eignen Familie, das nie verglimmende Feuer des eignen Herdes, an dessen Behaglichkeit schon der Knabe sein Gefallen gehabt, nach dem der werdende Mann sich ruhlos gesehnt hatte. „Am Abend wollte ich dir schreiben, aber es war so himmlische Luft, daß ich wohl zwei Stunden auf der Bank vor der Gartenstube saß, rauchte und die Fledermäuse fliegen sah, ganz wie vor zwei Jahren mit dir, mein Liebling, ehe wir unsere Reise antraten. Die Bäume standen so still und hoch neben mir, die Luft voll Lindenblüte, im Garten schlug eine Wachtel und lockten Rebhühner, und hinten über Arneburg lag der letzte blaßrote Saum des Sonnenuntergangs. Ich war recht von Dank gegen Gott erfüllt, und vor meine Seele trat das ruhige Glück einer von Liebe erfüllten Häuslichkeit, ein stiller Hafen, in den von den Stürmen des Weltmeeres wohl ein Windstoß dringt, der die Oberfläche kräuselt, aber dessen warme Tiefen klar und

ruhig bleiben, so lange das Kreuz des Herrn sich in ihnen spiegelt, mag auch das Spiegelbild oft matt und entstellt zurückstrahlen, Gott kennt seine Zeichen doch." Erst durch Familie und Herd erhielten Bismarcks neuer Glaube und sein Vaterlandssinn die Bürgschaft der Dauer. Weil er das unersetzlich Kostbare der drei Güter noch viele Jahre lang an der Öde und Qual der Zeiten vorher ermaß, hielt er seiner Frau um so inniger und reiner die Treue, umfaßte seine Liebe sie um so wärmer. „Mir ist die glückliche Ehe und die Kinder, die mir Gott geschenkt hat, wie der Regenbogen, der mir die Bürgschaft der Versöhnung nach der Sündflut von Verwilderung und Liebesmangel gibt, die meine Seele in frühern Jahren bedeckte." Immer aufs neue wurde er sich bei seiner Frau bewußt, wie ihm Glaube, Vaterland und Familie nach langem Missen fast zugleich zukamen, und wie sie gemeinsam den Untergrund bildeten, worauf er fortan stand bei seinem weltgeschichtlichen Tun, und von dem er getragen wurde, wie hoch und stark er sich auch erhob. Ganz einfach und groß mutet dieser Untergrund uns an, während die verwandten Ideale der übrigen Mitglieder des Thaddenschen Kreises mit viel mehr Romantik verquickt waren und in ihrem Maße dadurch verkleinert, in ihrem Wesen verwickelter erscheinen. Bismarck konnte sie aus den Händen der Freunde nicht so annehmen, wie sie sie ihm darboten; denn er war aus anderm Holze geschnitzt. Er behauptete als Sohn seines Vaters auch jetzt die angeborene Art des ostelbischen Junkertums, ja, sie erlangte in den nächsten Jahren erst die volle Herrschaft über ihn. Nur unter besondern Umständen ist dieses Junkertum empfänglich für Empfindungen, die über das Materielle hinausliegen, immer aber bei aller Weichheit und Ergriffenheit schlicht bleiben. Die Thaddens ließen von ihren Idealen ihr ganzes Dasein, das gewöhnliche wie die Feierstunden, durchquellen. Bismarck hielt sich das tägliche Leben frei davon. Desto mächtiger rauschten die erhabenen Empfindungen in ihm auf, bis zum Heroischen und Urhaften, wenn er ihrer bedurfte. . . .

Nicht leicht trennt man sich davon, Bismarck auf den Wegen seiner innern Entwicklung zur Reife zu begleiten, um auf das Handeln des Staatsmannes zu merken. Denn diese Wege sind reich an fesselnden Gesichtspunkten. In seinen Kümmernissen wie in seinem endlichen Siege wirkt schon der junge Bismarck gleich einem Symbole. Er hat es an sich erfahren, daß wahre Leistungsfähigkeit für Staat und Volk in Deutschland an den persönlichen Erwerb der großen Güter deutscher Sitte geknüpft ist, aus denen nicht nur der einzelne seine Kraft schöpft, sondern von deren Bewahrung auch die Gesundheit und das weitere Wachstum der Volksgemeinschaft abhängen.

Zweiter Abschnitt

In der Schule des öffentlichen Lebens und der auswärtigen Politik

„Bismarck ist vor allem andern ein Mensch, ein Mann."

Ludwig v. Gerlach, Tagebuchaufzeichnung.

„Wie hat meine Weltanschauung doch in den vierzehn Jahren seitdem so viele Verwandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die rechte Gestaltung hielt, und wie vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien, wie vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete. Wie manches Land mag noch an unserm innern Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und wertlos welken, bis wieder vierzehn Jahre vorüber sind, bis 1865, wenn wir's erleben."

Bismarck an seine Frau, 3. Juli 1851.

1. Bismarck als Abgeordneter

Während Bismarck zum Manne reifte, entfalteten sich im Schoße seines Volkes, nur leiser, weniger bewegt, als Bismarcks Jugend verfloß, große, nach einem Austrag verlangende Gegensätze. Der Märzsturm des Jahres 1848 sollte sie zur vollen Entladung bringen.

Durch den Kampf gegen Napoleon war das deutsche Volk wieder seiner selbst bewußt geworden. Der Deutsche Bund, die 1815 geschaffene, augenscheinlich nur vorläufige Staatsform der Deutschen, erfüllte andauernd den vornehmsten Zweck, um dessentwillen er begründet worden war. Er erhielt die äußere und innere Sicherheit Deutschlands; die einzelnen deutschen Staaten waren unabhängig und ihr Gebiet unverletzt geblieben. Aber weder befriedigte er die sich regenden Bedürfnisse der Nation nach einem volkstümlicheren innerpolitischen Leben, noch genügte er ihrer anschwellenden Sehnsucht nach einem deutschen Staate, der ihr unter den Großmächten Europas die gebührende Stelle verschaffte.

Der Schwerpunkt des nationalen Daseins fiel inzwischen in das Geistesleben. Dort trugen nun die Blüte der klassischen Dichtkunst und die Romantik ihre Früchte. Adel und Bürgertum hatten gleichen Anteil daran; aber das Bürgertum sog reichere Lebenskraft und höheres Ansehen daraus. Freilich verflachte die Pflege der Literatur auch in dem Maße, in dem sie sich verbreiterte. Die Zeitungen überwucherten alle andern

Zweige des literarischen Schaffens. Für einige Zeit aber verlieh die allgemeine Teilnahme der Nation an der Literatur und den Geisteswissenschaften dem nationalen Leben einen idealistischen Zauber und ersetzte ihr bis zu einem gewissen Grade die fehlende Einheit in den Staatseinrichtungen und den mangelnden Glanz der äußern Politik.

Ununterbrochen wuchs die Volkswirtschaft an Bedeutung. Nach Napoleons Sturz war sie einige Jahre lang schwer gefährdet gewesen. Sie hatte aber die Schwierigkeiten bald überwunden, und von den 30er Jahren an nahmen das Verkehrswesen und der Handel, durch Dampfschiffahrt und Eisenbahnen begünstigt, sowie die Fabriken dank der Fortschritte der Technik einen ungemeinen Aufschwung. Er beruhte auf dem Zollverein, der mit dem 1. Januar 1834 ins Leben trat. In diesem wurde Preußen durch seine Staatsmänner zum ersten Male mit Mittel- und Süddeutschland zu einem einzigen, geräumigen Wirtschaftsgebiet zusammengefaßt. Fast auf der Stelle zeigten sich indessen nach dem Fortfall der Binnenzollschranken neue Gegensätze. Die preußische Regierung neigte gleich den andern norddeutschen Staaten, die dem Zollverein noch fernblieben, zum Freihandel, die süddeutsche Industrie dagegen forderte von Jahr zu Jahr nachdrücklicher ausgiebige Schutzzölle.

Mit dem Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung mußten auch soziale Gegensätze wirksam werden. Vorläufig kündeten sie sich nur schwach an. Der Kommunismus Wilhelm Weitlings, der Sozialismus einzelner Junghegelianer, der Saint-Simonismus ethisch angeregter Männer bürgerlicher Herkunft, die sozialpolitischen Anfänge der südwestdeutschen Katholiken wiesen durchweg auf Frankreich, also auf das Ausland, zurück. Nach 1840 wurden die sozialpolitischen Bestrebungen wohl bodenständiger. In Norddeutschland bildete sich ein Sammelpunkt für sie im „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen", dessen Mitglied auch Bismarck war. Sie erstarkten jedoch bis zum Revolutionsjahre nicht so, daß sie sich gegenüber den andern

Bewegungen in der Nation zu behaupten vermochten. Erst ein Menschenalter später schlug die Stunde für die deutsche Sozialpolitik.

Den Vorsprung vor allen hatte vorerst die Verfassungspolitik. Das Beispiel der westeuropäischen Nachbarn, der Aufstieg des Bürgertums und seine wirtschaftlichen Interessen, die literarischen Strömungen und die Regsamkeit der Presse führten der erwachenden Neigung der Nation zu politischer Betätigung unablässig neue Nahrung zu. Der lange Friede, der Napoleons Sturz folgte, wandte diese Neigung einseitig der innern Politik zu; die auswärtige Politik hat ihren erzieherischen Einfluß auf das politische Denken so gut wie gar nicht ausgeübt.

Unter diesen Bedingungen allgemeiner Natur hat damals die Verzweigung unseres Parteiwesens begonnen. Ihr nächster Anlaß war ebensosehr die Erteilung geschriebener Verfassungen in den Mittel- und Kleinstaaten, die fast durchweg kurz nach den Befreiungskriegen geschah, wie die Nichteinlösung des Versprechens einer ebensolchen Verfassung im preußischen Staat. Seit dem 17. Jahrhundert war in den deutschen Staaten wie überall auf dem Festlande der Absolutismus die herrschende Staatsform gewesen. Eine Auflehnung der Geister gegen sie hatte sich in Deutschland wiederum wie überall im Abendlande schon mit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorbereitet. Sie hatte ihren Rückhalt teils in England und bei Montesquieu, teils in den deutschen Rechtszuständen der Vergangenheit gesucht. Durch die Revolution und die Gegenwehr gegen Napoleon war die Sache der Freiheit gestärkt, aber der Kampf für sie nicht klarer und einhelliger geworden. Erst nach 1815 entsprang aus der Stimmung einzelner feuriger oder edler Herzen eine politische Bewegung, die Massen aufzurütteln vermochte. Der Absolutismus bildete eben jetzt in Deutschland seine der Bevölkerung verhaßteste Form durch, die Herrschaft des Beamtentums, das „Schreiberregiment“ und bereitete anderseits nach den Karlsbader Konferenzen des Jahres 1819

und wiederum nach der Julirevolution sogar dem bloßen gesprochenen oder geschriebenen Meinungsaustausch über freiheitliche Anliegen aufreizende Hemmnisse. Nunmehr gewannen die Reihen seiner Gegner beständig an Zufluß, sie gliederten sich aber auch allmählich. Eine ständisch-liberale Strömung, zu der sich der junge Bismarck zählte, die Vorläuferin der konservativen Partei, hoffte die Freiheit durch Erneuerung des ständischen Geistes und korporativen Lebens zu sichern; sie knüpfte an das geschichtlich gewordene und an die im deutschen Volkstum schaffenden sittlichen Kräfte an. Die konstitutionell-liberale Strömung dagegen wollte Bürgschaften der Freiheit auf französische und belgische Art, sie verlangte geschriebene Verfassungen, Kammern und freie Presse. Sie leugnete das Recht des Monarchen, auf das sich der Absolutismus gestützt hatte, und suchte die Freiheit der einzelnen durch die Inanspruchnahme der Souveränität für das Volk zu begründen. Die Ständisch-Liberalen ehrten die Fürsten, sie rückten dafür mit um so größerer Schärfe der Bureaukratie zu Leibe. Dagegen fanden sich Konstitutionell-Liberale und Beamte erträglich miteinander ab, so daß die Beamten bald eine Hauptschicht der konstitutionell-liberalen Partei in den Kammern wie draußen unter den Wählern darstellten. Die ständisch-liberale Bewegung blieb in der Hauptsache noch bis 1848 die Überzeugung einzelner. Der konstitutionelle Liberalismus überwog weitaus und hatte alle gelesenen Zeitungen für sich.

Indessen fehlte es nicht an Anzeichen, daß der konstitutionelle Liberalismus im Begriffe war, sich selbst wieder zu spalten und zu verzweigen. Wo in deutschen Staaten Verfassungen verliehen worden waren, hatte die französische Verfassung mehr dem Scheine nach als in Wirklichkeit das Vorbild geliefert. Anfangs kämpften die Konstitutionell-Liberalen geschlossen dagegen an. Mit der Zeit aber stimmte die parlamentarische Arbeit, vermutlich unter dem in der Partei mächtigen Einfluß der Beamten, manche und meist die geistig oder sozial

Angesehensten bereit, sich mit dem Dargebotenen einstweilen abzufinden und mit der Zeit einen beide Teile befriedigenden Ausgleich zwischen fürstlicher und Volksgewalt zu schaffen. Diese Gemäßigten gerieten in den 40er Jahren zunächst in Baden in scharfen Gegensatz zu den andern, den Radikalen, die sich darauf versteiften, alles zu erreichen, was in Frankreich und Belgien erreicht worden war. Außer Baden erwiesen sich Hohenzollern, die Pfalz, Rheinhessen, die Moselgegend, stellenweise die übrigen Rheinlande als besonders empfänglicher Boden für die Wühlarbeit der Radikalen. Vielfach sickerten durch die Nähe der Schweiz auch demokratische Absichten in die radikalen Bestrebungen ein.

Noch nicht so deutlich sonderte sich die katholisch-politische Bewegung vom konstitutionellen Liberalismus ab. Ihr Nährboden wurde fürs erste durch Geistliche und ihnen gesellig verbundene Laien, Akademiker oder Angehörige erwerbstätiger Stände, gebildet; großen Zudrang hatte sie noch nicht. Die Bewegung war ursprünglich rein religiös gewesen. Nach der Jahrhundertfeier des Anschlags der Lutherschen Thesen im Jahre 1817 wurde sie vornehmlich durch das organisatorische Talent eines Elsässers, des noch jungen Subregens des Mainzer Priesterseminars, Andreas Räß, stark literarisch. In den 30er Jahren schlug sie, zumal in Franken und am Mittelrhein, unter dem Einflusse des Abbé Lamennais und seiner Zeitung „L'Avenir" ins Politische um. Ihr Wunsch, die Kirche von der Vormundschaft der Regierungen zu befreien und durch Unterstützung der konstitutionellen und demokratischen Forderungen der Kirche wieder die allgemeine Zuneigung zurückzugewinnen, wohl auch Rücksichten auf die Volksstimmung am Rhein und in Südwestdeutschland führten die rührigsten Streiter der katholischen Bewegung praktisch auf demselben Boden mit dem konstitutionellen Liberalismus zusammen. Er hat damals und später große Vorteile daraus gezogen. Es fand aber nicht nur keine Verschmelzung statt, sondern die politische

Annäherung brachte erst recht die Reibungsflächen beider Teile zur Geltung. Dem konstitutionellen Liberalismus kam es ebensowenig ausschließlich auf verfassungsrechtliche Dinge an, wie die katholische Bewegung wesentlich politisch geworden war. Er legte von Ursprung an auf den Kampf für eine freie Weltanschauung noch entschiedenern Wert als auf eine freie Staatsverfassung. Er war ein echter Sprößling der Aufklärung und blieb ihr bester Verbündeter. Die Anhänger der katholischen Bewegung aber nannten sich mit Stolz ultramontan. Im voll durchgebildeten Widerspruche gegen die Aufklärung strebten sie nach unbedingter Geschlossenheit der katholischen Kirche, nach fester Zusammenfassung des ganzen Kirchenwesens unter der Leitung Roms. Zum erstenmal schieden sich die Geister in leidenschaftlichem Hasse nach dem Cölner Ereignis des Jahres 1837. Dann wurde es freilich so weit still unter ihnen, daß sie in den Anfängen der Revolution des Jahres 1848 gegen die Regierungen wieder zusammengehen konnten.

Alle diese Elemente der nationalen Entwicklung waren im Flusse. Ihre Aussichten hingen jedoch weniger von ihrer eignen Anziehungskraft als von der Lösung zweier sie alle überschattenden Fragen des gesamtstaatlichen Daseins unseres Vaterlandes ab.

Das Problem, ob Österreich oder Preußen oder beide gemeinsam in Zukunft Deutschland führen würden, kam der Allgemeinheit noch kaum zum Bewußtsein. Metternich, der die österreichische Politik leitete, sah eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, die Nebenbuhlerschaft zwischen Preußen und Österreich zu dämpfen. Preußen ließ Österreich den Vorsitz im Bunde und hielt sich in der europäischen Politik zurück. Dafür gab Metternich den preußischen Staatsmännern in fast allen rein deutschen Angelegenheiten die Vorhand, leistete sogar der Begründung des Zollvereins, obwohl Österreich von ihm ferngehalten wurde, keinen nachhaltigen Widerstand. Dennoch ruhte das Problem nur scheinbar. In Wahrheit konnte Metter-

nich seine endgültige Aufwerfung nur dadurch verhindern, daß er nach 1820 auf jede Fortbildung der Bundesverfassung verzichtete und nichts von Belang für den Fortschritt des deutschen Volkes zu einheitlicheren und seinem Machtbedürfnis genügenden Staatseinrichtungen tat. Der Augenblick, wo sich die Nation selbst zu helfen suchte, mußte Österreich und Preußen gegeneinander stellen. Viel mehr beschäftigte die andere Frage die Gemüter, was aus Preußen werde. Der Wiener Kongreß hatte 1815 Preußen aus zwei grundverschiedenen Ländermassen zusammengesetzt, aus seinen ostelbischen Kernlanden und der Rheinprovinz mit Westfalen. Gegen heftige Widerstände im Schoße der Regierung wie in der rheinischen Bevölkerung wurden die neuen Gebiete bis 1823 der Staatsverwaltung so weit eingeordnet, daß die Einheit und in den Hauptzügen auch die Eigenart der Verwaltung behauptet wurde. Es war geglückt, den Rheinlanden trotzdem ihre volkstümlichsten Einrichtungen, etwa das französische Recht, zu lassen, dem katholischen Kirchenwesen einen gewissen Spielraum auf Grund der Bulle „De salute animarum" zu gewähren. Nur bedurfte das mühsame Werk, das mehr einer gut überlegenden Sachkunde als schöpferischer Genialität sein Dasein verdankte, einiger Zeit, um sich einzuleben und ins Gleichgewicht zu kommen. Solange glaubte die Regierung noch keine Reichsstände, keinen gesamtpreußischen Landtag berufen zu dürfen. Aber die Bureaukratie und die oppositionellen Elemente in der Bevölkerung ließen dem Staatswesen nicht die nötige Muße. Jene beunruhigte bald die Rechtszustände, bald das wirtschaftliche Leben am Rhein oder auch das Kirchen- und Unterrichtswesen dort. Die Opposition konnte zunächst nur hoffen, an einer organisierten Macht Rückhalt zu gewinnen: der katholischen Kirche. Schon der zu weitem Entgegenkommen bereite und gewandte Cölner Erzbischof Frhr. v. Spiegel klagte ausgangs seines Lebens von Jahr zu Jahr bitterer, wie die kirchlichen Anliegen in Berlin behandelt würden. Dadurch erlangten unter seinem Nachfolger

Clemens August von Droste-Vischering, der weniger staatsmännisch geschult wie sein Vorgänger war, schroff preußenfeindliche Männer Einfluß auf die Leitung des Sprengels. Sie suchten die Gegensätze nicht mit der Zeit zu mildern, sondern wünschten sie grundsätzlich auszufechten. Die Regierung überkam die Sorge, daß diese mit ihren belgischen Gesinnungsgenossen auf den Abfall der Rheinlande hinarbeiteten. Die darauf von ihr beschlossene Abführung des Erzbischofs auf eine Festung veranlaßte im November 1837 die stärkste Explosion, die in den Beziehungen zwischen preußischem Staat und neuen Provinzen von der Geschichte zu verzeichnen ist. Die Konstitutionell-Liberalen der Rheinlande standen während dieser Vorgänge dem preußischen Staate innerlich nicht näher als die Ultramontanen. Aber Rücksicht auf ihren industriellen und Handelsvorteil bewog sie zu anderer Taktik; sie steckten sich nach 1837 das Ziel, den Staat gleichsam zu erobern, sein Ruder in ihre Hand zu bringen. Aussichtsreich stützten sie sich dabei auf das der Bevölkerung 1815 gegebene und noch nicht eingelöste Versprechen einer geschriebenen Verfassung. Sie wurden nicht nur einmütig von ihren zahlreichen Parteigenossen in den ostelbischen Provinzen unterstützt, sondern auch von den Katholiken gedeckt. Vorübergehend zerstreute der Tod des dritten und die Nachfolge des vierten Friedrich Wilhelm im Jahre 1840 noch einmal die Wolken, die über Preußen hingen. Man empfing den neuen König hoffnungsvoll, er schloß Frieden mit der Kirche, er wollte das Versprechen des Vaters erfüllen. Aber er hatte bei der glänzenden Beweglichkeit seines Geistes eher die Gabe, vorhandene Gegensätze zu vertiefen und ihre Leidenschaft zu steigern, als sie zu beheben. Was die Staatsverwaltung des alten Preußens stark gemacht hatte, ihre zähe Beharrlichkeit und Einheit, schwand unter ihm. Seine eignen Entschlüsse entbehrten aller Folge. Auf verfassungsrechtlichem Gebiete sträubte er sich gegen Kammern und wollte nichts von einem „beschriebenen Blatt Papier“

zwischen sich und seinem Volke wissen. Er überlegte eine Fortbildung der Reichsstände und meinte, daß erst allmählich auf englische Art eine Verfassung des Gesamtstaates erwachsen sollte. Nach mancherlei Versuchen berief er durch das Patent vom 3. Februar 1847 die Provinzialstände, die 1823 zum vorläufigen Abschluß der Neuordnung des Staates eingerichtet worden waren, allesamt nach Berlin, zum Ersten Vereinigten Landtage. Ganz Deutschland blickte im Gefühl einer geschichtlichen Entscheidung über die Zukunft des deutschen Verfassungslebens nach der preußischen Hauptstadt. Die Konstitutionell-Liberalen waren dort weitaus im Übergewicht. Die Rheinländer bekamen das Heft in die Hand. Ihre Führer waren Gemäßigte. Aber da sie, wie alle Gemäßigten, mit ihren Grundsätzen noch an dem konstitutionellen Programm mit seiner Forderung von Kammern hafteten, wagten sie nicht, dem auf ständischer Grundlage aufgebauten Vereinigten Landtag das Recht zuzusprechen, im Namen des Volkes Geld und Anleihen zu bewilligen. Sie verurteilten den Landtag dadurch zur Unfruchtbarkeit. Der König entließ den Landtag im Juli nach dreimonatigem Tagen in Ungnade.

Mitten hinein in die lebhafte Stimmenführung des Landtags klang der Auftakt zu Bismarcks öffentlicher Laufbahn. Durch einen falschen Zug bei der Vorbereitung seiner Kandidatur war er nicht von vornherein dessen Mitglied geworden. Vier Wochen nach der Eröffnung trat er als Ersatzmann für einen erkrankten Abgeordneten in die Versammlung ein. Sein Platz war auf der Rechten bei seinen Freunden. Aus der Lage ergab sich, daß sein erstes Zusammentreffen mit den Gegensätzen, die in der Nation um die Vorherrschaft rangen, gegen den konstitutionellen Liberalismus erfolgte. Nach und nach traf er auch auf die andern. Auseinandergesetzt hat er sich im Laufe seines politischen Wirkens mit allen.

Bismarck brannte offenbar darauf, dreinzureden und den Streit aufzunehmen. Er war noch keine Woche in Berlin, als er bei einer an den Haaren herangezogenen Gelegenheit eine

Lieblingsvorstellung der liberalen Mehrheit kränkend angriff. Gegen sie war wahrscheinlich im Kreise seiner Freunde oft Einspruch erhoben worden. Ludwig v. Gerlach hat davon erzählt, wie seine Gesinnungsverwandten nach 1815 absichtlich vermieden, von Freiheitskriegen zu sprechen, und stets das Wort Befreiungskriege gebrauchten, weil der Kampf der Fremdherrschaft, nicht der Erringung bürgerlicher Freiheiten galt. Da setzte Bismarck an. Ein Entwurf von seiner Hand hält die von ihm gesprochenen Worte wohl sinngemäßer fest als der gemilderte stenographische Bericht. „Im Saale wie außerhalb sei oft der Irrtum laut geworden, als ob es für die Bewegung von 1813 einer andern Triebfeder bedurft hätte als der Schmach, daß Fremde in unserm Lande geboten. Nein, die Erhebung war keine Leistung an den Landesherrn, die eine Gegenleistung, die Verfassung, begründete. Man spricht sich jedes Ehrgefühl ab, wenn man daraus, daß man sich gegen Schläge, die man selbst empfängt, zur Wehr setzt, Verdienste gegen Dritte ableiten will, als hätte man sich nur deshalb gewehrt, um dem König sagen zu können, wir haben Ew. Majestät Land wieder erobert, was geben Sie uns dafür?" Fast das ganze Haus, die Rechte kaum minder als die Linke, antwortete Bismarck mit einem lange anhaltenden Ausbruche der Entrüstung. Er wandte sich um und las in einer Zeitung.

Unter seinen Freunden umlaufende Meinungen waren es auch sonst, was Bismarck zur innern Politik auf dem Landtage vortrug. Er stellte sich mit den Freunden fest auf den Standpunkt des Februarpatents, dessen Zugeständnisse in einzelnen Punkten wohl größer gewünscht werden könnten, über das hinaus der König aber unter keinen Umständen durch die Abgeordneten gedrängt werden dürfe. Voller Genugtuung wechselten Blanckenburg und Ludwig v. Gerlach Briefe, als sich Bismarck sogar dazu bekannte, daß der Staat ohne christliche Grundlage „nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art von Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle" wäre.

Nichtsdestoweniger schimmerte wiederholt die junkerliche, durch die Bekehrung nicht umgewandelte, nüchtern materielle und rechnerische Art, die Dinge anzuschauen, in Bismarcks Reden durch. Sie hatte ihm schon das Bild eingegeben, mit dem er seinen Widerspruch gegen die liberale Auffassung vom Zwecke der Kriege 1813/15 kennzeichnete. Sie blitzte wiederum auf, als er den Liberalen vorhielt, daß sie eine Bahnverbindung Königsbergs mit Berlin wirtschaftlich für gerechtfertigt erklärten, die dafür angeforderte Anleihe aber nicht bewilligten. Welchen Sturm würde es wohl bei ihnen erregen, so fragte er, wenn die Regierung den Spieß umdrehte und Wohltaten für eine Provinz von deren politischem Verhalten abhängig machte. Noch viel durchgreifender sollte sich indessen ein anderer Unterschied zwischen ihm und seinen Freunden auf die Dauer erweisen. Sprach Ludwig Gerlach geflissentlich von Befreiungskriegen statt Freiheitskriegen, tat er's, damit die Konstitutionell-Liberalen keine den Konservativen widerstrebenden Ansprüche daraus ableiteten. Im übrigen aber war sein Denken ebenso wie das seiner politischen Gegner der Erkämpfung der Freiheit im Innern des Staates zugewandt. Auch Bismarck richtete sich gegen die Ansprüche der Konstitutionell-Liberalen; aber er arbeitete dabei den Antrieb, den das nationale Selbstgefühl dem preußischen Volke 1813 gegeben hatte, und damit einen Gesichtspunkt auswärtiger Politik scharf heraus. Sein Gesichtskreis war weiter und dadurch schließlich doch ein anderer als der der Freunde. Der Mann, der schon als Student den Verkehr mit Ausländern gesucht, der England und Frankreich bereist hatte, achtete bei der Wertung jeder den Landtag beschäftigenden Frage unwillkürlich auf ihre Beziehung zur auswärtigen Politik. Er geißelte, daß sich die Mitglieder des Landtags leichter und öfter, wie es in England und Frankreich denkbar sei, Vorbilder in der Fremde suchten. Er verriet dabei, indem er von Frankreich als dem Lande jenseits der Vogesen sprach, wohin er nach wie vor das Elsaß zählte. Schmerzlich spürte er auch, daß die Nachbarn voll

Schadenfreude vom Verlaufe des Landtags eine Minderung der Regierungsgewalt erwarteten. „Nun frage ich, ob dem Auslande gegenüber der Bau unserer Verfassung nicht fester dasteht, ob das Gefühl der Befriedigung auf allen Seiten im Inland nicht ein höheres sein wird, wenn uns der Fortbau der Verfassung durch die Initiative der Krone gegeben, als wenn er von uns begehrt wird?“ Hatte Ludwig Gerlach sein Gefallen an Bismarcks Bekenntnis zum christlichen Staate, so wuchs der junge Parlamentarier durch sein Verständnis für auswärtige Politik Leopold Gerlach, dem General, fester ans Herz.

Kaum, daß der Landtag geschlossen war, warf sich Bismarck mit aller Kraft darauf, den Plan einer konservativen Zeitung zu verwirklichen. Ihre Notwendigkeit hatte sich neben den vielgelesenen liberalen Blättern und der ebenfalls nicht geringen Zahl amtlicher und offiziöser Blätter aufgedrängt. Die Gerlachs wollten den kirchlichen Zielen der Partei darin einen reichlichen Raum vergönnen. Bismarck riet ab, weil diese Ziele breite, für die Partei zu gewinnende Wählermassen noch abstießen, und wünschte das Blatt vorzüglich in den Dienst der wirtschaftlichen und ständischen Interessen des ostelbischen Adels zu stellen. Vorläufig wurde aus der Gründung nichts. Darüber kam mit dem 28. Juli der Tag von Bismarcks Vermählung. Die Hochzeitsreise, an die er später in den Briefen nach Hause manchesmal tiefsinnig die Erinnerungen erneute, führte das junge Paar über Prag und Wien ins Salzkammergut und bis nach Venedig, wo sie das Königspaar trafen, zurück durch die Schweiz. Den Winter über saß Bismarck auf Schönhausen. Selten rief ihn eine Besprechung über das noch nicht aufgegebene Zeitungsunternehmen oder eine Meldung beim König nach Berlin. Im politischen Leben Preußens war es still geworden. Die Krone hatte auf dem Vereinigten Landtag den Erfolg davon getragen. Auch Bismarck ahnte sichtlich nichts von dem Sturme der Revolution, der mit dem Frühjahr 1848 über das Abendland hereinbrach.

Den Sturm entfesselte der Straßenaufruhr in Paris Ende Februar. Süddeutschland war schon unruhig. Auf die Pariser Nachrichten und die ersten Aufläufe im Südwesten hin vereinigten sich die Konstitutionell-Liberalen und die ihnen gesinnungsverwandten Teile des Beamtentums zu erfolgreichem Zusammenwirken. Sie bewogen die Fürsten, die Zügel der Regierung den volkstümlichsten liberalen Führern zu übergeben. Die Macht der liberalen Partei gegen die das Volk verhetzenden Radikalen wurde dadurch verstärkt und der Partei auch, zum Entgelt für ihre den Fürsten zu leistende Hilfe, freie Hand gelassen, den deutschen Einheitsstaat zu begründen. Durch den Sturz Metternichs und durch das anfangs schrittweise, am 18. März fluchtartige Zurückweichen Friedrich Wilhelms IV. vor der Aufregung, die sich nunmehr auch erheblicher Teile der preußischen Bevölkerung bemächtigte, wurde die Erschütterung der bisherigen Staatsordnung in Deutschland allgemein. Friedrich Wilhelm IV. berief, ähnlich wie die süddeutschen Fürsten, in sein Ministerium Konstitutionell-Liberale und versuchte sich persönlich an die Spitze der nationalen Bewegung zur Gründung eines einigen Deutschlands zu stellen. Der Bundestag in Frankfurt, den die Regierungen sofort in seiner Zusammensetzung verändert hatten, stimmte der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung zu. Unser Vaterland schien unmittelbar vor einer völlig neuen Wendung seiner Geschichte zu stehen.

Weder die Kunde aus Paris und von den Vorgängen in Südwestdeutschland noch die ersten Zugeständnisse, die sein König der Revolution machte, erschreckten Bismarck. Erst als er zufällig durch zugereiste Bekannte am 20. März von den Ereignissen des 18. März hörte, fuhr er in hellem Zorne auf. Er reiste erst allein, dann mit einer Abordnung von Bauern nach Berlin und Potsdam. Einen Gutsnachbarn, der der Revolution das Wort reden wollte, bedrohte er mit Erschießen. Bei dem General Prittwitz, der die Truppen am 18. März befehligt hatte,

„klimperte er auf dem Klavier den Infanteriemarsch zum Angriff". Als der General ihm erzählte, daß der Minister Bodelschwingh ihm die königliche Aufforderung überbrachte und als Minister auf deren Ausführung bestanden habe, erwiderte Bismarck: „Ich würde es für das zweckmäßigste gehalten haben, einem Unteroffizier zu befehlen, nehmen Sie diesen Zivilisten in Verwahrung." Bismarck hat alle die einzelnen Züge aus jenen Tagen, deren er sich erinnerte, in den „Gedanken und Erinnerungen" mit dem Behagen des Greises an dem kühnen Mut der Jugend wiedergegeben. Er hatte zeitlebens eine Neigung, gewaltsamen Handlungen das Wort zu reden, wenn ihm etwas nicht nach seinem Sinne war. Dadurch hatte er schon zuweilen die Freunde im Thaddenschen Hause verblüfft. Das eine Mal bedauerte er, daß sich 1806 kein Leutnant fand, der den feigen Generälen eine Kugel durch den Kopf schoß. Ein anderes Mal rühmte er das natürliche (nicht staatliche, sondern dynastische) Verlangen aller Fürsten, ihr Herrschaftsgebiet auszudehnen; deshalb werde auch für Preußen die Zeit neuen Zuwachses wiederkehren. Ganz auf dieselbe Art hat Bismarck aber auch noch 1890 dem Wunsche des jungen Wilhelm II. widersprochen, der das Herz seiner Untertanen gewinnen wollte, und statt dessen ihm geraten, das allgemeine Wahlrecht aufzuheben und es aufs Schießen ankommen zu lassen. Solche Äußerungen tat er indessen nur im vertrauten Kreise, nie vor der Öffentlichkeit als verantwortlicher Politiker, geschweige denn als Diplomat. Sie ergänzen sein Bild und steigern mit ihrem Einschlag von Leicht- und Übermut, hier und da sogar von Renommage den Eindruck nie alternder Genialität. Die Akkorde, in denen dieses vielbesaitete Menschenleben sich ausströmte, klingen um so kräftiger und frischer. Aber damit ist ihre Aufgabe auch erfüllt. Man tut Bismarck Gewalt an, wenn man eine Staatsgesinnung von besonderer Prägung hinter seinen übertreibenden Wendungen sucht. Im Frühjahr 1848 aber schäumte er sich um so lebhafter in ihnen aus, je

weniger er irgendwo Gehör fand und je vergeblicher er mit der Ungeduld der Jugend gegen Unabänderliches ansprang. Er war überzeugt, daß Preußen Deutschlands hätte Herr werden können, wenn der Augenblick den König nicht schwach gefunden hätte. Er stürmte daher überall hin, wo er hoffte, einem einflußreichen Manne zu begegnen, und suchte selbst zum Könige vorzudringen. Nicht er, sondern die Führer der rheinischen Liberalen, über deren „Weinreisenden-Politik" er im Vorjahre gehöhnt hatte, wurden die Berater der Krone. Verzagt klagte er, daß die Krone „morsches Holz" sei. Noch aber getröstete er sich einige Tage des Widerstandes der Junker gegen die Revolution. Er verteidigte sie in der „Magdeburger Zeitung" wider die Verleumdung rückschrittlicher Denkart; danach allein strebe der Adel jetzt, die rechtliche Ordnung in Deutschland herzustellen, Ehre und Unverletzlichkeit „unseres Vaterlandes", worunter Bismarck ohne Zweifel Preußen verstand, zu erhalten. Auf dem Zweiten Vereinigten Landtag indessen, der anfangs April tagte, fügte sich auch die übergroße Mehrzahl der Junker den Verhältnissen. Bismarck hat daraufhin einige Monate später diesen Landtag als das zweite Jena des preußischen Adels bezeichnet. Aber während des Landtags selbst ertrug er die Enttäuschung ruhiger, als nach den vorangegangenen Tagen zu erwarten war. Daß er so ganz verzweifelte, hatte zuletzt doch nur an seiner Ohnmacht gelegen. Dem Landtag gehörte er als Mitglied an. Der Frhr. v. Vincke, der berühmteste unter den Konstitutionell-Liberalen, versuchte gar durch ihn an die Rechte heranzukommen, damit das ganze Haus den König wie den Prinzen von Preußen um ihre Abdankung bitte. „Mit Vincke ein Herz und eine Seele", berichtete Bismarck geschmeichelt seiner Frau. Auch aß er nun „wieder wie ein Mensch". Aufrecht gegen die Revolution hielt er sich nach wie vor und legte am 2. April in kurzer Rede Zeugnis davon ab. Aber mit dem Schlußsatz, bei dem ihm Tränen die Stimme erstickten, machte doch auch er schon, noch kaum merklich, die erste Bewegung,

um sich auf das einzurichten, was anscheinend unvermeidlich geworden war. „Wenn es wirklich gelingt," so sagte er, „auf einem neuen Wege ein einiges deutsches Vaterland zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann; jetzt aber ist es mir nicht möglich." Am 4. sprach er freieren Herzens über die Fragen, für die er geboren war, über auswärtige Politik, Schleswig-Holstein und Posen, und gegen Schluß des Landtags war er ganz und gar „im frischen Ärger der Politik". Er stritt wider den alten Aachener Demokraten und jetzigen Minister Hansemann und entrüstete sich als Ständisch-Liberaler über die weiten finanziellen Befugnisse, die die konstitutionell-liberale Mehrheit dem Ministerium eingeräumt hatte. Freilich überdauerte die seelische Beruhigung den Landtag nicht. Als Bismarck nach dessen Schluß in keine der großen Nationalversammlungen gewählt wurde, weder in die deutsche nach Frankfurt, noch in die preußische nach Berlin, als die Gerlachs die Bemühungen um ein konservatives Parteiblatt wieder aufnahmen und ihn fern davon hielten, als ihm die „Magdeburger Zeitung" einen wertvollen Artikel über die polnischen Angelegenheiten ungedruckt ließ, kehrte die Erregung nicht nur wieder, sondern schlug in Trostlosigkeit um. Er dachte ans Auswandern. Aber auch jetzt verzweifelte er bloß scheinbar an den Dingen um ihn her; in Wahrheit drückte ihn, daß er in so wichtiger Zeit ungenutzt blieb und ohne Anteil an den Dingen war. Die Tiefe seines Verzagens ist danach zu ermessen; es war leicht, ihn wieder zu erlösen. Im Juli weilte Bismarck mit seiner das erste Kind erwartenden Frau bei den Schwiegereltern zu Reinfeld. Er konnte sich dort wenigstens aussprechen. Oft hörte er verwandte Urteile, und bald waren er und die andern dabei, Pläne zu schmieden. Der Adel sollte gesammelt und politisch geschult werden. Etwa zur selben Zeit kehrte der im März nach England geflohene Prinz von Preußen zurück. Auf Grund einer zufälligen Begegnung lud er Bis-

marck zu sich nach Babelsberg ein. Von dort wurde Bismarck zum König befohlen. Er erinnerte sich nachher, trutzig zu ihm gesprochen zu haben, aber durch seine Güte entwaffnet worden zu sein. Er wurde in der Tat für die nächste Zeit der Lobredner des Königs. Seitdem war die Zuversicht wieder in ihm, daß ihm politischer Einfluß winke. Bei einem Aufenthalt in Stettin stellte er auf der Straße einen Fremden, der die deutsche Nationalkokarde trug. Sie war das Abzeichen derer, die Preußen in Deutschland aufgehen lassen wollten. „Erlauben Sie gütigst, das wird jetzt nicht mehr getragen." Eben glückte es auch die längst geplante Zeitung als „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung" ins Leben zu rufen. Bismarck schrieb eifrig Artikel für sie, in denen er sich wiederum scharf an Hansemann, vielleicht schärfer noch an dessen Kollegen Patow rieb. Sein gleichaltriger Onkel von der Seite seiner Frau her, Hans v. Kleist, leitete am 18. und 19. August die erste Versammlung des preußischen Adels, das „Junkerparlament". Bismarck griff unter dem Beifall seiner Standesgenossen mehrfach in die Beratungen ein und wurde auch in den ständigen Ausschuß gewählt, der die Zwecke der Versammlung weiter fördern sollte. Zwei Tage darauf schenkte seine Frau ihm das erste Kind. Er war noch rechtzeitig nach Hause gekommen und brachte nun nach seinem humorvollen Bericht an die Schwiegereltern sein Leben wie Schillers Johanniterritter „zwischen politischen Kämpfen und Plänen am Schreibtisch und der Wärterschürze am Krankenbette" zu. Schon im September eilte er jedoch zurück nach Berlin. Die preußische Nationalversammlung hatte eine radikale Richtung eingeschlagen, mehrere liberale Ministerien hatten sich ihr gegenüber rasch nacheinander verbraucht. Auch in Frankfurt bewährten sich die Konstitutionell-Liberalen nicht, obwohl sie dort die Mehrheit besaßen; sie waren noch weit von den hohen Zielen, die sie sich in der deutschen Frage gesteckt hatten. Die Gerlachs sahen daraufhin die Stellung ihrer durch die Revolution zur Herrschaft gelangten politischen

Gegner als sturmreif an. Gleich in den ersten Tagen nach dem 18. März hatten sie sich mit einigen Vertrauten am Hofe und im Kabinett zur „Kamarilla" zusammengefunden. Bismarck war bereit zu helfen. Er verhehlte kaum, daß er gerne selbst durch die Kamarilla als Minister beim König durchgedrückt worden wäre. Inzwischen begnügte er sich mit der Rolle des „sehr tätigen und intelligenten Adjutanten unseres Kamarillahauptquartiers". Er nahm, solange die Entwicklung der eignen Kräfte der Rechten noch in den Anfängen war, bis tief in die Reihen der Linken Fühlung, um ein Ministerium des Widerstandes gegen die Radikalen zustande zu bringen. Im Oktober reifte der Entschluß zu dem Ministerium des Grafen Brandenburg, dem Otto v. Manteuffel als Minister des Innern angehören sollte. Bismarck vermittelte zwischen Manteuffel und den Gerlachs und bearbeitete Manteuffel, daß er sich der schweren Aufgabe nicht versage. Seine einzige Furcht war, daß die neuen Männer nicht fest blieben; er gab ihr auch in der „Kreuzzeitung" beredten Ausdruck. Es mißfiel ihm die Überschätzung der Demokratie, deren „passiver Widerstand" nur „ein zeitgemäßer Ausdruck" für das sei, „was man sonst Angst nannte". Zu Kleist äußerte er sich in Wendungen, wie er sie liebte: zurzeit komme es nur auf Entschlossenheit an; ein entschlossener Sekondeleutnant mit einem Trommler wäre die beste Vertretung der Regierung gegenüber der Nationalversammlung. Dementsprechend half er auch bei den militärischen Maßnahmen, die bei der vom Ministerium beschlossenen Verlegung der Nationalversammlung aus Berlin tätlichen Widerstand unnütz machen sollten. Zum ersten Male hatte Bismark das Bewußtsein, daß seine Mitarbeit mit in die Wagschale fiel. Wohl quälte ihn zwischenhinein das Heimweh. „Mein süßes Herz, du schwebst mir immer so blaß und mit ganz großen Augen vor, ich sehne mich recht, dich als sicheres Fleisch und Bein anfassen und mich beruhigen zu können." Dennoch verharrte er auf dem Posten in Berlin.

Am 5. Dezember legte der König nach Auflösung der widerspenstig gebliebenen Nationalversammlung von sich aus eine Verfassung auf. Sie war, mehr als es Bismarck paßte, dem „zugrunde gelegten belgischen Formular" entlehnt, um auf die für die belgische Verfassung eingenommene öffentliche Meinung zu wirken. Für die Neuwahlen gaben sich die Konservativen eine festere, parteimäßige Gliederung, Bismarck kam in den Vorstand. Er stellte sich nun auch wieder zur Wahl und drang durch. Vielleicht habe er, so unterrichtete er Ludwig Gerlach, „nur dadurch gesiegt, daß in der letzten demokratischen Versammlung seines Wahlkreises ein abtrünniger Priester das Christentum schmähte und eine Anzahl sonst adelsfeindlicher Bauern darüber entrüstet zu uns kam". Durch die Wahl saß er wieder im Sattel, aus dem der Märzsturm ihn geschleudert hatte, und sicherer als vorher.

Die Oktroyierung der Verfassung beendigte nicht etwa die Verfassungskämpfe in Preußen. Der König wünschte eine nachträgliche Verständigung über das Gewährte mit den neu gewählten Kammern; schwierige Verhandlungen erwuchsen daraus. Sie verknüpften sich mit heftigen Gefechten zwischen Bürgertum und Adel um materielle Interessen. Die Liberalen waren andauernd darum bemüht, der politischen Umbildung Preußens eine soziale folgen zu lassen und durch diese jene zu sichern. Das Ministerium zeigte sich nachgiebig gegen ihre sozialen Absichten, während es den politischen entgegenwirkte. Auch blieb noch auszutragen, welche Stellung Preußen zu der Frankfurter Nationalversammlung und ihrer Ende März 1849 fertigwerdenden Reichsverfassung einnahm. Über dem Austrag kam der europäische Gegensatz zwischen Österreich und Preußen endlich wieder in Fluß, und auch er wurde der Ausgangspunkt harter Kämpfe in den nächsten Jahren. Friedrich Wilhelm IV. versuchte, unter dem Einflusse seines persönlichen Freundes, des Generals Radowitz, das gesamte nichtösterreichische Deutschland nach dem Scheitern der

Frankfurter Nationalversammlung durch eine Vereinbarung zwischen Fürsten und den Führern der nationalen Bewegung doch noch zu einigen. Dieser „Union" sollte eine der Frankfurter Verfassung angepaßte bundesstaatliche Verfassung zugrunde gelegt werden. Österreich, das inzwischen der Revolution in seinen slawischen und deutschen Gebieten bis Winters Anfang 1848 wieder Herr geworden, und in dem die Regierung an den jungen Kaiser Franz Joseph übergegangen war, leistete unter der Führung seines neuen Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg ebenso überlegenen wie zähen Widerstand.

Zwei und ein halbes Jahr lang war Bismarck nun vornehmlich Parlamentarier. Er gehörte ununterbrochen dem Preußischen Landtag an und wurde auch in den Erfurter Reichstag gewählt, mit dem sich die Regierungen im Frühjahr 1850 über die Unionsverfassung verständigen wollten. Noch über diese Zeit hinaus blieb er im Landtag, von 1854 an als Mitglied des Herrenhauses. Aber nur bis zum Frühjahr 1851 nahm er seinen Sitz regelmäßig und mit wirklicher Teilnahme an den Geschäften ein. Über die monatelange Trennung von den Seinen stöhnte er dabei ebensooft wie über die Schattenseiten des Daseins als Abgeordneter, den „geschäftigen Müßiggang", den „Ozean von Langeweile", das tägliche Zusammensein mit Männern, die er gesellschaftlich als „Proletarier" ansah. Dennoch war er an das Getriebe innerlich gefesselt, voll Eifer im Kampfe der Parteien, voll Ehrgeizes, eine parlamentarische Führerstellung zu erlangen.

Vom August 1849 an teilte er seine Wohnung während der Landtagstagungen mit Hans v. Kleist. Äußerlich und dem Wesen nach waren beide Männer ganz verschiedene Menschen, der eine ein Hüne von Gestalt, der andere klein, Bismarck jugendlich, ein Weltkind, von übersprudelndem Geist und Humor, der früh ergraute Kleist gemessen, puritanisch fromm im Handeln und im Urteil. Dennoch lebten sie sich von Monat zu Monat besser aufeinander ein und machten die Politik im

Landtag wie beim König in treuer Gemeinschaft. Kleist zog Bismarck tiefer als vorher in die allgemeine Gedankenwelt des Kerns der konservativen Partei hinein. Hinwiederum nahm er willig von Bismarcks Art an, von seinem Geschick, persönliche Beziehungen zu pflegen und von seiner Fähigkeit, die Dinge opportunistisch nach ihrer Möglichkeit und ihren Aussichten in entscheidungsschweren Stunden abzuschätzen. „Du hast viel mehr menschliche Weisheit, eine ganz andere menschliche Höhe als ich." Vereint standen sie an der Spitze der äußersten Rechten, als grundgescheiter wissenschaftlicher Theoretiker der Partei neben ihnen noch Julius Stahl. Der Kreis ihrer beständigen Anhänger in der Zweiten Kammer war klein; sein fast familienhaft persönliches Zusammenleben spiegelt sich noch in den ersten Jahrgängen der „Kreuzzeitung" wieder. Aber da das Fraktionswesen noch wenig ausgebildet war, übten sie Einfluß in wechselndem Ausmaß auch auf die gesamte Rechte. Durch die Kamarilla hatten sie Rückhalt am Hof, durch Manteuffel und den Kriegsminister Beziehungen zum Ministerium. Der Führer unter ihnen aber war Kleist, Bismarck blieb der Adjutant. Kleist war der bessere Redner, der an Grundsätzen festere, der sicherer des Weges fuhr. Die vielen Politiker und Bittsteller, deren Besuche den Aufenthalt in der gemeinsamen Wohnung oft ungemütlich machten, strebten nicht zu Bismarck, sondern zu Kleist. Zu wichtigen Besprechungen wurde Kleist stets, Bismarck nur gelegentlich herangezogen. Kleist kam auch wiederholt ernstlich für ein Ministerium in Frage. Er war im vollen Vertrauen der Gerlachs. Gegen Bismarck hegten dagegen die beiden Brüder ein Mißtrauen, das sich in einzelnen Augenblicken verwischte, niemals schwand. Ludwig Gerlach stieß sich stets aufs neue an dem junkerlichen Gesichtskreis, der Bismarck immer wieder bändige und ihn den idealistischeren Auffassungen der Freunde unzugänglich mache. Bismarck kehrte tatsächlich den Junker gern heraus und verteidigte seiner Stand gegen Gerlach übermütig als den Einäugigen

unter den Blinden in einem Lande, wo es außer Junkern nichts als Schneider gebe. Auch davon hatte sich Gerlach erzählen lassen, daß Bismarck schroff das gemeindeutsche Empfinden von sich weise, welches in seinen nähern Freunden seit den Tagen der Befreiungskriege kaum minder warm, vielleicht tiefer noch als in den Liberalen fortlebte. Er so wenig wie sein Bruder täuschten sich darüber, daß Bismarck ihr Sehnen nach verfassungsmäßiger Begründung der Freiheit auf das alte deutsche Recht und Hallersche Vorstellungen nicht in Fleisch und Blut übergegangen war; sie nannten ihn einen Absolutisten. Eines Tages im Herbst 1848 fragte Ludwig Bismarcks besten Freund aus den Jahren vorher, den Gatten der verstorbenen Marie v. Blanckenburg, wem er mehr trauen würde als Minister, Kleist oder Bismarck, und erhielt ohne Verzug die Antwort: Kleist. So dachte auch Kleist selber, dem sich Bismarck damals so eng anschloß wie niemandem vorher oder nachher. Bismarck war auf der Rechten einflußreich, weil keiner von denen, die zu der äußersten Gruppe gehörten, mit der Masse der im Landtag sitzenden Junker so gut wie er vor Abstimmungen zu reden wußte. Man zog auch Nutzen aus seinem Verhandlungsgeschick und stand zuweilen unter dem Eindrucke seiner Schärfe im Streite gegen die Linke. Leopold v. Gerlach sprach in seinem Tagebuch von ihm schlechthin als dem „kühnen" Bismarck. Als er jedoch im August 1849 zum erstenmal einen Antrag mit Konservativen aller Richtungen zusammen stellte und für die Begründung ausersehen wurde, redete er mit dem Erfolge, daß die andern den Antrag zurückzogen. So locker war die Gemeinschaft zwischen ihm und der Partei. Die Linke war nicht im Zweifel darüber, daß er sie verachtete, und entgalt es ihm. Es reizte ihr parlamentarisches Selbstgefühl, wenn er unverhohlen seine Genugtuung darüber an den Tag legte, daß die Lebensfragen Preußens im Landtag nur beredet, nicht entschieden würden. Höhnisch sah er bei einem Streit ums Wahlrecht darauf herab, wie sich Bourgeoisie und Proletariat den Futterplatz miß-

gönnten. Mit dem sentimentalen Beckerath, an dem er mit Vorliebe seine Wut gegen das politisierende Rheinländertum ausließ, mit Simson, der als Jude ihn reizte, und mit dem eingebildeten Frhrn. v. Vincke steigerten sich seine Händel derart, daß die hinter ihnen stehenden Abgeordneten seine Reden entweder mit Lachen begleiteten oder ihn kaum aussprechen ließen. Nachträglich hatte er mit Vincke im März 1852 gar noch ein Duell. Bismarcks parlamentarische Wirksamkeit war deshalb weder unfruchtbar, noch stand er daneben. Die Bedeutung seiner Persönlichkeit sicherte ihm trotz allem erhebliche Beachtung. Aber um wirklich breiten und beständigen Boden in der Kammer zu gewinnen, dafür war er zu sehr ein Mann eignen Schlages. Die übergroße Mehrheit seiner Kollegen fühlte, daß er ihr durch seinen auf den Reisen erworbenen Gesichtskreis, durch seine Fähigkeit, nicht bloß als Parteipolitiker zu denken, und durch sein Verständnis für die Machtfragen der auswärtigen Politik allzuweit überlegen war. Um so mehr bereicherten jene Jahre ihn persönlich. Inhaltlich wie in der Form stellen sich die Reden, die Bismarck an wichtigen Tagen hielt, als die Vorläufer der Reden des gereiften Staatsmannes dar. Was der General Gerlach Bismarcks Briefen und Berichten einige Jahre später nachrühmte, daß sie die Situation, aus der sie hervorgewachsen sind, zur Anschauung bringen, und daß sie dem, was andere oft nur dunkel ahnen, Worte verleihen und es bis zur Klarheit des Begriffes steigern, gilt auch von den Reden. Zu Erfurt entfaltete Bismarck zum ersten Male den vollen Reiz seiner mit Vorliebe dem Jäger- und Landleben entnommenen, ebenso ans Gemüt wie literarisch packenden Bilder. Er wirkt persönlich, selbst wenn er seine Gedanken und Einwürfe aus dem Schatze seiner politischen Freunde schöpfte. Dies war noch die Regel, so oft er sich in die Verfassungspolitik mischte. Gleich den Freunden verkündete er den Kampf zwischen preußischem Staat und Liberalismus als Prinzipienstreit zwischen monarchischem

Recht und dem Faustrecht der Barrikaden. Den Parlamentarismus erklärte er mit den üblichen Gründen als andere, schlimmere Form des Absolutismus. Nur selten stieg ihm dabei ein uns tiefer berührendes Bild vor den Augen auf wie etwa die Warnung, dem gesunden deutschen Volkskörper nicht das Nessusgewand französischer Staatslehren überzustreifen. Mit starker rednerischer Kraft stellte er eines Tages die Grundrechte, die der Liberalismus im Namen des Volkes fordere, den „uralten christlichen Grundrechten" des Volkes selbst gegenüber, die der Liberalismus ihm nehmen wolle, dem Recht auf eine christliche Obrigkeit, dem Recht auf christliche Schulen und dem Recht, die Ehe auf christliche Art schließen zu dürfen. Aber das war ein vereinzeltes Mal. Im allgemeinen redete er von dem Liberalismus und der Demokratie gar nicht mit der Wucht eines Mannes, der darum schwere innere Kämpfe ausgestanden hat, oder mit der anklägerischen Leidenschaft des Bekehrten. Er spielte vielmehr mit ihnen, und im grimmen Spotte über sie trat er erst ganz aus sich heraus. Die Übersetzung französischer Makulatur, womit er die Verfassung meinte, habe unser Volk vor Europa um den Ruf des Volkes der Denker gebracht. Er schalt als Vorurteil der Demokratie, daß der Einfluß jeder Volksklasse in demselben Maße steigen müsse, in welchem ihre politische Bildung und Leistungsfähigkeit abnehme, und hielt sich bei der Eigentümlichkeit des Wortes Konstitution als echten Fremdworts auf, wonach sich nicht zwei Personen bei ihm dasselbe dächten. Da es in Wahrheit nichts bedeute, gebe die Phrase den schönsten Schmuck einer Konstitution ab, ohne den sie wie das entschleierte Bild von Sais wirke. Besonders gern erfreute er mit solchen Bosheiten „die weisen Männer aus dem Westen", die rheinischen Liberalen.

Zu solch abschätzigem Spott aber nahm sich Bismarck das Recht, weil es ihm mit der Gegnerschaft ernst war. Am 24. September 1849 hat er einmal in großen Strichen mit einer aus dem Vollen schöpfenden Sachkunde dem Treiben deutscher

Kammern das Bild des englischen Verfassungslebens gegenübergestellt, seine Bedingungen dargelegt und gezeigt, wie sie im deutschen Staatsleben völlig fehlten. Ihm selbst gebrach es an diesen Bedingungen nicht, weder gesellschaftlich noch als Staatsmann. Wertete der landläufige Liberalismus den Staat zu gering und war er voller Mißtrauen wider den Staat, so stärkte Bismarck hinwiederum der Regierung nach Kräften das Rückgrat. Er unterzeichnete und vertrat eine Bittschrift an den König, die als ersten den Namen Bethmann-Hollweg trug und den Art. 108 der preußischen Verfassung in seinem Wortlaut vor den erbitterten Angriffen der Liberalen retten wollte. Der Artikel beschränkte den Anteil der Kammern an der Finanzverwaltung auf ein bescheidenes Maß. Bismarck selbst schmiedete in seiner Ministerzeit daraus eine der stärksten Waffen der Regierung gegen den vordringenden Parlamentarismus. Nicht minder schroff betonte er, daß die Regierung auch den Schein vermeiden müsse, als könnten Kammerbeschlüsse am Bestande des preußischen Heeres etwas ändern. An Nachgiebigkeit traute er der Bureaukratie das Schlimmste zu, ganz ähnlich wie er im preußischen Kreisrichtertum einen Hauptträger liberaler Anschauungen erblickte. „Einen zuverlässigen Richterstand", schrieb er am 30. Juni 1850 einem Freunde zum Entwurf eines Preßgesetzes, „gibt es in Preußen nicht, und ein Schwert in den Händen der Regierung wird stets ein zweischneidiges sein. Der Fehler liegt meines Erachtens weniger in dem zu starken Einfluß der Beamten, als in ihrer Beschaffenheit; der Staat, der sich von einer Bureaukratie wie die unsere nicht durch einen heilsamen Gewittersturm losreißen kann, ist und bleibt dem Untergange geweiht, denn ihm fehlen die geeigneten Werkzeuge zu Funktionen, die einem Staate obliegen, nicht bloß zur Überwachung der Presse." Ebenso deutlich zeichnete sich sein Gegensatz zu den vorwiegend auf die Verfassungspolitik festgelegten Liberalen in dem Verständnis ab, das er den Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft entgegenbrachte, und

in der Kraft, mit der er sich der materiellen Dinge annahm. Fast allzu unachtsam blieb er darüber damals wie später für andere Triebfedern der politischen Entwicklung. Er wollte für die Revolution des Jahres 1848 ausschließlich soziale Ursachen gelten lassen; als nationale Bewegung, wie die Liberalen behaupteten, hätte sie nicht über einen kleinen, wenngleich hervorragenden Kreis hinausgegriffen. Gehaltswünsche nicht nur der Offiziere, sondern auch ihm ferner stehender Schichten wie der Volksschullehrer machte er sich gerne zu eigen. Vor allem aber rechnete er mit der Standesselbstsucht des wichtigsten Rückhaltes seiner Partei, der Junker, und räumte der Verteidigung ihrer materiellen Vorteile gegen Minister und Linke einen breiten Raum ein. Um ihretwillen focht er damals für den Freihandel, während er in der Erinnerung seines Volkes gerade umgekehrt als Vorkämpfer des Schutzzolls fortlebt. Ein Menschenalter später rechtfertigte er seine Umkehr zum Schutzzoll nicht nur wirtschaftlich, sondern auch vom Standpunkte staatlicher Fürsorgepolitik und schritt rasch vom „Schutz der nationalen Arbeit" folgerichtig zur Behandlung der Arbeiterfrage fort. Dergleichen Denkzusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik waren ihm auch schon in jener frühen Zeit lebendig. Er dürfte auf keinem Gebiete gleich erfolgreich wie auf dem sozialen von Thadden und dessen Verkehrskreis in Hinterpommern sowie von Hermann Wagener, dem sogar sozialistischen Eingebungen zugänglichen Redakteur der „Kreuzzeitung", angeregt worden sein. Parteifreunde, die materielle und soziale Anliegen der Bevölkerung zum Gegenstande ihrer politischen Betätigung machen wollten, durften auf seine Teilnahme rechnen. Nur suchte er mit seiner praktischen Art die rechte Sozialpolitik nicht in der noch unentwickelten Arbeiterfrage als vielmehr in den Nöten des Handwerks. Er stritt gegen den industriellen Großkapitalismus und seine Schutzzollwünsche, um statt dessen eine Beschränkung der Gewerbefreiheit und Zwangsinnungen zu begehren.

Regelmäßig meldete sich Bismarck zum Worte, wenn entscheidend wichtige Angelegenheiten der auswärtigen Politik auf der Tagesordnung standen. Die Reden darüber stellen die Höhepunkte seiner parlamentarischen Tätigkeit dar. Um ihn her die Abgeordneten, aber auch ein großer Teil der ministeriellen Beamtenschaft entbehrte jedes feinern oder gar allen Gefühls für die Bedeutung der Macht als des in der auswärtigen Politik ausschlaggebenden Elements. Bismarck empfand diese Bedeutung mit voller Klarheit. Hier wie bei dem Verständnis für die Schwerkraft der materiellen Interessen hatte er durch seine junkerlich robuste Denkart vor der Romantik und dem doktrinären Geiste seiner Zeitgenossen von vornherein einen Vorsprung. Mit seiner Neigung zum Widerspruch unterstrich er um so hartnäckiger und einseitig, daß in aller äußern Politik, die ein Staat treibe, nichts und aber nichts wie die Macht etwas gelte. In seinen liberalen Gegnern sah er nur Maulhelden, die Worte für Taten nahmen. Mit nicht mehr zu überbietender Bosheit persiflierte er einmal ihren volkstümlichsten Redner, Heinrich v. Gagern, den Leiter der Frankfurter Nationalversammlung, als der Minister Manteuffel ihn und Gagern zu persönlicher Aussprache zusammengebracht hatte: „Er hat mir eine Rede gehalten, als ob ich eine Volksversammlung wäre."

Am 21. April 1849 griff Bismarck in die Erörterung ein, die sich im Abgeordnetenhause über die Ablehnung der dem König von der Frankfurter Versammlung angebotenen Kaiserkrone entspann. Auf ähnliche Art, wie er schon im Vereinigten Landtag Vorstellungen gekränkt hatte, die dem Liberalismus die liebsten waren, behandelte er jetzt das ganze nach unendlichen Schwierigkeiten zustande gekommene Werk der Reichsverfassung geflissentlich nur unter Gesichtspunkten nüchternster Machtpolitik und stimmte seine Ausführungen fast schrill auf diesen einzigen Ton. Daß man in Frankfurt zuletzt die Mehrheit für die Verfassung genommen hatte, woher man sie bekommen konnte, und um jeden Preis, erklärte er aus dem selbstsüchtigen Bedürfnis der

durch die Märzrevolution ins Amt gelangten mittel- und kleinstaatlichen Minister, die nicht wieder von ihren Stellen weichen wollten. Der Verbindung des „republikanisierten" Südens mit Preußen durch eine Reichsgründung hielt er die trockene Erwägung entgegen, daß sich die wahlpolitische Lage der Konservativen dadurch noch weiter verschlechtern werde. Er zählte dem Hohen Hause vor, daß die 28 Regierungen, die die Verfassungen anerkannten, ganze vier bis fünf Millionen Untertanen hatten. Die deutsche Einheit wünschte er wie jeder, der deutsch spreche. Aber sein König dürfe durch sie nicht zum Vasallen der Demokratie herabsinken, das starke Preußen nicht in einem schwachen Deutschland aufgehen.

Tiefern Gehalt gab Bismarck bei rücksichtsvollerer Form seiner nächsten großen Rede, worin er am 6. September desselben Jahres mit dem wichtigsten Verbündeten des Liberalismus zu jener Zeit, dem General v. Radowitz, als Urheber der Union abrechnete.

Geistreich und rastlos, fühlte Radowitz wohl, um was es sich bei den seiner Zeit gestellten Problemen im Kerne handelte, durchdrang und umfaßte sie aber nicht verstandesmäßig. Er war sich dessen gewiß geworden, daß die deutsche Frage, nachdem sie durch die Revolution mit solcher Gewalt aufgeworfen worden war, gelöst werden mußte. Es könne keine Ruhe mehr werden, bis der Hunger der deutschen Nation nach einer ihrer würdigen Machtstellung in Europa und nach ausgeglichenen Verfassungszuständen befriedigt wäre. Aber allzu empfänglich für jede aufrauschende Woge im öffentlichen Leben, verfiel er als Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung der Meinung, daß die Mitwirkung der Konstitutionell-Liberalen zur Lösung unentbehrlich sei. Ihnen müsse genügt werden, weil sie die Hauptträger der nationalen Einheitswünsche wären, und nur im Falle ihres Anschlusses an die Regierungen sei der um sich greifende Radikalismus zu besiegen. Grundsätzlich nahm er damit den Standpunkt der Frankfurter Versammlung an und wich bloß

darin von ihr ab, daß er nach ihrem Mißerfolge die Initiative in der deutschen Frage der preußischen Krone im Bunde mit den mittel- und kleinstaatlichen Regierungen zuschob. Es hieß abermals einen Schwachen an die Stelle des Schwachen setzen. Radowitz sicherte bei seinem Unionsversuch weder der Großmacht Preußen das ihr im Verhältnis zu den Mittel- und Kleinstaaten zukommende Übergewicht, noch trug er den Ansprüchen der andern deutschen Großmacht, Österreich, die gebührende Rechnung. Mit der einfachen Berufung auf Deutschlands Wohl beabsichtigte er, Österreich aus Deutschland hinauszuschieben, wie auch Gagern es geplant hatte, und auf ein völkerrechtliches Bündnis mit der Union zu beschränken. Dem Fürsten Schwarzenberg wurde es nur zu leicht, durch Anwendung rein diplomatischer Druckmittel Radowitz Schritt für Schritt zurückzudrängen, so sehr verkannte sein Gegner bei seinen Operationen die wirklichen Machtverhältnisse, auf deren Regelung es bei der deutschen Frage ankam. Schwarzenberg war Radowitz nicht nur dadurch überlegen, daß er das volle Gewicht von Österreichs Macht in die Wagschale warf. Er hatte auch Rußland hinter sich, das unmöglich wünschen konnte, unter Schwächung der beiden ihm verbündeten Großmächte, Preußen und Österreich, eine haltlose Union in Mitteleuropa walten zu sehen. Ja, in der preußischen Regierung selbst fand Schwarzenberg Bundesgenossen. Er brauchte dazu nur die noch ungesättigte Begierde des preußischen Staates nach Machterweiterung in Norddeutschland und den Ehrgeiz nach einer Verbesserung der preußischen Stellung am Deutschen Bunde zu nähren. Wie die Dinge lagen, konnte sie Bismarck als staatsmännisch veranlagter Kopf nicht sehen wie Radowitz. Beide Männer trennte eine so weite Kluft der Urteilsbildung, daß sie sich bald auch persönlich haßten. Bismarck sah in Radowitz einen Abenteurer, Radowitz in Bismarck den „ungezogenen Buben, der seinen Geist in Schmähungen ausgibt für das, was er nicht versteht oder nicht kennt".

Zwar bejahte Bismarck ebenso bestimmt wie Radowitz die Notwendigkeit, die deutsche Frage zu lösen. Aber er sah hinweg über die für ihn gestaltlose nationale Idee der Konstitutionell-Liberalen, auch über die Welt der Mittel- und Kleinstaaten in ihrer Ohnmacht. Er sah nur die Großmächte Preußen und Österreich. Im Frieden oder Krieg mußte die deutsche Frage zwischen ihnen ausgetragen werden. Nie hat er als Abgeordneter sachlich schärfer, selten in seinem Leben zur auswärtigen Politik bedeutender gesprochen als an jenem 6. September. Sein Zorn loderte bei dem Gedanken daran auf, daß sich Fürsten und Völker von der durch nichts begründeten Furcht vor der öffentlichem Meinung betäuben ließen. Lärmend und nimmersatt nannte er dieses Phantom. Dann kennzeichnete er Punkt für Punkt das Unhaltbare der Radowitzschen Politik. Gegen sie rief er Friedrich II. zum Zeugen, einen Friedrich freilich, wie er ihn in diesem Augenblicke brauchte. Der große König würde gehandelt, nicht verhandelt haben. Er hätte die hervorragendste Eigentümlichkeit preußischer Nationalität ausgenutzt, das kriegerische Element. Entweder würde er mit dem alten Kampfgenossen (zu dem Österreich doch erst nach Friedrichs Tode geworden war!) die ungarische Revolution niedergeworfen haben, um sich daraufhin mit Österreich über Deutschland zu verständigen. „Oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Rechte, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen. Sie hätte Preußen im erstern Falle in Gemeinschaft mit Österreich, im andern Falle durch sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt."

Leuchtend stark trat in dieser Rede Bismarcks staatsmännische Begabung zum ersten Male hervor.

Keine vier Wochen später verständigten sich Preußen und

Österreich im „Interim" darauf, daß sie zukünftig den Bund gemeinsam leiten wollten. Der Himmel wurde klarer. Aber unter Radowitzens Einfluß hielt sich Preußen nicht an das Interim. Es schrieb für den im Unionsbündnisse vorgesehenen Reichstag, mit dem die Regierungen die Verfassung vereinbaren sollten, die Wahlen aus, obwohl die Union schon unausführbar geworden war. Als Mitglied des Reichstags beantragte Bismarck mit Kleist und Stahl im April 1850, der Unionspolitik eine großpreußische Wendung zu geben, in der Unionsverfassung vor allem die beherrschende Stellung der preußischen Krone zu stabilieren. Er traf damit Radowitzens Werk an seiner schwächsten Stelle.

Der Todeskampf der Union wurde von Radowitz noch bis tief in den Herbst 1850 verlängert. Unterdessen verminderte sich nicht nur Schwarzenbergs Interesse an einer Verständigung mit Preußen, sondern durch Vorgänge in der innern Politik Österreichs verbreiterte sich sogar die preußisch-österreichische Reibungsfläche auf deutschem Boden. Auch wurde die deutsche Frage allmählich mit einigen andern Fragen europäischer Natur verquickt. Namentlich ein alter Streit zwischen dem Kurfürsten von Hessen und seinen Ständen führte zu Schwierigkeiten, da der Kurfürst den Bund einlud, einzugreifen. Kurhessen lag zwischen den beiden Ländermassen, aus denen Preußen zusammengesetzt war. Preußische Etappenstraßen führten durch das Land. Preußen konnte kaum zulassen, daß süddeutsche und österreichische Truppen ohne Einverständnis mit seiner Regierung dort von Bundes wegen einrückten. Während sich der Gegensatz der beiden Großmächte zuspitzte, blieb sich Bismarck gleich in der Mißbilligung des Radowitzschen Unternehmens. Aber sachte wurde er auch empfindlicher gegen die Drohungen Österreichs. Er war wieder einmal mehrere Monate, da das parlamentarische Leben seit dem Frühjahr stillstand, ohne rechte politische Beschäftigung. An Wagener schrieb er von bodenlos faulem Leben; er rauchte, las Gedichte, hörte Musik und

wartete, daß die Kirschen reif würden. Gleich darauf hat er in fast sich überschlagendem Humor der Schwester seine Beschwerlichkeiten als Familienvater auf Reisen geschildert. „Wenn man dafür noch Diäten bekäme, aber die Trümmer eines ehemals glänzenden Vermögens mit Säuglingen zu verreisen — ich bin sehr unglücklich.“ In solch beschäftigungsarmen Zeiten war er stets geneigt, auch in der Politik seine Gefühle bis zur Heftigkeit sich steigern zu lassen. Im Herbst fragte Ludwig v. Gerlach bei ihm an, ob er nicht durch Anknüpfung persönlicher Verbindungen in Österreich, Sachsen, Hannover und sonst eine Einigung der beiden deutschen Großmächte zu gemeinsamer Politik wider die Revolution fördern wolle. Er antwortete, daß ihm der Auftrag sachlich „fast notwendig“ erscheine, persönlich aber ein Vergnügen sei und seinen „vagabondierenden Neigungen entspreche.“ Eine Zusammenkunft mit österreichischen Konservativen fand statt. Sie machte aber auf Bismarck einen unerwartet ungünstigen Eindruck. In Kurhessen standen nun gar unmittelbar Werte der preußischen Großmachtpolitik auf dem Spiele. Am 6. November 1850 mußte König Friedrich Wilhelm IV. Radowitz, den er zuletzt noch mit dem Ministerium des Auswärtigen betraut hatte, entlassen. Die Unionspolitik war endgültig begraben. Der König wußte es; dennoch mobilisierte er gleichzeitig das Heer. Der Befehl traf Bismarck in Reinfeld und führte ihn nach Berlin. Hier erlebte Bismarck mit, in welch heftige Brandung die preußische Politik durch Radowitz geraten war. Auch ihn faßte die Erregung wie alle andern. Mit dem Sturze des Generals war sein Gesichtsfeld unwillkürlich ein anderes geworden. Der Feind, gegen den er sich seit anderthalb Jahrzehnten gekehrt hatte, war gefallen. Gegen ihn hatte er sich wohl oder übel mehr als einmal mit der österreichischen Politik in derselben Front zusammengefunden und Radowitz auch mit Gründen bekämpft, die sich mit den österreichischen deckten. Hatte doch den einen Grundgedanken seiner großen Rede vom 6. September 1849, die Möglichkeit eines Zusammen-

gehens Preußens und Österreichs gegen die Ungarn, kurz zuvor ein so großdeutsch gesinnter Publizist wie Wolfgang Menzel ausgesprochen. Man war daraufhin rasch mit dem Vorwurfe österreichischer Gesinnung gegen ihn bei der Hand. Doch war er in Wahrheit preußischer als Radowitz. Jetzt trieb ihn die allgemeine Leidenschaft gegen Schwarzenberg, die die Hauptstadt bewegte, vor sich her. In der „Kreuzzeitung" wandte er sich schroff gegen Österreichs Begehren, daß Preußen Truppen, die es in Abwehr gegen das Vorgehen des Bundes nach Hessen vorgeschoben hatte, zurücknehme. Am Abend des 21. November stießen er und Kleist heftig mit Leopold Gerlach zusammen, der sich noch um den Frieden bemühte. Bismarck ereiferte sich: Friedrich II. 1740 sei sein Muster. Der Friedrich, den er da herbeirief, war anders als im September 1849 der geschichtliche Friedrich, der Feind und Hasser Österreichs. In den folgenden Tagen aber beruhigte er sich wieder. „Behalten wir Frieden, so hat mich Gott gewürdigt, nicht ohne Mitwirkung dabei zu sein, indem wieder wie 48 Diplomaten und Minister in mir einen bequemen und unoffiziellen Vermittler finden, durch den es sich leichter unterhandelt als durch amtliche Noten." Das Heer war nicht schlagfertig, die diplomatische Lage allzu ungünstig, um es mit Österreich aufzunehmen. Darum zog Otto v. Manteuffel, der den kürzlich gestorbenen Grafen Brandenburg im Auswärtigen ersetzte, eine Versöhnung mit Schwarzenberg in Olmütz vor. Die beiden Staatsmänner einigten sich sofort über die mit der deutschen Frage verquickten Fragen; die Einigung über Deutschland wurde besondern Konferenzen zu Dresden vorbehalten. Unter dem Vorbehalt, daß man bis zum Ausgang dieser Konferenzen gerüstet bleibe, ließ sich Bismarck überzeugen, daß er in der Kammer der Regierung beistehen müsse. Am 3. Dezember entledigte er sich seiner Aufgabe mit eindrucksvoller Besonnenheit. Nur in der Hauptstadt nicht, sonst überall im Lande habe man zu der Regierung Vertrauen. Ein Krieg würde ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen, ohne

daß triftige Gründe zu ihm zwängen. „Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik.“ Worauf es für Preußen ankomme, sei in Olmütz gewahrt worden, „die materiellen Interessen, die Integrität seiner Grenzen, die Sicherheit unserer heimischen Verfassung“. Geopfert wurde nur die Unionsverfassung, die die Entscheidungen der deutschen Politik nach Warschau und Paris zu legen drohte. Die Schreier, die die Ehre des Heeres durch die Erhaltung des Friedens verletzt erklärten, hätten schon im März 1848 mit ihren Sympathien, ihrem Rate nicht die Stelle getroffen, wo das preußische Heer seine Ehre suchte. Preußens Ehre bestünde darin, daß es sich von jeder Verbindung mit der Demokratie frei halte. Der Krieg würde den Staat sicher in diese Verbindung führen. Ein letztes Mal sah Bismarck die Dinge bei dieser Schlußabrechnung mit Radowitz auch vom österreichischen Standpunkt aus an. Er sprach von dem „roten Unterfutter“ der Union. Scharf rügte er die Bezeichnung Österreichs als Ausland. „Ich kann in nichts anderm den Grund hiervon suchen, als daß Österreich das Glück hat, fremde Volksstämme zu beherrschen, welche in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden.“

Preußen hatte keinen Überfluß an Staatsmännern. Ein Mann, der wie Bismarck Proben von der Echtheit seines Gefühls für die Voraussetzungen auswärtiger Politik und nicht minder von seiner sich bescheidenden Einsicht in das im Augenblick Erreichbare abgelegt hatte, konnte in der Diplomatie eine dem Staate nützlichere Verwendung als in der Kammer finden. Im Frühjahr 1851 bekam Leopold Gerlach als Generaladjutant des Königs stärkern Einfluß auf die Personalien. Die Dresdener Konferenzen endigten soeben, wie zu erwarten gewesen, ohne Ergebnis. Als letzter Ausweg aus den Verlegenheiten der vergangenen Jahre blieb Preußen der Entschluß, sich aufs neue beim Bundestage vertreten zu lassen, zu dessen Wiederbeschickung Österreich schon ein Jahr zuvor die deutschen

Regierungen eingeladen hatte. Der Gesandte in Petersburg sollte für eine kurze Übergangszeit die nicht leichte Aufgabe wahrnehmen. Mitgegeben wurde ihm aber nach Gerlachs Vorschlag, mit der Anwartschaft auf die Nachfolge, Bismarck. In den entscheidenden Tagen, da sein Schicksal noch schwebte, bereitete er für den Landtag eine Rede vor, in der er wieder auf Radowitz zurückkam. Zum Glück für ihn konnte er sie nicht halten. Ohne seinen Namen als Artikel der „Kreuzzeitung" gedruckt, gaben seine Bemerkungen dem Könige schweres Ärgernis. Im Mai siedelte Bismarck nach Frankfurt über. Einige Wochen später wurde Kleist zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt.

2. Bismarck als Gesandter am Bundestage

Wohl jammerte es Bismarck darum, daß das monatelange ruhige Zusammensein mit Frau und Kindern, das er in seinem bisherigen Leben wiederholt in tiefen Zügen ausgekostet hatte, vielleicht für immer vorbei war. „Mir ist, als sollten wir auswandern nach Amerika und aus allen lieben Gewohnheiten scheiden; denn wer weiß, wann das Rad, welches uns jetzt ergreift, uns wieder loslassen mag und wir wieder einen stillen Sommer auf dem Lande verleben.“ „Mein süßes, liebstes Herz, warum so traurig, es ist ja schön im fremden Lande, aber mir sind die Tränen fast nahe, wenn ich an das ländliche Stilleben mit Dir und Zubehör denke, was nun vielleicht auf lange in ferner Traumregion schwebt und jetzt gerade reizender wie je erscheint.“ Die Klagen änderten indessen nichts daran, daß er sich dem neuen Leben sogleich mit ganzer Seele zuwandte. „Ich bin Gottes Soldat und wo er mich hinschickt, da muß ich hingehen, und ich glaube, daß er mich schickt und mein Leben zuschnitzt, wie er es braucht .... Grüße die lieben Eltern sehr, sehr und bitte sie um Verzeihung, daß ich unser Stilleben so zerreiße, aber ich kann mich nicht entziehen, ohne fahnenflüchtig zu werden. Was Gott tut, das ist wohlgetan, damit laß uns in die Sache hineingehen.“ Der Ehrgeiz Bismarcks war ein erstes Mal in seinem Leben gesättigt. Der König hatte ihm „den augenblicklich wichtigsten Posten unserer Diplomatie“ übertragen. Bei Hofe war alles „Sonnenschein“ für ihn. Manteuffel stand er so nahe,

daß er in seinen Privatberichten an ihn über die Besetzung anderer preußischer Gesandtschaften und der Ministerien sein Wort mitreden durfte. Jetzt galt es nach seiner Überzeugung, sich zu bewähren, und der Weg zu der einzigen noch bedeutsamern Stellung des preußischen Staates, dem Ministerium des Auswärtigen, lag offen vor ihm.

Aber die neue Stellung hatte auch Schattenseiten, und der reizbare Mann empfand sie um so rascher, als er zunächst einige Monate lang wenig beschäftigt wurde. Was er von seinen neuen Berufsgenossen in Frankfurt kennen lernte, erfüllte ihn nicht mit Hochachtung vor ihnen. „Möge der Herr mich demütig erhalten, aber hier ist die Versuchung groß, mit sich selbst zufrieden zu sein.“ „Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen; aber eine solche nüchterne einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge von Hammeltalg zu spüren ist, überrascht mich.“ Darüber vermißte er anfangs sogar die oft geschmähte zweite Kammer. In der Charakteristik eines russischen Kollegen hat er unbewußt einige Zeit später einmal geschildert, was ihn von den Durchschnittsdiplomaten trennte. „Ein liebenswürdiger Mann von bequemen Formen; aber er scheint mir mehr ein technischer Diplomat als ein Staatsmann von höherm Zuschnitt zu sein. Personen gewinnen, Palliativ-Auskunftsmittel, leidenschaftslose Kunst der Verhandlung traue ich ihm im höchsten Grade zu; es fehlt ihm anscheinend an Überzeugung und Glauben.“ Bismarcks Stärke war die Überzeugung und der Glaube. „Wenn auf irgendeinem Gebiete,“ so schreibt er aus Frankfurt einmal, „so ist es auf dem der Politik, daß der Glaube handgreiflich Berge versetzt.“

Ende August wurde Bismarck als Nachfolger Rochows in die Bundesversammlung eingeführt. Er meinte sich zunächst im geschäftlichen Verkehre mit den übrigen Gesandten die achtungsvolle Behandlung sichern zu müssen, die er für den Vertreter Preußens ebenbürtig mit dem österreichischen Gesandten in Anspruch nahm. Österreich hatte ein Mitglied der höhern

österreichischen Aristokratie, den Grafen Thun, nach Frankfurt geschickt, der nach Bismarcks Klage „dem Räderwerk unseres Verkehrs das Öl der sozialen Formen“ versagte. Im Oktober kam es zwischen ihm und Bismarck zu einer nachdrücklichen Aussprache. Einen Monat später erfuhr General Gerlach, daß es bis dicht an den Pistolen gewesen sei. Jetzt wäre alles gut. Bismarck trug den Eindruck davon, daß er es in Thun im Grunde mit einem hochbegabten Manne und liebenswürdigen Menschen zu tun hätte. Aber wenn sich die persönlichen Beziehungen hoben, fehlte es doch nach wie vor nicht an Anlässen zu sachlichen Meinungsverschiedenheiten.

Fast gleichzeitig mit seiner Einführung war zwischen der preußischen und hannoverschen Regierung ein Vertrag abgeschlossen worden, demzufolge sich Hannover an den Zollverein anschließen wollte. Damit trat ein Kampf in sein letztes entscheidendes Stadium, den Schwarzenberg im Winter 1849/50 entfesselt hatte. Er hatte den Versuch der von Radowitz geleiteten preußischen Politik, Österreich aus der engern Verfassungsgemeinschaft der deutschen Nation auszuschließen, mit dem Gegenzuge beantwortet, daß er Preußens Führerschaft des deutschen Wirtschaftslebens bestritt und die Aufnahme Österreichs in den Zollverein betrieb. Durch Hannovers Anschluß an den Zollverein wurde in dem noch unentschiedenen Kampfe Preußens Stellung wesentlich verstärkt. Österreich mußte sich aufs äußerste anstrengen, wenn der Gegner nicht Sieger bleiben sollte. Bismarck würdigte den Vertrag anfangs nur im Sinne einer Befestigung der konservativen Interessen im nördlichen Deutschland. Bald aber begriff er, daß die Stimmung weder in Berlin noch in Wien versöhnlich war. Im Herbste kreuzte zum ersten Male der mit ihm fast gleichaltrige Rudolf von Delbrück während eines Aufenthaltes in Frankfurt Bismarcks Lebensweg. Delbrück war ebenso verstockt gegen Österreich wie sachkundig als Träger der preußischen Zollvereinspolitik. Der Austausch mit ihm schärfte sichtlich Bismarcks Eifer in der Abwehr österreichischer Versuche,

sich des Bundes zu bedienen, um Preußens Widerstand gegen die wirtschaftspolitische Einigung mit Österreich zu brechen. Einen andern Anlaß zu Mißverständnissen beim Bunde bot die Kostendeckung für den verunglückten Anlauf des Jahres 1848, eine deutsche Flotte auf die See zu bringen. Bismarck hatte daraufhin wiederum zwei eindringliche Unterredungen mit Thun. Der ersten fehlte es nicht an Anzüglichkeiten. In der zweiten aber näherten sich beide Männer schließlich so sehr, daß Bismarck in Berlin einen Waffenstillstand befürwortete, damit man den Gegner nicht verhärte. Trotzdem durch die Natur des Frankfurter Bodens auch in den nächsten Monaten Schwierigkeiten immer wieder einmal vorkamen, gewöhnten sich Bismarck und Thun daran, im Sinne einer Verständigung ihrer beiden Staaten zusammen zu wirken. Im Dezember hatte sich Napoleon III. durch einen Staatsstreich in den Besitz diktatorischer Gewalt in Frankreich gebracht. Die europäische Gesamtlage wurde unsicher und das Bedürfnis eines guten Einvernehmens zwischen den östlichen Mächten wieder dringlicher. Die russische Politik bemühte sich sehr ernsthaft um eine Beilegung der zwischen Österreich und Preußen noch bestehenden Streitigkeiten. Thun und Bismarck arbeiteten angesichts der Rheinbundgelüste, die sie bei den Mittelstaaten wahrzunehmen glaubten, in demselben Sinne. In diesem Zusammenhange tauchte in Bismarcks Briefwechsel zum ersten Male der Name des spätern Kanzlers Fürsten Gortschakow auf, der damals russischer Gesandter in Stuttgart war und Rußland auch beim Bunde vertrat. Zwei bis drei Jahrzehnte später sollte die Eifersucht Bismarcks und Gortschakows aufeinander eine erhebliche Tragweite für die Geschicke Europas gewinnen. Da entbehrt es nicht eines besondern Beigeschmacks, daß sich Bismarck schon im Frühjahr 1852 gegen jedes von Gortschakow behauptete Verdienst um seine und Thuns Bemühungen verwahrte. Im Mai erschien der Zar persönlich in Berlin. Wenige Wochen vorher war in Wien Fürst Schwarzen-

berg plötzlich verstorben und an seine Stelle der viel weniger bedeutende Graf von Buol-Schauenstein ernannt worden. Der General Gerlach hielt den Augenblick für günstig, durch die Entsendung eines Sondergesandten nach Wien die Verständigung, die ihm immer am Herzen lag, zu befördern. Er lenkte das Augenmerk der russischen Staatsmänner auf seinen Plan und nannte ihnen Bismarck für dessen Durchführung. Manteuffel war von dem Schachzug des Generals nicht erbaut. Trotzdem erfolgte die Sendung. Bismarck sollte aber über höfliche Worte nicht hinausgehen. Buol nahm den ungebetenen Gast zunächst nicht liebenswürdig auf. Allmählich aber knüpfte Bismarck vielfache Beziehungen an, sah den jungen Kaiser Franz Joseph, Besprechungen kamen in Fluß. Ein Vermittlungsvorschlag des hannoverschen Gesandten Grafen Platen, der das Wesentliche der preußischen Ansprüche aufnahm, Österreich aber in der Form entgegenkam, wurde von Bismarck zur Erörterung zugelassen. Anscheinend gab sich Bismarck der Hoffnung hin, ungeachtet seiner Instruktion die Verständigung über den Zollverein anzubahnen. Unterdessen wurde gegen den jungen aufstrebenden Staatsmann in Berlin eine bösartige Intrige angezettelt. Nachrichten zufolge hatte er sich in Wien ungeschickt eingeführt. Man behauptete, daß er sich rühme, der Nachfolgerschaft Manteuffels gewiß zu sein, wenn er in Wien die Einigung zustande bringe. Plötzlich drahtete ihm der Minister, daß er sich streng an seine Weisung zu halten habe. Die Sendung endigte ohne Ergebnis. In Berlin fand Bismarck Manteuffel von dem Gerede nicht unbeeinflußt, da der Minister ohnehin seine Stellung als gefährdet ansah. So rasch, wie Bismarck im frischesten Zutrauen zu sich selbst die Leiter bis zur obersten Staffel zu erklimmen gerechnet hatte, sollte er nicht ans Ziel gelangen. Der erste Anlauf war zu stürmisch gewesen. Ein kräftiger Rückschlag trat ein. Zehn Jahre liegen zwischen seiner Abreise aus Wien und seiner Berufung nach Berlin, um die leitende Stellung im Ministerium zu übernehmen.

Im Grunde begann erst mit der Rückkehr aus Wien für Bismarck die Zeit, da der Frankfurter Aufenthalt seine Meinungsbildung und seine politische Stimmung entscheidend beeinflußte. Er brachte seine Ansichten über die innere Staatsleitung wie die Richtlinien der äußern Politik mit denen Manteuffels in eine augenfälligere Übereinstimmung als bisher, und als es seine Freunde an der „Kreuzzeitung" und die Gerlachs verstehen wollten. Es glückte ihm dennoch nicht, das ursprüngliche Vertrauensverhältnis zu erneuern. Zwar dachte der König 1854 einige Zeit anscheinend ernsthaft daran, ihn zum Minister zu machen. Auch wurde er wiederholt als Vermittler zwischen Friedrich Wihelm und Manteuffel nach Berlin berufen. Tatsächlich aber war und blieb Bismarck dazu verurteilt, an dem Orte zu wirken, wo sich durch die Natur der Dinge die österreichischen und preußischen Interessen unablässig und am schärfsten rieben. Bismarck hatte mithin den vollen Druck des in Dresden nicht ausgeglichenen Gegensatzes zwischen beiden Großmächten auszuhalten. Aber auf den Einfluß eines Mannes zurückgedrängt, der bloß als Gesandter zählte, konnte er weder auf die Milderung noch den Austrag des Gegensatzes einen Einfluß von Bedeutung üben. Er hatte zu berichten, konnte bestenfalls raten, durfte aber nicht handeln. Je entschiedener sich seine staatsmännischen Anlagen entwickelten und er nicht nur die Eigenschaften eines Berufsdiplomaten offenbarte, desto schmerzhafter kam es ihm an, sich derart beschränken zu müssen. Der Widerspruch zwischen dem, was seine Stellung verhieß und was er in ihr leisten konnte, war allzu groß.

Während Bismarck in Wien ohne Erfolg geblieben war, hatte sich die Berliner Regierung entschlossen, dem Streit um den Zollverein durch dessen Kündigung ein Ende zu machen und die Zollvereinsstaaten zur Wahl zwischen Preußen und Österreich zu zwingen. Die Erschütterung der öffentlichen Meinung, die die Folge dieses Entschlusses in Süd- und Mitteldeutschland war, wurde von Bismarck durch eine ebenso rührige

wie geschickte Benutzung seines Einflusses auf eine Reihe von Blättern verstärkt. Um die Jahreswende verständigten sich Preußen und Österreich dahin, daß Österreich seine Absicht, in den Zollverein einzutreten, vertagte, Preußen nach sechs Jahren über sie zu verhandeln versprach. Beide schlossen einstweilen einen Handelsvertrag und einigten sich über gewisse Gesichtspunkte der europäischen Politik. Danach mußten die Mittel- und Kleinstaaten den Zollverein unter den alten Bedingungen erneuern. Bismarck hätte gewünscht, daß seine Regierung aus der günstigen Gelegenheit auch für die allgemeine deutsche Politik Nutzen zog. Er bestürmte Manteuffel, daß er die mittelstaatlichen Minister, welche verantwortlich für die der Berliner Politik bereiteten Schwierigkeiten waren, stürzen möge. Von ihm aufgestachelt, verdarb es der preußische Gesandte in Darmstadt schon derart mit dem dortigen Minister Freiherrn von Dalwigk, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen dem hessischen Hofe und Preußen unterbrochen wurden. Manteuffel wagte sich in Übereinstimmung mit dem König weder diesmal noch jemals später so weit vor, wie sein Berater es begehrte. Die leitenden Minister der Mittelstaaten behaupteten sich und versuchten sich für ihr Zurückweichen in der Wirtschaftspolitik durch vermehrte Feindseligkeit gegen Preußen in der Bundespolitik schadlos zu halten. Das Mißtrauen der deutschen Regierungen gegen Preußen schien Bismarck unüberwindlich geworden zu sein. Seit der Union träumten, so behauptete er, die Fürsten von Mediatisierung und identifizierten Preußen mit der revolutionären Partei in allen Ländern. Sie fürchteten mehr als je, „daß Preußen schon seiner geographischen Lage nach bestrebt sein müsse, die Fürsten, deren Länder an Preußen grenzten, in ein Abhängigkeitsverhältnis irgendeiner Art zu bringen". Infolgedessen sah er sich beständig einer Mehrheitsbildung in der Bundesversammlung gegenüber. Zu Preußen gesellten sich bestenfalls drei bis vier der Bundesgesandten. „Jeder Hebel, den ich anfasse, ist morsches Holz, der mir in der Hand

bröckelt, sobald es sich um eine tant soit peu antiösterreichische Bewegung handelt." Österreich war in Frankfurt schon von vornherein in einer günstigern Stellung, weil es bei der Wiederberufung des Bundestages nach der Revolution ein Jahr früher als Preußen zur Stelle gewesen war. Es bediente sich nun der allgemeinen Furcht vor Preußen, um nach und nach „die Bundesverfassung zu einem Netz für Preußens Unabhängigkeit auszuspinnen und ihre Mehrheitsbeschlüsse an die Stelle der Verträge zu setzen". „Die Grenzen der Kompetenz des Bundes und seiner Majorität verschwinden in dem Nebel der Phraseologie, mit welcher die Bundesdiplomaten sich gegenwärtig in dem Wahne bestärken, als ob die Bundesverträge von einer ganz andern Bedeutung wären als Staatsverträge überhaupt, als ob dem Bunde, über den eigentlichen Inhalt der Grundverträge hinaus, noch eine unbestimmte Autorität beizulegen sei, welche ihre Unterlagen nach Bedürfnis aus Attributen der ehemaligen Reichsgewalt oder aus Analogie mit den Verhältnissen kollegialischer Behörden in Einheitsstaaten entlehnt." Bismarcks Stellung wurde dadurch beständig schwieriger und peinlicher. Er litt aber auch darunter, daß Graf Thun als Gesandter nach Berlin kam, und durch den persönlich weniger verträglichen Freiherrn von Prokesch-Osten ersetzt wurde.

Die Erschwerung seiner Frankfurter Tätigkeit in Verbindung mit dem verminderten Einfluß bei seiner Regierung machte Bismarck zusehends empfänglicher für gewisse aufreizende Wirkungen, die der Frankfurter Boden auf ihn ausstrahlte. Wie kaum eine andere Stadt in Deutschland war Frankfurt in zwei Parteien geschieden. Klein an Zahl, aber nicht einflußlos waren die österreichisch Gesinnten, die sich zum Teil zur katholischen Kirche bekannten. Die Führung der größern Partei lag in den Händen von Protestanten, welche sich konfessionell wie politisch zum Liberalismus hielten und Österreich abgeneigt waren. Von seinen Vorgängern hatte Bismarck Verbindungen

mit dieser Partei übernommen. Sie bezogen sich auch auf das über Frankfurt hinaus wirkende, wichtigste Blatt der Partei, das „Frankfurter Journal“. Von Bismarcks Vorgängern waren gleichfalls allerlei Fäden zu andern liberalen Zeitungen und Politikern Süd- und Mitteldeutschlands angesponnen worden. Er ließ sie nicht wieder fallen. Aber stärker wirkten vielleicht noch auf ihn die Zuträgereien einiger klein- und mittelstaatlicher Minister der Nachbarschaft, die, unzufrieden mit der österreichfreundlichen Haltung ihrer fürstlichen Herren oder Staatsleiter, auf eigne Faust die Unionspolitik fortsetzten. Bismarck wurde durch die Entwicklung der Dinge am Bunde immer mehr auf die Pflege dieser einseitigen und seinen Blick trübenden Beziehungen angewiesen.

Notwendigerweise lebte sich Bismarck in die Vorurteile seiner nächsten Umgebung gegen Österreich und den Bund um so tiefer ein, als er die österreichische Politik aus einem allzu engen Gesichtswinkel maß. Er konnte den Eindrücken, die er inmitten der diplomatischen Kleinwelt deutscher Bundestagsgesandter in sich aufnahm, kein Gegengewicht durch eine umfassende Kenntnis der europäischen Großmachtpolitik, ihrer Bedingungen und ihrer Probleme entgegensetzen. Er war nie als Diplomat in den Mittelpunkten europäischer Politik beschäftigt gewesen, ehe er auf den Frankfurter Posten geschickt wurde, wo es sich nicht um europäische, sondern nur um deutschnationale Angelegenheiten handelte. Die Eierschalen, die der Großmachtbildung Preußens durch ihre Entfaltung aus einem kleinen innerdeutschen, nicht europäischen Staate insgemein noch anhafteten, der nicht über Mitteleuropa hinausreichende Gesichtskreis, die Beschränkung auf die eignen Interessen machten sich dadurch bei ihm noch bemerkbarer, als es die Regel bei preußischen Staatsmännern war. Des Mangels war er sich nicht unbewußt, aber er rühmte sich seines einseitigen Urteils. Er sei, so schrieb er an Gerlach, „nur ein sehr ehrgeiziger Preuße“. Preuße war er von Geburt, Preuße durch die Lösung, welche seine schweren

Kämpfe um die innere Selbstbehauptung im Kreise der pommerschen Freunde gefunden hatten, Preuße auch durch den Schmerz über die Einbuße, die das preußische Ansehen durch die Politik der Jahre 1848—1850 erlitt. So sammelte er alle seine staatsmännische Energie auf die Verteidigung des preußischen Einflusses gegen Österreich im Bereiche des Deutschen Bundes. Gelegentlich hob es Bismarck gegen den Minister ausdrücklich hervor, daß sein Posten ihm „vielleicht die Unbefangenheit in betreff größerer Fragen" raube. Er bat Manteuffel dann zu erwägen, „daß jeder Preuße, der meine Stellung eine Zeitlang innegehabt hat, alle politischen Fragen einigermaßen durch die Brille preußisch-österreichischer Rivalität zu betrachten sich gewöhnt". Die Übertreibungen, die Bismarcks politisches Denken in den nächsten Jahren kennzeichnen, aber auch seine Wucht erklären sich aus diesen Umständen. Die Einseitigkeit großer Männer hat den von ihrem Tun Betroffenen noch jederzeit Leid gebracht und manches zertreten, was gehegt zu werden verdiente. Aber dieselbe Ursache wurde auch ebenso regelmäßig von jeher der Hebel zu durchgreifender Tat.

Nicht zu verkennen ist, daß sich in die Frankfurter Berichterstattung Bismarcks allmählich bei aller Farbigkeit und verhaltenen Leidenschaft ein Zug doktrinärer Betrachtungsweise mischte. Seine Stellung verpflichtete ihn beständig zur Meinungsäußerung. Aber man hörte nicht auf seinen Rat. Zwischen die Berichte schieben sich infolgedessen wiederholt ausführliche Denkschriften, in denen er gleichsam in Leitsätzen seine Anschauungen niederlegte. Zu den Denkschriften gehört dem Inhalte nach auch der Briefwechsel, den er 1857 mit dem General v. Gerlach führte und am Ende seines Lebens in die „Gedanken und Erinnerungen" aufnahm. Der Wertschätzung des Generals verdankte er die Ernennung nach Frankfurt. Nun tauschte er sich mit ihm über den grundsätzlichen Widerspruch aus, den Gerlach in ihren Anschauungen wahrgenommen zu haben glaubte. In der wissenschaftlichen Forschung ist es Sitte

geworden, diesen Briefwechsel als Beispiel heranzuziehen, um dem Theoretiker Gerlach, der der Heiligen Allianz als goldener Zeit nachtrauerte, den Realpolitiker Bismarck mit seinem Sinne für die wirklichen Verhältnisse und mit seiner Unabhängigkeit von Begriffen gegenüberzustellen. Aber Bismarck selbst hat sich gehütet, als er zur Macht berufen wurde, die Vorschläge zu befolgen, die er von Frankfurt aus andern erteilte. Sie waren in der Tat auf ihre Art kaum minder theoretisch als die vergebliche Klage des Generals um die Entfremdung zwischen Österreich, Rußland und Preußen. Gerlach gab sich nicht ausreichend Rechenschaft darüber, daß die Interessenreibung zwischen Österreich und Preußen zu einer Bedeutung gediehen war, die auf die eine oder andere Weise ausgetragen werden mußte. Bismarck hinwiederum sah geflissentlich von allen Überlieferungen ab, die den preußischen Staat seit 1813 durch seine engere Verknüpfung mit der deutschen Nation mehr als zuvor auf Österreich anwiesen. Er verleugnete jeden gesamteuropäischen Gesichtspunkt für die Entschlüsse der preußischen Politik und wollte sie ausschließlich auf die deutschen Angelegenheiten eingestellt wissen. Zeitweise überließ er sich ganz und gar seiner stimmungsmäßigen Abneigung gegen Österreich. Auch die Gleichgültigkeit, die er, der Konservative, in der auswärtigen Politik gegen das Treiben der Demokratie und des Liberalismus zur Schau trug, und mit der er sogar ihre Benutzung zum gemeinsamen Zwecke der Niederkämpfung Österreichs und der Bundesstaaten zuließ, war nicht realpolitisch. Denn Preußen mußte dringlicher wie die übrigen Großmächte bei seinem auswärtigen Tun die Rückwirkung auf die innere Politik im Auge behalten; es kam aus einem kleinen deutschen Territorialstaat her und war deshalb noch immer an erster Stelle von den Bedingungen seiner innern Lage abhängig, während die andern Großmächte von der Natur zu großen Staaten geschaffen sind, und ihre Macht vornehmlich auf ihrem Verhältnisse zueinander beruht. „Verzeihen Ew. Exzellenz,“ schloß er einen Bericht, worin er warnte, Ab-

wehr der Demokratie zu treiben, wo es sich doch um nichts als Kabinettspolitik handle, „daß ich soviel Konjekturalpolitik über Krieg und Bündnisse mache, die noch in das Gebiet der Träume gehören.“

Das dauerhafte, wetterfeste Urgestein in Bismarcks Gedankenbau jener Jahre bildete die Überzeugung, daß sich Preußen „konsolidieren“ müsse und die Gelegenheit dazu gekommen sei.

Der preußische Staat schien ihm noch unfertig zu sein. Ausführlich hat er in den „Gedanken und Erinnerungen“ dargelegt, von welcher geschichtlichen Ansicht der Dinge er sich dabei leiten ließ. Die preußische Politik seit der Zeit Friedrich Wilhelms II. wies einen Mangel an Selbständigkeit und Energie auf, wodurch Preußen anfangs zur Unzeit neutral geblieben und nachher in Abhängigkeit von Rußland geraten war. Die Schwäche der diplomatischen Stellung stand nicht im Verhältnis zu Preußens militärischer Überlegenheit über Rußland wie Österreich. Bismarck hielt sie für eine Folge persönlicher Umstände, die unter der Herrschaft Friedrich Wilhelms IV. durch die besondere Art dieses Herrschers ihren Höhepunkt erreichte. Die Grundbestandteile der in seinen Aufzeichnungen dargelegten Ansicht waren in Bismarck schon während der Frankfurter Zeit lebendig. So entbrannte in ihm der leidenschaftliche Wunsch, eine Änderung herbeizuführen. „Die großen Krisen sind das Wetter, welches Preußen fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch rücksichtslos von uns gefördert werden.“ Ein solches Wetter schien Bismarck 1853 mit dem Krimkriege heraufzuziehen. Zar Nikolaus I. drängte auf der Balkanhalbinsel in den Bahnen der von Katharina II. eröffneten russischen Politik vorwärts. Ihm stellten sich England und Napoleon III. in den Weg. Österreich schwankte. Es hatte nach langer Pause eben selbst sich wieder reger auf dem Balkan betätigt und sah sich plötzlich zwischen zwei Feuern. Daraufhin drängte Bismarck, daß auch Preußen rüste und die Truppen gegen Österreich wie Rußland verwendungsfähig

aufstelle. Der Krieg der Westmächte und Rußlands dauerte bis 1856, wo er durch den Pariser Kongreß beendigt wurde. Er öffnete eine tiefe Kluft zwischen Österreich und Rußland; Bismarck rechnete fest damit, daß der Tag der Abrechnung unter ihnen kommen werde. Mit vollem Rechte berief er sich darauf, daß der Krimkrieg eine Umwälzung der europäischen Machtverhältnisse begründe. Er war aber auch der Meinung, daß zugleich mit der Heiligen Allianz der Deutsche Bund um die Voraussetzung seines Bestandes gekommen sei. Der Bund habe ein Menschenalter hindurch keine andere Auffassung von seiner Bestimmung gehabt, als daß er Deutschland in festem Bündnis mit Preußen, Österreich und Rußland gegen Angriffe Frankreichs oder gegen innere Revolutionen zu verteidigen habe. Solange er sicher war, die ansehnliche Reserve der drei östlichen Großmächte hinter sich zu haben, konnte man auf seine Haltbarkeit rechnen. „Sobald aber Rußland aus einer solchen Allianz ausscheidet, ohne daß Frankreich mit umgekehrter Front hinzutritt, verliert die Bundesakte jede Front und jeden Wert." Daher hat Preußen gegen Deutschland wie gegen Europa die Freiheit des Handelns zurückerworben und muß sie nützen. „Man kann nicht Schach spielen, wenn einem 16 Felder von 64 von vornherein verboten sind." Mit besonderer Sorge verfolgte Bismarck deshalb 1856 das Bemühen der preußischen Politik, unter allen Umständen zum Pariser Kongresse hinzugezogen zu werden. Er hatte immer nur die eine Angst, daß sein König von der wiedererlangten Freiheit keinen Gebrauch machen werde. „Die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessere, wenn der Bund gar nicht existierte." „Warum sagen wir nicht ganz offen, daß wir uns nicht einen Pfifferling um den Bund bekümmern, wenn man uns nicht unserm Stande gemäß darin honoriert?" „Ich fürchte auch, daß wir in der orientalischen Frage wiederum Österreich unsern vollsten, ehrlichsten Beistand leisten, ohne uns den mindesten Dank auszubedingen; und doch sind die Fälle, wo Österreich in der europäischen Politik unser

bedarf oder uns fürchtet, die einzigen, wo wir in der deutschen Politik Fortschritte machen können. Wenn ich doch Seiner Majestät dieses wie ein: Herr, gedenke der Athener! alle Tage vorhalten dürfte." „Bündnisse größerer Staaten haben nur dann Wert, wenn sie den Ausdruck beiderseitiger, wirklicher Interessen besiegeln, und alle Klauseln und Auslegungen können den Mangel an gutem Willen und freier energischer Aktion nicht ersetzen, wenn der eine Teil sich übervorteilt und mala fide behandelt fühlt." Jeder Staat habe Österreich besser zum Gegner als zum Verbündeten, weil seine Hilfsbedürftigkeit „durch Schulden, Italien und Ungarn" größer sei als seine Fähigkeit, zu helfen. „Es würde mich ängstigen, wenn wir vor einem möglichen Sturm dadurch Schutz suchten, daß wir unsere schmucke und seefeste Fregatte an das alte Orlogschiff von Österreich koppelten. Wir sind der bessere Schwimmer."

Unter der Einwirkung der Frankfurter Luft bedeckten aber rasch das Urgestein der Bismarckschen Gedankenwelt allerhand gewaltsame Verwitterungen. „Ich war gewiß", so behauptete er, „kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam vor vier Jahren; aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir auch eine nur mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren sollen." Sein erster Eindruck in Frankfurt war gewesen: „Das traurige ist, daß es sich der Entente cordiale (der Bundestagsgesandten) hier nur um die Parteistellung von österreichisch oder preußisch zu handeln scheint, während eine richtige Teilungslinie so liegen müßte, daß man entweder österreichisch und preußisch oder keines von beiden wäre." Er meinte es aufrichtig so. In der Nähe Frankfurts auf Schloß Johannisberg wohnte in jenen Jahren der alte Fürst Metternich. Bismarck suchte ihn voller Bewunderung auf und ließ sich von ihm überzeugen, daß das Verhältnis der beiden Großmächte zueinander gut gewesen wäre, solange als Metternich Österreich leitete, und sie auch am Bunde in Übereinstimmung miteinander ge-

handelt hätten. Wenn er überlegte, wie das Einvernehmen wiederhergestellt werden könnte, knüpfte er regelmäßig an die Richtlinien Metternichs an. „Bis 1848 war das Verhältnis ein ungleich besseres, weil die Großmächte sich untereinander ein Veto stillschweigend einräumten, und keine von ihnen weder in der Bundesversammlung noch bei den kleinern deutschen Höfen ohne Einverständnis des andern etwas anbrachte, Preußen auch von Österreich zu einer faktischen Teilnahme an den Präsidialgeschäften zugelassen, wenigstens von allem in Kenntnis gesetzt wurde." Bismarck liebte es, eine Abgrenzung des Wirkungskreises beider Staaten nach sachlichen Gesichtspunkten zu nennen, wenn er die Wiedereinräumung des gegenseitigen Vetos und den Verzicht Österreichs auf die ausschließliche Verfügung über eine Reihe von Verwaltungseinrichtungen am Bunde als Bedingung aufrichtiger Versöhnung bezeichnete. Erlange Preußen dadurch erst einen klar ausgesprochenen Anteil an der Hegemonie im Bunde, werde er ihm bei richtiger Politik weder von Österreich noch von den Mittelstaaten je wieder mit Erfolg bestritten werden können. In der Behandlung der einzelnen deutschen Höfe aber strebte Bismarck vom Brauche der Metternichschen Zeit fort. Zuweilen hatte er wohl eine Teilung des Einflusses beider Staaten nach geographischen Gesichtspunkten im Auge. Im Februar 1854 erzählte ihm Prokesch-Osten, daß er 1849 einen engern Anschluß Norddeutschlands an Preußen gefördert habe. So scharf umriß Bismarck in seinen Berichten noch nicht, worauf er hinaus wollte. Jedoch drängte er zu demselben Ziele hin. Einmal redete er von den Vorteilen, die dem nationalen Staatsleben aus einer Verbindung der süddeutschen Staaten mit Österreich erwachsen würden. Ein andermal streifte er die Sache noch näher, als er es der preußischen Politik mehr entsprechend bezeichnete, „in den kleinen und benachbarten Staaten den preußischen Einfluß vor jedem andern von außen kommenden geltend zu machen, als der Einmischung des Bundes in die innern Angelegenheiten dieser Staaten Raum zu geben."

Noch hemmte ihn aber am Durchdenken des Planes, den Einfluß beider Großmächte geographisch abzugrenzen, die Erinnerung an das große Vorbild des Zollvereins. Es schien ihm möglich, die führende Stellung Preußens noch weiter auszudehnen, „indem wir durch freiwillige und kündbare Verträge einzelne auf das Bedürfnis gegründete Verbindungen schaffen, denen der Bund bei seiner heterogenen und die diesseitigen Interessen wenig sichernden Zusammensetzung nicht genügen kann". Denn es ging Bismarck oft nach, daß sich zwischen Preußen und der Mehrzahl, wenn nicht allen kleinern deutschen Staaten seit 1815 als Frucht des vom Bunde geübten Schutzes friedlicher Entwicklung eine bedeutsame Übereinstimmung auf mehreren wichtigen Gebieten des innern Staatslebens herausgebildet hatte. Sie zu pflegen und noch auf andere Gebiete zu übertragen, bot für Preußen Aussichten. Eine Zeitlang dachte er dabei unter anderm auch an eine Abrede aller protestantischen Regierungen über eine gemeinsame Kirchenpolitik, die allein schon seinen Staat ohne Zweifel über die Grenzen des nördlichen Deutschland hinausgeführt hätte. Er fand Preußens Stellung bei solchen Übereinkommen sehr stark. Eben deshalb lockten sie ihn. „Außerhalb des Bundes bleibt Preußen als der größte und tüchtigste Staat die Basis", die für Verträge über gemeinnützige Angelegenheiten allein möglich ist, „und eine Kündigung von seiner Seite kommt einer Auflösung des ganzen Verhältnisses gleich." Jedoch war er nicht der Meinung, daß eine derart geübte Konventionspolitik mit den Interessen Österreichs unverträglich sei und ein gutes Verhältnis zu ihm unmöglich mache. Hier war wohl der Punkt, von dem aus die Österreicher Bismarck noch von der Konventionspolitik, die für sie in Wahrheit unannehmbar war, auf die annehmbare Politik der Teilung des deutschen Einflusses nach geographischen Gesichtspunkten endgültig abdrängen konnten. Bismarcks einzige grundsätzliche Bedingung war, daß beide Staaten ehrlich zusammengingen, und Preußen mindestens „in demselben Maße" wie Österreich vergrößert

würde. Höchstens schrak er zuweilen von der Verbindung zurück, weil der Kaiserstaat so sehr „herunter" war. Der Bankrott stehe vor der Türe; außerhalb seiner Grenzen könne Österreich bloß zwischen 40- und 80 000 Mann verwenden. „Wir übernehmen keine leichte Aufgabe, wenn wir Hand in Hand mit Österreich unser Jahrhundert in die Schranken fordern. Aber ich würde nie dazu raten, Gefahren zu scheuen, wenn sie nur etwas einbringen."

Unseligerweise fiel alles Hin und Her dieser Bismarckschen Gedankengänge, über denen sich seine Überzeugungen für die folgenden Jahre bildeten, und von denen doch auch seine taktischen Maßnahmen nicht unbeeinflußt blieben, in die unfruchtbare Zeit Buol-Schauensteins österreichischerseits und unter die ihrer selbst nicht sichere Regierung Friedrich Wilhelms IV. auf der preußischen Seite. Zuweilen hatte Bismarck auch für das politische Verhalten Berlins sehr harte Worte. Seiner Weisheit letzter Schluß war darum: „Wir müssen sehen, daß wir uns möglichst ohne Schaden und Kosten durchlavieren." Ihn persönlich machte das Lavieren immer ungeduldiger und pessimistischer. Denn mit einer vollkommen gerechtfertigten Beobachtung fand Leopold Gerlach den Freund vor allem durch die von ihm entwickelte Aktivität gekennzeichnet. Mochte die Ungeduld aber auch gelegentlich vom Unwillen über die eigne Regierung herrühren, sie kehrte sich bei der Natur von Bismarcks Frankfurter Stellung dennoch gegen Österreich. Mit Österreichs Vertreter rang er tagtäglich, die Berliner Regierung lag hinter ihm, weit in seinem Rücken.

Es wurde Bismarcks Ceterum censeo, daß der Zustand, wie er sei, nicht bleiben könne; auf solcher Grundlage sei kein gemeinsames Handeln für auswärtige Zwecke denkbar. „Gegenseitiges politisches Mißtrauen, militärische und politische Eifersucht, der Argwohn des einen, daß der andere in Separatverträgen mit dem Gegner bei gutem Glück die Vergrößerung des Bundesgenossen zu verhindern, bei schlechtem sein eignes Heil zu sichern suchen

werde: das alles würde zwischen uns jetzt stärker und lähmender sein als in irgendeinem schlecht assortierten Bündnis der Vergangenheit." Österreich nimmt nicht mehr wie früher Rücksicht auf Preußen. Österreich verkennt die Voraussetzungen, worauf die Möglichkeit eines nützlichen Zusammengehens beruht. Metternich hatte gegen Bismarck gesprächsweise betont, daß Preußen noch nicht „saturiert" sei. Aber seine Nachfolger sind die letzten, die Preußen die Sättigung durch neue Erwerbungen vergönnen. Für Österreich wie Preußen ist Deutschland der streitige Acker, den sie beide pflügen. Trotzdem beansprucht ihn Österreich seit 1849 für sich allein. Noch unterschob Bismarck nicht wie in den „Gedanken und Erinnerungen" dem Urheber der veränderten Politik Österreichs, dem Fürsten Schwarzenberg, die ihm niemals nachgewiesene Absicht, Preußen nach der Losung „avilir, puis démolir" zu behandeln. Er zeigte vielmehr mehrfach einen deutlichen Einblick in die wahren Beweggründe, aus denen sich Österreich wieder ernsthafter als vor 1848 um Einfluß in Deutschland bemühte. Schwarzenberg hoffte durch eine feste Zentralisierung des österreichischen Staatswesens einer Wiederholung der Revolution vorzubeugen, die ihre beste Kraft aus der Bewegung der in Österreich angesessenen Nationalitäten gesogen hatte. Bei seinem Bestreben suchte er sich auf die einheimischen Deutschen zu stützen; da sie aber nur eine Minderheit ausmachten, meinte man ihnen den unentbehrlichen Rückhalt zum Widerstande gegen den slawischen und magyarischen Ansturm durch eine Anlehnung an die deutsche Nation und ihren Staat, den Deutschen Bund, verschaffen zu müssen, war auch gewillt, diesen zu entwickeln. Der Einblick hinderte Bismarck jedoch nicht, Österreich den Übergriff auf das deutsche Bundesgebiet zu wehren, sobald Notwendigkeiten des preußischen Staatslebens dadurch bedroht wurden. Das preußische Interesse an Deutschland empfand er mit gutem Grunde doch als das tiefer gegründete. Preußen sei mit Deutschland geographisch verwachsen und habe keinen andern Exerzierplatz. „Es ist kein

willkürliches Gelüst, sondern die natürliche Lebensbedingung des heutigen Österreich, Preußen nicht stärker werden zu lassen, sondern seine Macht zu mindern, wenn es angeht." „Es verliert das Bewußtsein, mit Preußen um die Hegemonie von Deutschland zu kämpfen, in keinem Momente; es ist sich über seinen Zweck vollkommen klar, seiner Mittel sicher und zu rücksichtsloser Benutzung derselben dergestalt entschlossen, daß es keiner Art von Konflikt mit Preußen ausweicht." „Wir atmen (in Deutschland) einer dem andern die Luft von dem Munde fort, einer muß weichen oder vom andern gewichen werden; bis dahin müssen wir Gegner sein." „Ein Großstaat, welcher seine innere und äußere Politik auf den Grundlagen seiner eignen Kräfte selbständig sichern kann und will, darf zu einer straffern Zentralisation des Bundesverhältnisses nur in dem Maße die Hand bieten, als er die Leitung der Bundeskörperschaft gewinnen und gemeinsame Beschlüsse, die seiner eignen Politik entsprechen, herbeizuführen vermag. Es ist also natürlich, daß Österreich sowohl wie Preußen gleichzeitig nach einer solchen Stellung im Deutschen Bunde streben. Dieselbe ist aber nur für einen von ihnen möglich. Österreich ist gegenwärtig in ihrem Besitz." Österreich will die Disposition über die Gesamtkräfte des Bundes für seine auswärtige Politik und zur Kräftigung seiner Verkehrs- und Finanzpolitik gewinnen. Dabei liegt ihm als Haupthindernis Preußen im Wege. Alle Anstrengungen Österreichs gipfeln deshalb in dem Bestreben, Preußen in die Abhängigkeit von der Wiener Politik zu bringen. Es wird nicht ruhen, bis Preußen um seine Großmachtstellung gebracht und zu einem Bundesstaat als primus inter pares hinabgedrückt ist. „Bis jetzt werden noch unsere Außenwerke belagert und untergraben. Sollten aber die europäischen Konstellationen uns in ernste Verlegenheit bringen, so wird unter dem Schutze derselben der Sturm nicht ausbleiben." Für Österreich ist es nur eine Frage der Zeit und der Umstände, wann es versuchen wird, „uns die Sehnen zu durchschneiden". „Ich will nur meine

Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen andern Ausweg hat." So stieg dem Bilde gegenüber, das sich Bismarck von dem erwünschten Verhältnisse Österreichs und Preußens gestaltet hatte, ein anderes auf, das der Zeit und den Umständen angemessener war, bei dem freilich auch Vorurteil und Leidenschaft die Farben mitgemischt hatten. Manchmal steigerte sich in Bismarck die Leidenschaft zum Hasse. „Ich will meinen Kopf zum Pfande setzen, daß das heutige Österreich nie unser ehrlicher Bundesgenosse sein wird, das der Vergangenheit war es auch nicht, wenn es schon einmal aus der Not eine Tugend machte, ob es in Zukunft anders wird, kann nur Gott wissen." Für Österreichs Sünden, murrte er, habe der König so viel Nachsicht, „als ich mir von unserm Herrn im Himmel für die meinigen wünsche". Die konservativen Freunde daheim, die „instinktmäßig und historisch" die konservative Sache und Österreich gleichsetzten, wies er zornig zurück. „Was versteht", schrie er empört auf, „der Kroat vom deutschen Recht?" Österreich müsse gezeigt werden, daß die preußische Regierung es in gewissen Fällen fertigbringen wird, Österreich sitzen zu lassen. Preußen solle Österreich die Zähne weisen. Die Wiener Staatsmänner dürfen nicht im Zweifel darüber bleiben, daß Preußen „den Weg nach Mähren noch kennt". Noch jedes Jahrhundert seit Karl V. habe einen Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland erlebt. Der im 19. Jahrhundert fällige schreckte Bismarck nicht mehr, wenn es nur ein guter Krieg wird, der wie der Siebenjährige klare Verhältnisse bringt. Die zunehmende Unsicherheit der europäischen Lage Österreichs versuchte ihn. Österreich war die Scheibe geworden, „nach der alle Geschütze der europäischen Nationalitäts- und Liberalitätsbestrebungen gerichtet sind", und keine Großmacht mehr gewährte ihm Halt.

Las der alte General Gerlach in Potsdam solche Ausbrüche

Bismarckscher Erregbarkeit, fühlte er sich an Radowitz erinnert. Radowitz und Bismarck sind tatsächlich beide auf dem Frankfurter Boden heißblütige Gegner Österreichs geworden und in den Strom aller österreichfeindlichen Bewegungen ihrer Jahre geraten. Aber Radowitz tauchte nicht nur in den Strom ein, der Strom verwandelte ihn in einen andern Menschen. Er nahm seinen neuen Haß und seine neuen Neigungen mit nach Berlin in die leitende Stellung. Auch in Bismarcks Wesen verwischten sich wohl die Spuren der schweren Erschütterung, die seine politische Stimmung in Frankfurt erlitt, nie wieder ganz. Gewalten, gegen die er sich ein für allemal gefeit glaubte, drückten ihm ihr Mal auf. Aber er verschrieb sich ihnen doch nicht wie Radowitz. Als er zur Macht gelangte, wurde sein Blick wieder freier, sein Urteil festigte sich aufs neue. Er wuchs über Frankfurt bald hinaus. Die Ursache dieses Unterschiedes aber war nicht nur seine persönliche Überlegenheit über Radowitz. Radowitz hatte mit seiner Geistesart im Grunde immer außerhalb des Kreises der führenden preußischen und österreichischen Staatsmänner gestanden, die in dem halben Jahrhundert von 1815 bis 1866 wirkten. Bismarck dagegen war einer von ihnen. Auch wo er über die Manteuffel und Gerlach hinauseilte, wo er anders gehandelt wissen wollte und der Widerspruch gegen sie auf der Hand zu liegen scheint, tut die Forschung unrecht, den Gegensatz zu überschätzen. Es waren Abweichungen des Temperaments oder Abweichungen für den Augenblick und aus einem besondern Anlasse. Bismarck wie die andern, Preußen und Österreicher, empfanden als Erben des Geistes und der Erfahrungen der Befreiungskriege. Für sie gehörten Österreich und Preußen mit der deutschen Nation zusammen. Wie scharf sich auch die verschiedenen Sonderinteressen dieser Dreiheit und zumal die außerhalb Deutschlands gelegenen Großmachtinteressen Österreichs und Preußens gerade über den innern Fortschritten der langen Friedenszeit von 1815 an wieder zu reiben anfingen, so bebten doch hüben wie drüben

die verantwortlichen Staatsmänner außer Radowitz nach jeder Aufwallung vor einer kriegerischen Lösung der Schwierigkeiten als einem Unmöglichen wieder zurück. Erst die verlorenen Jahre der Ministerzeit Buols und der letzten Zeit Friedrich Wilhelms IV. brachten den Krieg so nahe, daß er trotz allem, was dawider sprach, zuletzt geführt wurde, aber nicht als ein unvermeidlich Gewesenes, sondern als ein unvermeidlich Gewordenes, als die Folge eingefallener Umstände, nicht als ein Krieg, den die Nornen von je den beiden Staaten als Schicksal gesponnen. So griff der Gedanke in Bismarcks Geiste Raum, jedoch keineswegs allein in dem seinen. Er brach sich gleichzeitig in den Anschauungen einer ganzen Reihe preußischer Staatsmänner Bahn, von denen es etwa Savigny oder Alvensleben zu nennen genügt.

Noch klang in Bismarcks Denken damals wie zu allen Zeiten ein Unterton in erheblicher Stärke mit, der Radowitz völlig fremd war, dagegen ebenfalls auf die Gesinnungsverwandtschaft Bismarcks mit den Gerlachs und Manteuffel hinweist. Bismarck war unter Menschen aufgewachsen und von einem Bildungsgange, wodurch ihm für das Glaubensleben seiner katholischen Volksgenossen ein sympathisches Mitempfinden abging und er konfessionspolitisch der katholischen Kirche vorurteilsvoll, wenn nicht in feindseligem Mißtrauen gegenüberstand. Er war als Referendar im Jahre des Cölner Kirchenstreites in Aachen gewesen. Dort war er dem Einflusse des Katholizismus auf das politische Leben zum erstenmal in der Form begegnet, die sich um und nach 1815 entwickelte. An ihren Vorkämpfern entrüstete ihn die Abneigung gegen Preußen sowie ihre Verwendung liberaler Ideen und ihre Begünstigung demokratischer Bestrebungen gegen die Staatsregierungen, die ihm in vollem Widerspruch zum innersten Wesen der Kirche zu stehen schien. Nachher war er in den engern Kreisen der konservativen Partei, denen er sich anschloß, einem tiefen Widerwillen gegen die im Vollzuge begriffene Umbildung des von Ursprung protestan-

tischen Staatswesens in einen paritätischen Staat begegnet. Ohne sich den Widerwillen anzueignen, widerstrebte doch auch Bismarck den Zugeständnissen, die der Kirche und den Katholiken in der preußischen Verfassung gemacht wurden. Lauer verhielt er sich wohl zu dem Wunsche der Freunde, daß bei der Wiederherstellung wesentlicher Teile des vorrevolutionären Preußen zur Zeit des Ministeriums Manteuffel der protestantische Charakter des Staates ebenfalls wieder zur Geltung gebracht werde. Dagegen erfüllte ihn seine Zugehörigkeit zum preußischen Beamtentum, die teils schon durch seine Mutter begründet worden war, teils durch seine eigne Laufbahn begründet wurde, mit aller Abneigung, die man dort von jeher gegen die Beförderung von Katholiken in angesehene Staatsämter und ihre Tätigkeit im Staatsdienste an den Tag gelegt hatte. Als er 1855 einmal einen wirklich fähigen Attaché erhielt, drückte er seine Zufriedenheit darüber aus, machte aber sofort den Vorbehalt, daß der junge Mann an dem Erbfehler litte, katholisch zu sein. Auch sonst sind seine Berichte aus Frankfurt voll von Belegen dafür, wie scharf er in Personalangelegenheiten auf die Konfession schaute. So unter dreifachem Gesichtspunkte gegen den Katholizismus unfreundlich gestimmt und auf der Hut, glaubte er in Frankfurt und ringsum in den katholischen und konfessionell-gemischten Gebieten Süd- und Westdeutschlands, Österreich überall in gemeinsamer Wühlarbeit mit der kirchlich-politischen Bewegung unter den Katholiken zu begegnen, die er zum erstenmal in Aachen am Werk gesehen hatte, und deren rheinische Vortruppen er gleichzeitig im preußischen Abgeordnetenhause mit seinen konservativen Freunden im Kampfe wußte. Er sah es als seine besondere Aufgabe an, diesen Bund zu bekämpfen und wie auf politischem Gebiete Österreich, so auf kirchenpolitischem jener Bewegung entgegenzutreten. Im Briefwechsel mit dem General Gerlach sprach er damals, ohne den Begriff näher zu erläutern, ganz allgemein von einer preußischen Politik „in catholicis" die gegenüber jedem Versuche des Katho-

lizismus, die preußische Kirchenpolitik zu ändern, verteidigt werden müßte. „In allen deutschen Staaten stehen dem Wiener Kabinett die Hilfsmittel zu Gebote, über welche die politischen Leiter der katholischen Kirche disponieren.“ „Auch da, wo die Masse der katholischen Bevölkerung zu einer Unzufriedenheit mit ihrer Regierung keinen Grund fühlt, sind doch die obern und intellektuellen Leiter der katholischen Politik den protestantischen Regierungen feindselig und bereit, den Interessen der österreichischen Regierung mit ihrem Einfluß auf Staat und Volk zu dienen. In allen katholischen Kammeroppositionen tritt die Hinneigung zu Österreich von Zeit zu Zeit offen an den Tag, und lassen die Einflüsse Österreichs auf die Haltung katholischer Parteien gegen deren eigne Landesregierung erkennen.“ „Der eroberungslustige Geist im katholischen Lager wird uns doch auf die Dauer nicht die Möglichkeit lassen, einem offenen Kampfe mit ihm auszuweichen.“ Bismarck nahm diesen „streitbaren, unersättlichen und in den Ländern evangelischer Fürsten unversöhnlichen Geist“ „seit dem letzten Jahrzehnt“ vor allem in einem Teil der katholischen Geistlichkeit wahr, für den „erlangte Konzessionen stets die Basis neuer Konzessionen bilden und dessen Forderungen jede Regierung zu berücksichtigen Anstand nehmen muß, weil die Erfahrung lehrt, daß der Friede mit ihm ohne Einräumung unumschränkter Alleinherrschaft nicht erreichbar ist.“ Er rügte anderseits aufs schärfste, daß der politische Katholizismus überall auf protestantischem Gebiete die Entwicklung des vulgären Liberalismus in Staat und Kirche aus pessimistischer Berechnung mit günstigen Augen betrachte. Für das Verständnis seiner Politik in künftigen Zeiten ist es durchaus wesentlich, daß er schon während der Frankfurter Zeit die Wirkungen „ultramontaner“ Tätigkeit in der auswärtigen Politik, selbst im Krimkriege zu spüren meinte, und daß er Ludwig Windthorst, da er seinen Namen zum erstenmal erwähnte, als demokratischen Minister und im selben Atemzuge als Katholiken einführte. Aus dieser Gesinnung

richtete er im Herbste 1853 sein Augenmerk sofort auf den Streit, der sich im Großherzogtum Baden zwischen der Staatsregierung und dem Erzbischof erhob. Bismarck bemühte sich darum, daß Preußen der badischen Regierung den Rücken gegen Rom steifte. Er ging im Auftrage seines Ministeriums persönlich nach Karlsruhe zur Fühlungnahme und hätte es begünstigt, wenn die Waffen nicht so bald wieder, wie es geschah, niedergelegt worden wären. Denselben Eifer legte er in Nassau bei den dortigen kirchenpolitischen Schwierigkeiten an den Tag. Er fand die protestantischen Regierungen und insbesondere die preußische, trotz ihres weiten Entgegenkommens gegen die Katholiken, von diesen angegriffen und wollte den Angriff angenommen wissen. Jedoch sollte dabei dem Verdacht zuvorgekommen werden, als sei eine Wiederbeschränkung der Selbständigkeit des kirchlichen Lebens im staatskirchlichen Sinne beabsichtigt. Bismarck war vielmehr in Übereinstimmung mit seinem Ministerium dafür, daß Baden die Rechte der Kirche aus freien Stücken erweitere. Nur um die Abwehr auswärtiger Einflüsse und die Behauptung des Staates im eignen Gebiete handle es sich. Mit dem heutigen Staatsrechte sei nun einmal der neue Grundsatz unverträglich, „daß die Beziehungen der römischen Kirche zum Landesherrn nicht durch Konkordate oder sonstige Verträge, sondern durch die Satzungen dieser Kirche selbst geregelt werden sollen."

Die Beziehungen zwischen Österreich und der kirchlich-politischen Bewegung unter den Katholiken des innern Deutschland bestärkten Bismarck vollends in der Versteifung auf die einzige taktische Maßnahme, die sich ihm einstweilen zur Vorbereitung des entscheidenden Waffenganges mit Österreich darbot: die österreichische Diplomatie mit eben den Waffen zu schlagen, die sie nach seiner Überzeugung gegen Preußen gebrauchte. Diese Maßnahme empfahl er seiner Regierung bei jeglichem Anlaß, und er versuchte es selbst mit ihr, so oft er ins Gefecht am Bundestage kam.

Die Bundesregierungen „fürchten mehr als alles andere

die Sprengung des Bundes, weil sie in ihm die Garantie ihrer politischen Existenz erblicken". „Der Bund im Frieden, das ist der Mittelstaaten eigentliches Element, wo sie wie die Fische im Wasser sich fühlen; sie haben darin eine Behaglichkeit, die ihnen niemals werden kann, wenn sie nackt, ohne den Bund, in der freien Luft der europäischen Politik ständen." Daher stehen sie „unter dem Einflusse österreichischer Drohungen". Oft war es Bismarck zumute, als wäre alle schwarze Sorge vor der Zukunft nicht vonnöten, wenn die Bundesregierungen nur ebenso stark unter den Einfluß preußischer Drohungen gebracht würden. Das war seine Grundstimmung alle die Frankfurter Jahre hindurch. Nur während des Krimkrieges gab er sich längere Zeit dem trügerischen Gedanken hin, daß es möglich geworden sei, auf eine ganz andere Art den Spieß der Bundespolitik, den Österreich seit 1815 gegen Preußen gekehrt hatte, auf Österreich zurückschnellen zu lassen. Es „scheint mir für Preußen, solange nicht äußere Ereignisse das jetzige Bundessystem sprengen und uns zu voller, mindestens faktischer Parität mit Österreich verhelfen, die Übernahme der Rolle eines Vertreters der Geltung und der Interessen aller übrigen Bundesstaaten vorzugsweise indiziert zu sein, um in ähnlicher Art zu operieren, wie in Parlamenten ein nach dem Einfluß strebender Führer die Verteidigung der Freiheiten des Volkes zur erfolgreichsten Waffe gegen die faktischen Machthaber zu wählen pflegt und auf diesem Wege die letztern schließlich nötigt, sich mit ihm abzufinden." Österreich hatte, um Preußen im Schach zu halten, den Souveränitätsdünkel und das Machtgefühl der Mittelstaaten in den letzten Jahren auf alle Weise genährt. Jetzt erwuchs ihm selber daraus Gefahr, weil sich die mittelstaatlichen Minister unterfingen, sogar europäische Politik selbständig zu treiben. Österreich drohten die größten Nachteile, wenn es den Bund nicht im Schlepptau seiner Politik für die Dauer des Krieges zu halten vermochte. Hier setzte Bismarck an, um Zwietracht zwischen Österreich und den Mittelstaaten zu säen.

Besondere Ergebnisse versprach er sich von einer Umwerbung Bayerns. Bayern und Österreich hatten jahrhundertelang im Gegensatze gelebt, weil Bayern selbst nach der Führung im alten Reiche strebte. Umfang und Geschichte gaben ihm immer noch ein gewisses Ansehen in Europa, das keinem der andern Mittelstaaten zukam. Der Ehrgeiz seiner Dynastie war unvermindert. Bismarck hatte eine feine Witterung dafür. Mehrere Monate beherrschte ihn die Hoffnung auf seinen Parteiführererfolg derart, daß er nach einer ersten Enttäuschung einen noch hartnäckigern, fast verzweifelten zweiten Anlauf nahm. Schon bei den frühesten Schwierigkeiten, worauf er am Bunde gestoßen war, hatte ihn Schwarzenbergs Politik an Kaiser Ferdinand II. erinnert, der, kaum in seiner Hofburg der aufständischen Untertanen Herr geworden, im Reiche absolut zu regieren anfing. Jetzt sprach er schlankweg vom „Wallensteinisieren" Deutschlands durch Österreich und übermittelte seiner Regierung den Ausdruck der mittelstaatlichen Erwartungen, „daß sich Preußen nicht durch partikularistische Interessen und Vorteile von der Wahrnehmung der allgemeinen deutschen Interessen ablenken lassen" werde. Man meint nicht mehr ihn selbst aus seinen Worten zu vernehmen. Er, der im Herzen so eifersüchtig auf Preußens Großmachtstellung war, stieg mit ihnen auf den Standpunkt bloßer deutscher Territorialstaatspolitik hinab. Die Rheinbundluft seiner mittelstaatlichen Umgebung umwehte ihn.

Rheinbundluft umwehte Bismarck auch noch, als er von dem Traume preußischer Führung einer reichsständischen Opposition abließ und den Mittelstaaten „die Umrisse Preußens wieder zum Bewußtsein zu bringen" versuchte. Er hatte schon vor dem Krimkriege verschiedentlich hingeworfen, daß nur „die Neutralisierung der ganzen Maschine zuletzt ein sicheres Mittel für uns ist". Nun legte er seinem Minister dar: „Die Bundesverträge bedingen in ihren obligatorischen Teilen kaum etwas anderes als eine gemeinsame Bürgschaft für die innere und äußere Sicherheit der 35 Paziszenten. Sie müssen von Preußen mit Treue ge-

halten werden, solange die andern sie nicht brechen. Aber was darüber hinausliegt, ist nicht bloß für Preußen vom Übel, sondern auch für Deutschland und sogar für die Festigkeit des Bundes selbst. Die Kämpfe widerstreitender Interessen, welche von einer weitern Ausbildung des Bundes unzertrennlich sind, werden denselben lockern und früher oder später sprengen." Gedeckt durch diesen Gedankengang strengte er sich in seinen letzten Jahren doppelt eifrig an, was vom Eintritt in sein Amt Gegenstand seiner Sorge gewesen war, die Geschäftsordnung nicht zur Verstärkung des österreichischen Einflusses dienen zu lassen. Er verschwor sich, Österreich lege sie derart aus, daß der Geschäftsgang der einer Präfektur mit Beisitzern, nicht der eines Kollegiums mit gleichberechtigten Mitgliedern sei. Wie er dagegen ankämpfte, führte er einen Kleinkrieg, einen Stellungskampf, wie wir heutzutage sagen würden, und er verhehlte sich nicht, daß er durch die Hemmung der Bundesgeschäfte, welche die Folge seiner Taktik war, die Amtsgenossen gegen sich verbitterte. Aber er hielt mit bewunderungswürdiger Ausdauer in dem Streite aus und rühmte sich nachher der Summe kleiner Erfolge, die er im Laufe von fünf Jahren davongetragen habe.

Der Unwille der andern gegen Bismarck schwoll inzwischen um so stärker an, als nach der Mitte des Jahrzehntes wieder unverkennbar eine Belebung der Bundestätigkeit zum Bedürfnis wurde, um der gegen den Bund ohnehin eingenommenen öffentlichen Meinung etwas zu bieten. Bayern wie Sachsen brachten Anträge ein, teils um die Bundesverfassung zu verbessern, teils um den Bund mit der Ausführung dringlich gewordener Aufgaben des nationalen Staatslebens zu betrauen. Bismarck riet der Berliner Regierung, durch formale Einwände die Anträge vorsichtig zu verschleppen und unterdessen Österreich zu einer offenen Erklärung über sie zu bringen. Nach Bismarckschen Entwürfen tauschte Manteuffel mit Buol Briefe darüber aus, wie sehr es Österreichs Interesse widerspreche,

die deutsche Bewegung zu befördern, und wie viele Schwierigkeiten Österreich eine einheitliche Regelung der aufgeworfenen Fragen widerrieten. Alle Blößen der deutschen Politik Österreichs wurden in den Briefen verschlagen aufgedeckt.

Bis zum äußersten aber trieb Bismarck seine hemmende Tätigkeit am Bunde, als er sich dem in der Bundesakte gegründeten und durch die europäische Lage gebotenen Verlangen Österreichs nach dem Ausbau der Bundesfestung Rastatt widersetzte. Auch dieser Streit reichte mit seinen Anfängen weit zurück. 1853 zog sich Bismarck noch mit seinem Einspruch hinter reine Formalien zurück und zauderte, zu weit zu gehen; denn er fürchtete die üble Nachrede, daß Preußen Süddeutschland vor einem Einfalle der Franzosen ungedeckt lassen wollte. Nach 1856 jedoch ließ er alle Rücksichten beiseite. Österreich habe schon durch die katholischen Umtriebe in Baden Fuß gefaßt (welche Meinung der darum befragte preußische Gesandte in Karlsruhe, Herr v. Savigny, als falsch beanstandete) und dürfe sich dort nicht auch militärisch verstärken. Der Bund aber erfüllte seine erste und wesentliche Aufgabe nicht mehr, wenn er hier versagte. Bismarck entschuldigte sich damit, daß Österreich im umgekehrten Falle nicht anders handeln werde. Über den Vorwurf der Pflichtverletzung gegen die Nation ging er leicht hinweg. „Seine deutschen Gesinnungen unabhängig von der Bundesversammlung zu betätigen, hat kein Staat in dem Maße den Beruf und die Gelegenheit wie Preußen.“ Der Satz enthüllte, wohinaus er in Wahrheit strebte. Bismarck erhob zornigen Widerspruch gegen „die Fiktion der Gegner“, „daß Bundestag und Deutschland identische Begriffe“ seien. Neben die Absicht, Österreich am Bundestage zu bekämpfen, war schon die Absicht des Kampfes gegen den Bund getreten, um den Nebenbuhler wirksamer zu treffen.

Während der Beratungen über die Reformanträge und über Rastatt glaubte Bismarck ein Mittel gefunden zu haben, den mittelstaatlichen Reformpolitikern den Wind

der öffentlichen Meinung aus den Segeln zu nehmen und statt dessen das preußische Schifflein vor diesen selben Wind zu bringen. 1852 waren Dänemarks Rechte in den Herzogtümern Schleswig-Holstein durch ein Abkommen der Großmächte in London geregelt worden. Bald erhob sich in Holstein, das zum Bunde gehörte, die Klage, daß sich Dänemark nicht an seine Befugnisse halte. Das Schicksal der Herzogtümer war in Deutschland seit 1848 volkstümlich. Bismarck erreichte, daß Preußen half, die Angelegenheit dem Bunde zu überweisen, weil ein solcher Entschluß „als ein Akt nationaler Energie“ aufgefaßt werde, und daß es sich danach ihre Führung sicherte. Sein österreichischer Amtsgenosse warnte, weil er sich über den europäischen Charakter des Streitgegenstandes klarer war als der Preuße. Bismarck hörte nicht, weil er, wie gewöhnlich, zunächst Österreich für zweideutig hielt. Aber der Verlauf der Verhandlungen lehrte ihn, daß es nicht möglich war, die Sache zur Zeit und durch den Bund derart anzufassen, wie es den Erwartungen und Forderungen der öffentlichen Meinung entsprach. Er ging zurück. Inzwischen aber hatte Hannover Preußen noch überboten, um sich selber, wie Bismarck meinte, besseres Wetter in der Stimmung des deutschen Volkes zu machen. Die Folge war eine empfindliche Abkühlung der preußisch-hannoverschen Beziehungen und gleichsam ein erstes Wetterleuchten des Jahres 1866 auf norddeutschem Boden. Bismarck lernte aus dem gescheiterten Anschlag, daß Preußen vielleicht Ursache habe, mit der Genugtuung für die Holsteiner nicht zu eilen, eines Tages aber die selbständige Lösung der Frage ohne den Bund zugleich für Schleswig wie für Holstein in die Hand zu nehmen.

Von dem Streben nach Fühlung mit der öffentlichen Meinung Deutschlands ließ Bismarck indessen doch nicht wieder. Auf ihr und dem Heere beruhe, so behauptete er, Preußens Macht. Österreich ängstige die kleinern Staaten durch die Aussicht, daß es die Liberalen begünstigen könnte. Preußen müsse ihm

unter diesen Umständen auch an dieser Stelle den Weg versperren. „Wir können in dieser Beziehung mehr aushalten als selbst irgend einer der Mittelstaaten, geschweige denn Österreich, und der vorliegende Gegenstand eignet sich vielleicht besonders dazu, letzteres durchblicken zu lassen, daß es sich hüten sollte, uns auf die Bahn eines liberalisierenden Werbens um die nationalen Sympathien Deutschlands herauszufordern, wie dies in der abhängigen Presse täglich geschieht. Denn es würde uns wenig Mühe kosten, Österreich auf diesem Gebiete in kurzer Zeit zu überflügeln, wenn wir wollen." „Wir sind gegen die Gothaer in den kleinen Staaten in ähnlicher Lage wie Ludwig XIII. und XIV. mit den deutschen Protestanten. Bei uns können wir sie nicht gebrauchen, in den kleinen Staaten sind sie aber die einzigen, welche von uns etwas wissen wollen." Indessen knüpfte er auch schon mit einzelnen Liberalen daheim nähere Beziehungen an, und seine Vorliebe wuchs, die Liberalen der preußischen Kammern für die Zwecke der äußern Politik zu benutzen. Noch glaubte Bismarck dabei, nur ein Werkzeug in die Hand zu nehmen, das er nach Belieben wiederum beiseite legen konnte. Wie zur Zeit, da er zum Manne reifte, fühlte er sich gegen das Andringen der liberalen Anschauungen gestählt. Als ironisierte er sich selbst, so liest sich in einem seiner Berichte der Satz: „Ein Buhlen mit dem jeder gründlichen Sachkenntnis entbehrenden Liberalismus sollte man von dem jetzigen hannoverschen Ministerium nicht gerade erwarten." Einen seiner Amtsgenossen am Bunde würde er Gerlach gerne kräftiger gelobt haben, wenn er „mehr Verstand und weniger Liberalismus im Leibe" hätte. Andere Äußerungen aber lassen ihn gegen Ende seines Frankfurter Aufenthaltes nicht mehr so unberührt von der liberalen Bewegung erscheinen, wie die drei Jünglinge im Feuerofen des Alten Testaments von der Glut der Flammen blieben. Besonders lehrreich lauten dafür die Ratschläge, die er dem Prinzen von Preußen erteilte, als dieser im Jahre 1857 die Stellvertretung des erkrankten

Königs übernahm. Er hat sie in den „Gedanken und Erinnerungen" wiedergegeben, obwohl vermutlich etwas stark im Auftrag der Farben.

Gewappnet hielt sich Bismarck nicht minder gegen den Bonapartismus, der ihm mit seiner Partei ganz ebenso wie der Liberalismus ein Gegenstand des Abscheus gewesen war. Aber schon 1852 gelüstete ihn angesichts der Rheinbundstimmungen der Bundesstaaten ihnen mit preußisch-französischen Sympathien Angst einjagen zu dürfen. Vollends ergriff ihn eine wahre Wut, als er im Krimkriege miterlebte, wie sich Österreich durch die Annäherung an die Westmächte nicht nur gegen einen Angriff Frankreichs auf seinen Besitz in Oberitalien decken wollte, sondern mit Frankreich gemeinsam auf die deutschen Mittelstaaten drückte. Seine Bemühungen um deren Standhaftigkeit gegen österreichische Anliegen, aus denen er so viel gemacht hatte, wurden dadurch zuschanden. Von da ab bemeisterte ihn das Verlangen, Frankreich wieder unabhängig von Österreich zu sehen und seine Beziehungen zu Preußen zu verbessern. „Il ne faut pas dire: Fontaine, je ne boirai pas de ton eau, oder wenigstens muß man die Leute nicht mit Sicherheit darauf bauen lassen." Nichts weiter erstrebte er, als daß der König ein Bündnis mit Napoleon III. nicht für ausgeschlossen erkläre. Bismarck behauptete sogar, daß ein Abschluß von Macht zu Macht zwischen Preußen und Frankreich „nicht ohne einen gewissen Grad von Gemeinheit" möglich wäre. Aber sein Drang zu Frankreich war aus Ärger über Österreich so lebhaft, daß er sich in der erregten Stimmung jener Jahre ohne Zweifel weit vorgewagt hätte. Er sprach dem König wiederholt die Überzeugung aus, daß Preußen, wenn es sich gegen Österreich durchsetzen wolle, Bündnisse brauche. Am ehesten zu haben wäre vermutlich das Bündnis mit Frankreich gewesen.

Der Zorn der Ohnmacht loderte in dem Bismarck der sich zum Schlusse neigenden fünfziger Jahre. Angewiesen auf das tägliche Zusammensein mit der mittelstaatlichen Diplomatie

und ihren Rheinbundüberlieferungen, hineingestellt in das von Parteien zerrissene, konfessionell zerklüftete und großer Staatsgedanken entbehrende Leben des südwestlichen Deutschland trieb er trotz seines Ausgangs von mächtigen zentralen Gesichtspunkten einer im einzelnen oft recht widerspruchsvollen Politik der Verneinung und des bloßen Zerschlagens zu. Er wurde immer gleichgültiger gegen den Preis, den Preußen zahlte, wenn nur Österreich aus dem Wege geräumt und geschwächt wurde. Alle seine Gedanken drehten sich um diesen einen Punkt in einem eng und enger werdenden Kreise. Mochte er noch so aufrichtig beteuern, daß er sich durch gute Gründe überführen lasse, so drohten seine Meinungen zuletzt doch gleichsam einzufrieren. Ein Prometheus, der an den Felsen geschmiedet ist, so bietet sich sein Anblick dem Beobachter dar, mit seinem gewaltigen Willen zur Tat, der genialen Einsicht in den Wandel der europäischen Lage und in das eine, das unaufschiebbar wurde, und dennoch mit dem Sich-Vergreifen in den Mitteln, die wohl realpolitisch schienen, aber angewandt nun und nimmer das gewünschte Ergebnis liefern konnten. Bismarck hatte längst in Frankfurt eingeerntet, was es dort an Früchten für ihn zu pflücken gab. Er besaß eine genaue Kenntnis der deutschen Höfe, Minister und Diplomaten wie der partei- und wirtschaftlichen Verhältnisse des innern Deutschland. Er pflegte Beziehungen nach allen Seiten. Es war Zeit geworden, daß sich ihm ein anderer, weiterer Gesichtskreis erschloß und er zu fruchtbarer Tätigkeit gelangte. Je länger er an Frankfurt gefesselt blieb, desto mehr wurde seine Arbeit dort, wie er selbst es seufzend nannte, zum Ausschöpfen eines Danaidenfasses. „Ich würde gerne ebenso meine Bemühungen an die Durchführung fremder Ideen wie eigne setzen, wenn ich nur überhaupt welche fände, die man zu Nutzen und Frommen unserer Politik ins Werk zu setzen beabsichtigte.“ 1855 hatte ihn die Überlegung beschäftigt: „Hier am Orte ist nichts zu machen. Eine Verbesserung wäre zu gewinnen, wenn ich amtlich autorisiert würde,

mit unsern Gesandtschaften in Deutschland oder mit den Höfen selbst in direkte Verbindung zu treten. Eine solche ehrgeizige Prätension wird man im Ministerium aber nicht zulassen, und ich finde das auch natürlich." Die eigenartige Bedeutung Frankfurts für das südwestliche Deutschland lockte offenbar leicht derartige Wünsche hervor; denn auch der Prinz von Preußen, der spätere König Wilhelm I., hatte 1849—1850, als er die zur Unterdrückung der Revolution nach der Pfalz und Baden geschickten preußischen Truppen befehligte, eine ähnliche Stellung, wenn auch fürstlicheren Ranges, in Frankfurt begehrt. Beide Männer mußten verzichten. Wie der Prinz darauf in den nächsten Jahren zum hitzigsten Kritiker der Regierung seines Bruders wurde, so trieb es ähnlich auch Bismarck. Der eine wie der andere hatten, jeder zu seiner Zeit, das Bewußtsein, daß die preußische Politik „einem üblen Ende zutreibe". Bismarck büßte darüber nicht nur die guten Beziehungen zu seiner Partei ein, selbst zu der „Kreuzzeitung" und den Gerlachs, er verlor auch die Gunst seines Königs so vollständig, daß die Hofgesellschaft die Veränderung seine Frau gesellschaftlich entgelten ließ. Der in solchen Dingen ungemein feinfühlige und leidensfähige Mann bäumte sich dagegen auf. Anderseits hatte sich die österreichische Regierung schon während des Krimkrieges geweigert, ihren Gesandten, den sie für einige Monate beurlauben mußte, durch Bismarck vertreten zu lassen. Bismarck habe durch seine Äußerungen, selbst im Verkehr mit Gesandten nichtdeutscher Mächte, den Beziehungen der beiden Regierungen geradezu das Gepräge der Feindschaft gegen Österreich aufgedrückt. Vorübergehend winkte wohl wieder eine Verbesserung des gesandtschaftlichen Verkehrs der beiden Mächte in Frankfurt und eine Beruhigung Bismarcks, als 1855 zunächst für kurze Zeit, im folgenden Jahre dauernd, Graf Rechberg Österreichs Gesandter beim Bunde wurde. Rechbergs „brillentragende Erscheinung" hatte Bismarck einige Jahre zuvor bei ihrer ersten Begegnung zu Wien im Juni 1852 enttäuscht; Rechberg sah ihm mehr nach

einem Kammergerichtsrat als nach einem Diplomaten und Grafen aus. Aber Rechberg bemühte sich so geflissentlich um eine preußisch-österreichische Verständigung und scheute dabei so wenig vor einer Kritik seines Wiener Chefs zurück, daß sich Bismarck eines Gefühls der Übereinstimmung mit ihm in der äußern wie innern Politik nicht erwehren konnte. Es kam jedoch nicht mehr zur Entfaltung. Bismarck war schon zu bitter gegen Österreich geworden und umgekehrt die Stimmung seiner Amtsgenossen gegen seine Politik zu heftig. Einst hatte er von einem andern österreichischen Diplomaten bemerkt, daß er ihn persönlich von allen Österreichern am liebsten zum Amtsgenossen in Frankfurt haben würde; aber alle Eigenschaften des Genannten dürften dort gegen Preußen in die Wagschale fallen und „uns bei den andern deutschen Regierungen als die Unverträglichen erscheinen lassen". Dieses Wort ging jetzt durch Rechbergs Geschick unerwartet an Bismarck in Erfüllung. Rechberg isolierte ihn in der Bundespolitik völlig. Zuletzt schlug in beiden Männern eine leidenschaftliche Abneigung widereinander durch. Die Dinge standen in Frankfurt zum Biegen oder Brechen. Es kam im Herbst 1858 über dem Streite der Gesandten zu einem mehrfachen Briefwechsel zwischen Buol und Manteuffel, worin Buol Österreichs Haltung gegen Preußen als entgegenkommend verteidigte, den jetzigen Zustand aber als für Deutschland verderblich, ja tödlich bezeichnete; bei aller Versöhnungsbereitschaft könne Österreich keinem einzelnen Bundesmitgliede, auch nicht Preußen, die Entscheidung darüber einräumen, was als organische Bundeseinrichtung nach der Bundesakte zu gelten habe und was nicht. Manteuffel hielt sich in der Abwehr. Er gab Bismarck nicht preis.

Über diesen Vorgängen entwuchs Bismarck indessen schon dem Frankfurter Boden. Der Wunsch, außerhalb Deutschlands Bundesgenossen gegen Österreich zu finden, führte ihn seit dem Krimkriege wiederholt in das Ausland. Er begriff dort nach und nach, daß das von ihm so unmutig ertragene Übergewicht

Österreichs beim Bunde nicht von seinem größern Einfluß auf die Bundesregierungen oder sonst auf innerdeutsche Verhältnisse herrührte, sondern auf seiner europäischen Machtstellung und einer echten Großmachtpolitik beruhte, die Preußen noch fremd war. Sein staatsmännischer Instinkt, der durch keine augenblicklichen Ablenkungen zu erdrücken war, ließ ihn in Rußland den Angelpunkt erkennen, in dem sich alle seine europäischen Kombinationen zukünftig drehen mußten. Gegen die den Westmächten zugekehrte Richtung des Kreises der Prinzessin von Preußen wie der von der konservativen Partei abgesplitterten Gruppe, die sich um den Großvater des gegenwärtigen deutschen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg scharte, hielt Bismarck ohne jedes Schwanken an Rußland fest. „Österreich kann uns keine Bedeutung in Deutschland gönnen, England," so fügte er mit seherischem Blicke hinzu, „keine Chancen maritimer Entwicklung in Handel oder Flotte und ist neidisch auf unsere Industrie." Dagegen rechnete er über Rußland und durch Rußland zu Frankreich zu kommen, woran auch schon Manteuffel vor ihm gedacht hatte. „Eine nähere Verbindung Frankreichs mit Rußland ist gegenwärtig zu natürlich, als daß man sie nicht erwarten sollte; es sind diese beiden diejenigen unter den Großmächten, welche nach ihrer geographischen Lage und ihren politischen Zielen die wenigsten Elemente der Gegnerschaft in sich tragen, da sie so gut wie keine notwendig kollidierenden Interessen haben." „Es ist wahrscheinlich, daß über kurz oder lang, jedenfalls sobald Erkältungen zwischen Frankreich und England eintreten sollten, eine französisch-russische Allianz aus dem jetzigen Décousu der europäischen Zustände hervorgeht, ohne daß wir es hindern können." Unschwer läßt sich erweisen, von wem Bismarck diese Schlüsse übernommen hatte. Im Frühjahr 1856 war Gortschakow russischer Kanzler geworden. Er hatte sich in den Jahren vorher in Wien mit einem ähnlichen Widerwillen gegen die österreichische Politik erfüllt wie Bismarck in Frankfurt und suchte das Heil für seinen durch den Krimkrieg weit zurück-

geworfenen Staat in einer Annäherung Rußlands und Frankreichs unter vorsichtiger Abschwächung des englischen Einflusses auf Napoleon. Als Gortschakow 1857 seinen Zaren und Napoleon in Stuttgart zum ersten Male persönlich zusammenführte, gehörte Bismarck zu den Eingeweihten. Napoleon ließ sich das Werben Rußlands gern gefallen. Er wußte auch genau, daß es am ehesten zu Ergebnissen führen mochte, wenn Preußen, das durch verwandtschaftliche Bande von großer Herzlichkeit mit dem Zarenhause verknüpft war, nicht widerstrebte, vielleicht gar der Dritte im Bunde war. So wurde Bismarck, der schon 1855 einmal in Paris erschienen war, 1857 dort als Günstling Gortschakows freudig willkommen geheißen. Die junge, in all ihrer Schönheit erstrahlende Kaiserin entzückte ihn. Napoleons Gespräche machten einen tiefen Eindruck auf ihn. Gortschakow und Napoleon wurden seine Lehrmeister auf dem Boden der auswärtigen Politik. Sie zeigten ihm Europa, das der Gesichtskreis der Berliner wie der Frankfurter Politiker seines bisherigen Umgangs nicht entfernt umspannte. Wie die beiden Staatsmänner es ihm zeigten, vertiefte sich seine Empörung gegen Österreich fürs erste noch, und er geriet noch tiefer in das österreichfeindliche Fahrwasser; denn Österreich hatte keine entschlosseneren Gegner als Napoleon und Gortschakow. Aber er lernte auch anderseits den Kopf über die niedere Stufe der bundestäglichen Politik erheben, freier von Stimmungen der Leidenschaft und selbständiger sich sein Urteil bilden. Der Tag sollte kommen, wo er die Lehrmeister überholte und wo er auch der andern deutschen Großmacht Österreich wieder gerechter wurde.

3. Bismarck in Petersburg und Paris

Im Herbste 1857 war der Prinz von Preußen Stellvertreter des schwererkrankten Königs geworden. Ein Jahr darauf entschloß er sich, die Stellvertretung in eine Regentschaft umzuwandeln. Bismarck, dem der Prinz freundlich begegnete, half bei Manteuffel Schwierigkeiten beheben, die der Erklärung der Regentschaft im Wege standen. Die Regentschaft wurde erklärt, und Bismarck glaubte kurze Zeit, daß dank seiner und Manteuffels Bereitschaft einstweilen keine Änderung des politischen Systems in Preußen eintreten werde. Aber der neue Regent entließ das in der Tat verbrauchte Ministerium seines Bruders schon bald und bildete ein völlig neues Ministerium, worin einige Mitglieder seine besondern Vertrauensmänner waren, andere der liberalen Partei zugerechnet werden mußten. Das Auswärtige Ministerium übernahm der Freiherr v. Schleinitz. In ihm erblickte Bismarck nur ein Geschöpf der politisch von jeher stark interessierten Gemahlin des Regenten. Die „Neue Ära" war gekommen. Damit wurde auch Bismarcks Stellung ungewiß. Ein brieflicher Erguß an seine Schwester verrät, trotz des Anscheins von Gleichgültigkeit, wie lebhaft seine Sorge war, auf sein Gut und ins Parlament zurückkehren zu müssen. Im Ernste jedoch brauchte er nicht an die Entlassung, sondern nur an eine Versetzung zu denken. Übrigens war sein Anpassungsvermögen stark genug entwickelt, daß er sich nicht selbst den Weg verlegte. Gleich die Einleitung seines ersten Berichtes an

Schleinitz vom 9. November, die die Wirkung des Systemwechsels auf den Bundestag erläuterte, sollte den neuen Männern zum Ohrenschmause dienen. Der Gesandtschaftsposten in Petersburg winkte ihm. Anfangs freute er sich des Wechsels. Als es aber drauf und dran ging, verspürte er ein Weh, wie allezeit, wenn er sich von einer Scholle losreißen sollte, worin er Wurzeln geschlagen hatte. Zudem wurde die Bundespolitik eben lebendig. Österreich und Frankreich trieben Italiens wegen dem Kriege zu. Eine Gelegenheit gleich dem Krimkriege, wahrscheinlich noch dringlicher und günstiger, schien Bismarck wiederzukehren, um das Verhältnis Preußens zu Österreich von Grund aus neu zu gestalten. Nach wenigen Wochen empfand er die Versetzung nach dem fernen Petersburg wie eine Verbannung. Trotzdem wurde Bismarck Ende Januar 1859 dorthin ernannt.

Während Bismarck noch kurze Zeit die Geschäfte beim Bundestage versah, entwickelte sich die Spannung zwischen Frankreich und Österreich so weit, daß der Krieg unvermeidlich wurde. Er hätte die letzte ihm vergönnte Spanne Zeit gerne zu Vorkehrungen gegen österreichische Versuche benutzt, Napoleon III. mit dem Bunde und mit der gegen Frankreich aufbegehrenden öffentlichen Meinung zu schrecken. Statt dessen mußte er seine Kraft in tief verstimmten Berichten darüber erschöpfen, daß das preußische Mitglied der Militärkommission am Bunde nicht mit ihm am selben Strange zöge. Er holte auch noch einmal die ein Jahr ältere, aber damals nicht beachtete Denkschrift hervor, die er über die Inaugurierung einer selbständigen preußisch-deutschen Politik verfaßt hatte, und brachte sie zur Kenntnis des neuen Ministeriums. Dies war sein Abschied von Frankfurt. Ende März reiste er nach Petersburg. Die mehrtägige Fahrt im Wagen, durch die er Ende März von Königsberg aus ans Ziel gelangte, und die ihn mitten durch den tiefsten Winter führte, während in Deutschland schon die Sträucher grünten, ließ ihn auch äußerlich fühlen, daß er fortan in einer andern Welt leben

sollte. Aber in dieser Welt fand er die Gelegenheit fast täglicher Zusammenarbeit mit Gortschakow und wurde vom Zaren und dessen Mutter, der Schwester seines Königs, so gütig empfangen, wie er es am eignen Hofe seit Jahren nicht mehr gewohnt war. Auch wurden dort seine Gedanken keineswegs von dem eben ausbrechenden Kriege abgelenkt. Die hohe Erregung, worin er sich befand, spiegelte ihm gleich nach seiner Ankunft vor, daß die Russen in ihrem Drange nach Wiedervergeltung für den Krimkrieg den Österreichern in den Rücken fallen würden. Wäre es nach ihm gegangen, so hätte sich auch die preußische Regierung nicht auf eine Neutralität beschränkt, die er selbst als korrekt bezeichnen mußte, sondern sich schlagbereit gegen die Österreicher gemacht. Beständig aber quälte ihn die Furcht, daß sich der Regent aus überlieferten Rücksichten auf das deutsche Empfinden oder auf gutes Zureden der Österreicher, vor allem aber unter dem Einflusse der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Krieg an Österreichs Seite hineinziehen lassen würde. „Vielleicht führen wir dem Geblöke der Hammelherde zuliebe einen Krieg, bei dem wir im allergünstigsten Falle mit dem Bewußtsein davonkommen, fremde Kastanien mit Gefahr unseres Lebens aus dem Feuer geholt zu haben. Vielleicht behält auch ruhig Blut die Oberhand. Gott gebe es. Wenn wir auch nur zugeben, daß Österreich triumphierend über uns aus diesem Kriege hervorgeht, mit oder ohne uns, so steht es so glänzend da, daß wir auf ein Menschenalter drunter durch sind in Deutschland." So drückte sich Bismarck in Familienbriefen aus. Er dürfte aber andernorts mit seinen Zweifeln an der Festigkeit der preußischen Regierung nicht sorgsamer zurückgehalten haben. Denn Schleinitz bat ihn, sich auch außeramtlich dem Standpunkte seiner Regierung möglichst zu „konformieren", und der französische Gesandte in Petersburg lobte ihn als „M. de Bismarck dont la politique est très française". Die Katastrophe, die Bismarck über Österreich im Hereinbrechen glaubte, blieb indessen aus. Er mußte sich überzeugen, daß die Russen zwar durch Truppen-

aufstellungen zur Niederlage Österreichs in Italien beitrugen, und daß sie auch in Berlin drohend auf der Preisgabe Österreichs bestanden; aber selbst rückten sie nicht ins Feld und hüteten sich, das Gewicht der Donaumonarchie in der europäischen Wagschale allzusehr verkleinern zu lassen. Preußen hatte sich noch immer nicht entschieden, als Franz Joseph und Napoleon anfangs Juli vorzogen, sich untereinander ohne die Einmischung Dritter zu verständigen. Österreich trat die Lombardei an Frankreichs Verbündeten Piemont ab und behielt Venetien. Bismarck sah nur die Abneigung Österreichs gegen den Nebenbuhler in Deutschland als Ursache des Abkommens an. Österreich, so liest man schon in einem seiner Entwürfe vom November 1858, werde, soviel an ihm sei, dem Falle vorbeugen, „wo es auf uns allein auf dem Festlande angewiesen", und lieber dem Gegner große Zugeständnisse machen, „als daß es uns in Deutschland freie Hand läßt".

Kurz ehe der Krieg mit diesem halben Ergebnisse endigte, das Österreichs Gegner, aber auch die nationale Bewegung in Deutschland enttäuschte, war Bismarck bei der Rückkehr von einem mehrtägigen Ausfluge nach Moskau erkrankt. Ein rheumatisches Leiden warf ihn zunächst nur für einige Tage im Juni aufs Bett. Schon im Juli erkrankte er beim Antritte seines Urlaubs aufs neue und schwerer noch als das erstemal. Er mußte Bäder besuchen und sich mehrere Monate schonen. Im Oktober zwang ihn eine Zusammenkunft des Zaren und des Regenten in der Nähe Warschaus und in Breslau, höfischen Dienst zu tun. Die Anstrengung führte zu einer dritten, lebensgefährlichen Erkrankung, die ihn bis zum Frühjahr arbeitsunfähig machte. Er selbst erklärte dem Minister: „Ich sehe das Ganze als eine Explosion all des Ärgers an, den ich acht Jahre hindurch in Frankfurt angesammelt habe, über alle die Dinge, die ich sah, ohne sie ändern zu können, ohne in Berlin auch nur Glauben zu finden, außer bei Herrn von Manteuffel, der eine ganz klare Einsicht in die Sachlage hatte, aber nicht immer für gut fand, dieser

Einsicht gemäß zu handeln." In diesem Sinne stellte die Krankheit in der Tat den Höhe- und Schlußpunkt der Frankfurter Entwicklung Bismarcks dar. Der Verzweiflung nahe, hatte er zuweilen in den Wochen des Ausbruchs der Krankheit an seine Frau geschrieben. „Man wird Gott, den Seinigen und sich selbst fremd und hat keinen Ton mehr, der einem selbst gefallen könnte, auf der verstimmten Seelenklaviatur." Er lechzte „nach etwas Feiertag in dieser Werkstatt, wo Lüge und Leidenschaft rastlos auf den Amboß menschlichen Unverstandes hämmern". „Leb wohl, mein süßes Herz, und lerne des Lebens Unverstand mit Wehmut genießen, es ist ja nichts auf dieser Welt als Heuchelei und Gaukelspiel, und ob uns das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und Österreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht. Den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit diesen Behauptungen los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären." Nun führte die Überreizung der Nerven, die ihre Schatten auch auf seine Urteile in den letzten Frankfurter Jahren geworfen hatte, zu einer heilenden Krise. Die Nerven blieben zwar noch jahrelang matt. In Körper und Geist kehrte die gewohnte Lebensfrische bis zum Sommer 1862 nicht zurück. Immerhin hörte mit der Krankheit auch die schier krankhaft gewordene Zuspitzung aller Gedanken auf Österreich und der leidenschaftliche Hang zu seiner Niederkämpfung auf. Bismarcks Urteilsbildung nahm eine neue Wendung. Die deutsche Frage war ihm bisher kein Gegenstand von selbständiger Bedeutung gewesen, und die nationale Bewegung in Deutschland bestenfalls ein Mittel zur Bekämpfung des Nebenbuhlers. Jetzt dagegen kehrte der Einfluß, den er die öffentliche Meinung Deutschlands auf die Berliner Regierung im italienischen Kriege ausüben sah, seinen staatsmännischen Willen dem Bunde und der deutschen Frage zu.

In Frankfurt hatte er mit Vorliebe Krieg mit Österreich angekündigt, wenn keine Verständigung erfolge. Nun sagte er am Vorabend seiner Erkrankung dem Minister voraus: „Ich sehe in unserm Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen."

Nicht mit einem Schlage lenkte Bismarck von seinem bisherigen, auf Österreich zugespitzten Gedankengange ab. Dafür sorgte schon seine amtliche Stellung. 1860 drohte das Kriegsfeuer zwischen Österreich und Frankreich wieder aufzuflackern, weil sich Piemont nicht in den Schranken hielt, welche ihm beide Mächte im Jahre vorher gezogen hatten. Bismarck legte deshalb erneut seinem Minister eine österreichfeindliche Haltung nahe. Er befürwortete die Deckung Piemonts. Daß sich ein kräftiger Staat zwischen Frankreich und Österreich im Süden der Alpen bilde, sei für Preußen vorteilhaft. Der neue Staat werde Preußens natürlicher Bundesgenosse werden. Diesmal mochte es sich Schleinitz nicht versagen, Bismarcks allzu stürmische Eifersucht auf Österreich auf ihr rechtes Maß zurückzuführen. Er wies ihn auf die unersetzliche strategische Bedeutung hin, die das Festungsviereck im östlichen Oberitalien für die gesamte deutsche Nation habe, solange es sich in Österreichs Hut befinde. Sein Wert sei „durch keine andere Kombination zu ersetzen". Bismarck aber hatte in diesem Falle sogar Gortschakow nicht nur nicht hinter, sondern gegen sich. Denn Rußland fürchtete, daß durch den Erfolg Piemonts die revolutionären Bestrebungen in Europa zu sehr ermutigt würden. Die österreichische Diplomatie fand in Petersburg wieder Gehör. Unbeirrt davon arbeitete unterdessen Gortschakow daran weiter, Rußlands Stellung im Orient herzustellen. Hierbei machte sich Bismarck noch willig zum getreuen Sprachrohr seines Lehrmeisters. „Der Orient sei", so wiederholte er die Meinung des russischen Kanzlers, „das Gebiet, auf welchem ein intimeres Verhältnis der beiden verwandten

Höfe seinen praktischen Wert für Rußland betätigen könne." Bismarck schlug damit ein Leitmotiv an, von dem er nicht ahnen konnte, welche Sorgen und Schwierigkeiten es ihm noch auf der Höhe seiner Laufbahn bereiten sollte.

Einstweilen übte die endliche Bemeisterung der nationalen Bewegung Deutschlands als die dringlichere Pflicht auf den preußischen Staatsmann die stärkere Anziehungskraft aus. Die nationale Bewegung strebte schon ein halbes Jahrhundert lang auf mannigfachen Irrwegen, und ohne sonderlich vorwärts zu kommen, ihrer Erfüllung entgegen; sie schwoll nur immer stärker und breiter an. Mit dem italienischen Kriege hatte sie 1859, angestachelt durch die Erfolge der liberalen und unitarischen Politik des Grafen Cavour, einen frischen Anlauf genommen, wuchtiger und ungeduldiger noch als im Jahre 1848. Vorbereitet auf die neue Aufgabe war Bismarck durch seine Tätigkeit am Bundestage schon seit dem Herbste 1855. Damals hatten ihn die Reformanträge der Mittelstaaten zu der Überlegung veranlaßt, wie sich ihre Absicht einer Befriedigung und zugleich Dämpfung der nationalen Bewegung durchkreuzen lasse. Bismarck fand, daß Preußen der Bewegung unbesorgt weiter entgegenkommen könne als die andern deutschen Staaten und Österreich. Er raffte daraufhin beim Bunde, aber ohne den erwarteten Erfolg, die Führung in der holsteinischen Angelegenheit an sich. Im Frühjahr 1858 trat er schon für einen Augenblick der Frage näher, ob Preußen seine Gegner auf dem Gebiete des innern Verfassungslebens der Nation überbieten solle. Das Wagnis war groß. Bismarck hielt sich zunächst an den Gedanken, ein Zollparlament einzuberufen. Der Zollverein beruhte bis dahin nur auf der Mitwirkung der Regierungen, die sich in seinen Konferenzen souverän gegenüberstanden, so daß keine durch die andern überstimmt werden konnte. Hinzu kam, daß Preußen 1853 das grundsätzliche Zugeständnis gemacht hatte, in sechs Jahren über Österreichs Aufnahme in den Zollverein zu verhandeln, und daher in absehbarer Zeit mit einem

Eindringen Österreichs in den Zollverein gerechnet werden mußte. Die Entwicklung des Zollvereins stockte aus beiden Gründen. Sie kam aber voraussichtlich wieder in Fluß, wenn den Konferenzen als Organ der Regierungen eine Vertretung der Bevölkerung in parlamentarischer Form hinzugesellt wurde. Zugleich wurde dem Eintritt Österreichs ein Riegel vorgeschoben und der nationalen Bewegung eine Genugtuung verschafft, die sie um so höher anschlagen mochte, weil sowohl der von ihr aus eignen Kräften, wie der auf dem Wege der Unionspolitik unternommene Versuch der Bildung eines Reichstages mißglückt waren. Den nächsten Schritt tat Bismarck durch die Anknüpfung persönlicher Beziehungen mit angesehenen liberalen Führern. 1859 verhandelte er wiederholt zu Berlin mit einem preußischen Liberalen von Ruf, Viktor von Unruh, über die deutschen Angelegenheiten. Unverkennbar bemühte er sich auch von Petersburg aus, die Vorurteile zu beheben, die unter den Liberalen gegen ihn bestanden. Die öffentliche Meinung liberaler Färbung war ihm über seiner Tätigkeit in Frankfurt nicht holder geworden. Bismarck galt ihr unabänderlich als ein fortschrittsfeindlicher Junker, und sie zürnte ihm nun auch als Parteigänger Frankreichs. Er berief sich demgegenüber auf den Haß der Mittelstaaten und Österreichs gegen seine Person und wie er „gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer". „Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eignen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift." Bismarck aber war damals nicht nur mit Worten dazu geneigt, sich für eine rücksichtsvolle Behandlung der Liberalen durch den preußischen Staat um der deutschen Frage willen einzusetzen. Deshalb war er unter diesem Gesichtspunkte mit dem Ministerium der Neuen Ära nicht unzufrieden. Er verurteilte an dem System der Neuen Ära nicht, daß es im Innern liberalisierte, sondern daß es eine andere Politik aus-

wärts als im Innern trieb und in Unterordnung unter Wünsche des Regenten draußen den Legitimismus verteidigte. Für Piemont warf er die liberalen Sympathien mit in die Wagschale; und vielleicht vergab er sich sogar gegenüber Manteuffels Nachfolger schon zu viel, als er Schleinitz schrieb, daß eine feindliche Kritik der „Kreuzzeitung" an Handlungen des Regenten auf die öffentliche Meinung nicht gerade nachteilig wirke. Obwohl sich seine mannigfachen Äußerungen zu dem aufzüngelnden Streite zwischen Krone und Kammer in Preußen, dem „Konflikt", nicht sämtlich über einen Leisten schlagen lassen, war seine Grundstimmung wohl doch ein Widerwille gegen alle Worte und Maßnahmen der Regierung oder ihrer Mitglieder, die ihn schürten. Eine bessere auswärtige Politik war nach seiner Meinung das einzige Heilmittel für die inneren Schwierigkeiten. Im Frühjahr und Sommer 1862 nährte er die Hoffnung, daß der Streit verschleppt und die Kammer dadurch seiner müde werde; erst in dem Augenblicke wäre er gerne in das Ministerium eingesprungen. Die zwei- statt der dreijährigen Dienstzeit, die allmählich zur Hauptsache des Kampfes wurde, hätte er nachgegeben, wenn er dafür das Ziel, das ihm allein am Herzen lag, die Lösung der deutschen Frage durch Preußen, um so rascher und sicherer erreichen konnte.

In Bismarcks Innerm ist der Entschluß wohl schon 1859 gereift, die bestehende Bundesverfassung nicht nur zu „neutralisieren", wie er es von Frankfurt aus empfahl, sondern sofort eine neue Ordnung der Dinge an ihre Stelle zu setzen. Zuweilen sprach er ganz deutlich, zuweilen noch mit einem leichten Vorbehalt davon. Die rein auf eine Lähmung oder Auflösung des Bundes gerichteten Bestrebungen wurden in diesem Jahre zum letztenmal in seinen Berichten laut. Er sehnte eine Kränkung Preußens durch die andern Bundesregierungen herbei, die den Vorwand zum Rückzuge seines Nachfolgers von Frankfurt liefern sollte. Die volle Scheidung Preußens vom Bunde, so bemerkte er sarkastisch, und eine

anderweite Wiederverheiratung sei vertragsmäßig nicht zulässig; so betreibe die Regierung wenigstens die Trennung von Tisch und Bett. Aber eine solche Trennung bedeutete keinen Ausweg aus den Schwierigkeiten. Dafür war Preußen, wie Bismarck längst eingesehen hatte, geographisch mit dem übrigen Deutschland zu eng verwachsen, und die Not der Nation seit 1848 zu groß geworden. Er erkannte sie jetzt endlich ganz deutlich. „Seit vierzehn Jahren haben wir," heißt es 1861 in einem Briefe an den Kriegsminister Roon, „der Nation Geschmack an Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die Nahrung in den Gassen." Ausschließlich auf die auswärtige Politik angewendet, kehrt der Gedanke auch in der Denkschrift vom Herbst 1861 wieder: „In der gesamten deutschen Bevölkerung nährt und steigert sich das Mißvergnügen durch das niederschlagende Gefühl, daß eine große und kräftige Nation durch die Mängel ihrer Gesamtverfassung verurteilt ist, nicht nur auf die ihr gebührende Geltung in Europa zu verzichten, sondern in steter Sorge vor dem Angriff von Nachbarn zu leben, denen sie unter Umständen mehr als gewachsen sein würde." Anscheinend meinte Bismarck freilich auch nach der ihm gewordenen Einsicht noch immer auf dem Standpunkt bloßer preußischer Interessenpolitik zu stehen, den er in Frankfurt allein gelten ließ. Sein eingestandener Zweck blieb, den Exerzierplatz Preußens, wie er Deutschland gelegentlich bezeichnet hatte, von Hindernissen zu befreien. Aber bei der Beschäftigung mit dieser Aufgabe stellte sich ihm immer deutlicher, ganz deutlich allerdings erst unmittelbar vor dem Ziele, die deutsche Frage als selbständiges Problem in ihrer Eigenart dar, deren Befriedigung er nicht als den Bedürfnissen preußischer Machtpolitik untergeordnet ansehen konnte. Damit zeichnen sich schon jetzt leicht und wie aus weiter Ferne vor unsern Blicken die Umrisse des Bildes ab, in dem wir den Baumeister des Staates deutscher Nation aus den Jahren 1866 und 1870 erraten.

Am stärksten hemmte Bismarck noch seine alte Absicht,

die preußische Machtstellung nach dem Vorbilde des Zoll- vereins durch freie Abreden zwischen gleich gearteten Bundes- staaten über die gemeinsame Wahrnehmnng gemeinnütziger Angelegenheiten auszubauen. Solche Abreden vermochten der nationalen Bewegung schon aus dem Grunde nicht zu genügen, weil der Schwerpunkt der Bewegung im Süden und Westen lag, die Vereinbarungen aber auf lange hinaus vermutlich nur mit nord- und mitteldeutschen Staaten möglich waren. Vor allem jedoch hatte Bismarcks Plan ebenso wie die Unionspolitik, als deren guten Kern er ihn rühmte, eine groß- preußische Tendenz. Nicht ihre Befriedigung, sondern einzig und allein eine Weiterbildung der Bundesverfassung, die Behaup- tung des geschichtlich überlieferten Wesens der völkisch-deutschen Staatsentwicklung konnte die deutsche Frage eines Tages wirklich lösen. Noch unterschied Bismarck nicht, was beide Gedanken- reihen grundsätzlich trennte. Gleichsam nur durch das kräftigere Wachstum, das wilden Trieben eigen ist, drängte der Wille zur Umgestaltung des Bundes in ihm die Neigung zur Politik der freien Abreden allmählich in den Hintergrund.

Auch das, was zum entscheidenden Stoß gegen die bestehende Bundesverfassung benutzt werden könnte, war Bismarck einst- weilen noch unklar. Er wußte keinen andern Rat, als daß Preußen zum öffentlichen Ankläger des Bundes beim Bundes- tage, in den Kammern und der Presse werden solle, wie der Bund „ein Alp" für Preußen sei „und eine Schlinge um unsern Hals mit dem Ende in feindlichen Händen, die nur auf Ge- legenheit zum Zuschnüren warten". Ende März, kaum einiger- maßen erholt, wurde er zu Beratungen im Ministerium unter dem Vorsitze des Regenten zugezogen, die laut den „Gedanken und Erinnerungen" wesentlich das Verhältnis zu Österreich betrafen, in Wahrheit durch die seit 1850 nicht abreißenden Streitigkeiten in Kurhessen zwischen dem Kurfürsten und den Ständen veranlaßt wurden. Ein Brief Bismarcks vom 9. April 1860 an Schleinitz lehrt, daß er auf Grund der Beratungen

eine Skizze niederschrieb. Noch nicht darin ausgeführt sei, was von Preußen geschehen müsse, um die Dinge am Bunde in Fluß zu bringen, und „ob der Kollege mit ‚Volksvertretung am Bunde' geängstigt werden" solle. „Ich bin dafür, kann aber nicht auf eignen Kopf ein Programm der Art aufstellen." Die Skizze liegt vor. Liberale Lieblingsvorstellungen von dem Gange der deutschen Politik nach dem Wiener Kongresse werden darin agitatorisch ausgemünzt, wie z. B. die Behauptung, daß der Bund seine Aufgabe „seit den Karlsbader Beschlüssen mehr in Vorsichtsmaßregeln der Regierungen gegen ihre Untertanen als im Schutze der Gesamtheit gegen das Ausland" suchte. „In der Fähigkeit des deutschen Volkes, sich als Einheit zu fühlen, liegt allein das Bindemittel, welches den Bundesvertrag zu etwas anderm als zu einem gewöhnlichen Vertrage benachbarter Souveräne macht." Es folgt die Bismarck geläufige Kritik an dem Überwuchern des Souveränitätsgefühls der einzelnen Bundesmitglieder und die Feststellung, daß „mehr als einmal die Wehrkraft Deutschlands nahe daran war, als Kriegsreserve einer Politik aufzutreten, in welche ein Bundesglied vermöge seiner außerdeutschen Interessen verwickelt war". Demgegenüber empfahl Bismarck eine öffentliche Verwahrung vor Deutschland wegen der Versuche, Preußen zu majorisieren. Der zweite Teil der Skizze ist in der Tat unvollständig. „Die (von dem Ministerium erstrebte Verbesserung der Bundes-)Kriegsverfassung deutet den Weg an, auf welchem eine Kräftigung Deutschlands zu finden ist, sie gestattet die Probe, ob sie am Bunde zu erreichen ist oder außerhalb desselben versucht werden muß unter Beteiligung der Nation." Es fehlt noch ganz das Regulativ, durch das Bismarck vom folgenden Jahre an das Zugeständnis einer Volksvertretung am Bunde mit den geschichtlich gewordenen Bedingungen einheitlichen deutschen Staatslebens in Einklang brachte: die vorsichtige Begrenzung der Zuständigkeiten des nationalen Staates. Wann er beide Forderungen vereinigte, steht nicht fest. Wir wissen auch nicht, ob der

Gedanke einer Begrenzung der Zuständigkeiten der Vorliebe Bismarcks für die freien Abreden unter den Regierungen oder dem diesen Weg weisenden Artikel XIX der Bundesakte entsprang. Im Herbste 1860 unterhielt sich Bismarck mit dem Ministerpräsidenten in Warschau bei einer abermaligen Zusammenkunft des Zaren und des Regenten wieder über die deutsche Frage. Im folgenden Sommer trug Baden die Frage an den mittlerweile König gewordenen Regenten mit besonderm Nachdruck heran. Auf den König wirkte in demselben Geiste die Königin und ihr Kreis sowie das kronprinzliche Paar mit seinem Anhang aus dem Koburgischen Hause, der sich teils um den Prinzgemahl in England, teils daheim um den ehrgeizigen Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha gesammelt hatte. Ihrer Weisheit letzter Schluß war in einem Briefe niedergelegt, den der Prinzgemahl am 15. September 1861 dem preußischen Vertreter am Londoner Hofe, dem Grafen Bernstorff, schrieb: „Inzwischen sehe ich das Surrogat nur darin, daß Preußen konsequent an der Spitze der liberalen Bestrebungen der Deutschen bleibe und so faktisch die Leitung führe, die auf diplomatischem Wege, oder gar dem der Empfindlichkeit und Klagen nicht zu erlangen ist. ‚Der Vorderste führt die Herde', sagt Goethe." Die Beratungen zu Baden-Baden fanden im Juli statt. Sie wurden im August zu Ostende fortgesetzt. Auf Betreiben von Schleinitz erschien in Baden-Baden auch Bismarck. Er hielt dem König einen Vortrag, auf Grund dessen er zum Herbste hin eine neue Denkschrift über Preußens Verhältnis zum Bunde und über die Aufgaben der Bundesreform ausarbeitete. Hier zuerst stehen alle großen Grundgedanken seines spätern Verfassungswerkes, wenn auch im einzelnen noch unfertig und nicht abgewogen: die Beschränkung der Zuständigkeit des Bundes auf die einheitliche und straffe Zusammenfassung der Wehrkraft Deutschlands und für die allgemeine Wohlfahrt auf die Sicherung derjenigen freien Bewegung im Gebiete aller materiellen Interessen, welche für Handel und Verkehr

durch den Zollverein angebahnt ist, zweitens vorwiegender Einfluß Preußens auf die gemeinsamen Angelegenheiten und drittens zum Ausgleich für die notwendig ungleiche Vertretung aller Regierungen im Bundestage eine nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundeszentralbehörde. Im Innern soll die Regierungsgewalt jedem Staate unverkümmert bleiben. Wird es beliebt, so kann die Volksvertretung beim Bunde aus der Mitte der einzelnen Landtage gewählt werden. Bismarck wagte freilich noch nicht damit zu rechnen, daß sich für eine solche Veränderung eine Mehrheit unter den Bundesregierungen bilden ließe. Die Möglichkeit des Zwanges aber erwähnte er bei den Gesinnungen des Königs nicht. So empfahl er noch einmal sein System freier Abreden oder eine innere Umbildung des Zollvereins bei dessen Ablauf im Jahre 1865. Ein „Zollparlament“ könne unter Umständen und bei geschickter Leitung das Organ werden, auch auf andern Gebieten Vereinbarungen anzubahnen. Der Beschränkung auf das minder Gute müsse jedoch ein Versuch der Klarstellung am Bundestage vorangehen, daß in Frankfurt das Bessere nicht erreichbar sei, und eine offene Erklärung darüber vor der Nation. Sie habe dem deutschen Volke Preußens guten Willen zu beweisen, den Fürsten aber zu zeigen, daß Preußen nicht auf ihre Mediatisierung, sondern auf freie Verständigung abzielt.

Sicherlich ist es schwierig, in Bismarcks Äußerungen der Jahre 1859—1862 zu sondern, was er aus Überzeugung sagte und was auf andere berechnet war. Denn er hatte nicht mehr den Rückhalt an gleichgesinnten Männern wie vorher. Der starke Eindruck, den seine reizbaren Nerven von der Wirkung der Politik Cavours auf die deutschen Liberalen empfingen, riß ihn zuweilen mit sich fort, wie er 1854 und 1855 die Sprache der Rheinbündler geredet hatte. Er nahm größere Rücksicht noch auf die Minister des Regenten. Er warb um diesen und auch um die gute Meinung seiner Gemahlin sowie des kronprinzlichen Paares und war des starken koburgischen Einflusses am

Hofe gewiß immer eingedenk. In den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt er von seinem Erscheinen in Baden-Baden, ohne die Denkschrift zu erwähnen, und gleich darauf von einer Veränderung, die in der Stimmung der Königin gegen ihn vorgegangen war. Bei den Krönungsfeierlichkeiten im Oktober sprach sie mit ihm von der deutschnationalen Politik. Vielleicht standen Anlage und Inhalt der Denkschrift beabsichtigterweise in näherm Zusammenhange damit, als ihm 30 Jahre später einzuräumen lieb war. Aber die Berechnung berührte nur die Form, das höfische Beiwerk der Denkschrift, die Phrasen, durch die er liberal gestimmten Seelen schmeichelte, nicht die Grundgedanken. Diese vertraute er gleichzeitig auch einem Briefe an, den er zur Kritik des konservativen Parteiprogramms einem der wenigen Gesinnungsverwandten in der Partei, Below-Hohendorf, schrieb. Dort stehen sie jeder für sich, wie gewaltige, erst roh behauene Blöcke, nebeneinander da. Dort muß man sie lesen.

Inzwischen zerbröckelte das Ministerium der „Neuen Ära" unaufhaltsam, das Ministerium „der Mittelmäßigkeiten", wie Bismarck es taufte. Die Erfahrungen der Mobilmachung von 1859 an hatten Wilhelms Entschluß zu einer gründlichen Reorganisation des preußischen Heeres gereift. Der Kriegsminister Bonin versagte, und Wilhelm berief Albrecht v. Roon an seine Stelle. Die frühesten, bald wieder beigelegten Schwierigkeiten mit dem Landtage um des Heeres willen sowie Zwischenfälle der Bundespolitik schoben kurz darauf Bismarcks Kandidatur zum erstenmal in den Vordergrund. Anfangs des folgenden Jahres starb Friedrich Wilhelm IV., der Regent wurde König. Im Innern zogen sich die Wolken ob der Heeresvorlage abermals zusammen. Noch einmal wurde das Gewitter vermieden. Als der König aber im Sommer, ohne Rücksicht auf die 1848 erfolgte Änderung des verfassungsrechtlichen Systems, die Huldigung der Stände in den alten Formen wünschte, krachte das Ministerium in allen Fugen. Der König gab nach,

und die Minister wurden gehalten. Nur den ohnehin zum Gehen bereiten Schleinitz entließ Wilhelm. Jedoch nicht Bismarck wurde Schleinitzens Nachfolger, sondern Graf Bernstorff, der 1849/50 in den Tagen der Unionspolitik Preußen am Wiener Hofe vertreten hatte und jetzt von London kam. Bismarck sollte ihn entweder in London ersetzen oder von ihm für die Nachfolge im Ministerium empfohlen werden, wenn dessen Bürde Bernstorff in Kürze allzuschwer bedrückte. Er hatte nichts mehr gegen den Abschied von Petersburg einzuwenden. Die russischen Politiker waren allzusehr mit innern Angelegenheiten beschäftigt, als daß er dort noch so viel wie früher lernen konnte. Während er aber den Winter über der Abberufung harrte, kam in der preußischen wie in der deutschen Politik ein schärferer Wind auf. Der noch gründlicher als Bismarck gegen Österreich verbitterte Bernstorff bewog den König zur Anerkennung des Königreichs Italien, Österreich zum Trotz, obwohl das Königreich revolutionär entstanden war. Er pflegte auch ein gutes Verhältnis mit Napoleon und freute sich des Eifers, womit sich das Handelsministerium um einen Handelsvertrag mit Frankreich bemühte, um den Zollverein wieder in eine freihändlerische Richtung zu bringen und dem schutzzöllnerischen Österreich die Lust zum Eintritt auf lange hinaus zu verderben. Bernstorff schmeichelte sich auch, Holstein und den deutsch redenden Teil Schleswigs Dänemark entziehen zu können. Er war überzeugt, dadurch Preußens Anspruch auf die Führung in Deutschland vor dessen öffentlicher Meinung durchschlagend zu begründen. Aber hiermit hatte Bernstorff kein Glück, und auch in der Bundespolitik kam er nicht zu den Reformplänen, die ihm vorschwebten. Er ließ sich durch die Mittelstaaten und das hinter ihnen stehende Österreich überholen und ging in eine unvorteilhafte Verteidigungsstellung zurück. Denn er griff, um die Mittelstaaten zu erschrecken, die in Olmütz von Preußen selbst preisgegebene Unionspolitik wieder auf. Im Innern kam inzwischen der Konflikt zwischen Krone und Kammer zum vollen Ausbruch. Der König wechselte

im Frühjahr die Mehrzahl der Minister. Bismarck meldete sich gegen den 1. Mai in Petersburg ab und wurde danach vier Wochen lang ohne Entscheidung über seine weitere Verwendung in Berlin zurückgehalten. Zu vieles sprach schon dafür, ihn mit der Leitung der Staatsgeschäfte zu betrauen. König Wilhelm konnte sich dieser Tatsache nicht verschließen. Aber er bebte vor ihr zurück. Vielleicht hätte er die innere Politik Bismarck überlassen, hätte es ein Mittel gegeben, ihn von der äußern fernzuhalten. Ende Mai schickte er ihn vorläufig nach Paris, gerade dorthin, wo er im Grunde den Mann, den er in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung als Franzosenfreund einschätzte, am wenigsten gerne sehen mußte. Wollte er Bismarck versuchen? So führten die Zufälle einer Beamtenlaufbahn Bismarck als Gesandten auch noch zu dem andern Manne, der ihm neben Gortschakow zum Lehrmeister in der europäischen Politik geworden war. Napoleon nahm ihn nicht weniger herzlich und vertraut auf wie 1857. Auch inhaltlich knüpfte, was er im Juni 1862 mit ihm besprach, an die Gespräche jener Tage an. Er versicherte ihn seines grundsätzlichen Wohlwollens für die Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes. Er erklärte sich noch immer geneigt, den Deutschen in Holstein nicht in die Zügel zu fallen. Hier wie dort fand er Preußens Aufgabe vorgezeichnet. Aber ebenso erwartete er nach wie vor einen Ausgleich für Frankreich durch eine Grenzberichtigung am linken Rheinufer und wiegte sich wie schon 1857 in den Traum, daß Preußen seine Zukunft auf dem Wasser suchen und in der Entwicklung zu einer Seemacht zweiten Grades erblicken werde. Dann schlug wohl die Stunde, wo Frankreich mit Preußens Hilfe ein Gleichgewicht zur See gegen England herzustellen vermochte. Unzüchtig nannte Bismarck in seinem Heimberichte die Annäherung, die der Kaiser ihm angesonnen und damit entschuldigt habe, daß ihm Österreich für ein Bündnis erheblich mehr verspreche, als er von Preußen verlange. Bald darauf gingen der Hof und die Minister in die Sommerfrische. Bismarck blieb noch bis Mitte Juli in Paris

zurück, immer und immer hinter Atem gehalten, weil jeder Tag den Ruf zum König bringen konnte. Es bangte ihm davor, weil der rechte Antrieb noch immer nicht in den erholungsbedürftigen, müden Körper zurückgekehrt war, und er begehrte doch zugleich danach. Aber auch diesmal kam der König nicht zum Entschlusse. Am 17. Juli durfte Bismarck in Urlaub fahren.

Wie ein Idyll, das seinesgleichen in Bismarcks Geschichte nicht hat, legt sich die Ferienzeit des Sommers 1862 zwischen Bismarcks vergangenes Leben mit all der tiefen Erregung und ungestillten Sehnsucht nach männlich großer Leistung und die unmittelbar darauf anhebende Zeit gewaltigen staatsschöpferischen Wirkens. Nach einigem Hin und Her gelangte er an den Biskayischen Meerbusen und setzte sich in Biarritz fest. In Biarritz merkte er schon nach wenigen Bädern, daß er unverhofft wieder vollständig genas und noch einmal jung wurde. „Du siehst," schrieb er seiner Frau, „die alte Rüstigkeit kommt wieder, und ich bin voll Dankes zu Gott dafür." „Die Politik habe ich ganz vergessen, lese keine Zeitungen." Dafür schloß er sich um so enger an das zufällig mit ihm zusammengetroffene russische Gesandtenpaar am belgischen Hofe, Fürst und Fürstin Orlow, an. Er lebte mit den beiden in den Felsen und im Heidekraut, vor sich „das Meer grün und weiß in Schaum und Sonne", neben sich „die reizendste aller Frauen, die Du sehr lieben wirst, wenn Du sie näher kennst, ein Stückchen Marie Thadden . ." Es war in allen diesen Jahren das erste- und das einzigemal, daß der Name der früh Dahingegangenen ihm wieder in die Feder glitt. Zu dritt durchwanderten sie noch in glücklichem Vergessen der Welt die Pyrenäen. Zu Avignon trennten sie sich. Zwei Tage später, am 16. September, war Bismarck wieder in Paris. Am 18. erhielt er dort von Roon das Telegramm, das in seinem Leben den neuen Abschnitt machte: „Periculum in mora. Dépêchez-vous."

Dritter Abschnitt

Die Lösung der deutschen Frage

„Ein Mann von Mut könnte jetzt, glaube ich, die Welt erobern."
Leopold v. Gerlach an Bismarck, 4. Januar 1835.

1. Bismarck und Österreich

Roons dringlicher Ruf bedeutete nicht, daß der König die Bedenken gegen Bismarcks Ernennung zum Minister überwunden hatte. Als Bismarck in der Frühe des 20. September in Berlin eintraf, erfuhr er im Gegenteil, daß der König selbst an das Scheiden aus seinem Amte, an die Niederlegung der Krone denke. König Wilhelm war durch den Verlauf, den die Verhandlungen über den Heeresetat unter dem neuen Ministerium genommen hatten, tief verstimmt. Er sah die innern Angelegenheiten Preußens wohl sogar in einem schlimmern Lichte, als begründet war. Die führenden Männer unter den Liberalen des Abgeordnetenhauses wollten den Bruch mit dem Könige nicht; ihre Fraktionen fühlten sich nur allmählich an zu vielen Punkten ihrer parteipolitischen Überzeugung getroffen, als daß den Führern nicht wenigstens in einem Punkte ein ansehnlicher Erfolg notwendig erschienen wäre. Deshalb versteiften sie sich auf die Verkürzung der Dienstzeit. Auch die Minister verschlossen sich den Gründen nicht, die für eine solche Taktik sprachen. Roon allein war bis zuletzt der Meinung geblieben: „Gefochten muß und gefochten wird werden." Aber seine Kräfte waren nahezu aufgerieben. So wich auch er, als sowohl seine Amtsgenossen wie eine Gruppe unablässig vermittelnder Abgeordneter Mitte September ihm aufs ärgste zusetzten. Er stellte in der zweiten Kammer am 17. September ein Entgegenkommen in Aussicht, ohne des Königs schon gewiß zu sein. Dieser hätte sich auf andern

Gebieten des Staatslebens den Liberalen gerne dankbar gezeigt. Aber das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit rang er sich nicht ab. Als auch Roon wankte, meinte Wilhelm sich von allen verraten und wollte in seiner schlichten, verfassungsrechtlichen Denkweise die Regierung seinem Sohne übergeben. Der Kronprinz hatte den Wunsch der Minister nach einer Verständigung mit dem Abgeordnetenhause gebilligt. An Bismarck sich zu wenden, wies der König noch ausdrücklich von sich. Er sah in Bismarck einen Draufgänger, traute ihm keine Festigkeit der Ansichten zu und fürchtete zudem, daß Bismarck ihn in ein Bündnis mit Napoleon manövrieren werde. Erst als ihm Roon am 21. September sagte, daß Bismarck gegenwärtig sei, erklärte er sich zu dessen Empfang bereit. Offenbar scheute er den Vorwurf, nicht alles, was möglich war, versucht zu haben, ehe er von hinnen ging. So vollzog sich denn andern Tags im Schloß von Babelsberg die folgenreiche Besprechung, die Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" mehr eindrucksvoll als bis aufs Tipfelchen getreu geschildert hat. Der König scheint ihn keineswegs mit einladenden Worten, sondern abwehrend mit dem Bedenken begrüßt zu haben, daß er ohne geeignete Minister nicht regieren könne. Da ergriff denn Bismarck die Gelegenheit, sich dem König als den Mann der Stunde zu bezeichnen. Der König fragte ihn nach seiner Stellung zu der Neuordnung des Heeres. Bismarck erklärte sich unbedingt bereit, den königlichen Willen zu vollstrecken, und der König schloß darauf diesen ersten Teil des Gesprächs mit den Worten: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen." Beide begaben sich in den Park des Schlosses, und Wilhelm legte dort beim Auf- und Abwandeln dem neuen Gehilfen eine genaue Aufzeichnung seiner Regierungsabsichten vor. Sie bezog sich auf die innere Politik, für die der König mit Bismarck, seit er im Frühjahr seine Kandidatur ins Auge fassen mußte, gerechnet hatte. Dieser ließ sich nicht auf Einzelheiten ein. Er begnügte sich, dem König Treue zu geloben, wenn der König auch nach

empfangenem Rate auf einer Meinung bestehe. Lieber werde er mit dem König untergehen, als ihn im Kampfe wider die Parlamentsmehrheit im Stiche lassen. Damit war die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten entschieden. Bald jedoch scheinen dem König die alten Bedenken wieder aufgestiegen zu sein, daß Bismarck als Ministerpräsident auf die Beeinflussung der auswärtigen Politik nicht verzichten werde, nachdem er von Anfang an in der auswärtigen Politik beschäftigt gewesen war. Die Meinung hat daher vieles für sich, daß am 23. September ein zweites Gespräch zwischen dem König und Bismarck stattfand, das zwischen beiden über die auswärtige Politik Klarheit bringen sollte. Wir wissen nur, daß der König das Festhalten an dem mittlerweile im August zustande gekommenen Handelsvertrage mit Frankreich und an der „deutschen Politik" des Grafen Bernstorff verlangte. Bismarck wurde nunmehr auch für das Ministerium des Auswärtigen vorgesehen, sobald Graf Bernstorff seine Entlassung erbat. An demselben 23. September kam es im Abgeordnetenhause zur Ablehnung aller Militärforderungen der Regierung für das Jahr 1862. Am folgenden Tage wurde die Ernennung Bismarcks zum einstweiligen Präsidenten des Ministeriums, am 8. Oktober die endgültige Ernennung und gleichzeitig die Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten veröffentlicht.

Der König hatte den Widerstand gegen Bismarck aufgegeben, weil er dem Abgeordnetenhause nicht nachgeben wollte. Aber das änderte nichts daran, daß Bismarcks Amtsantritt in Wochen fiel, in denen das Trachten nach der Verhütung des Konflikts ungemein lebhaft war. Unbeirrt durch den Ministerwechsel setzten die Freunde der Verständigung ihre Bemühungen fort, die sie am 17. September schon am Ziele geglaubt hatten. Bismarck selbst konnte sich ihnen nicht grundsätzlich versagen. Denn er hielt es zwar, um sich beim Könige zu behaupten, für unerläßlich, daß die königliche Macht nicht versehrt wurde und Preußen nicht der Parlamentsherrschaft verfiel; aber eben-

sowenig war ihm nach seiner Überzeugung damit gedient, daß das Ansehen Preußens durch einen verzweifelten Kampf zwischen Krone und Liberalismus eben in dem Zeitpunkte geschwächt wurde, da er gegen Österreichs Stellung in Deutschland den entscheidenden Anlauf wagen wollte. Noch ein Vierteljahr lang, bis zum 27. Januar 1863, dauerte unter diesen Umständen das Suchen nach einem Mittelwege. Bismarck ließ sich auch dadurch nicht in Harnisch bringen, daß der 1860 gegründete Nationalverein, die umfassendste Organisation des deutschen Liberalismus, die sich von der einheitsstaatlichen Bewegung Italiens am weitesten fortreißen ließ, fast von Ursprung an gegen ihn wühlte und ihn jetzt in der Presse, zum Teil durch die Feder preußischer Abgeordneter selbst, unerhört verunglimpfte oder der Lächerlichkeit preisgab. Er empfahl, um Zeit zur Versöhnung zu gewinnen, dem König, unter Berufung auf das Schicksal der Heeresforderungen für 1862 den sie wiederum enthaltenden Etatsentwurf für 1863 zurückzuziehen. Darüber kam es am 29. und 30. September zu Sitzungen der Haushaltskommission, in denen Bismarck die erste Gelegenheit zu Darlegungen vor den Abgeordneten fand. Was er dort sagte, lehrt uns vor allem, daß seine Neigung zum Entgegenkommen wohl vorhanden war, aber Schranken hatte, die nicht nur in der Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Königs gegen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses beruhten. Diese andern Schranken waren vielleicht sogar die für ein Einvernehmen gefährlicheren. Bismarck wies den Verdacht zurück, daß er den innern Konflikt durch Hervorrufung äußerer Konflikte beseitigen wolle. Er beteuerte auch, daß niemand die Absicht verfolge, den Verfassungswagen aus seinem Gleis zu bringen. Im Gegenteil, wenn er aus der Spur kommen sollte, werde die Regierung bemüht sein, ihn wieder mit möglichster Schonung ins Gleis zu heben. „Wir sind Kinder desselben Landes“, sagte er. Eine Krisis im Innern würde uns nach außen schwächen. Man möge seine Versicherungen hinnehmen als die Worte eines

Mannes, der mit den Abgeordneten an einem gemeinsamen Werke arbeitete. Aber insbesondere am zweiten Tage redete Bismarck doch auch vieles, zum Teil in plaudernder Breite, was durch den Anlaß nicht geboten war und die Liberalen kränken mußte. Nur des Königs wegen mochte er aus dem Gespräche in Babelsberg wiederholen, daß er in dem Meinungsstreite zwischen Kammermehrheit und Regierung keinen Gegensatz zwischen konservtiv und liberal, sondern zwischen Krongewalt und Parlamentsgewalt erblicke. Mißdeutet wurde ihm das Wort, daß die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut entschieden würden. Er wollte das Wort nachher nicht als Drohung mit einem Kriege ausgelegt wissen, sondern bloß die Notwendigkeit starker Rüstungen gemeint haben. Er hätte in diesem Falle nur mit einem andern Ausdruck umschrieben, was er schon vorher gesagt hatte: „Die Stellung Preußens in Deutschland wird nicht durch seinen Liberalismus, sondern durch seine Macht bestimmt." Wenn er aber auseinandersetzte, daß das Recht des Abgeordnetenhauses, bei Feststellung des Staatshaushaltes mitzuwirken, nicht als Steuerbewilligungsrecht aufzufassen sei, lenkte er damit tief zurück in die Zeit, da er noch als Mitglied und Parteimann im Abgeordnetenhause gesessen hatte. Er leitete für das Herrenhaus aus dem gleichen Recht als Gesetzgeber Befugnisse gegenüber jedem vom Abgeordnetenhause beschlossenen Etat ab, die im schroffsten Widerspruche zu den liberalen Anschauungen standen. Vor allem jedoch behauptete er, weil die Verfassung keine entgegenstehende Anordnung enthalte, für die Regierung ein Notrecht, das Land ohne Budget zu verwalten und zu bewirtschaften, wenn in einem Jahre das Budget nicht verfassungsmäßig zustande komme. Das war die Lückentheorie über die Verfassung, die seine alten Parteifreunde in den letzten Monaten wiederholt in den Zeitungen der Beachtung des Ministeriums nahegelegt hatten. Bismarck griff sie auf und bekannte sich bei der ersten Gelegenheit dazu, da er wieder in den einst ihm ver-

trauten Räumen wirkte. Die Liberalen konnten hierin unmöglich ein Unterpfand erblicken, daß mit Bismarck eine Verständigung zu erhoffen sei. Für diejenigen, die schon mit ihm zusammen Mitglieder des Hauses gewesen waren, mußten seine Bemerkungen wie ein unmittelbarer Nachhall seiner Kämpfe gegen sie um den Wortlaut der Verfassung klingen. Roon tadelte ihn wegen seiner „geistreichen" Abschweifungen, und Bismarck selbst mochte das Gefühl haben, daß er und die Mehrheit sich nicht näher gekommen seien. Er hielt einem der Hauptführer der Opposition einen Olivenzweig hin, den er bei der Heimfahrt von den Pyrenäen nach Paris in Avignon gebrochen hatte. Scherzend bemerkte er dazu, daß er den Zweig dem hohen Hause habe mitbringen wollen; es scheine aber noch nicht Zeit dazu zu sein. Vielleicht hatte er gar Wasser auf die Mühle derjenigen Mitglieder des Herrscherhauses geleitet, die ihn nicht liebten, und zu denen der König für eben jene Tage nach Baden-Baden gereist war. Er fuhr darum dem heimkehrenden König am 4. Oktober entgegen und erregte sein Ehrgefühl als Offizier wider die Mehrheit, damit sich ihm der König nicht sogleich wieder entzöge. Das Herrenhaus steigerte die Erregung noch, als es sich nicht darauf beschränkte, am 9. den vom Abgeordnetenhause geänderten Etat abzulehnen, sondern ihn so wiederherstellte, wie ihn die Regierung vorgelegt hatte. Bismarck nahm noch Gelegenheit, im Abgeordnetenhause selbst festzustellen, daß sich die Regierung auf Vermittlungsanträge eingelassen haben würde, die der Freiherr von Vincke in letzter Stunde eingereicht, aber nicht zur Annahme gebracht hatte. Am 13. Oktober schloß der König den Landtag. Erst am 14. Januar eröffnete er ihn wieder. Sofort legte das Abgeordnetenhaus in einer Adresse an den König Einspruch gegen die Tätigkeit des neuen Ministeriums ein. Bismarck wandte gegen den Inhalt der Adresse schon in der Kommission mancherlei ein. Am 27. eröffnete er die Diskussion mit einer Rede, die zur Kampfansage wurde. Die Adresse enthalte endlich das offene Geständnis der Mehrheit,

daß es sich um einen Kampf des Parlaments mit der Krone um die Herrschaft im Lande handle. Erneut vertrat Bismarck demgegenüber seine Auffassung von der Tragweite des Artikels 99 der Verfassung für das Bewilligungsrecht der Abgeordneten. Seine Meinung von der Lage faßte er in die Worte zusammen: „Sie erwarten Nachgiebigkeit von der Krone, wir erwarten sie von Ihnen", und dann schloß er: „Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß die Beratung dieses Manifestes, welches unserm königlichen Herrn überreicht werden soll, gerade zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstag des jüngsten mutmaßlichen Thronerben. In diesem Zusammentreffen, meine Herren, sehen wir eine verdoppelte Aufforderung, fest für die Rechte des Königtums, fest für die Rechte der Nachfolger Sr. Majestät einzustehen. Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden." Mit einer Gebärde stärkster Entrüstung brandmarkte er zwei Tage später die Gegner: „Für das Bestreben, das eigne Vaterland vor dem Ausland als erniedrigt darzustellen, weil die eigne Partei nicht am Ruder ist, für dieses Bestreben lasse ich die Verantwortung denen, die sich in diesem Sinne ausgesprochen haben, in diesem Hause und außerhalb desselben." Als dann die Adresse jedoch mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, ließ er den Landtag weiter tagen, als sei an der Kundgebung nichts gelegen. Die Hauptstürme zwischen ihm und der Mehrheit standen noch bevor.

Kaum zum Minister ernannt, war Bismarck von zwei verschiedenen Stellen aus an die große Aufgabe einer Lösung der deutschen Frage gerufen worden, zu der es ihn seit 1859 vor allem andern drängte. Unter seinem Vorgänger hatte in Kurhessen Preußens Einmischung in die Fehde zwischen dem Kurfürsten von Hessen und seinen Ständen zum Abbruch der diplo-

matischen Beziehungen geführt. Hier handelte es sich um norddeutsches Gebiet, wo Bismarck unter keinen Umständen Österreich oder dem Bunde dreinzureden verstatten wollte. Seine Meinung über die Sache stand schon in Frankfurt fest. Er sah in ihr nicht ein Ringen zwischen Fürstenmacht und liberalen Verfassungswünschen. Der Widerwille gegen die Regierung des Kurfürsten sei allgemein auch bei seinen Standesgenossen, der Ritterschaft. Die Verschleppung des Streites diene nur zur Beunruhigung der Gemüter und berge deshalb für den preußischen Einfluß in Norddeutschland ernste Gefahren in sich. Am 24. November stellte er durch einen Feldjäger dem Kurfürsten bestimmte Forderungen zu und machte ihm zugleich seinen Mangel an jeglichem Rückhalte bemerklich. Der Kurfürst fügte sich, in Kurhessen wurde es wieder stiller. Bedenklicher ließ sich an, daß Österreich dem jüngsten mittelstaatlichen Anlauf zur Bundesreform weitere Folge gab, nachdem ihn der Vorgänger Bismarcks ungeschickt abgewehrt hatte. Es hatte im August einen einzelnen, aber dringlichen Punkt der Anträge, die Beratung einer Zivilprozeßordnung und eines Obligationenrechts für Deutschland, herausgegriffen und auf Konferenzen in Wien, an denen Bernstorff die Teilnahme ablehnte, mit den Mittelstaaten beschlossen, daß der Bund die Entwürfe einer Versammlung von Delegierten aus sämtlichen deutschen Landtagen vorlegen möge. Zum ersten Male sollte mit der längst befürchteten Überstimmung Preußens am Bundestage Ernst gemacht werden. Österreich stand im Begriffe, Tatsachen zu schaffen, die unter Nichtbeachtung des widerstrebenden Preußens den Bund, wie Bismarck es nannte, in eine Gesetzgebungs- und Regierungsmaschine für die deutsche Nation umwandelten. Bismarck war erst zwei Tage Minister des Auswärtigen, als er sich brieflich an den begabten, aber eitlen Führer der mittelstaatlichen Minister, den Freiherrn v. Beust in Dresden, wandte. Die strittige Frage erwähnte er nicht. Dagegen flocht er die Versicherung ein: „Ich fühle nicht den Beruf, Preußen in die

Bahnen sardinischer Politik zu drängen." Auch behauptete er des Glaubens zu sein, daß er sich mit Beust „über die für deutsche Reformbestrebungen erreichbaren Ziele in keinem prinzipiellen Gegensatze" befinde. „Nur so lange, als die tatsächlich anerkannten Gesamtinteressen in der Art verschmelzen, daß ihre Solidarität auf jede Gefahr hin verbürgt erscheint, nehme ich für die auswärtigen Beziehungen Preußens dieselbe Freiheit der Bewegung in Anspruch, deren das Wiener Kabinett sich notorisch bedient." Zuletzt nahm er den Neidern der preußischen Staatsmacht die Hoffnung auf den Zwiespalt im Innern. Er befliß sich der Versicherung, daß er daheim die „unbestrittene Heerstraße des Verfassungslebens", sobald es gehe, wieder zu gewinnen hoffe. Ende desselben Monats reiste er nach Paris. Dort erklärte er beim Abschiedsbesuch seinem bisherigen österreichischen Kollegen, daß unter Umständen Preußen der treueste Bundesgenosse des österreichischen Hofes sein werde; in Erinnerung aber an üble Erfahrungen weise er die Reihe, Vorschläge zu machen, Österreich zu. Komme es zu keiner Verständigung, werde er in Österreich eine fremde Macht sehen. Gegen Redensarten, wie die vom „Bruderkriege", sei er stichfest. Der Wink genügte noch nicht. In Frankfurt vollendete der Ausschuß seinen Bericht über das österreichische Ersuchen, als bedrohe nichts die Ruhe. An dem Tage aber, da der Bericht fertig wurde, bat Bismarck den österreichischen Gesandten, Grafen Karolyi, zu sich. Der Bericht des Gesandten über Bismarcks Bemerkungen liegt vor. Die Beziehungen der beiden Staaten könnten nicht bleiben, wie sie seien. Er wünsche, daß sie besser würden. Andernfalls drängten sie zum Bruche und schließlich zum Kriege. „Warum waren die beiderseitigen Verhältnisse im ganzen und großen erträglicher Natur bis 1848? Weil Metternich dafür, daß er dem kaiserlichen Kabinett die erste entscheidende Stimme in der europäischen Politik vindizierte, so ziemlich Preußen freie Hand auf dem Gebiete der deutschen Politik ließ. Er kannte die wahre Natur des Handels

und wußte, daß man ohne einen gewissen Preis nichts erhalte. Wir folgten gerne Ihrer Leitung in den großen europäischen Fragen, weil wir uns hingegen auf unsere natürlichen Verhältnisse in Deutschland, auf die wir so wesentlich zur Stärkung unserer Machtstellung angewiesen sind, ohne Rivalität seitens Österreichs stützen konnten. So entstand unter anderm der Zollverein. Für uns ist es Lebensbedingung, in unserm natürlichen Rayon, Norddeutschland, frei und unbehindert uns begegnen zu können. Hannover und Kurhessen dürfen keinem andern als preußischem Einflusse zugänglich sein. Hiergegen hat sich Ihr gegen uns gerichteter Einfluß immer mehr in diesen beiden Ländern festgesetzt. Ich habe selbst Platen gesagt, daß seine Politik unfehlbar zur Folge haben würde, daß beim ersten Kanonenschuß in Deutschland Hannover sofort durch Preußen okkupiert werden würde. Daß wir ein gleiches mit Kurhessen tun müssen, versteht sich von selbst. Ihr dortiger Einfluß würde daher bei kriegerischer Eventualität Ihnen doch nichts nützen, da wir Ihnen immer zuvorkommen könnten." Wenn Österreich dagegen, so fuhr Bismarck fort, auf die Einmischung in Norddeutschland verzichten wolle, so sei er, unbeirrt durch alle öffentliche Meinung, zu einer Allianz mit ihm bereit. Österreich möge mit dem falschen Glauben brechen, daß Preußen auf den Zusammenhalt mit ihm angewiesen sei. Rechne es aber, um Preußen in Schach zu halten, auf die Unterstützung Frankreichs, so drohte er in diesem Falle mit der Preisgabe der Mitteilungen, die er im Juni über Österreichs Erbietungen aus dem Munde Napoleons vernommen hatte. Alle nationalen deutschen Kräfte werde er gegen Frankreich aufbieten, wenn es sich von Österreich wider Preußen hetzen lasse. Mit einer Offenheit, die das politische Empfinden des Österreichers aufs schwerste schmerzen mußte, riet er dazu, Österreichs Schwerpunkt von Deutschland nach Ungarn zu legen. Die Österreicher vermöchten dann Ungarns Herr zu werden, ohne Gefahr zu laufen, daß sich ihnen die deutschen Provinzen entfremdeten. Österreich würde auf diese

Weise ein höchst wertvoller Alliierter für Preußen werden, und „wir würden anderseits Ihre vitalen Interessen in Italien wie im Orient zu den unsrigen machen und Ihnen darin unbedingt beistehen". In Norddeutschland allein gelassen, werde Preußen dort „parallel mit dem Zollverein" noch andere Gebiete des materiellen Lebens, etwa die Eisenbahnen, einheitlich einrichten und die Führung der beiden norddeutschen Armeekorps übernehmen. Die beiden süddeutschen Armeekorps gestand er dem österreichischen Kommando zu. Unentschieden ließ er, welcher der beiden Großmächte die Organisation der materiellen Interessen in Süddeutschland anheimzustellen sei. So bestimmt hatte Bismarck noch nie die Beschränkung Preußens auf Norddeutschland zur Grundlage seiner Reformgedanken gemacht. Aber daß alles, was er dem Vertreter Österreichs sagte, vollständig in die Gedankengänge paßte, die er sich seit einem Jahrzehnt gebildet und immer wieder zurechtgelegt hatte, bürgt für die großartige Geradheit der Gesinnung, mit der er, zur Macht gelangt, den Ingrimm über Österreichs Politik bemeisterte und dem Nebenbuhler die Wahl zwischen Freundschaft oder Krieg zuschob. Eine zweite Unterredung mit Karolyi am 12. Dezember diente im Grunde nur dazu, Österreich die Gefahren greller auszumalen, die im Falle eines Bruches drohten. Die Österreicher setzten sich nunmehr doch in Bewegung. Sie konnten freilich am Bunde kaum noch zurück. In Berlin erschien Bismarcks alter Freund, Graf Thun, um ihn zu beschwichtigen. Bismarck beharrte jedoch auf seiner Meinung, daß sich Preußen nicht überstimmen lassen dürfe. Als am 18. Dezember der Bericht des Ausschusses am Bundestage verhandelt wurde, ließ er andeuten, daß Preußen nicht länger den Widerspruch hinnehmen werde, der zwischen dem Stimmrecht der einzelnen Staaten und ihrem Rückhalte am deutschen Volksbewußtsein bestünde. Er wollte also die Nation anrufen. Ja, er bereitete sich darauf vor, wenn die Abstimmung ungünstig ausfiele, am Bundestage sofort die Forderung nach einer Volksvertretung auf Grund

direkter Wahlen und nach der Übertragung gesetzgeberischer Befugnisse an den Bund zu erheben. Wahrscheinlich schwebte ihm dabei schon das allgemeine gleiche Wahlrecht für den künftigen Reichstag vor, nachdem er selbst noch im Sommer des Vorjahres nur für den mittlerweile vom Gegner aufgegriffenen Delegiertentag gewesen war. Denn in allen diesen Wochen stand er in persönlicher Fühlung mit Ferdinand Lassalle, der soeben die Wendung vom politischen Liberalismus zur Begründung einer nationalgesinnten Sozialdemokratie vollzog und den Ministerpräsidenten um das allgemeine Wahlrecht bestürmte. Acht Jahre früher hatte Bismarck einmal die vom preußischen Dreiklassenwahlrecht benachteiligten Schichten „bessere Royalisten" genannt „als die übrig bleibende Bourgeoisie der höhern Stände"; und wenige Monate nach dem Verkehr mit Lassalle, im Oktober 1863, vertrat er gegen eine anmaßende Anfrage der englischen Regierung geradeheraus das Bedürfnis nach einem nationalen Parlament und demokratischen Wahlrecht. Indessen an der Jahreswende 1862 erübrigte sich die Enthüllung seiner letzten Absichten noch. Österreich zog es vor, sich Ende Januar 1863 selbst überstimmen zu lassen. Wie das letzte Grollen eines abziehenden Gewitters hörte es sich an, daß die Thronrede zur Wiedereröffnung des preußischen Landtages am 14. Januar auf den Streit zu sprechen kam: „Die Königliche Regierung ist auch ihrerseits von der Überzeugung durchdrungen, daß die Bundesverträge in der Gestalt, wie sie 1815 geschlossen wurden, den veränderten Zeitverhältnissen nicht entsprechen. Vor allem aber ist sie sich der Pflicht bewußt und entschlossen, die volle Gegenseitigkeit in Erfüllung dieser Pflicht als Vorbedingung des Fortbestandes solcher Verträge zu behandeln." Die österreichische Regierung antwortete mit Noten an ihre Gesandten an den auswärtigen Höfen. Der Weg wurde dennoch frei für den Versuch einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Großmächten. So war das unerwartete Ergebnis des ersten Vierteljahrs Bismarckscher Ministerschaft, daß er im Innern der „Neuen Ära"

den Gnadenstoß gegeben und sich von den Liberalen völlig abgewendet hatte, dagegen mit Österreich, über das er am Bundestage so oft Wehe gerufen, und das er als Gesandter in Petersburg so leidenschaftlich gehaßt hatte, ein gemeinsames Wirken ins Bereich des Möglichen rückte. Er hatte Karolyi nicht nur von Deutschland, sondern sogar von Unterstützung gegen Rußland im Orient, gegen Piemont in Italien gesprochen!

In Wien lag die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten seit 1859 in den Händen des Grafen Rechberg, der mit Bismarck in Frankfurt zusammen gewesen war. Rechberg hatte schon in Frankfurt grundsätzlich die Verständigung mit Preußen gewünscht. Er dachte sie sich auf den Grundlagen der Metternichschen Zeit, wie er denn gleich diesem eine Politik der Ruhe und Beharrung in Europa als in Österreichs Bedürfnissen gelegen ansah. Trotz der Reibungen, worin er mit Bismarck am Bundestage geraten war, schätzte er Bismarcks staatsmännische Begabung hoch. Nur scheute er das Maßlose und Ungezügelte seiner Art, sich zu geben, und den ungestümen Willen zum Handeln. Ihm selbst war solcher Wille nicht natürlich. Er hielt ihn auch weder mit dem wahren Vorteil seines Staates für verträglich, noch hätte er ihn gleich Bismarck voll entfalten können, da er daheim seit 1860 beständig mit dem Leiter der innern Politik, dem Ritter v. Schmerling, zu ringen hatte. Schmerling war der Vertreter Österreichs in Frankfurt zur Zeit der Nationalversammlung gewesen, ein Mann von gemäßigt liberalen Anschauungen, Anhänger des konstitutionellen Systems, ehrgeiziger Österreicher und fest entschlossen, das Übergewicht der Deutschen im österreichischen Staatswesen, aber auch die führende Stellung Österreichs in Deutschland zu behaupten. Im Wettbewerb mit Schmerling durfte Rechberg sich nicht einmal seiner eignen Mitarbeiter im Auswärtigen Ministerium sicher fühlen. Einige von ihnen teilten zwar nicht Schmerlings verfassungspolitische Anschauungen, aber waren gleich ihm ausgesprochene Großdeutsche und eifersüchtiger wie ihr Minister auf den preußischen Einfluß in Deutschland.

Einstweilen wurde die Aufmerksamkeit beider Staatsmänner, Bismarcks sowohl wie Rechbergs, kaum daß der Streit am Bundestage aufs tote Gleis geraten war, von der deutschen Frage auf Monate hinaus abgelenkt. In Russisch-Polen war 1860 ein Aufstand gegen die Regierung des Zaren ausgebrochen. Er erlangte keine rechte Kraft, gewann aber allmählich in Verbindung mit der gleichzeitigen innern Reformpolitik Alexanders II. eine Bedeutung über das Maß seiner Ausdehnung hinaus. In Petersburg standen sich zwei Parteien gegenüber, von denen die eine unter der Führung des Fürsten Gortschakow bereit war, den Polen Zugeständnisse zu machen, während die andere den Aufstand gewaltsam unterdrücken wollte. In Frankreich nahm gewohntermaßen die öffentliche Meinung für die Polen Stellung. Napoleon ließ sie gewähren und tadelte nur hier und da allzu kräftige Angriffe auf den Zarismus, um dem Petersburger Hofe seine eigne gute Meinung zu beweisen. Siegte im Rate des Zaren die Ansicht Gortschakows, so mochte der polnische Aufstand Rußland und Frankreich vollends zusammenführen. Bismarck hatte die Befreundung der beiden Staaten früher als unabwendbar nahe angekündigt und nur gewünscht, Preußen den Anschluß an ihren Bund zu sichern. Jetzt mag er von der Versöhnungspolitik des Fürsten Gortschakows eine Erschwerung der eignen Stellung gegen die preußischen Liberalen befürchtet haben. Auch merkte er auf seinem neuen Platze am Ruder des Staates schon, daß eine allzu innige Annäherung Rußlands an Frankreich für Preußen ihre Bedenken habe. Er strebte daher zu der überlieferten Politik zurück, die Polenfrage ausschließlich als Angelegnheit der drei Ostmächte zu betreiben. Der ihm nahestehende General Alvensleben begab sich nach Petersburg, um den Zaren in seinem Widerstand gegen die Forderungen der Polen zu bestärken und um mit ihm übereinstimmende militärische Maßnahmen Preußens und Rußlands gegen sie zu vereinbaren. Die Konvention vom 8. Februar 1863 war die Folge. Die Kunde davon erreichte sehr bald die Kabinette

wie die Organe der öffentlichen Meinung. Schon am 18. Februar wurde Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause darüber befragt. Er lehnte die Antwort ab und warnte nur die Abgeordneten vor Unvorsichtigkeiten in der auswärtigen Politik. Aber sie hörten ihn nicht. Bei jeder Gelegenheit griffen sie ihn der Konvention wegen wieder an. Der Bruch zwischen ihnen und dem Minister wurde vollständig. Gleich heftige Stürme hatte das Haus nicht erlebt. Vergeblich suchte Bismarck, aus Rücksicht auf das Ausland, durch kurze Eingriffe in die Redeschlachten allzu starke Übertreibungen seiner Gegner zu berichtigen. Auch ihn packte nun der Zorn, und er schüttelte selbst Liberale, mit denen er die letzten Jahre hindurch verkehrt hatte, wie politische Verbrecher vor der ganzen Welt. Die Mehrheit glaubte ihn durch das Aufgebot aller liberalen Neigungen Europas werfen zu können und leistete in ihrer politischen Kurzsicht doch nur dem Auslande Schergendienste, die nicht bloß Bismarck, sondern den Rest von Preußens Geltung als Großmacht gefährdeten. Denn mittlerweile wurde die Konvention zu einer großen Sache zwischen den Mächten. Die französische Regierung behauptete, daß Preußen durch das Abkommen Rücksichten verletzt habe, die zu wahren Napoleon schwer genug gefallen wäre. Der polnische Aufstand sei durch die Konvention aus einer innerrussischen zu einer europäischen Angelegenheit geworden. Napoleon hatte kurz vorher den Minister für die auswärtigen Angelegenheiten gewechselt; der erkorene Drouyn de l'Huys war Bismarck nicht sonderlich günstig gesinnt. Der Ansturm der Liberalen im preußischen Abgeordnetenhause, die Gesinnungen wider Bismarck im liberalen und im großdeutschen Lager des Bundes und Österreichs, dessen Freundschaft Drouyn suchte, und die erregte Stimmung der Engländer erweckten in Paris Hoffnungen auf einen großen diplomatischen Erfolg in Europa. Frankreich und England vereinigten sich in Berlin und Petersburg zu Vorstellungen. Rechberg hatte sich anfangs, offenbar aus ähnlichen Erwägungen der überkommenen Politik

der Ostmächte wie Bismarck, den Russen gefällig gezeigt. Er pflog auch noch im Frühjahr freundlichen Austausch mit Berlin über die polnische Sache. Aber der Druck, der auf ihn von dem machtvollen Liberalismus im eignen Lande ausging, die Rücksicht auf die österreichischen Polen und die Furcht, daß Frankreich ihm neue Schwierigkeiten in Italien errege, drängte Rechberg Schritt für Schritt zu den Westmächten hinüber. Im April wahrte der Minister Österreich noch einigermaßen seine Selbständigkeit. Im Juli brachten ihn die Westmächte zu einer gemeinsamen Note an die russische Regierung. Gortschakow schätzte mit Recht die französischen Bemühungen als nicht bedenklich für Rußland ein und sah als Ende einen bedeutsamen diplomatischen Sieg seines Staates voraus. Den Zaren dagegen empörte die Wiederkehr der Mächtegruppierung des Krimkrieges. Er zürnte Frankreich, um das er seit 1856 geworben hatte, und Österreich, weil es zu früh seine Absichten auf die Entfernung Gortschakows als Preis seiner Unterstützung verriet und dann wieder den Westmächten ins Garn gegangen war. Er regte deshalb einen gemeinsamen Angriff Rußlands und Preußens auf Österreich und Frankreich an. Bismarck bestimmte den König, abzulehnen. Der Boden, worauf ihn der Zar zu ziehen trachtete, lag nach seiner Erfahrung allzuweit außerhalb der Gesichtspunkte, denen Preußen bei seinem Ringen mit Österreich um den „Exerzierplatz" und bei seiner endlichen Konsolidierung als Großmacht die Richtlinien entnehmen mußte. Schon am 31. März hatte er im Abgeordnetenhause bekannt: „Mir hat auch, als ich die Geschäfte übernahm, manche andere Frage als wesentlicher und dringlicher wie die gegenwärtige vorgeschwebt." Die Konvention vom 8. Februar war ihm nützlich gewesen, um der drohenden Gefahr einer Vereinsamung Preußens in Europa vorzubeugen und sich die Freundschaft des Zaren zu erhalten. Zum Brennpunkte seiner Politik aber durfte sie nicht werden. Kam es zum Kampfe, sollte es in anderer Schlachtordnung und mit anderer Losung sein. Er, der als Gesandter

so ungestüm gedrängt hatte, war in den wenigen Monaten der Ministerschaft vorsichtig bis zum äußersten geworden. Mit einem alten Freunde aus dem Gerlachschen Kreise, Wagener, sprach er darüber. „Ich treibe jetzt auswärtige Politik, wie ich früher auf die Schnepfenjagd ging, und setze nicht eher den Fuß vorwärts, als bis ich den Bülten, auf den ich treten will, als sicher und tragfähig erprobt habe." Seine nächsten Gedanken galten den Liberalen im eignen Hause und der Beobachtung des Wetters, das die Koburger und die ihm feindlichen Elemente der Wiener Regierung soeben gegen Preußen in den deutschen Angelegenheiten zusammenballten.

Gereizt durch die fortwährenden Schwierigkeiten, die die Liberalen seiner auswärtigen Politik machten, hatte Bismarck ihnen am 17. April vom Ministertische des preußischen Abgeordnetenhauses aus zugerufen: „Ich kann Sie versichern und das Ausland versichern, wenn wir es für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen mit oder ohne Ihr Gutheißen." Am 11. Mai geriet sein Freund Roon mit dem Präsidium des Abgeordnetenhauses in einen Streit über dessen Zuständigkeiten, der den Präsidenten zur Aufhebung der Sitzung veranlaßte. Das Staatsministerium weigerte sich, fortan in den Sitzungen zu erscheinen. Am 27. wurde der Landtag in Ungnaden geschlossen. Verordnungen vom 1. Juni unterwarfen die preußische Presse scharfer Aufsicht. Der auf Bismarcks Vorschlag seit Dezember im Amt befindliche Minister des Innern, Graf Friedrich von Eulenburg, verpflichtete sich, den Verwaltungsbeamten den liberalen Geist auszutreiben; der weniger begabte Justizminister Graf zur Lippe nahm sich die Bismarck besonders verhaßten politisierenden Richter vor. Seitdem arbeitete die Regierung planmäßig daran, die zu einer winzigen Minderheit zusammengeschmolzenen Konservativen durch Neuwahlen wieder zu verstärken. Bis tief in die Reihen der preußischen Diplomatie regte sich der Widerspruch gegen die Richtung, die der Ministerpräsident einschlug. Der Kronprinz erklärte sich noch

im Juni sogar öffentlich gegen die Maßnahmen. Des Königs Vertrauen jedoch zu seinem Steuermanne festigte sich. Er sah ihn im wildesten Sturme aufrecht, wachsam und entschlossen, voll gesammelter und rasch sich entwickelnder Kraft. Der preußische Liberalismus lag einstweilen in Ketten. Inzwischen reiste Ernst II. von Koburg nach Wien, um dort die Feinde Bismarcks zu ermutigen und den Kaiser zu beeinflussen. Nie schien den großdeutschen Mitarbeitern Rechbergs die Gelegenheit so günstig gewesen zu sein wie durch die gegenwärtige Spannung zwischen Napoleon und Bismarck, um Preußen die Bundesreform nach habsburgischem Zuschnitt aufzuerlegen und Österreich die Gunst der öffentlichen Meinung Deutschlands zu gewinnen. Sie beschworen Kaiser Franz Joseph, die deutschen Fürsten nach Frankfurt zu entbieten und mit ihnen die Reform persönlich unter Dach und Fach zu bringen. Ein Direktorium von fünf Mitgliedern sollte Deutschland in Zukunft regieren, dem Bundestage eine Delegiertenversammlung und ein höchstes Gericht zur Seite treten, die Gesamtheit der Fürsten von Zeit zu Zeit sich wieder versammeln. Es war ein gleißender Rahmen. Über den Inhalt aber, die Befugnisse des umständlichen Regierungsapparates, verstanden sich die Urheber des Planes so wenig, daß sie bis zum Vorabend des Fürstentages der Delegiertenversammlung mißtrauisch nur eine beratende Stimme einräumen wollten. Preußen wurde in Worten mit reichlichem Einflusse bedacht. Tatsächlich konnte König Wilhelm nur sein Unannehmbar sprechen. Die für den Entwurf verantwortlichen Männer fühlten es selbst. Denn Rechberg wurde vom Kaiser erst unterrichtet, als alles fertig zum Handeln war. Der Minister forderte seine Entlassung. Für Preußen bleibe nichts übrig als der Krieg. Nur auf das ausdrückliche Gebot seines Herrn und gegen das Versprechen, wenigstens nicht Schmerling mit nach Frankfurt zu nehmen, verzichtete Rechberg auf den Abschied. Anfang August wurde König Wilhelm beim Badeaufenthalt in Gastein von Franz Joseph besucht und mit der Einladung zum Frank-

furter Tage überrascht. Der ebenfalls in Gastein anwesende Bismarck vermochte den König, dessen fürstliches Feingefühl eine Zusage kaum vermeiden zu können glaubte, zur Weigerung. Als der König jedoch nach Baden-Baden übersiedelte, wurde er aufs neue bestürmt, in Frankfurt zu erscheinen. Bismarck siegte auch dort über ihn. Das Unternehmen Österreichs hatte im ersten Augenblick eine blendende Wirkung nicht verfehlt. Dadurch, daß sich Wilhelm durch Bismarck fernhalten ließ, brach es auf der Stelle zusammen. Österreich erfuhr, daß es mit der Unterstützung der Mittelstaaten und der Liberalen allein in Deutschland nicht getan war. Napoleon aber, auf den die Österreicher gleichfalls gerechnet hatten, war über den Fürstentag sehr ungehalten. Er meinte allenfalls dulden zu können, daß Preußens Einfluß in der deutschen Bewegung wuchs, weil er davon vornehmlich Norddeutschland betroffen glaubte. Aber jedes Wachstum Österreichs betraf Süddeutschland, und an dessen Höfen wollte auch Frankreich überlieferungsgemäß mitzusprechen haben. Noch während des Fürstentages schwenkte der Franzose wieder zu Preußen ab. Bismarcks überlegene Führung der preußischen Diplomatie wurde durch den Österreich mißglückten Tag unzweifelhaft. Er hatte aber nicht nur den Schlag mutig auf des Nebenbuhlers Haupt zurückfallen lassen. Das Fernbleiben seines Königs von Frankfurt verhinderte, daß sich das Verhältnis der beiden deutschen Großmächte über den Augenblick hinaus wieder trübte. Im Gegenteil, Rechberg bekam durch den Mißerfolg der Großdeutschen und Schmerlings wieder die Oberhand in Wien, und schon die nächsten Wochen führten ihn und Bismarck zusammen.

Wegen des polnischen Aufstandes und des Fürstentages hatte sich die europäische Diplomatie wenig darum kümmern können, daß die dänischen Nationalisten, durch den Kampf zwischen Bismarck und den preußischen Liberalen ermutigt, im Frühjahr Schleswig ihrem Staate einverleibt und selbst Holstein der dänischen Krone und dem dänischen Reichsrat unterworfen

hatten. Deutschland mußte eines Tages den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen. Im Herbste endlich rückte das Geschehene in den Brennpunkt des europäischen Interesses. Napoleon glaubte die Gelegenheit günstig, die Mächte zu einem Kongresse zu laden, der wohl auch andere, dem Kaiser behagende Fragen erörtern konnte. England dagegen, voll Sorge davor, was Napoleons und was Rußlands Absichten mit Dänemark sein möchten, für dessen Bestand es sich interessierte, suchte vor allem mit Österreich Fühlung, das gleich ihm Dänemark wohlwollte. Durch Österreich hoffte England auch auf Preußen einzuwirken. Da fügte es sich am 15. November, daß die Dynastie in Dänemark wechselte und die neue Königsfamilie, das Haus Glücksburg, nur gegen die Verpflichtung auf die im Frühjahr von der Nationalpartei geschaffenen Tatsachen anerkannt wurde. Das deutsche Volk brauste auf. Soeben hatte der Liberalismus in Preußen einen glänzenden Wahlsieg über das Ministerium Bismarck davongetragen, auf dessen Antrag der Landtag in der Hoffnung auf konservative Erfolge aufgelöst worden war. Was Österreich in Frankfurt mißlungen war, den verhaßten preußischen Minister zu überrennen und Deutschland ein neues Angesicht zu geben, meinte der Nationalverein, angetrieben von dem hochgeschwellten Selbstgefühl der liberalen Parteien der deutschen Einzelstaaten, erreichen zu können, wenn er die Entscheidung der Herzogtümerfrage an sich riß. Ein neuer Kleinstaat sollte an der Nordgrenze errichtet werden, und ihn auf Grund von Erbansprüchen Friedrich von Augustenburg als Herzog regieren. Der neue Herzog war nichts als ein Werkzeug der Koburger und des Nationalvereins. Die Mittelstaaten schlossen sich sofort der Bewegung an. Aber kaum auf einem andern Felde war Bismarck so schwer zu schlagen wie auf diesem. Vor sieben Jahren hatte er die Frage zum erstenmal und damals falsch angegriffen. Seitdem kannte er sie, und er war, wie mit Grund von ihm gesagt wurde, nie größer, als wenn er einen Fehler gemacht hatte und sich heraushauen mußte. Fest stand für ihn, daß er nicht mehr Holstein allein,

ohne Schleswig, zum Gegenstande seiner Politik nehmen und den internationalen Charakter des Streites nicht noch einmal übersehen dürfe. Kam es darüber zum Kampfe, so wollte er ihn nicht außer allem Verhältnis zu der Bedeutung der von den meisten überschätzten Frage anwachsen lassen. In guter Stunde aber gedachte er doch beide Gebiete von Dänemark zu lösen und, wie es Manteuffel schon 1849 richtig erschienen war, Preußen als Provinzen oder durch Verträge anzugliedern. Als Weggenosse erhoffte er sich Österreich. Denn nun verschloß er sich der früher von ihm so oft bestrittenen Einsicht nicht mehr, daß Österreich für Preußen und umgekehrt Preußen für Österreich nicht in allen Fällen eine fremde Macht wie jede andere war. Fragen europäischer Natur, wie die der Herzogtümer, konnte Preußen nicht allein ausfechten. Sollten sie nicht zum Vorteil der andern ausschlagen, so galt es ein Zusammenstehen der beiden deutschen Großmächte. Er kam also Rechberg auf halbem Wege entgegen. Sie hatten an derselben Aufgabe schon in Frankfurt zusammen gearbeitet. Beide gewannen durch ihre Verbindung sofort die Unabhängigkeit des Handelns von den andern Großmächten. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt wurde die Übertretung des Londoner Protokolls von 1852 durch Dänemark, also der internationalen Regelung des Rechts der Herzogtümer. Anderseits mußte etwas von Preußen und Österreich geschehen, um der deutschen Nation zu genügen. Von den übrigen Mächten hatten sie trotz ihres eifrigen Dreinredens nicht viel zu fürchten. Rußland war durch seine innere Politik gehemmt. Frankreich glaubte die Deutschen fürs erste gewähren lassen zu müssen, da es sich um einen Zwist nationalstaatlicher Natur handelte und es sich als Hüter solcher Rechte fühlte. England fehlte der Mut zur Einmischung mit den Waffen. Unter solchen Umständen trieben Rechberg und Bismarck den Bund Ende November zur raschen Exekution in Holstein. Dann aber beschlossen sie sogleich gegen den Willen der Mittelstaaten, durch ihre eignen Truppen Schleswig zu besetzen. Sie wünschten

es zum Pfand zu nehmen, bis Dänemark die im Londoner Vertrage vorgesehenen Rechtszustände wieder aufgerichtet habe. Der europäische Charakter des Streites um die Herzogtümer wurde durch ihr Vorgehen frei von Zweifeln gestellt und der Einfluß des Bundes eng umgrenzt. Um aber den Operationsplan erfolgreich durchzuführen, mußten beide Mächte verlangen, daß der Thronfolgeanspruch des Augustenburgers, über den Rechberg sehr entrüstet war, einstweilen aus dem Spiele blieb. Friedrich setzte sich jedoch nicht nur selbst auf der Stelle in Holstein fest; sondern unter dem Einflusse seiner Familie neigte auch König Wilhelm schon dazu, ihn anzuerkennen. Bismarck vermochte den König kaum davon abzubringen. Unter dem Eindruck dieser Schwierigkeiten im eignen Lager schrieb er in der Stille der Weihnachtsnacht den Brief an Preußens Botschafter in Paris, seinen alten Freund und Nebenbuhler Goltz, der einer erschütternden Heldenklage gleich am Eingang des zweiten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen" steht. „Ich bin auf Krieg und mit Revolution kombiniert gefaßt," so liest man darin. Trotzdem nahm er im folgenden Monat die Erneuerung des Streites mit dem Abgeordnetenhause weniger schwer als den Widerstand des Königs. Er verlangte von den Abgeordneten die Mittel zur Kriegführung, und sie verweigerten sie ihm. 48 Stunden Bedenkzeit gewährten die beiden Mächte am 16. Januar den Dänen noch. Dann erfolgte der Aufmarsch. Das an Kriegsruhm nicht mehr gewöhnte deutsche Volk begeisterte sich an dem Erfolge der nächsten Wochen. Jedoch erst am 18. April erfochten die preußischen Truppen durch den Sturm auf die Düppeler Schanzen einen entscheidenden Sieg. Er sicherte den deutschen Waffen das Übergewicht auf dem Festlande. England lud sofort zu einer Konferenz nach London ein. Die Waffen ruhten inzwischen. Eine einfache Rückkehr zu dem Vertrag von 1852 konnte den Deutschen nicht mehr zugemutet werden. Die Neutralen boten ihnen die verfassungsrechtliche Abtrennung der Herzogtümer von Dänemark

und ihre Verbindung mit dem dänischen Königsthrone bloß durch Personalunion. Preußen und Österreich verlangten den vollen Verzicht. Da ließ zuerst Frankreich zu, daß Holstein ganz und von Schleswig der deutschsprechende Süden bis zur Schlei den Dänen genommen würde. Österreich und Preußen kamen so weit entgegen, daß sie sich an der Erörterung über eine weiter nördlich zu ziehende Grenze beteiligten. Um Frankreich festzuhalten, warf Bismarck ein, daß man die Bevölkerung der umstrittenen Bezirke gemeindeweise über ihren Heimfall an den einen oder andern Staat, Dänemark oder Deutschland, abstimmen lassen könnte. England beantragte ein Schiedsgericht. Die Überlegung, wer die gewonnenen Gebiete regieren solle, erregte unterdessen zwischen den beiden deutschen Großmächten ernstere Mißverständnisse als auf der Konferenz selbst. Die Spatzen schrien es von den Dächern, daß Bismarck die Herzogtümer für Preußen begehren werde, da es sich dort einrichtete. Bismarck duldete in der Tat, daß für diese Lösung unter den preußischen Staatsangehörigen agitiert wurde. Er begünstigte auch das Hervortreten anderer Anwärter, die dem Augustenburger sein Anrecht bestritten. Auf der Konferenz selbst trat er Ende Mai zwar für Herzog Friedrich ein. Als der Herzog aber am 1. Juni persönlich bei ihm erschien, verlief die Besprechung nicht zu seinen Gunsten. Vielleicht hatte man ihm im Verwandtenkreise — die Franzosen nannten die Königin Viktoria — gar zu sehr den Nacken gesteift. Rechberg hörte von alledem mit Unwillen. Obwohl er selbst seine Gedanken nur als einen Traum bezeichnete, sprach er davon, daß man den dänischen Königen die Herzogtümer lassen könnte, wenn hinwiederum ganz Dänemark in den Deutschen Bund träte und dessen Macht verstärkte. Es waren Gedanken Metternichs aus den Jahren des Wiener Kongresses und ein Traum der Großdeutschen aus dem Jahre 1848. Erst ein Dazwischentreten des Zaren und eine Begegnung, die zwischen ihm und Franz Joseph in Begleitung ihrer Minister stattfand, und der sogleich ein

Besuch der Österreicher bei König Wilhelm und Bismarck in Karlsbad folgte, glättete die Erregung der beiden deutschen Staatsmänner und brachte sie wieder in Fühlung. Die Dänen hatten in London dem Andringen, auch Nordschleswig zum großen Teile herauszugeben, standgehalten. Die Waffen wurden wieder ergriffen. Dänemark war jedoch am Ende seiner Kräfte. Einige Tage lang blieb ihre Hoffnung noch aufrecht, da ein Widerhall von Rechbergs Plan über Petersburg zu ihnen drang. Rasch wurde sie ihnen zuschanden. Rechberg und Bismarck zwangen sie zu Friedensverhandlungen in Wien und nahmen ihnen hier außer Holstein ganz Schleswig und selbst das nicht im Streit befindliche Lauenburg, dessen Herzogstitel einstens Bismarck tragen sollte. England und Frankreich waren schon durch die Begegnung der drei Monarchen des Ostens aufs höchste erschreckt worden. Vergebens klagten sie nun über die Grausamkeit der Sieger.

Der Augenblick, da sich Preußen und Österreich entscheiden sollten, war gekommen. Die Zukunft der Herzogtümer barg die Zukunft Deutschlands in sich. Schuf man an der deutschen Nordgrenze in der Flanke Preußens einen neuen Kleinstaat, so verewigte man wieder das Unwesen, das die Eifersucht Österreichs und Preußens in den fünfziger Jahren großgezogen hatte, den Souveränitätsdünkel der mittel- und kleinstaatlichen Minister und zugleich den Einfluß der liberalen Kammern und Zeitungen auf die öffentliche Meinung des deutschen Volkes. Wollte man gründlich Besserung schaffen und mit derselben waffenkräftigen Hand, die soeben in Kiel den besten Kriegshafen der Ostsee an die beiden Großmächte gebracht hatte, für die Wiedererhebung der deutschen Seegewalt sorgen, so blieb kein anderer Ausweg, als die Herzogtümer Preußen anzuvertrauen oder ihm doch die militärische und wirtschaftspolitische Verfügung darüber unter der fürstenmäßigen Statthalterschaft der Augustenburger zu übertragen. Eine solche Zuweisung der Herzogtümer stärkte die preußische Großmacht derart, daß sie kaum ohne Ausgleich

für Österreich vollzogen werden konnte. Andernfalls hätte Österreich als Ertrag des Krieges nur den ganzen Haß der enttäuschten Mittelstaaten und der deutschen Liberalen davongetragen. Bismarck begriff es vollkommen. Deshalb erschien er mit seinem Könige in der Zeit der Friedensverhandlungen zu Wien und suchte Kaiser Franz Joseph und Rechberg zur erschöpfenden Verständigung über die deutschen Angelegenheiten zu bereden. Er hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen" den ganzen Zeitabschnitt von 1862 bis 1866 als den Versuch, sich mit Österreich auf dualistischer Grundlage auseinanderzusetzen, gekennzeichnet. Der Höhepunkt fiel in die Spätsommertage 1864. Die Österreicher aber lenkten ab. Sie sprachen von dem Eintausch der Grafschaft Glatz gegen die Herzogtümer oder dachten an eine preußische Bürgschaft für Venetien. Bismarck war im Recht, wenn er das eine ablehnte und vor dem andern Klarheit über Deutschland haben wollte. Seine Vorschläge für Deutschland waren die alten: gemeinsames und gleichberechtigtes Handeln der beiden Großmächte am Bunde und ein gegenseitiges Veto dort, Norddeutschland mitsamt Hannover und Kurhessen für den preußischen Einfluß und unter preußischem Oberbefehl. In diesem Falle hätte er sich wohl sogar mit der Erwerbung Lauenburgs als Kriegsentschädigung und den Rechberg bekannten Vorrechten begnügt, die Preußen in den Herzogtümern erstrebte. Ausdrücklich gab er wieder zu verstehen, daß Preußen, wenn es erst über Deutschland ruhig sein konnte, Österreich im Süden und im Orient nicht verlassen werde. Wie stark sich Preußens Macht im Innern Deutschlands durch den Krieg schon wieder gehoben hatte, wurde ebenfalls den Österreichern alsbald eindringlich vor Augen geführt. Die Mittelstaaten gaben ihren dreijährigen Widerstand gegen den von Preußen eigenmächtig geschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich auf und willigten wieder wie 1853 in die Erneuerung des Zollvereins ohne Bedingungen. Bayern und Hannover näherten sich Preußen auch in der allgemeinen Politik. Rech-

berg verschloß sich deshalb dem Ansinnen Bismarcks nicht völlig. Beide Staatsmänner waren sich nach der Entfremdung in der letzten Zeit ihres Frankfurter Aufenthalts wieder näher gekommen, und besonders Bismarck hat noch in seinen Greisenjahren wiederholt ihrer freundschaftlichen Zusammenarbeit als Minister gedacht. Aber Rechberg hatte keinen hinreichend großen Einfluß auf seinen Kaiser. Schmerling wirkte ihm wieder entgegen, und der ganze reißende Strom der liberalisierten österreichischen Meinung prallte so heftig auf ihn, daß der französische Botschafter, der Herzog von Gramont, mit Genugtuung berichtete: Rechberg könne nicht, auch wenn er wolle. Schließlich war auch Rechberg selbst nicht der Mann dazu, mit heldischem Entschlusse der sechshundertjährigen Geschichte seines Staates eine andere Richtung zu geben und den Einfluß in Deutschland mit Preußen zu teilen. Österreich war mit Deutschland doch enger verknüpft, als es die Schreier auf dem Markte mitzuempfinden vermochten. Je reicher sich die Persönlichkeit Bismarcks in jenen Monaten ausgab, je triebkräftiger und gestaltungsfroher sich seine Staatskunst entfaltete, desto zögernder und bedenklicher wurde Rechbergs Schritt. Im Oktober verlor er alle Lust an seinem Amte. Er hatte mit Bismarck zunächst einmal das dringlichste, Österreichs wirtschaftspolitisches Verhältnis zu Preußen, besprochen. Preußen sollte aus eignem Willen Frankreich zu Abänderungen des Handelsvertrages bewegen, die ihn auch für Österreich annehmbar machten. Rechberg wünschte sodann, daß sich Preußen wiederum wie 1853 für eine spätere Zeit grundsätzlich zu Unterhandlungen mit Österreich über dessen Beitritt zum Zollverein bereit erklärte. Die erste Bedingung glaubte Bismarck nicht erfüllen zu können. Jedoch werde Preußen alles recht sein, was Österreich selbst bei Frankreich erreiche. Die zweite dagegen befürwortete er in Berlin dringend. Sogar gegen eine engere wirtschaftspolitische Verbindung Österreichs mit den süddeutschen Staaten behauptete er nichts einwenden zu wollen, vorausgesetzt, daß die Verständigung

über die gesamten deutschen Angelegenheiten zwischen ihm und Rechberg Wirklichkeit werde. Indessen, das preußische Handelsministerium benutzte unter dem Drucke Rudolf von Delbrücks einen kurzen Abstecher Bismarcks nach Biarritz, um beim König, der schon 1853 dem Zugeständnis an Österreich heftig entgegen gewesen war, eine Entscheidung wider Bismarck herbeizuführen. Auch Frankreich zeigte dem österreichischen Minister berechneterweise kein Entgegenkommen. Rechberg trat unmittelbar darauf von seinem Amte zurück.

Rechbergs Nachfolger, Graf Mensdorff, war konservativ gleich ihm. Er beteuerte auch, daß er Rechbergs Bemühen um Preußens Freundschaft nachahmen werde. Aber der Augenblick war verpaßt. Trotz alles gelegentlichen Bremsens führten die anderthalb nächsten Jahre die beiden Mächte immer näher an den Abgrund des Krieges. In der deutschen Publizistik steigerte sich die Leidenschaft im selben Maße; der Spreu wurde immer mehr, Körner finden sich wenige. Einzig eine Stimme erhob sich fast ganz rein und hoch über den Schwarm. Edmund Jörg, der in den „Historisch-Politischen Blättern" die Zeitläufe schrieb, welche nach der Gründung der Zeitschrift Joseph von Görres geschrieben hatte, klagte und klagte mit dem seherischen Scharfblicke eines Versinkenden die Unentschlossenheit der österreichischen Staatslenker und die Unvernunft des übrigen Deutschland an. In scheuer Bewunderung sprach er von Preußens genialem Minister, dem „gleich der Birkenrute urwüchsigen Staatsmanne", Preußens Schwarzenberg. Preußen müsse nach den Herzogtümern streben. Durch sie werde es die „norddeutsche Seemacht" werden und „als Wächter der Nordmark auferstehen". Aber die andern ziehen Preußen immer nur der Schuld an allem Stillstand der deutschen Frage und stellten ihm selbst doch unerfüllbare Bedingungen. „Die alte Tradition verbietet jede einseitige Machterweiterung Preußens, und an eine neue großartigere Anschauung der Wiener Staatskanzlei zu glauben, hat selbst die Gespensterfurcht bis jetzt keinen ernst-

lichen Grund." Die Stimme des konservativen Bayern und großdeutschen Katholiken verhallte im Winde. Die österreichische Politik war in tödlicher Verlegenheit, die zudem beständig durch innere Schwierigkeiten, Schmerlings Sturz und Ausgleichsversuche mit Magyaren und Slawen sowie eine arge Finanznot vermehrt wurde. Mensdorff wußte in ihr nichts Klügeres zu tun, als den Mittelstaaten wieder näherzurücken. Obwohl er am Bündnis mit Preußen festhielt, schob er das Schicksal der Herzogtümer Zug um Zug dem Bunde zur Entscheidung zu. Fortan überwog in Bismarck wieder die Empfindung, daß die deutsche Frage nur durch einen Krieg zwischen Österreich und Preußen gelöst werden könnte. Er steigerte, je weiter Österreich ging, seine Ansprüche auf Einfluß in den Herzogtümern und häufte auch die Tatsachen, die dort für eine dauernde Niederlassung Preußens sprachen. Im Februar 1865 heischte er das ganze Post- und Telegraphenwesen, die Ausdehnung der preußischen Zollverwaltung über das augustenburgische Gebiet und seine vollständige Eingliederung in die preußischen Heereseinrichtungen. Im April verlegte er den Standort der preußischen Flotte von Danzig nach Kiel. Ein Winkelzug war es, um dem Bundestage zu entgehen, daß er Österreich zur Berufung der holsteinischen und schleswigschen Stände drängte. Den Mittelstaaten schien er dadurch in eine Zwickmühle geraten, und sie glaubten sich nahe am Triumph; auch Hannover lenkte wieder zu ihnen hinüber. Schon Ende Mai war die Spannung so stark, daß in Berlin die Kriegsbereitschaft erwogen wurde. Anfang August stellte König Wilhelm Österreich ein Ultimatum. In Gastein wurde der Streit noch einmal geschlichtet. Die beiden Mächte, die bisher nicht nur auf Grund des Wiener Friedens rechtlich, sondern auch wirklich die Herzogtümer gemeinsam verwaltet hatten, teilten dort Schleswig der preußischen und Holstein, wo der Augustenburger noch immer Hof hielt, der österreichischen Verwaltung zu, ohne am rechtlichen Gemeinbesitze etwas zu ändern. Gastein war ein Waffenstillstand, kein Friede.

Das große Spiel ging in der Folge bis zum Kriege um die Stellungnahme Frankreichs. Bismarck fürchtete, daß Österreich beim Wettlauf den Vorsprung erlangen werde. Eine Versicherung, die er in Paris bald nach Gastein überreichte, daß er entweder Preußen und damit Norddeutschland zu einer wahrhaft selbständigen Großmacht ausbilden oder Rückhalt an den Ostmächten suchen müsse, benutzte Drouyn, um ihn an den Höfen großpreußischer Absichten und vor dem deutschen Volke der Gegnerschaft wider die nationalen Einheitsbestrebungen zu bezichtigen. Unverzagt reiste er persönlich zu Napoleon, mit dem er wie im Vorjahre zu Biarritz zusammentraf. Ohne sich gefangen zu geben, paßte er sich doch den ihm vertrauten Gedankengängen des Kaisers an, seinem Bedürfnisse nach Bewahrung des französischen Einflusses auf die süddeutschen Höfe und nach einer Gebietsvermehrung gegen Deutschland hin, wenn auch auf belgische Kosten. Der von Natur unschlüssige Kaiser wurde vollends bedenklich, ob er sich schon jetzt einer der beiden Mächte, Preußen oder Österreich, verpflichten solle. Um den Druck auf ihn während der nächsten Monate zu verstärken, knüpfte Bismarck noch auf französischem Boden mit Italien an, um es zum Bundesgenossen für den Krieg gegen Österreich zu werben. Beide Teile trauten einander zu, daß jeder nach dem andern nur verlange, um Österreich mit einem Angriffe von zwei Seiten her zu drohen. Dennoch kam das Bündnis zuletzt am 8. April auf kurze Frist zustande. Noch tiefer langte Bismarck an den Lebensnerv des habsburgischen Staates, als er durch ungarische Flüchtlinge, mit denen er seit dem Herbst 1862 für alle Fälle Verbindungen pflog, eine Revolution im Innern Österreichs schürte, um sie beim Ausbruch des Krieges zu verwerten. Am 26. Januar 1866 versandte er eine Verwahrung gegen Österreich, die schon wie eine Kriegserklärung klang. Er beschuldigte die Wiener Politik, daß sie ihm nicht Wort gehalten und Verrat an den konservativen Interessen geübt habe, in deren Dienst Preußen zur gemeinsamen Arbeit mit ihr bereit gewesen sei. Es war, als wollte sich Bismarck

selbst damit von der bisher auf diese Interessen gewonnenen Rücksicht entbinden. Er richtete wieder, wie als Frankfurter Bundesgesandter, sein Augenmerk auf Bayern, bot ihm eine bevorzugte Stellung in Süddeutschland, warb und warb und ging zuletzt bis zur Bereitschaft, alle Truppen südlich des Mains dem bayerischen Oberbefehl zu unterstellen. Einen Tag nach dem italienischen Bündnisse, als müsse er nun die Kräfte der Revolution für sich aufrufen, führte er aus, was er gegenüber den Treibereien der Mittelstaaten schon im Vorjahr angedeutet hatte. Durch den preußischen Gesandten am Bundestage beantragte er die Einberufung einer Volksvertretung auf Grund direkter Wahlen und des allgemeinen Stimmrechts. Ihr sei eine Vorlage der Bundesregierungen über die Änderung der Bundesverfassung zu unterbreiten. Die Wirkung auf die öffentliche Meinung schlug nicht so durch, wie er erwartete. Sie vertiefte wohl noch die Uneinigkeit, die durch den langen, ergebnislosen Kampf wider ihn unter den preußischen Liberalen eingerissen war. Aber sie führte den Teil, der nach einem Anschlusse an seine kräftige auswärtige Politik begehrte, nach einigen Wochen unsichern Schwankens doch nicht zu ihm hinüber. Er sah dann wohl den Vorsitzenden des Nationalvereins und Führer der hannoverschen Liberalen, Rudolf von Bennigsen, anfangs Mai bei sich, gewann jedoch auch ihn und die Mehrzahl der mittelstaatlichen Liberalen nicht, an denen ihm mehr als an ihren preußischen Gesinnungsgenossen gelegen war. Am 8. Mai löste der König nach seinem Vorschlag das preußische Abgeordnetenhaus auf. Seine innern Gegner hätten sonst sogar diese Gelegenheit wahrgenommen, im Zeitpunkt höchster Gefahr gegen das Ministerium Sturm zu laufen und Unruhe in der Bevölkerung zu erregen. Finanziell behalf sich Bismarck mit Ausnahmemaßregeln, so gut es ging. Ein rascher Verlauf des Kampfes war nötig. Und noch wußte er nicht einmal, ob die Schwerter aus der Scheide fahren würden.

Im März hatten Österreich und Preußen Truppen zusammen-

gezogen. Im April erbot sich Österreich zum Abrüsten. Der Zar, die englische Königin, auch Bayern verwandten sich im selben Sinne bei Preußen. König Wilhelm hörte auf sie, ohne sich eine Sicherheit zu verschaffen, daß Preußen bei Österreich nachher mehr als bisher erreichte. Bismarcks Nerven hielten der Erschütterung kaum noch stand. Da aber Sorge vor Italien die österreichische Heeresleitung bewog, sogleich wieder andere Vorkehrungen an der Südgrenze zu treffen, konnte auch die preußische Abrüstung unterbrochen werden. Im Mai kämpften beide Staaten ihren diplomatischen Endkampf um Napoleon. Franz Joseph war bereit, Venetien den Italienern zu opfern, um Napoleon zur Einmischung zu bewegen; aber die Italiener zauderten, das Geschenk von einem ungeschwächten Gegner aus der Hand der Franzosen zu nehmen. Die Preußen ließen Napoleon vom Rheine reden, erboten sich jedoch zu nichts. Napoleon zog es vor, erst während des Krieges sich zu rühren. Seine Neigung freilich war entschieden. Er hielt zu Österreich. In allem Geheimnis verhandelte unterdessen Bismarck durch einen österreichischen Vertrauensmann mit dem Wiener Hofe ein letztes Mal über eine friedliche Verständigung. Die Grenze, die er sich beim Antritt seines Amtes im Gespräch mit Karolyi für Preußens Macht gezogen hatte, hielt er unverrückbar inne. Die leitenden Männer in Österreich waren sich uneins. Der verblendete österreichische Liberalismus verlangte den Krieg. Franz Joseph wies die Verständigung ab. Bei allem persönlichen Mute hat Bismarck Gefahren für seinen Staat niemals unter-, weit eher überschätzt. Österreich war gut gerüstet, wie selten in seiner Vergangenheit. Sein Schwergewicht als Großmacht war dem preußischen noch überlegen. Die Mittelstaaten, selbst Baden, gingen wahrscheinlich mit ihm. Seine Schwäche war, daß seine Diplomatie nicht gleich zielsicher wie die Bismarckische gearbeitet hatte, und darum der Heeresführung die Wege nicht gleich gut gewiesen und vorbereitet waren. Zum Nachteil gereichte ihm auch, daß der Oberbefehl über seine Trup-

pen erst im letzten Augenblick in Benedeks Hand gelegt wurde, während Moltke längst die Leitung des preußischen Heeres ausübte und sie kaum einheitlicher und sicherer sein konnte. Endlich litt Österreich unter der Zerrüttung seiner Finanzen. Bismarck wußte, was trotzdem auf dem Spiele stand. Seiner Erzählung nach hatte er durch den Vermittler zu guter Letzt noch angeboten, die marschfertigen Heere gegen Frankreich zu vereinigen, für Österreich Straßburg zu erobern, Mainz an Preußen zu nehmen. Statt dessen griffen die beiden Mächte Mitte Juni einander an. Österreich ergab sich am Vorabend des Krieges völlig der Leitung der mittelstaatlichen Minister in der Frage der Herzogtümer, Bismarck ließ am 10. Juni den ausgearbeiteten Plan seiner Reform des Bundes in Frankfurt vorlegen. Für Österreich blieb in diesem neuen Bunde kein Raum. Am 14. Juni faßten Österreich und die Mittelstaaten, womit sie so viele Jahre lang gedroht hatten, einen ersten Mehrheitsbeschluß gegen Preußen. Er befahl die Mobilisation, die nur Preußen gelten konnte. Dieses antwortete mit dem Austritte aus dem Bunde. Es benachrichtigte aber sogleich die Regierungen, daß es die Selbständigkeit aller, die sich auf Grund seines Reformplanes mit ihm verbündeten, nach dem Kriege achten werde. Gegen die andern eröffnete es schon am 17. Juni den Krieg ...

Die Welt hatte seit den Feldzügen Napoleons I. keinen gleichen Siegeszug erlebt. In drei Heeressäulen wälzten sich die preußischen Truppen gen Böhmen. Am 3. Juli fand dort bei Königgrätz schon die Entscheidungsschlacht statt. Der Erfolg stand auf des Messers Schneide. Aber Preußen siegte. Auf den gleichen Tag waren daheim die Neuwahlen für den aufgelösten Landtag angeordnet. Sie brachten einen vollen Umschwung der innern Lage. Fast die Hälfte aller Sitze fiel den Konservativen zu. Gleich darauf aber erfolgte die diplomatische Vereinigung Österreichs und Frankreichs. Die Nachrichten von dem raschen Fortschritt der preußischen Waffen hatten Napoleon aufgeschreckt. Franz Joseph meinte ihn noch aneifern zu

müssen, indem er nunmehr Venetien fest in seine Hände legte. Seine Stellung in Deutschland rettete der Habsburger dadurch doch nicht mehr. Aber mit der Preisgabe des Festungsvierecks zog er sich nicht nur im selben Schritt aus Italien zurück, sondern er entblößte auch von der Flanke her Österreichs Stellung am Balkan, die letzte, die ihm blieb, und unschätzbar für seine eignen Völker wie für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes. Bismarck aber, erregt durch das wechselvolle diplomatische Ringen vor dem Kriege, scheute die Aussicht auf einen Angriff Frankreichs, während die Truppenkörper der deutschen Südstaaten noch unverbraucht und unüberwunden waren. Er mußte auch schon mit Kongreßabsichten Rußlands und einer diplomatischen Einwirkung Englands rechnen. Noch jetzt hätte er in die Hand Österreichs eingeschlagen, dem österreichischen Einflusse Süddeutschland eingeräumt und Venetien gedeckt, wenn dafür endlich, endlich Österreich die volle Klärung der deutschen Verhältnisse gewährte. Gewiß, die Frage bleibt, ob die Natur der deutschen Frage, das Einheitsbedürfnis der Nation eine Teilung des Einflusses der beiden Großmächte noch erlaubte. Es darf auch ein Zweifel geäußert werden, ob Bismarck noch nach der Beruhigung über Napoleons Kriegseifer auf halbem Wege geblieben wäre. Österreichs Schuld an der deutschen Nation vermindert sich deshalb nicht. Ehe es Venetien freiwillig herausgab, mußte es alles versuchen, um mit der andern deutschen Großmacht zum Frieden zu kommen.

Die Folge des unerhörten Schrittes der österreichischen Regierung war nur die Einleitung vorzeitiger Unterhandlungen in Nikolsburg unter dem Drucke der französischen Diplomatie. Bismarck setzte sie gegen den Willen der Generäle, die nach Wien wollten, beim Könige durch. Aber mit diesem hatte er dann noch einen heftigen Strauß über das Maß der Friedensbedingungen zu bestehen. Die Süddeutschen waren nicht besiegt, auch der geschichtliche Einfluß Frankreichs auf ihre Höfe zu achten, um Napoleon nicht ohne Not zu reizen. Im Hinblick auf sie

begnügte sich Bismarck damit, daß Österreich ganz allgemein die Auflösung des bisherigen Deutschen Bundes anerkannte und seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne seine Beteiligung gab. Dafür bestand er aber darauf, die vollen Folgerungen für Norddeutschland ziehen zu dürfen, die er von Anfang an Österreichs Staatsmännern im Falle eines Krieges angekündigt hatte. Nicht nur die Herzogtümer, sondern auch Hannover und Kurhessen, selbst noch Nassau und die Stadt Frankfurt wurden preußisch. Gerungen wurde von beiden Seiten um Sachsen. Franz Joseph wollte die Wettiner nicht opfern. Auch Napoleon bekümmerte sich um sie. Endlich willigte Preußen in Sachsens Fortbestand ein. Bismarck sah schon die Erhaltung Sachsens auch für Preußen in einem andern Lichte. Denn, so nahe es für Preußen lag, bei der Beschränkung auf den Norden rein preußische, also nur eine territoriale Vergrößerungspolitik zu treiben, so vergaß Bismarck doch nicht, daß bei allem Widerstreit zwischen Preußen und Österreich das Wohl und Wehe eines lebendigen dritten Organismus, des deutschen Volkes, mit auf dem Spiele gestanden hatte. Er behielt sich vor, mit den nicht an Preußen fallenden Gebieten Norddeutschlands in einen engern Bund, den „Norddeutschen Bund“, zu treten und dort seine Bundesreform in die Tat umzusetzen. Dafür bedurfte er der Mitarbeit wenigstens eines Mittelstaates und fand ihn an dem Königreich der Wettiner. Am 26. Juli kam auf dieser Grundlage der Vorfriede zustande. Die Auseinandersetzung Preußens und Österreichs war am Ziele. Der nach Bismarcks früherem Worte in jedem Jahrhundert fällige Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland war geführt, und Preußen hatte gesiegt. Leicht wurde es Bismarck deshalb noch nicht ums Herz. Wie die Generäle verlangt hatten, den bei Königgrätz geschlagenen auswärtigen Feind bis unter die Tore Wiens verfolgen zu dürfen, so rieten innere Politiker, den am selben Tage erfochtenen Wahlsieg der Regierung auszunutzen, um die Liberalen zu strafen und die preußische Verfassung aufzuheben.

Bismarck aber setzte beim Könige durch, daß die Regierung um Indemnität beim Landtage für die Jahre einkäme, in denen sie ohne bewilligtes Budget das Land verwaltet hatte. Irgendwo brauchte er Rückhalt für die kommenden Jahre, da Frankreich fernzuhalten und die Süddeutschen heranzuziehen waren. Er gab sich Rechenschaft darüber, daß der Krieg mit Österreich zwischen ihm und allen konservativen Elementen eine Kluft aufgetan hatte, von der nicht abzusehen war, ob und wann sie sich wieder schließen würde. So wollte er wenigstens gegen die Liberalen nicht weiter kämpfen, vielleicht sie gewinnen. Eine starke Strömung unter ihnen drängte seit dem Siege über Österreich und der Wahrscheinlichkeit einer Lösung der deutschen Frage im kleindeutschen Sinne die Führer dahin, ihn zu unterstützen. Am 5. August trat der Landtag zusammen. Die Thronrede kündigte das Ende des Konfliktes an.

2. Die Gründung des Reiches.

Bismarcks Bemühen um Österreich vor dem Kriege und in dem Kriege selbst hatte das Abgrenzungsbedürfnis der beiden Großmächte zum Antriebe gedient. Das Bedürfnis der deutschen Nation nach bessern Staatseinrichtungen stand dagegen zurück. Auch der Antrag auf die Berufung eines Reichstags im April 1866 war für Bismarck wesentlich ein Hilfsmittel neben andern gewesen, wodurch er den Kampf um die Macht vorbereitete. Er hatte gegrollt, daß er, wenn nötig, selbst die Reichsverfassung von 1849 wieder als Losung ausgeben werde, um die Volksleidenschaften gegen Österreich und die Mittelstaaten zu erhitzen. Demgemäß bedeutete auch das Kriegsergebnis zunächst eine Zerreißung des deutschen Bodens in drei, ja in mehr Teile: den Norddeutschen Bund, Österreich und die vier süddeutschen Staaten, von denen Hessen-Darmstadt mit seiner nördlich des Mains gelegenen Hälfte Norddeutschland angeschlossen werden sollte, mit der südlichen aber eine selbständige internationale Existenz zu führen bestimmt war. Indessen der Nikolsburger Vorfriede enthielt zugleich doch auch die Bestimmung, daß Preußen Deutschland neu gestalten dürfte. Der vornehmste Zweck des aufgelösten Bundes war die Sicherung des deutschen Gebietes gegen fremden Einfall gewesen. Noch hatte Preußen mit den süddeutschen Staaten nicht verhandelt. Erst um die Mitte August erfolgten in kurzen Abständen die Abschlüsse mit Württemberg, Baden und Bayern:

Hessen-Darmstadt hinkte Anfang September nach. Land und Gut der Staaten wurden so gut wie ganz verschont. Nebst einheitlichen Vorschriften für den Eisenbahnverkehr wurde die Erneuerung des Zollvereins in Aussicht genommen. Vor allem aber mußten sich alle vier Regierungen nach der ergreifenden Aufwallung, die im Juli beim Bekanntwerden der französischen Einmischung durch ihre Bevölkerungen geflutet war, zu geheimen Schutz- und Trutzverträgen verstehen. „Es garantieren sich", so besagte jeder der Verträge, „die hohen Kontrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes ihrer bezüglichen Länder und verpflichten sich, im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen." Dem gewählten Ausdrucke nach handelte es sich um freiwillige und jederzeit kündbare Verträge, wie tausend andere geschlossen werden. In der Sache stellten die Verträge doch sofort nach dem Kriege wieder die Geschlossenheit der militärischen Kräfte her, über die das außerösterreichische Deutschland gegen das Ausland verfügte. Es war der Keim der neuen Gestaltung Deutschlands.

Seine Hauptarbeit jedoch mußte Bismarck fürs erste dem Norden Deutschlands allein zuwenden. Dabei war ihm nicht unlieb, daß er für die innere Politik einstweilen mit den Süddeutschen nicht zu rechnen brauchte. Er scheute seit langem davor zurück, daß unter ihnen extrem liberale, radikale und demokratische Elemente ganz anders zahlreich wie nördlich des Mains vertreten waren. In denselben Tagen, da er mit den süddeutschen Staaten zum Frieden kam, erneuerte er mit den norddeutschen Kriegsgenossen Preußens versprochenermaßen den Bund. Der vorläufige Vertrag lautete auf ein Jahr, innerhalb dessen er durch die Bundesverfassung ersetzt werden sollte. Gleich darauf wurde am 21. August zu Prag der Vorfriede mit Österreich, kaum abgeändert, in den dauernden Frieden verwandelt. Einen Monat später mußten Reuß ältere Linie und Meiningen, die sich gegen Preußen gestellt hatten,

Unterwerfungsverträge eingehen. Den Beschluß machte nach hartnäckigen und peinlichen Verhandlungen der Friedensvertrag mit dem Königreich Sachsen. Unterdessen war im preußischen Landtag ein Gesetz über die Eingliederung der Gebiete in Preußen angenommen worden, die auf Grund des Prager Friedens ihre Selbständigkeit einbüßen sollten. Für eine bis zum 1. Oktober 1867 währende Übergangszeit wurden sie der Diktatur der königlichen Behörden unterstellt. Wichtig und schwierig war ein halbes Jahrhundert zuvor die Verschmelzung der Rheinlande und Westfalen mit dem alten Preußen gewesen. Schwieriger und wichtiger zugleich war doch das neue Werk. Kräftige, lebensfähige Mittelstaaten mußten diesmal vom preußischen Staate zerstört werden, ganze in sich geschlossene und aus hartem Holze gebildete Volksstämme von ihm aufgenommen und ihre staatliche Überlieferung umgebogen werden. Hannover hatte ein vorbildliches Amtswesen und eine vortreffliche Agrarverfassung, Kurhessen war stolz auf seine Gerichtsorganisation, Nassau hatte eine eigentümliche Form der Simultanschule ausgebildet, alle ihr besonderes Kirchentum. Die preußische Bureaukratie wollte ihnen sogleich ihre Schablone aufdrücken. Der König aber und Bismarck hatten Herz für die Gründe, die dawider sprachen. Es empfahl sich, den neuen Provinzen eine stärkere Eigenart als den mit dem Staate längst verwachsenen alten Provinzen zu lassen. Bismarck überlegte sogar, auch diese wieder auf sich selbst zu stellen. Keinesfalls sollten sich wieder Stimmungen entwickeln, wie nach 1815 unter den Rheinländern. Angesehene Männer aus den einzelnen Gebieten wurden nach Berlin zur Raterteilung beschieden. Vieles Kostbare verkümmerte trotzdem. Denn einmal hielten sich die konservativ Gesinnten, deren Hilfe in diesen Dingen unersetzlich war, allzu abweisend, vielfach feindselig zurück. Sodann wünschte Bismarck aus Gründen der allgemeinen Politik gar zu lebhaft, vor allem die Liberalen der neuen Provinzen heranzuziehen und zu befriedigen. Deshalb

wurde zumeist nur gepflegt, was deren Anschauungen wertvoll deuchte, und manch anderes, wie die hannoversche Agrarverfassung, ging zugrunde.

Preußen als Ganzes hatte unbeschreiblichen Vorteil von den Annexionen. Es zerfiel nun nicht mehr in zwei einander fremde Teile. Die neuen Provinzen schlugen geographisch eine Brücke zwischen dem westlichen und dem ostelbischen Preußen; sie verbanden auch beide Hälften organisch miteinander und schufen mit der Zeit einen Übergang von dem rheinischen Wesen zu der Volksart, die sich auf dem kolonialen Boden der Oder- und Weichselgebiete entfaltet hatte. Nun erst konnte Preußen in Wahrheit ein Staat, das heißt, ein einheitliches Stück Menschheit und ein einheitliches Stück Land werden. Eine Rückwirkung davon war am frühesten im konstitutionellen Leben wahrzunehmen. Die Liberalen der annektierten Staaten verspürten nur die eine Begierde, an der deutschen Einheit mitarbeiten und auf die Einrichtung ihrer Landschaften durch die preußischen Behörden einwirken zu dürfen. Sie hatten deshalb das Indemnitätsgesuch der Regierung im preußischen Landtag begrüßt. Der Konflikt war begraben und sollte begraben bleiben. Ihre Zahl war groß. Das Bedürfnis, mit ihnen zusammenzukommen, führte noch im Herbste 1866 zu einer Spaltung in den beiden großen liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses, die die Trägerinnen des Konfliktes gewesen waren. Es bildete sich eine „Neue Fraktion der nationalen Partei". Sie kam mit den Liberalen der angegliederten Provinzen in dem die Verfassung beratenden Reichstag des Norddeutschen Bundes im März zum erstenmal in Berührung und verschmolz sich sogleich mit ihnen zur nationalliberalen Partei.

Gegen die Berufung dieses Reichstags hatte das preußische Abgeordnetenhaus, dem das Wahlgesetz für ihn im September 1866 vorgelegt wurde, mancherlei Einwürfe erhoben. Einflußreiche liberale Führer trauten dem Ergebnisse des all-

gemeinen Wahlrechts nicht, das für den Reichstag im Unterschied von dem Zensuswahlrecht des Landtages gelten sollte. Zum Teil dieselben Abgeordneten, zum Teil andere sahen nicht ein, warum es überhaupt besonderer Reichstagswahlen für das ganze Bundesgebiet bedürfe. Sie hätten vorgezogen, daß der Landtag durch Zuwahl aus den Bundesstaaten und den annektierten Provinzen vervollständigt wurde. Denn ihnen zufolge mußte nun endlich, nachdem sie schon 1848 darauf gehofft hatten, Preußen in Deutschland aufgehen. Fiel doch das nichtpreußische Gebiet nach Meilenzahl und Bevölkerungsziffer im Norddeutschen Bunde gegen Preußen kaum noch ins Gewicht. Bismarck hatte den Bundesgenossen den eignen Reichstag versprochen und hielt daran. Ehe er ihn aber vorbereiten konnte, warf ihn die furchtbare Aufregung der letzten Jahre abermals aufs Krankenbett. Wieder bändigte den Mann, dessen reizbares Nervensystem fiebernd und aufgepeitscht alle Sorgen und allen Ärger des Staatslebens miterlebte, wochenlang ein schweres Leiden. Kaum erhob er sich, so las er fern von Berlin die Vorarbeiten der andern für die künftige Bundesverfassung. Er verwarf sie alle. Die meisten waren zu zentralistisch gedacht und trugen mehr den liberalen Gedanken des Jahres 1848 als der geschichtlichen Eigenart des nationalen Verfassungslebens Rechnung. Hingegen war Savigny, der Preußen bis zuletzt am Bundestage vertreten hatte, in zu große Abhängigkeit von der Verfassung des Deutschen Bundes geraten. Bismarck machte sich selbst ans Werk. Was er in verneinender Form im Grunde schon als Kritiker der Radowitzschen Unionsverfassung am 6. September 1849 gesagt, was er in Frankfurt weiter gedacht und positiv zuerst 1861 für den König in einigen wenigen großen Grundgedanken festgehalten, nachher auch öffentlich als Meinung der preußischen Regierung den Beschlüssen des Fürstentages entgegengesetzt hatte, gestaltete er nunmehr endgültig in sich aus. Am 13. Dezember diktierte er Lothar Bucher ohne Unterbrechung, was er anders wie der

von seinen Untergebenen vorbereitete Entwurf haben wollte. Es war alles Wesentliche. Es war der Geist und die Organisation des Bundes. Während seine Gegner nicht müde wurden, ihn anzuklagen, daß er aus Deutschland Großpreußen machen und auch noch die süddeutschen Länder annektieren werde, schenkte Bismarcks staatsmännischer Genius dem deutschen Staatsleben eine Verfassung, die sich genau in der Linie der geschichtlichen Entwicklung weiter bewegte, wie aber das deutsche Volk gleich brauchbar und fortbildungsfähig noch keine besessen hatte. Hier war wirklich begriffen, daß es eine Aufgabe für sich war, den Staat deutscher Nation zu organisieren, und daß diese Aufgabe weder mit der durch die Annexionen und den Prager Frieden getätigten „Sättigung" Preußens zusammenfiel, noch durch eine Umredigierung westeuropäischer Konstitutionen gelöst werden konnte. Als der Inhalt des Entwurfs einige Wochen später durchsickerte, entsetzten sich die Parlamentarier und die Zeitungen über „die wahrhaft monströse Verfassung". Organische Bestimmungen wechselten in ihr mit bloßen Verwaltungsvorschriften. Sie hatte klaffende Lücken, und sie konnte von der Theorie unter keine der üblichen Verfassungsarten rubriziert werden. Kaum ließ sich ein weiterer Abstand denken als zwischen ihr und dem Professorenwerke der Reichsverfassung von 1849, das die öffentliche Meinung als die selbstverständliche Vorlage des Entwurfes der Regierungen angesehen hatte. Bismarck hatte sich an die Bundesakte gehalten und sie aus seinen Erfahrungen am Bundestage, nach den Bedürfnissen der Stunde und den Eingebungen seiner staatsschöpferischen Kraft umgebildet. Der erste Band der „Gedanken und Erinnerungen" enthält im 12. und 13. Kapitel einen Rückblick auf die preußische Politik und eine Betrachtung über „Dynastien und Stämme". Die beiden Kapitel lesen sich wie Motive zum Verfassungsgesetz. „Deutscher Patriotismus bedarf der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit." Die Bundesverfassung mußte daher nach Bismarcks Überzeugung wiederum aus einem ewigen Vertrage

deutscher Fürsten entstehen, wie die Bundesakte von 1815 und wie schon die Reformversuche der Zeit Maximilians I. und Karls V. oder der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Es sollte im Norddeutschen Bunde wie vor 1806 und nach 1815 kein Monarch Deutschland regieren. Nur ein Präsident an der Spitze der Bundesfürsten als primus inter pares war geplant. Bismarck beabsichtigte demgemäß auch kein Bundesministerium, sondern nur eine Kanzlei, eine Schreibstube zur Vermittlung der Bundesgeschäfte zwischen den auswärtigen Ministerien der einzelnen Bundesstaaten. Er sah keine besondere Finanzverwaltung vor, sondern nur durch die Bundesstaaten erhobene Einkünfte aus Zöllen und den Vorbehalt gewisser indirekter Abgaben für den Bund, infolgedessen auch keine ausgebildete Etatsgesetzgebung, vor allem keine für das Heereswesen, sondern statt dessen eine Verpflichtung der Bundesstaaten, auf den Kopf einer ein für allemal festgelegten Aushebungsziffer eine bestimmte Summe jährlich an den Bund zu zahlen. Folgerichtig übernahm Bismarck aus dem Deutschen Bunde den Bundestag als Organ, durch das die Fürsten ihren Einfluß auf das Staatsleben der nationalen Gesamtheit wahrzunehmen vermochten. Nicht einmal an dessen Stimmverteilung änderte er etwas; nur wurden die Stimmen der von Preußen annektierten Länder Preußen zugezählt, und Bundesrat fortan statt Bundestag gesagt. So wahrte Bismarck die Verbindung mit der Vergangenheit, wo es sich um unveränderliche Werte handelte. Aber in andern Punkten leitete er um so entschlossener die Rückbildung des Staatenvereins, in dem die deutsche Staatseinheit seit den Tagen Maximilians ihren Ausdruck gefunden hatte, in einen echten Staat ein. Der Norddeutsche Bund erhielt, woran es seinen Vorgängern gänzlich gefehlt hatte, eine starke Exekutivgewalt. Dem König von Preußen als Präsidenten des Bundes wurde die auswärtige Vertretung des Bundes, der Oberbefehl über alle Truppen der Bundesstaaten und die Bundesmarine, die Aufsicht über das Eisenbahnwesen, die Leitung des Post-

und Telegraphenverkehrs sowie die Ernennung der Beamten übertragen. Er konnte alle diese Befugnisse durch die Lage seiner Hausmacht, des preußischen Staates, mitten im Bundesgebiet und dank dem überlegenen Umfang seines Landes kräftig ausüben, während Österreich allzusehr an der Grenze oder gar außerhalb des frühern Reichsgebietes gelegen hatte. Auch mit Verwaltungseinrichtungen für den Bund wurde ein Anfang gemacht. Im Schoße des Bundesrates sollten Ausschüsse gebildet werden, die beständig tagten und denen Verwaltungsaufgaben oblagen. Vor allem aber fügte Bismarck dem geschichtlich überlieferten Verfassungswerke der deutschen Nation im Reichstage ein neues Rad ein, ein Schwungrad, durch das er den Zusammenhalt der mannigfaltigen Teile sichern und dem vorauszusehenden Bedürfnisse des Volkes nach einer Vermehrung der einheitlichen Einrichtungen rechtzeitig zum Ausdruck zu verhelfen hoffte. Aus dieser Absicht hielt er für den Reichstag nach kurzem Schwanken dauernd das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bei, das er für den die Verfassung beratenden Reichstag nach dem Beispiele des Jahres 1848 für angemessen erachtet hatte. Nur dieses Wahlrecht konnte den Reichstag befähigen, gleichsam wie ein Membran, jede Bewegung des öffentlichen Lebens der Nation in seiner Stärke den Staatsmännern des Reiches und den Fürsten zu Gehör zu bringen. Nach dieser Richtung kargte er auch sonst nicht mit Rechten für den Reichstag. Die Schwungkraft des Rades konnte freilich eines Tages zu stark werden und alles zusammenreißen. Trotz aller Vorkehrungen, die Bismarck traf, ist dieser Punkt der schwächste seines Werkes geblieben. So wenig wie im Herbst 1848 sein Rat ausführbar gewesen war, nach dem Schiffbruch der Berliner Nationalversammlung auf den ständisch organisierten Vereinigten Landtag zurückzugreifen, so wenig ließ sich jetzt die deutsche Volksvertretung ohne Rücksicht auf die Dogmen des westeuropäischen Konstitutionalismus bilden, da sich dieser doch in allen Kammern der Einzelstaaten durchgesetzt hatte und da Bismarck mit seinen

grundsätzlichen Anhängern, den Liberalen, den Konflikt nicht wieder erneuern wollte. Bismarck aber versuchte es offenbar aus einem Mangel zureichender staatsmännischer Auseinandersetzung mit den Bedingungen und der Macht des Konstitutionalismus. Er glaubte, dem Reichstag jeden Einfluß auf die Heeresstärke in Friedenszeiten durch deren Festlegung in der Verfassung abschneiden und sein Bewilligungsrecht auch sonst unausgestaltet lassen zu können. Wirksamer war die Vorsicht, womit er die Zuständigkeiten des Bundes bemaß. Sie sollten dem Bundesrate vorbehalten bleiben und nur vermehrt werden: wenn er sich mit Zweidrittelmehrheit dafür aussprach. Fürs erste beschränkte Bismarck den Bund so gut wie ganz auf das wirtschaftspolitische Gebiet. Es war freilich auf Grund der Begebnisse des letzten Jahrzehntes zu erwarten, daß der Bund schon bald auch für die mannigfachen Gebiete des Rechtslebens zuständig werden mußte. Kirche und Schule sowie die Aufgaben der innern Verwaltung war Bismarck aber entschlossen, den Einzelstaaten auf jeden Fall vorzubehalten. Er duldete keine Aufzählung von Grundrechten in der Verfassung, obwohl sie 1848 der Frankfurter Nationalversammlung fast das wichtigste gewesen war. Nicht einmal ein gemeinsames Indigenat nahm er in seinen Entwurf auf, sondern nur die Vorschrift, daß alle Angehörigen des Bundes in sämtlichen Bundesstaaten gleiche Rechte hätten. Das stärkste Gegengewicht gegen eine Übermacht des Bundestags suchte er indessen darin, daß er Preußens selbständiges Fortleben neben dem Reiche ermöglichte. Hinter allen Bestimmungen, die der partikularistischen Vergangenheit der Nation und ihren eigentümlichen Werten Rechnung trugen, steht in dem Bismarckschen Staatsbau Preußen als ihre wesentliche Stütze. Erst durch die Stellung, die Bismarck für Preußen im Auge hatte, erhielt der dualistische Charakter, den er als dem deutschen Staatsleben von Ursprung an eigentümlich auch dem Norddeutschen Bunde nicht vorenthielt, die Gewähr. Deshalb war sich Bismarck auch nicht im Zweifel,

wie viele Einwendungen man gleich gegen seine Absicht erhob, daß der preußische Landtag neben dem Reichstage bestehen bleiben müsse. Das deutsche Staatsleben ruhte, wie er es gestaltete, künftig auf zwei Pfeilern: auf dem einstweilen nur Norddeutschland umfassenden Staate deutscher Nation, dem Bund, und auf dem preußischen Staate als dem am meisten partikularistisch angelegten Staatsgebilde des deutschen Bodens. Seine Staatsbildung war ohnegleichen auf der Erde, unverständlich für das Ausland und leider auch unbegriffen von dem eignen Volke, dem durch seine Presse und seine Kammern fort und fort ausschließlich die westeuropäischen Ideale des Verfassungslebens der Gegenwart vorgehalten wurden. Es gehörte die ganze Kraft Bismarckscher Selbständigkeit des Geistes dazu, um den Bau so aufzurichten, wie es in dem Entwurf vom 13. Dezember geschah. In Wahrheit hat Bismarck nie deutlicher bewiesen, daß er ein Verächter der öffentlichen Meinung, ebenso wie aller bureaukratischen Staatsweisheit war, niemals auch, daß er, der in den Tagen der Notwehr vor revolutionären Mitteln nicht zurückschreckte, seine dauernden großen Werke aus der Fülle geschichtlichen Lebens schuf.

Der Entwurf wurde unmittelbar, nachdem Bismarck ihn diktiert hatte, an die Vertreter der verbündeten Regierungen zu einer Vorberatung gebracht, die sich bis in den Februar hinzog. Savigny leitete sie, wie er denn von Bismarck auch zum Vorstand der Bundeskanzlei ausersehen war. Geschweige denn, daß in diesem Kreise auf die Wahrung größerer Rechte für die Einzelstaaten gedrängt worden wäre, war einigen Staaten der Entwurf nicht zentralistisch genug. Mehrere der Fürsten hätten sich mit der Stellung englischer Peers im Bunde begnügt und deshalb dem Bundesrate ein Oberhaus vorgezogen. So weit ging der König von Sachsen nicht; aber selbst sein Minister, der an die Stelle Beusts getretene Freiherr v. Friesen, verlangte nach einem Ober- oder Staatenhause als Schutz gegen die Demokratie des Reichstags und hielt die Einrichtung von

Bundesministerien verwaltungstechnisch für erwünscht, verfassungsrechtlich für unbedenklich. Bismarck widerstand. In andern Punkten aber ließ er mit sich unterhandeln. Es erweckte die Sorge der Regierungen, daß der Entwurf die Bundesfinanzen nicht klar regelte. Ein besonderer Abschnitt über sie wurde in den Entwurf eingefügt. Sämtliche Mittel- und Kleinstaaten hatten damit zu rechnen, daß sie für militärische Zwecke, vermutlich auch für andere Aufgaben von Bundes wegen zu ganz anders hohen Ausgaben herangezogen werden würden, als ihre Bevölkerungen es bisher im Schutze Preußens und Österreichs gewöhnt waren. Sie wollten deshalb einige Sicherheiten für ihren eignen Haushalt haben, der auf den direkten Steuern und Erwerbseinkünften ruhte. Ließ der Bund diese ihnen unangetastet, so waren sie bereit, zu seinen Erträgen aus indirekten Abgaben noch Zuschüsse aus ihren Einnahmen zu zahlen. Die Aussicht auf die Matrikularbeträge eröffnete sich, die später eine erhebliche Bedeutung in der Finanzpolitik des Reiches erlangten. Aber durch sie wie durch die Einfügung des besondern Abschnitts über die Finanzen insgemein erhielt der Reichstag auch den Ansatzpunkt, um das schmale Bewilligungsrecht, das Bismarck ihm einzuräumen gedachte, auszubilden. Daher wurde durch den neuen Abschnitt in das Gefüge des Bismarckschen Entwurfs an seiner schwachen Stelle eine Bresche gelegt, die ihm alsbald gefährlich werden sollte.

Die Wahlen zu dem die Verfassung beratenden Reichstag endeten damit, daß etwa gleichviel Liberale und Konservative gewählt wurden. Indessen nicht der Gegensatz der beiden Parteirichtungen beherrschte die Beratungen. Die Abzweigung der Nationalliberalen von der liberalen Partei und die fast gleichzeitige Abzweigung der ihnen geistesverwandten Freikonservativen von der konservativen Partei führte zur Bildung einer Mehrheit aus Männern der Mitte. Sie entschied zum Schlusse die Annahme der Verfassung, zwang Bismarck aber nach zähem Kampfe auch zu mehreren Zugeständnissen von

großer Tragweite. Preußen konnte nicht mehr so fest als vor dem Bruche mit Österreich dem vordringenden Liberalismus standhalten. Verständnis für die tiefe geschichtliche Begründung und die sachliche Berechtigung seines Gedankenganges beim Entwurfe der Verfassung fand Bismarck nirgends. Auch die Konservativen, die bei den Beratungen seltsam abfielen, ließen ihn im Stich. Dagegen traf Rudolf von Bennigsen, der hervorragendste parlamentarische Führer unter den Liberalen der neuen Provinzen, bei der Generaldebatte sofort den Kernpunkt des Widerspruchs zwischen den Forderungen des westeuropäischen Konstitutionalismus und dem Bismarckschen Entwurfe. „Das Ergebnis der verfassungsmäßigen Entwicklung in Deutschland hat eine Grenzlinie festgestellt, eine gewisse Durchschnittslinie, innerhalb welcher alle deutschen Verfassungen miteinander übereinstimmen und die deshalb als gemeines Staatsrecht für ganz Deutschland angesehen werden muß, die Grenzlinie nämlich zwischen den Befugnissen der Regierungsgewalt und der Bundesvertretung." Im Grundsatze mußte Bismarck weichen. Praktisch wurde die Entscheidung wenigstens für die Heeresausgaben noch um einige Jahre durch einen Waffenstillstand hinausgeschoben. Der Reichstag bewilligte sie in Form eines Pauschquantums bis zum 31. Dezember 1871. Einräumen mußte Bismarck dem Reichstag auch das Recht, durch Beschlüsse an der Vermehrung der Zuständigkeiten des Bundes maßgebend Anteil zu nehmen. Die Einrichtung von Bundesministerien gewährte Bismarck dem Reichstag sowenig wie vorher den Kommissaren der Regierungen. Aber dem konstitutionellen Dogma von der Verantwortlichkeit der Räte des Staatsoberhauptes mußte er dennoch seinen Tribut erlegen. Es wurde vereinbart, daß der einzige Beamte von Bedeutung, der im Bunde durch den Entwurf vorgesehen war, der Bundeskanzler, dem Reichstage verantwortlich sein sollte. Damit änderte sich die Natur dieser Stellung von Grund aus. Sie hörte auf, eine wesentlich diplomatische Aufgaben

erfüllende Vermittlungsstelle zwischen den Ministerien der Bundesstaaten zu sein. Sie wurde das wichtigste politische Amt auf deutschem Boden. Bismarck sah ein, daß er sich selbst mit ihm bekleiden lassen müsse. Ein Kristallisationspunkt für die Ausbildung einer besondern Reichsregierung war nun auf einmal vorhanden, der seinem ursprünglichen Plane ganz ferngelegen hatte. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte im Bundeskanzleramte konnte er von dem Augenblicke an, da ihr Schwerpunkt aus der Mitte der Regierungen in den Reichstag verlegt wurde, kaum noch einen Diplomaten wie Savigny gebrauchen. Er betraute mit ihr in Rudolf v. Delbrück, nicht ohne dessen eigenes ehrgeiziges Zutun, den fähigsten Mann des innern Dienstes, der ihm unter den preußischen Beamten zur Verfügung stand. Alles in allem wurden durch den Ausgang des Kampfes mit dem Reichstag die unitarischen Bestandteile der Verfassung derart vermehrt und gestärkt, daß der Übergang vom Staatenverein zum Einheitsstaate schon um eine gute Wegstrecke weiter gefördert wurde, als Bismarck für angemessen erachtet hatte. Er mußte nach den Bedingungen regieren, die er nicht ändern konnte. Doch war er sich bewußt, daß der Anschluß der süddeutschen Staaten durch seine Zugeständnisse hinausgerückt wurde, mochte der Reichstag gleich selbst die Überschreitung des Maines mit ausdrücklichen Worten in die Verfassung als seine Absicht hineinschreiben. Die Verfassung trat mit dem 1. Juli 1867 in Kraft. Die Lust am Werke aber war dem neuen Kanzler durch die Änderungen, die es erlitten hatte, schon stark beeinträchtigt worden. Fürs erste überließ er seine fernere Förderung vornehmlich Delbrück.

Delbrück war der Mann der Liberalen. Er brachte mit ihnen in rascher Reihenfolge ein System von Gesetzen zustande, die alle bezweckten, das wirtschaftliche Leben seiner Schranken zu entledigen und das freie Spiel der Kräfte sich auswirken zu lassen. Mit der Gewerbeordnung von 1869 wurde der Gipfel erreicht. Fortschritte machte gleichzeitig die Neuordnung des Verkehrs.

Auf das Drängen der Liberalen hin wurde die Zuständigkeit des Bundes im Rechtsleben Zug um Zug ausgedehnt. Nur ihre Anträge auf ein einheitliches Gerichtsverfahren und ein einheitliches bürgerliches Recht begegneten im Bundesrate noch Widerstand. Unverkennbar schien sich die taktische Überlegung, die der Organisation der nationalliberalen Partei vorausgegangen war, zu bestätigen. Die Gründer der Partei hatten den Kampf zwischen Kron- und Parlamentsgewalt eingestellt, um durch eine Liberalisierung der Gesetzgebung vorerst im Kulturleben Norddeutschlands einen breiten Boden zu gewinnen. Die innere Politik des Bundes erhielt durch ihr und Delbrücks Zusammenwirken ein liberales Gesicht. Dadurch erwachte aber auch schon wieder die Ungeduld, in der Verfassung dem einheitlichen Ideale näher zu kommen und den Zusammenschluß von Nord und Süd zu beschleunigen. Bismarck enttäuschte die Liberalen, kaum daß sie sich zu ihm ein Herz gefaßt hatten.

Am Schlusse des Jahres 1866 war in dem wichtigsten süddeutschen Staate, in Bayern, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst zum leitenden Minister ernannt worden. Er entstammte einer mediatisierten Familie, war ohne Wurzeln in Bayern und wünschte, wie er um der deutschen Einheit willen 1848 den Anschluß an die Nationalversammlung gefunden hatte, jetzt für einen baldigen Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen und den Norddeutschen Bund zu wirken. Der Gesinnung Hohenlohes und seinem Ehrgeize entsprach indessen weder sein Einfluß in Bayern noch seine staatsmännische Gestaltungsfähigkeit. Er eröffnete sofort Verhandlungen mit den andern süddeutschen Staaten über gleichmäßige militärische Vorkehrungen wie über die Errichtung ihres in den Friedensverhandlungen von 1866 vorgesehenen Bundes untereinander, des Südbundes. Kaum waren die Verhandlungen eingeleitet, als der im Vorjahre verhütete Krieg zwischen Frankreich und Preußen schon wieder in Sicht trat. Napoleon hatte nach vergeblichen Besprechungen mit Bismarck Ende Juli und im August 1866

zunächst von einer Entschädigung durch unmittelbar deutsches Land abgesehen und eine Verabredung mit dem König von Holland auf Überlassung des Großherzogtums Luxemburg eingeleitet. Luxemburg hatte zum Deutschen Bund gehört; jetzt übte nur noch Preußen dort ein Besatzungsrecht aus. Sobald etwas von Napoleons Absicht in Deutschland verlautete, bemächtigte sich der öffentlichen Meinung eine sehr große Erregung. Bismarck ließ zu ihrer Beruhigung im März zunächst die Schutz- und Trutzverträge mit den süddeutschen Staaten veröffentlichen. Der die Verfassung beratende Reichstag tagte soeben. Nach Verabredung mit Bismarck interpellierte dort Bennigsen und erhielt eine Antwort, die zwar vorsichtig und verbindlich war, aber angesichts der Volksstimmung Napoleon nicht die erhoffte Zustimmung Preußens zu seinem Plane in Aussicht stellte. Der König von Holland zog daraufhin seine Zusage zurück. Die Kriegsgefahr wurde dringlich. In Österreich hatte Kaiser Franz Joseph aus schwer zu würdigenden Gründen im Herbst 1867 Beust, der als Führer der Mittelstaatspolitik Schiffbruch erlitten hatte, zum Minister des Auswärtigen ernannt. Beust hätte nicht ungern Napoleon gegen Bismarck geholfen. Franz Joseph war aus Achtung vor den nationalen Empfindungen der deutschen Nation nicht dazu geneigt. Aber er entschloß sich doch auch nicht zum umgekehrten Verfahren, als Hohenlohe, um Bayern und dem ganzen Süden sowohl mit Berlin wie mit Wien Bündnisbeziehungen zu verschaffen, ein Einvernehmen zwischen beiden Großmächten zum Drucke auf Napoleon herzustellen versuchte. Beust regte als Ausweg die Neutralisierung Luxemburgs an. Eine europäische Konferenz gab im Mai der Anregung Folge. Das Kriegsgewitter verzog sich wieder, aber es blieb schwül, und die öffentliche Meinung Deutschlands, die schon von der Verfassungsvorlage nicht erbaut gewesen war, beurteilte Bismarcks Zurückhaltung und Friedensbereitschaft nicht glimpflich. Ihr galt mit Luxemburg ein erstes Stück deutschen Bodens infolge der neuen Gestaltung der Dinge für ans Ausland verloren.

Bismarck wartete inzwischen nur die Annahme der Bundesverfassung im Reichstage ab, um die Beziehungen zu den süddeutschen Staaten in der von den Friedensverträgen gewiesene Richtung weiter zu bilden. Hohenlohe war daran, mit Württemberg einen Südbund zu verabreden, der gleich dem Norddeutschen Bund einen Bundesrat, aber keinen Reichstag erhalten, mit dem Norddeutschen Bunde militärisch und wirtschaftlich, aber durch ein Schutzbündnis auch mit Österreich verknüpft sein sollte. Baden erhob Einwände, weil der Großherzog und seine liberalen Minister den glatten Eintritt in den Norddeutschen Bund vorzogen. In diesem Augenblick verlangte Bismarck von den süddeutschen Staaten die Erneuerung des Zollvereins unter Einfügung eines Zollparlaments und eines Zollbundesrates in dessen Einrichtungen. Das Zollparlament dachte er sich durch Zuwahlen süddeutscher Abgeordneter zum Norddeutschen Reichstag gebildet; es mochte alljährlich in Berlin im Anschlusse an die Sitzungen des Reichstages tagen. Dem Zollbundesrat lag das Stimmenverhältnis des Deutschen Bundes zugrunde. In Bayern glaubte man in diese Vorschläge unter keinen Umständen einwilligen zu können. Man verlangte mehr Stimmen im Zollbundesrate und wehrte sich gegen das Zollparlament. Bismarck war unerbittlich, und acht Tage nach dem Inkrafttreten der Verfassung des Norddeutschen Bundes mußte sich die bayerische Regierung in allem Wesentlichen fügen. Im Herbste unterwarfen sich auch die Kammern in Bayern wie in Württemberg nach schweren Kämpfen sowohl um die Schutz- und Trutz- wie um die Zollvereinsverträge. Bismarck war an dem Ziele, das er sich einstweilen gesetzt hatte, und von dem aus er nach all seinen Überlegungen seit 1858 ein friedliches Verwachsen des Südens mit dem Norden nicht für ausgeschlossen hielt. Aber Druck und Gegendruck war noch zu stark, als daß sie sich über dem Ringen um die neue Verfassung des Zollvereins nicht vollends entzündet hätten. Die Stimmung der süddeutschen Bevölkerung wurde sehr preußenfeindlich. In Darmstadt und Stutt-

gart regten sich auch in den Dynastien die der Einheit widerstrebenden Gefühle wieder lebhaft, dort mit der Richtung auf Paris, hier mit der Richtung auf Petersburg. Die internationale Politik ließ sich die Gunst der Lage nicht entgehen. Beust begünstigte im Herbst 1867 einen Besuch Napoleons bei seinem Kaiser in Salzburg und einen Gegenbesuch in Paris. Auf der Durchreise durch die süddeutschen Hauptstädte wurde Napoleon von einem Teile der Bevölkerung warm begrüßt. Österreich wie Frankreich verabredeten in Salzburg einen Druck auf Bayern, damit es die liegengebliebenen Verhandlungen über die Errichtung eines Südbundes wieder aufnehme. Bismarck parierte den Hieb durch ein Rundschreiben vom 7. September, worin er darlegte, daß der Norddeutsche Bund in loyaler Erfüllung des Prager Friedens die süddeutschen Staaten nicht zum Anschluß an seine Verfassung dränge. In den folgenden Monaten hat sich der Kanzler sogar freundlich zu den Bemühungen um den Südbund gestellt. Freilich gab es dabei nichts zu wagen, weil Baden scharf gegen den Plan arbeitete und auch Württemberg nichts mehr davon wissen wollte. Aber wäre dem gleich anders gewesen, erschien Bismarck doch äußerste Vorsicht Süddeutschland gegenüber durch die innere wie die auswärtige Lage geboten. Die Wahlen zum ersten regelmäßigen Reichstag des Norddeutschen Bundes ergaben soeben ein für ihn im Hinblick auf den Süden unerfreuliches Ergebnis. Die Katholiken der Rheinprovinz hatten am Anfang des Jahres für den die Verfassung beratenden Reichstag großenteils Männer gewählt, die der freikonservativen Partei beigetreten waren. Sie verhalfen diesmal Linksliberalen zum Siege. Wenige Wochen später kam in den süddeutschen Staaten die Wahlbewegung für das erste Zollparlament in Fluß. Sie endigte damit, daß trotz überlegener Organisation der nationalliberalen Partei mehr Gegner als Freunde des Anschlusses gewählt wurden. In Württemberg siegte die Opposition in allen Wahlkreisen. Eine gewisse Verknüpfung zwischen diesen innerpolitischen

Vorgängen und den europäischen Schwierigkeiten des Norddeutschen Bundes stellten unterdessen die ihres Thrones entsetzten Fürsten von Hannover und Kurhessen her. Sie spornten ihre Getreuen daheim zur agitatorischen Tätigkeit unter ihren einstigen Untertanen an. Sie unterstützten preußenfeindliche Bestrebungen in den übrigen Gebieten Deutschlands. Sie taten auch nichts dagegen, daß sich auf außerdeutschem Boden ihre Anhänger sammelten, um gleich den Emigranten zur Zeit der französischen Revolution im Falle eines europäischen Krieges für die Wiederherstellung des hannoverschen und des kurhessischen Thrones zu kämpfen. Besondere Aufmerksamkeit aber wandte die welfische Agitation dem Königreich Sachsen zu. Sowohl Beust wie die Umgebung König Georgs von Hannover hoffte, daß König Johann im Norddeutschen Bunde einen Streitfall mit Bismarck herbeiführen würde, der Preußen zum Einmarsch in Sachsen und dieses zum Hilferuf an Kaiser Franz Joseph und die Süddeutschen veranlaßte. Bismarck versuchte demgegenüber, vorausgesetzt, daß er sein Verhalten hinterher zutreffend aufklärte, den Gegner zu überlisten. Er bewog König Georg zu einem Vertrag über sein von Preußen beschlagnahmtes Hausvermögen. Ließ sich der König die Rente seines Vermögens von dem Sieger zusichern, so verzichtete er als Ehrenmann nach Bismarcks Behauptung, nicht in Worten, aber durch die Tat, auf sein Königreich. Fuhr er dennoch fort, Preußen zu bekämpfen, so stellte er sich selber bloß. Im Laufe des Jahres 1867 gelangte der Kanzler mit den Unterhändlern des Königs, darunter Ludwig Windthorst, zur Abrede. Kaum aber war im preußischen Landtag der Vertrag genehmigt, so schob Bismarck seine Ausführung mit der Berufung auf des Königs feindliche Umtriebe wieder auf. Der Erfolg entsprach nicht seinen Erwartungen, wenn er sie denn in Wahrheit hegte.

Insgesamt bewirkten die Vorgänge eine aufgeregte Spannung der Lage. Edmund Jörg durfte im vorigen Abschnitt als Verfasser der Zeitläufe in den „Historisch-politischen Blättern"

zum Kronzeugen dafür angerufen werden, daß Österreich und die Mittelstaaten den Bedürfnissen Preußens vor 1866 nicht gerecht wurden und demgemäß das Recht bei der Herbeiführung des Bruches im Kern auf Bismarcks Seite lag. Die Erschütterung des Krieges und die ihm folgenden Änderungen hatten dem ausgezeichneten Publizisten seine Nerven gekostet. Er war zum blinden Gegner Bismarcks geworden. Gescheit und urteilsfähig blieb er dennoch, und deshalb ist es mit fast demselben Rechte erlaubt, sich auch auf seine Auffassung der Lage in den Jahren 1867 und 1868 zu stützen; sie unterscheidet sich von der Bismarcks nicht wesentlich in der bedrohlichen Einschätzung der gegen Preußen gerichteten Kräfte. Im Mai 1868 wurden die Verhandlungen des Zollparlaments eröffnet. Das ungeduldige Hoffen und Harren der Nationalliberalen auf einen Fortschritt der Verfassung verleitete sie, eine Adresse des Zollparlamentes an den König von Preußen in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundes zu beantragen. Darin wünschten sie dem Verlangen Ausdruck gegeben zu sehen, daß die Wirksamkeit des Zollparlamentes zum Ausbau der Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland führen werde. Viele Mitglieder des Zollparlamentes waren teils als Gegner des Norddeutschen Bundes und seiner Erweiterung über den Süden, teils als Gegner der Nationalliberalen der Adresse abgeneigt. Aber sie hatten bis zur Eröffnung des Parlaments untereinander jedes persönlichen Zusammenhanges entbehrt. Ludwig Windthorst, der als Mitglied des Norddeutschen Reichstages dem Zollparlament angehörte, sammelte sie und bewährte damit zum ersten Male sein Genie als Taktiker auf dem parlamentarischen Boden. Der Antrag wurde mit 186 gegen 150 Stimmen geworfen. Bismarcks Verhältnis zu dem Vorstoß der Nationalliberalen ist nicht völlig aufgeklärt. Auf jeden Fall war er darauf bedacht, sich sorgsam im Hintergrunde zu halten. Nur für einen Augenblick trat er nachträglich hervor, als ein Gegner seiner Politik, der württembergische Demokrat Probst, sich rednerisch vergriff und auf

Napoleon anspielte, der auf den Austrag der Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland, Verderben sinnend, passe. Mit Nachdruck legte der Kanzler nach dem falschen Zungenschlage des Süddeutschen Berufung an die Kraft und das Selbstbewußtsein des deutschen Nationalgefühls ein und machte die Niederlage der Nationalliberalen zwar nicht wett, milderte aber ihren Eindruck auf die öffentliche Meinung. Immerhin bedeutete der Anfang wie auch weiterhin der unfruchtbare Verlauf der ersten Tagung des Zollparlaments einen erheblichen Rückschlag für die Bestrebungen Bismarcks, die süddeutschen und norddeutschen Staaten auf friedlichem Wege zu einem einzigen Bunde zu verschmelzen.

Nach diesen Erfahrungen überwachte Bismarck in der auswärtigen Politik mit wachsender Sorge das gefährliche Spiel, in das sich Beust und Napoleon III. zu Salzburg eingelassen hatten. Wahrscheinlich war es beiden Männern nicht tiefer Ernst damit. Napoleon wurde von Jahr zu Jahr hinfälliger. Auch fühlte er den Boden Frankreichs unter seinem Throne beständig brüchiger werden. Er mußte den Liberalen Zugeständnisse machen und sie an der Bildung des Ministeriums beteiligen. Sie aber suchten den Krieg nicht. Beust hinwiederum war zu sehr Schaumschläger, als daß er in der entscheidenden Stunde über die Nervenkraft zur Heraufbeschwörung eines Krieges verfügt hätte. Zudem verlor er durch die Wendung, die in den innern politischen Verhältnissen der habsburgischen Monarchie nach dem Kriege von 1866 nicht mehr aufzuhalten war, die Freiheit des Entschlusses. Durch die Umwandlung der Monarchie in den Doppelstaat Österreich-Ungarn erhielt Ungarn einen eignen Ministerpräsidenten, und dieser, Graf Julius Andrassy, bekümmerte sich lebhaft um die Leitung der auswärtigen Geschäfte. Obwohl kein Freund Preußens und kein unbedingter Anhänger des Friedens, war er doch zu sehr von der orientalischen Frage und der Sorge vor Rußland eingenommen, als daß er Beust eine Politik der Rache für das Jahr

1866 treiben ließ, von der die Ungarn keinen Vorteil hatten. Die persönliche Unkraft Beusts und Napoleons verbürgte jedoch nicht, daß ihr den Zunder häufendes Intrigenspiel friedlich ausging. Schon während der ganzen zweiten Hälfte des Jahres 1868 war der Ausbruch eines großen Krieges nicht unwahrscheinlich. Viktor Emanuel von Italien suchte Napoleon, dadurch daß er ihm Kriegshilfe anbot, zur Aufgabe seines Widerstandes gegen die Besetzung Roms durch die Piemontesen zu bewegen. Für Österreich-Ungarn war es eine Voraussetzung des Abschlusses mit Frankreich, daß Italien der Dritte im Bunde wurde und ihm nicht wieder wie 1866 in den Rücken fiel. Napoleon konnte seiner Katholiken wegen die weltliche Herrschaft des Papstes nicht unzweideutig opfern. Es schien sich jedoch ein Ausweg durch den katholischen Eifer der Königin Isabella von Spanien zu bieten. Napoleon dachte daran, sich durch sie im Schutze der ewigen Stadt ablösen zu lassen. Das Hindernis zwischen Italien und ihm wäre damit nicht überwunden, aber vielleicht für eine Weile beiseite geschoben gewesen. Indessen im September 1868 wurde Isabella entthront, und liberale Machthaber ergriffen an ihrer Statt die Zügel der Regierung. Das unentschiedene Geschick Roms hielt Napoleon und Viktor Emanuel voneinander. Die Verhandlungen über ein Bündnis Frankreichs, Italiens und Österreich-Ungarns rissen trotzdem nicht mehr ab, rückten jedoch auch kaum von der Stelle. Neben ihnen her lief ebenso langwierig und unabsehbar das Ringen in Spanien und zwischen den Kabinetten um die Wiederbesetzung des spanischen Thrones. Bismarck wurde schon im Herbste 1868 davon unterrichtet, daß außer vielen andern Anwärtern der Erbprinz des süddeutschen Hauses Hohenzollern in Betracht käme. Seine eigne, lebhafte Aufmerksamkeit für die Frage galt noch vorwiegend dem Wunsche, Isabella einen liberaler gerichteten Nachfolger zu geben und wenn möglich auch Viktor Emanuel über der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen in Madrid wieder näher zu kommen. Rascher glückte

es Bismarck, sich aus einer Schlinge herauszuziehen, die Beust ihm in Ungarn gelegt hatte. Er sollte den rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu im Streben nach Landerwerb auf ungarische Kosten bestärkt haben. Auf Bismarcks Anraten wurde Bratianu von seinem erst 1866 nach Rumänien gekommenen Fürsten Karl von Hohenzollern entlassen. Aber die Lage blieb unbehaglich, und der Norddeutsche Bund litt vor allen andern Gebieten unter ihrem Drucke. Im Oktober 1868 sagte Napoleon zu dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen, die französischen Kanonen würden von selbst losgehen, wenn Preußen die Mainlinie überschritte. Noch nach Bratianus Entlassung nahm der der ungarischen Regierung dienende „Pesti Napló" einen Artikel auf, der die gleiche Meinung ausdrückte. Im folgenden Jahre schickte Napoleon einen der gewandtesten Männer seiner Umgebung, den General Fleury, nach Petersburg, um aus der Vermählung des russischen Thronfolgers mit der dänischen Prinzessin Dagmar und aus ihrer glühenden Heimatliebe Nutzen für die französische Politik zu ziehen. Bismarck hatte im Prager Friedensvertrag versprochen, daß Preußen den Dänen Nordschleswigs die Wahl zwischen Preußen und Dänemark lassen werde. Noch war das Versprechen unerfüllt. Der Zar sollte den Kanzler mahnen. Hörte Bismarck auf ihn, so hoffte Napoleon, der öffentlichen Meinung Frankreichs, die ihm seit 1865 Mangel an Erfolg vorwarf, wenigstens eine geringfügige Genugtuung zu bieten. Weigerte sich Bismarck aber, so kühlte sich wohl die enge Freundschaft zwischen dem Berliner und russischen Hofe ab. Fleury begegnete der erwarteten Abneigung gegen Bismarck nicht nur im Kreise des Thronfolgers, sondern bei vielen Mitgliedern der Zarenfamilie. Genährt wurde sie noch mit besonderm Eifer von der weiblichen Verwandtschaft des Zaren am württembergischen Hofe. Inzwischen wurde in Bayern unter Jörgs Führung 1869 eine „Patriotenpartei" mit dem ausgesprochenen Zwecke gegründet, die mannigfachen Gegner des Norddeutschen Bundes zum gemeinsamen Drucke

auf das Ministerium Hohenlohe zu sammeln, das noch immer im Verdachte der Anschlußbereitschaft an Bismarck stand. In Württemberg verdoppelte die demokratische Partei ihre Anstrengungen, um einen Sturm gegen Preußen in den Kammern vorzubereiten. Sie wirkte auch als Pate mit, als es in demselben Jahre zur Begründung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter Liebknecht und August Bebel kam. Die neue Partei übernahm außer den internationalen Idealen und den sozialistischen Dogmen ihrer geistigen Häupter Karl Marx und Engels ein gut Teil der demokratischen Schlagworte gegen den preußischen Staat und seine Art in ihr Programm.

Bismarck sah sich allenthalben in die Abwehr gedrängt. Seinen Zorn darüber ließ er in heftiger Zeitungsfehde an Beust aus. Hingegen beteuerte er noch immer sein Vertrauen auf die Friedensliebe des französischen Volkes und Napoleons. Den politisch Tätigen daheim legte er unermüdlich besonnene Zurückhaltung ans Herz. Er selbst aber konnte es auf die Dauer nicht dabei bewenden lassen. Der Stillstand der Einheitsbewegung drohte zum Rückgange zu werden. Am unerfreulichsten empfand er, daß die Regelung und Einrichtung der Bundesfinanzen trotz aller Änderungen am Entwurfe der Bundesverfassung bei dessen Beratung noch unvollkommen geblieben war. Angesichts der Möglichkeit, daß es wiederum zum Kriege kam, drängte sich ihm der Wunsch auf, finanzpolitisch gesichert dazustehen. Da er aber die Unlust der liberalen Mehrheit kannte, ihm Steuern zu bewilligen, wie er sie wünschte, so hätte er im Herbste 1868 beinahe den Konflikt zwischen den Liberalen und der Regierung wieder heraufbeschworen. Er mutete dem Bundesrate eine Auslegung der Verfassung zu, wonach es zur Ausschreibung von Matrikularbeiträgen nicht der Zustimmung des Reichstages bedurfte. Die Regierungen ließen sich nicht darauf ein. Im folgenden Frühjahr entschloß sich Bismarck unversehens, den Reichstag mit einer Reform der Bundesfinanzen zu befassen. Er war von jeher ein Anhänger indirekter

Steuern und durch seine Wertschätzung des napoleonischen Verwaltungssystems noch darin bestärkt worden. Auf sein Verlangen brachte der preußische Finanzminister von der Heydt eine Anzahl von Steuervorschlägen „tropfenweise" beim Reichstag ein, so wie sie in überstürzter Arbeit fertig wurden. Vielleicht hätte Bismarck trotzdem bei den Liberalen etwas erreicht, wenn er bereit gewesen wäre, ihnen hinwiederum verfassungspolitische Zugeständnisse zu machen. Sie verlangten als Entgelt, daß in Preußen wenigstens eine direkte Steuer, herauf- oder herabsetzbar, je nach dem jährlich wechselnden Bedarfe des Staates, eingerichtet würde. Damit hätten sie den Artikel 108 der preußischen Verfassung zu Fall gebracht. Er war ihnen längst ein Dorn im Auge, weil er das Bewilligungsrecht des preußischen Abgeordnetenhauses einschränkte; aber ebenso eifrig hatte Bismarck schon als Abgeordneter für ihn gekämpft. Die Finanzreform fiel. Nationalliberale und Freikonservative unterstrichen noch, daß der alte grundsätzliche Widerspruch zwischen Bismarck und ihnen fortbestand, indem sie den 1867 zurückgewiesenen Antrag auf Bundesministerien wieder zur Rede brachten. Verstimmter als zuvor gingen Bismarck und die Reichstagsmehrheit voneinander. Bismarck fühlte das Mißliebige dieses Ausganges um so peinlicher, als die Nationalliberalen eine starke Deckung aus fürstlichen Kreisen, teils von Angehörigen der 1806 mediatisierten Fürstengeschlechter, teils auch von regierenden Fürsten der Kleinstaaten und schwächeren Mittelstaaten erhielten. Männer wie Hohenlohe einerseits und die Großherzöge von Baden und Oldenburg, sowie einzelne der thüringischen Fürsten anderseits verlangten ebenso ungeduldig wie die Nationalliberalen nach der Ausbildung der deutschen Einheit. Ihre Kritik, die den Schwierigkeiten der auswärtigen Politik nicht gerecht wurde, bedrohte Bismarck besonders dadurch, daß sie, wie schon bei ihrem ersten Auftauchen vor dem Kriege mit Österreich, Rückhalt an der preußischen Königin und dem Kronprinzenpaare fand. Daraufhin änderte Bismarck

kurz nach dem Scheitern der Finanzreform plötzlich von Grund aus die Taktik. Im Bundesrate stritt man, ob die Marine Bundesmarine oder Königlich Preußische Marine sei. Bismarcks alter Freund, der Kriegsminister, nahm sie für den König von Preußen in Anspruch und erwartete dafür die Unterstützung Bismarcks. Bismarck aber schlug sich auf die andere Seite und legte in tiefer Erregung Roon seine abweichende Meinung dar. „Die Form, in welcher der König Kaiserrechte in Deutschland übt, hat mir niemals eine besondere Wichtigkeit gehabt; an die Tatsache, daß er sie übt, habe ich alle Kraft des Strebens gesetzt, die mir Gott gegeben. Hätten wir 1866 sofort das „Deutsch" oder „Norddeutsch" dem „Preußisch" substituieren können, wären wir jetzt schon um 20 Jahre weiter. Ich hoffe zu Gott, daß die Zeit kommen wird, wo unsere Söhne es sich zur Ehre rechnen werden, den Söhnen des Königs in einer deutschen Flotte und im deutschen Heere zu dienen." Bismarck hatte sich in die Woge des deutschen Unitarismus gestürzt, um sich von ihr über die Hemmnisse tragen zu lassen, die sich seit dem Sommer 1867 immer dichter und tiefer vor ihm auftürmten und deren Überwindung auf keine andere Weise noch möglich schien. Er brüstete sich gegen den Freund mit seiner „nationalen Schwärmerei". Im Herbste ersetzte er den Finanzminister von der Heydt durch ein Mitglied der rheinischen Familie Camphausen, die in der Revolution des Jahres 1848 für die liberale Sache wichtig geworden war, einen Günstling der Königin Augusta und einen Freund Rudolf von Delbrücks. Diesem selbst verhalf er etwa zur selben Zeit zu Einfluß auch im preußischen Staatsministerium. Den anpassungsfähigen Grafen Eulenburg hieß er, im kommenden Winter die 1862 ins Hintertreffen geratenen Bemühungen um eine Kreisordnung, die den liberalen Wünschen entgegenkam, wieder aufzunehmen. Vor allem aber bildete der Kampf mit Roon, das Bekenntnis zu den Kaiserrechten, wohl den Auftakt zu einer andern größern Maßnahme, die Bismarck persönlich im Winter 1869 auf 1870

verfolgte, um den Nationalliberalen und noch mehr der Fürstenopposition eine Genugtuung zu verschaffen.

Während sich alles in der allgemeinen deutschen Politik seit dem Sommer 1867 unerfreulich gewendet hatte, war an einer Stelle in aller Stille ein erheblicher Fortschritt angebahnt worden. In das badische Ministerium trat 1868 ein preußischer General als Kriegsminister ein. Ein Preußen schwärmerisch ergebener Offizier wurde der Berater des württembergischen Kriegsministers bei der neuen Organisation des Heeres. Es kamen zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten Vereinbarungen zustande, die einen gemeinsamen Aufmarsch und eine einheitliche Führung im Falle eines französischen Krieges vorbereiteten. Dieser wichtige Erfolg scheint Bismarck die Hoffnung eingeflößt zu haben, daß er den König von Bayern bereden könnte, dem Könige von Preußen die Kaiserwürde anzubieten. Sein Gedankengang war, daß die oberste Kriegführung den wesentlichen Inhalt der Kaiserwürde mittelalterlicher Zeiten gebildet habe, und daß sich anderseits die süddeutschen Fürsten im Kriege ohne innere Bedrängnis einem Kaiser unterordnen könnten, während die Unterordnung unter den preußischen König als bloßen Präsidenten des Norddeutschen Bundes ihre Bedenken habe. Indem sich Bismarck zur Gewinnung des Königs von Bayern hervorragender Mitglieder der Fürstenopposition bediente, glaubte er sie wieder für seine Politik einnehmen zu können, wie er denn auch die Nationalliberalen durch Andeutungen auf dem laufenden hielt. Ende März oder im April 1870 geriet der Versuch ins Stocken und wurde erst kürzlich wieder von der Forschung aufgedeckt. So geringe Bedeutung erlangte der Plan im Vergleich zu den Gegenströmungen, die Bismarck mit ihm bekämpfen wollte, und die nun erst recht übermächtig zu werden drohten.

Bismarcks Stellung galt in jenen Wochen für erschüttert. Entrüstet kanzelte er im Februar vor versammeltem Reichstage die badische Regierung ab, weil er sie hinter einem national-

liberalen Antrag vermutete, der das Drängen Badens auf Angliederung an den Bund lobte und ihm bei den Bundesregierungen nachhelfen sollte. Der Antrag kam nicht nur dem Kaiserplan in die Quere. Er erschien dem Kanzler auch wegen der Wirkung auf die übrigen Süddeutschen unzeitig. Wiederholte Neuwahlen in Bayern hatten der Patriotenpartei die Mehrheit verschafft. König Ludwig entließ nach einigem Zögern Hohenlohe und ersetzte ihn durch den Grafen Bray. Bayern wie Württemberg standen im Frühjahr 1870 durch eine eigenartige Verknüpfung ihrer parteipolitischen Entwicklung mit einer allgemein abendländischen Bewegung, die während des Winters aufgekommen war, vor ernsten Ereignissen. Es hatte sich ein großer Teil der westeuropäischen Liberalen das Ideal einer gleichmäßigen Abrüstung der Großmächte und der Aufrichtung eines friedlichen Einvernehmens unter ihnen in den Kopf gesetzt. Nachgiebig gegen diese Stimmung und wohl auch nicht ohne eigennützige Hintergedanken ließ das französische Ministerium durch das englische Auswärtige Amt eine entsprechende Anfrage an Bismarck gelangen. Er lehnte entschlossen ab. Aber im Reichstage suchten ihm die Linksliberalen unter der Führung Virchows durch einen Antrag auf Abrüstungsverhandlungen die Kreise zu stören. Die sächsischen Kammern wurden der Schauplatz eines ähnlichen Bemühens. Vor allem aber schöpften die Zweiten Kammern Bayerns und Württembergs aus der Friedensbewegung die Kraft zu ihrem ohnehin beabsichtigten Angriff auf die Abreden ihrer Kriegsministerien mit Preußen über die Heeresorganisation und Bewaffnung. In Bayern bereitete die Patriotenpartei den Angriff nach langen, zum Teil schwungvoll nationalen Debatten über die politische Lage in Deutschland bedächtig vor. Die württembergische Demokratie dagegen wagte sofort einen wuchtigen Sturm. Sie kündigte für das nächste Budget einen Antrag auf Herabsetzung der Mannschaftsstärke und auf eine andere Einrichtung des Heeres an. Die Regierung wollte nachgeben; der Kriegs-

minister ging. König Karl war kein Preußenfreund; aber er fühlte, daß er sein königliches Ansehen mitgefährdete, wenn er der Demokratie den Sieg unbestritten ließ. Er ernannte Preußens heißblütigen Verehrer im Kriegsministerium, den General v. Suckow, zum Kriegsminister. Der Kampf sollte im Herbst ausgetragen werden. Der württembergische Ministerpräsident und Graf Bray suchten eine Verständigung miteinander, um gemeinsamer Gefahr begegnen zu können. Nur wenn auch in Bayern die Abwehr aufgenommen wurde und glückte, hatte der Widerstand in Württemberg Aussicht auf Erfolg. Ließen sich dagegen die Ministerien zwingen oder wurden sie gezwungen, von den militärischen Abreden mit Preußen zurückzutreten, so war die Rückwirkung auf den Zollverein und die Schutz- und Trutzverträge unabsehbar. In der auswärtigen Politik war es inzwischen im Herbste 1869 zu einem Austausch von Briefen zwischen den Herrschern Frankreichs, Italiens und Österreich-Ungarns gekommen, der Napoleon mit sachlich noch nicht begründeten großen Hoffnungen erfüllte. Im Dezember war Beust bei Viktor Emanuel in Florenz. Der Februar 1870 brachte die Überreichung eines österreichischen Bündnisentwurfes in Paris, und der März einen Besuch des Erzherzogs Albrecht dort. Der Erzherzog war der tüchtigste Heerführer des habsburgischen Staates, zugleich ein scharfer Gegner des Bismarckischen Preußen. Er erschien, um Fragen eines allgemeinen Aufmarsches zu erörtern. Leider läßt sich noch nicht festlegen, ob in diese Monate auch Abmachungen fielen, die nach einer spätern Angabe des Zaren zwischen ihm und Napoleon über die Zukunft der süddeutschen Staaten getroffen wurden. Zu vermuten ist es. Ihr Los sollte „erträglicher", der österreichische Kaiser zu ihrem Protektor bestellt werden. Bismarck hatte diesem Spiele gegenüber kaum noch einen Trumpf in der Hand. Er nahm an Stichkarten auf, was er bekommen konnte, und waren sie gleich nur wenig sicher. Die Lösung der von ihm nicht mehr aus dem Auge gelassenen

spanischen Thronfolge war seit dem Herbst 1868 immer auf demselben Flecke geblieben. Aussichten, die Madrid gehabt hatte, andere Anwärter zur Annahme einer Königswahl zu bewegen, waren geschwunden. Die süddeutschen Hohenzollern traten in den Vordergrund. Auch sie hatten ursprünglich wenig Neigung für das dornenvolle Amt gezeigt. Allmählich aber ließ sich ihr Familienhaupt, Fürst Karl Anton, durch den Ehrgeiz locken, einen Sohn in Spanien wie schon einen andern in Rumänien regieren zu sehen, während die preußische Linie das Schwergewicht Zentraleuropas repräsentierte. Nun riet auch Bismarck zu, um sich nach der Seite Frankreichs hin Erleichterung zu verschaffen oder um den Knoten zu schürzen. Das letzte Wort lag bei König Wilhelm. Er war gegen das Abenteuer. Karl Anton stellte alles auf seine Entscheidung. Der 1868 genannte, durch seine Frau thronberechtigte Erbprinz Leopold war selbst im Falle der Zustimmung des Königs zur Annahme der Wahl nicht bereit. Man schlug seinen jüngern Bruder, den Prinzen Friedrich, vor. Bismarck strengte sich einige Wochen aufs äußerste an, diesen nach Madrid zu bringen. Aber nach mehrwöchigem Überlegen verweigerte König Wilhelm dem Prinzen die Erlaubnis. Die Spanier wandten sich in ihrer Verlegenheit an Napoleon, damit er ihre Thronfolge endlich regele. Er tat im Mai Schritte deshalb; sie förderten jedoch die unselige Angelegenheit nicht besser als alles bisher Geschehene. Ende Mai erfuhr Bismarck, daß die Hohenzollern wieder in Madrid die nächsten am Ziele seien und der Erbprinz nunmehr selbst nach der Krone strebe. In Übereinstimmung mit dem Kanzler vereinbarte Karl Anton mit den Spaniern, das Geheimnis der Kandidatur streng zu wahren und die Wahl bis Ende Juni herbeizuführen. Am 21. Juni verzichtete König Wilhelm sorgenerfüllt auf seinen Widerspruch. In Paris wehte der Wind nach kurzem Abflauen wieder kräftig aus einer preußenfeindlichen Richtung. Napoleon hatte im Mai den langjährigen Botschafter Frankreichs am

Wiener Hofe, den als Persönlichkeit ungeeigneten Herzog von Gramont, zum Minister des Auswärtigen berufen. Ende des Monats ordnete der Kaiser, ungefähr zur selben Zeit mit der entscheidenden Wendung der hohenzollerischen Entschlüsse über die spanische Thronfolge, auf Grund eines Kriegsrates den General Lebrun nach Wien ab. Der Auftrag des Generals wies ihn an, die mit Erzherzog Albrecht geführten Besprechungen wieder aufzunehmen. Kaiser Franz Joseph machte seine Haltung wie bisher stets von den süddeutschen Fürsten und dem deutschen Volke abhängig. Napoleon war sich klar darüber, daß Frankreich das Erscheinen eines Hohenzollern in seinem Rücken als Kriegsfall betrachten müsse. Er hoffte darauf, daß die süddeutschen Staaten diesen Kriegsfall als hohenzollerische Hausangelegenheit ansehen und Preußen nicht unterstützen würden. Bismarck hinwiederum wollte abwarten, wie sich Napoleon zu der vollendeten Tatsache stellte. Indessen, Mißverständnisse und Unsicherheiten auf der spanischen Seite veranlaßten Ende Juni eine Vertagung der Cortes, ohne daß sie zur Königswahl aufgefordert wurden, und gleich darauf verriet ein spanisches Blatt das Geheimnis. Bismarck gestand sich ohne Zaudern ein, daß der Stich verloren war. Er hatte nur den einen Gedanken, den Mißerfolg auf die Rechnung der süddeutschen Hohenzollern und ihrer Anhänger in Madrid zu schreiben, Preußen als unbeteiligt darzustellen. Napoleons Interesse aber war dem Bismarcks entgegengesetzt. Der Ausgang des Spiels mußte zur diplomatischen Niederlage Preußens, als Sieg des Kaiserreichs gestempelt werden. Gramont handelte in diesem Sinne. Er schürte den Unwillen der Pariser über die unerwartete Kunde. Er stellte die Dinge auf des Messers Schneide, als er am 6. Juli nach vorangegangenem Ministerrat in der Kammer Stellung nahm und mit Worten schloß, die Preußen kränkten. Bismarck saß in Varzin, König Wilhelm weilte in Ems zur Kur. Aus der räumlichen Trennung der beiden ausschlaggebenden Männer der preußischen Politik

hofften die Franzosen Nutzen zu ziehen. Während sie in Florenz und Madrid die Bündnisfrage stellten und Vorkehrungen für die Mobilisation trafen, sollte Benedetti, der gewandte und tüchtige Botschafter Frankreichs am preußischen Hofe, dem König nahelegen, daß er dem Erbprinzen rate, zurückzutreten, nach einer etwas spätern Weisung sogar den Rücktritt ihm befehle. Benedetti bediente sich mit außerordentlichem Geschick der in Coblenz residierenden Königin Augusta, um den König dahin zu bringen, daß er sich in Verhandlungen einließ und Frankreich nicht an Bismarck verwies. Es war, wie es der neueste Schilderer jener Tage beurteilt, der größte und gefährlichste Sieg, den Augusta bei ihrem Gemahl je über Bismarck davontrug. Der König gestand seinen Anteil an dem Entschluß des Erbprinzen zu und bemühte sich in Sigmaringen, wohin sich die französische Regierung gleichzeitig auch selbst gewandt hatte, um den Rücktritt. Für den verreisten Erbprinzen sprach Karl Anton am 12. Juli den Verzicht aus. Um aber die preußische Politik vor Schädigung zu bewahren, richtete er die Erklärung nach Madrid. Der französischen Regierung war damit nicht ausreichend gedient. Sie wünschte deshalb eine Bestätigung des Rücktritts durch König Wilhelm; nach Benedettis Berichten konnte er sie kaum versagen. Weil jedoch bei den Schwierigkeiten der spanischen Thronfolge ein abermaliges Zurückgreifen der spanischen Machthaber auf die Hohenzollern nicht ausgeschlossen war, verfiel Gramont auf den Einfall, den König auch um eine Bürgschaft für die Zukunft anzugehen. Dieser Entschluß des Ministers war von verhängnisvoller Tragweite. Schon daß sich Napoleon der öffentlichen Meinung wegen nicht mit der Ausschaltung der hohenzollerischen Kandidatur durch Karl Anton begnügte, sondern sich an Preußen hielt, nahm der Angelegenheit für die süddeutschen Fürsten das Gepräge einer hohenzollerischen Familiensache. Aber ihre Schwenkung brauchte keine Folgen zu haben, wenn König Wilhelm selbst die Bestätigung des Rücktritts ge-

währte. Hätte also der französische Minister nichts weiter gefordert, so hätte Frankreich möglicherweise die vielen Enttäuschungen der letzten Jahre wieder einmal durch einen glänzenden Erfolg wettgemacht. Bismarck reiste voller Unruhe am 12. Juli von Varzin nach Berlin. Sein Ziel war Ems. Aber die geschickte Wendung Karl Antons, die guten Meldungen aus Süddeutschland, nicht zuletzt auch, daß er Gortschakow in der Hauptstadt traf, hielten ihn dort fest. Rußland war eine unbestimmte Zahl in seiner Rechnung geworden. Der Zar hatte einer Bitte Napoleons Folge geleistet, König Wilhelm zur Erzwingung des Rücktritts des Erbprinzen zu bewegen. Offenbar war er auch keineswegs geneigt, wenn es zu einem Kriege zwischen Preußen und Frankreich kam, jenem den Weg nach Süddeutschland freizugeben. Er plante vielmehr zum Schlusse eine gemeinsame diplomatische Dazwischenkunft Österreich-Ungarns und Rußlands, um die seit dem Prager Frieden schwebende Lage Süddeutschlands zu ordnen. Hätte Napoleon in diesem Augenblicke seiner Bitte das Anerbieten folgen lassen, Rußland bei der Wiederherstellung seiner Seeherrschaft auf dem Schwarzen Meere diplomatisch zu unterstützen, so wäre der russische Druck auf Preußen wohl noch stärker geworden. Aber wie in früheren Fällen, sprach Napoleon auch diesmal das erlösende Wort für die russisch-französischen Beziehungen nicht aus. Dagegen besann sich Bismarck nicht lange. Verhandlungen entspannen sich zwischen ihm und dem russischen Kanzler. Ihr Ergebnis wurde nach einiger Zeit die Ermunterung Rußlands zum Aufwerfen der Schwarzmeerfrage, für Preußen aber das Versprechen Rußlands, die Unterstützung Frankreichs durch Österreich-Ungarn, wenn nötig, mit den Waffen zu verhindern. Nur über das Los der süddeutschen Staaten scheint keine Verständigung erfolgt zu sein. Der russischen Regierung voraussichtlich sicher, schmiedete Bismarck noch am 12. Juli seinen Plan. Er wollte von Frankreich eine ausdrückliche Versicherung verlangen, daß es sich mit dem Verzicht Karl Antons zufriedengebe, und

dadurch den Spieß umkehren. Da befreite ihn die Bürgschaftsforderung Gramonts am folgenden Tage von allen Zweifeln. Der König schlug Benedetti aus eignem politischen Taktgefühl jede Erörterung darüber ab; freilich hielt er sich auch jetzt noch gebunden, dem Botschafter seine Mißbilligung des Rücktritts ausdrücklich zu bestätigen. Das Telegramm darüber hatte Bismarck nur in eine knappere, wirkungsreichere Fassung zu bringen, um die Zumutung Gramonts an den deutschen Höfen, vor allem bei Ludwig II. von Bayern, als eine Verletzung der von allen Monarchen gleichmäßig zu wahrenden Achtung der königlichen Würde und vor dem deutschen Volke als eine schwere Kränkung des deutschen Selbstbewußtseins erscheinen zu lassen. Der Widerhall war ungemein stark. Von heute auf morgen sahen sich die Franzosen durch einen Fehlgriff aus einer aussichtsvollen diplomatischen Offensive in eine demütigende Verteidigungsstellung zurückgeworfen. Bismarck stand vor Napoleon und forderte Rechenschaft und Entschuldigungen. Dessen Regierung glaubte das Kaiserreich nicht mehr fest genug in der öffentlichen Meinung gegründet, um eine derartig schwere Schädigung seines Ansehens überstehen zu können. Sie erklärte Preußen den Krieg. Während es aber ihr selbst nicht glückte, Österreich-Ungarn und Italien mit sich fortzureißen, schlossen sich die süddeutschen Regierungen ohne Zögern mit Preußen zusammen. Auch nur eine vorbeugende Anfrage, was aus ihnen nach einem siegreichen Kriege werden sollte, hielten sie nach kurzer Überlegung nicht für angebracht. Es blieb beim Austausch einiger gelegentlicher Bemerkungen, daß Preußen die großmütig gewährte Hilfe großmütig entgelten werde.

Der Krieg verlief bis zum Tage von Sedan ebenso siegreich, im einzelnen noch eindrucksvoller als der Krieg des Jahres 1866. Aber auch diplomatisch war die Lage während der Siegeswochen nicht weniger schwül als damals. Die Rücksicht auf Rußland legte Bismarck eine unbedingte Zurückhaltung gegenüber den süddeutschen Staaten auf. Sie ist in den Äuße-

rungen der preußischen Diplomaten und Zeitungen nicht zu verkennen. Sollte der Krieg die Angliederung des Südens an den Norden bringen, so mußten die süddeutschen Staatsmänner oder das sächsische Königshaus bewogen werden, die erste Anregung zu geben. England kümmerte sich mehr darum, daß Preußen keinen Landgewinn aus dem Kriege davontrage und Frankreich die Stellung am Oberrhein, aus der es bis zum 18. August militärisch schon hinausgeworfen war, wieder erlangte. Denn von ihrem Besitze hing ab, ob die französische Politik die süddeutschen Höfe ferner im Schach zu halten und damit auch den Vorteil der übrigen Großmächte, denen die Entstehung eines einigen Deutschen Reiches unlieb war, wahrzunehmen vermochte. All sein, zuweilen unvergleichliches Geschick entfaltete Bismarck darin, wie er noch vor Sedan die beiden anstößigen Punkte miteinander verband, um beide nach seinem Wunsche zu erledigen. Er bewog durch das Anschneiden der Frage, was aus dem eroberten Elsaß werden sollte, die süddeutschen Höfe zu Verhandlungen über ihr zukünftiges Verhältnis zum Norddeutschen Bunde und benutzte wiederum den Fortschritt dieser Verhandlungen, um den Erwerb des Landstrichs zwischen den Vogesen und dem Oberrhein sicherzustellen. Zwischenein aber erschreckte ihn der Sturz des Kaiserreichs in Paris und die neue Regierung der nationalen Verteidigung dort. Er ahnte in Gambetta, dem fähigsten Mitgliede der neuen Regierung, nicht nur den Organisator bisher ungepflegt gebliebener Heereskräfte des französischen Volkes, sondern auch den Organisator der radikalen Republik. Bismarcks stete, konservativer Denkart entspringende Furcht vor einem übermächtigen Erstarken der revolutionären Gewalten meldete sich in ihm. Da spann er die große Intrige, den in Metz eingeschlossenen Marschall Bazaine in einem Konflikte zwischen seinen Pflichten als Franzose und seiner Erschütterung über die durch Frankreich bedrohte soziale Ordnung zur Waffenerhebung gegen Gambetta anzuspornen. Sie führte zu keinem Ergebnis. Ende Oktober fiel Metz. Gangbarer

erwies sich ein Versuch, die Kaiser von Rußland und Österreich-Ungarn mit Gambetta zu schrecken, so daß sie zur Wiederherstellung des einstigen Verhältnisses der Ostmächte zu Preußen bereit wurden. Noch im September erging Bismarcks Mahnung an sie. Indessen auch hier reiften die Früchte des Versuchs erst später und unvollkommen. Während der Episode überließ Bismarck Mitarbeitern die Vorverhandlung mit den Süddeutschen. Es kam aber wenig dabei heraus. So lud er denn die Minister der süddeutschen Höfe wie die des sächsischen Königs für das letzte Drittel des Oktober nach Versailles ein, um selbst das Werk der Einigung mit ihnen ins Reine zu bringen. Er hatte die Führer der Nationalliberalen schon in den vorangegangenen Wochen Süddeutschland bereisen lassen, weil er den Respekt der süddeutschen Minister vor dem Parlamentarismus kannte. Jetzt holte er Bennigsen und die Seinen nebst einigen angesehenen Reichstagsmitgliedern anderer Parteien ebenfalls herbei. Keiner der süddeutschen Staatsmänner verschloß sich der Einsicht, daß die Beziehungen des Südens zum Norddeutschen Bunde geordnet werden müßten. Jedoch über die Art der Verbindung waren sie sich uneins. Für Bismarck kam es in alter Wertschätzung besonders auf die Stellungnahme Bayerns an. Verständigte er sich mit ihm, so fielen die andern Staaten von selbst. Graf Bray hatte im September an die Möglichkeit eines weiteren Bundes Bayerns mit dem durch die südwestdeutschen Staaten erweiterten Norddeutschen Bunde gedacht. Bray überlegte auch als weitere Möglichkeit die Auflösung des Norddeutschen Bundes und die Vereinigung aller deutschen Staaten auf einer neuen Grundlage, die lockerer als die Verfassung von 1867 war. Bismarck hielt Bray die erste Möglichkeit immer offen. Aber er drängte ihn, eine dritte Möglichkeit anzunehmen, die Bray auszuschließen gewünscht hatte, den Beitritt zum Norddeutschen Bunde unter einigen wenigen bedeutsamen Änderungen an dessen Verfassung und unter Vorbehalt mehrerer Sonderrechte für

Bayern. Als Beleg für die Stetigkeit von Bismarcks Denken in allen Grundfragen seiner Politik ist ungemein aufschlußreich, was er in Vorschlag brachte. Er hatte am Deutschen Bunde vor 1866 stets beanstandet, daß Preußen und Österreich kein gegenseitiges Veto in Verfassungsfragen hätten. Jetzt gewährte er den Mittelstaaten, was ihm einst für Preußen billig deuchte. Verfassungsänderungen sollten in Zukunft nicht zulässig sein, wenn die Mittelstaaten im Bundesrat geschlossen dagegen stimmten. Ferner wußte Bismarck schon seit den Unionsverhandlungen im Jahre 1849, welchen großen Wert die einzelnen Staaten auf die Erhaltung ihrer gesandtschaftlichen Rechte legten. Er hatte die Rechte deshalb 1866 geschont. Jetzt aber trug er sogar dem Verlangen Bayerns nach Beteiligung an der Führung der auswärtigen Reichspolitik Rechnung. Ein besonderer Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten wurde im Bundesrate gebildet und dessen Vorsitz nicht Preußen, sondern Bayern übertragen. Den längsten Verzug verursachten trotz dem Fürworte Bismarcks die Zugeständnisse an die Selbständigkeit der bayerischen Heeresverwaltung und Heeresführung in Friedenszeiten. Das kriegerische Selbstgefühl der Bayern, so erklärte Bismarck, habe sich in dem siegreichen Kriege wieder aufgerichtet. Darauf müsse Rücksicht genommen werden. Schließlich überwand er die Bedenken des Königs und Roons sowie den Widerstand der unitarisch gesinnten Fürstenopposition. Diese Herren hatten ihm schon seit August das Leben wieder schwer genug gemacht. Vielleicht wäre er ohne sie nicht so hartnäckig für die bayerischen Ansprüche auf eine besondere Stellung in Deutschland eingetreten. Mittlerweile lernte Bray im persönlichen Verkehr immer mehr die auswärtige Lage mit Bismarcks Augen sehen, wie er über den Verfassungsberatungen auch erst das Wesen des Norddeutschen Bundes genauer kennen lernen mußte. Es muß noch dahingestellt bleiben, ob Fürst Gortschakow durch den Fortschritt der Verhandlungen zwischen Süd- und Norddeutschland dazu verleitet wurde,

die Schwarzmeerfrage am 31. Oktober in einem für Bismarck unerwünschten Augenblick an die Großmächte zu tragen. Im Feldzuge machte sich soeben noch einmal ein gewisser Rückschlag zuungunsten der Deutschen bemerklich. Die Anstrengungen Frankreichs, die Großmächte zum Schutze seiner Besitzrechte am Elsaß aufzubieten, erreichten ihren Höhepunkt. England voran, waren alle zu Schritten bei der Regierung des Norddeutschen Bundes bereit. Nur der Zar wollte von einer gemeinsamen Einwirkung auf seinen Oheim nichts wissen und ließ es bei Fürbitten bewenden. Aber wenn jetzt die Mächte zu gemeinsamer Überlegung der Schwarzmeerfrage zusammentreten mußten, so war nicht ausgeschlossen, daß Europa Bismarck auch noch in der Lösung der elsässischen und der deutschen Frage in die Zügel fiel. Bismarck hat Bray nachdrücklich vorgestellt, daß man einer solchen Einmischung Europas zuvorkommen müsse. Vielleicht zum Glück für die noch schwebenden Verhandlungen der beiden Staatsmänner war auch Österreich-Ungarn von dem unvermuteten russischen Vorgehen betroffen. Bismarck legte Bray dar, daß eine Einigung zwischen Bayern und Preußen die Bahn für eine Unterstützung Österreich-Ungarns durch die deutsche Politik frei mache. Er sprach sogar davon, daß der nächste Krieg mit Rußland geführt werden müsse. Für Bayern konnte es nach wie vor kein größeres auswärtiges Interesse als die Erhaltung der habsburgischen Großmacht geben. Auch in der engsten Vereinigung mit Norddeutschland blieb Bayern ein Rückhalt gegen Preußen übrig, solange sich Österreich-Ungarn als Großmacht behauptete. Brays Briefwechsel lehrt, daß die entsprechenden Erörterungen Bismarcks beruhigend auf ihn wirkten, soweit er noch Zweifel an den Folgen des bayerischen Anschlusses an den Norddeutschen Bund hegte. Am 23. November wurde das Schlußprotokoll von den bayerischen und preußischen Staatsmännern unterzeichnet. Mit Baden und Hessen-Darmstadt waren die preußischen Unterhändler schon früher fertig geworden. Mit den Würt-

tembergern waren sie ebenfalls dem Abschluß nahe, als vom Hofe in Stuttgart noch einmal Schwierigkeiten erhoben wurden. Bald nach der Einigung mit Bayern wurden auch diese Schwierigkeiten beigelegt. Schon war der Reichstag einberufen, um den Abmachungen beizupflichten. Noch aber harrte das Gebäude der Krönung. Bismarck hatte alle die Zeit hindurch seinen Kaiserplan nicht aus dem Gedächtnis verloren. König Ludwig von Bayern war von ihm jetzt wie damals ausersehen, im Namen der übrigen deutschen Fürsten dem König von Preußen die deutsche Kaiserwürde anzubieten. Diesmal gedieh der Plan zur Reife. Kaum waren die Verträge mit den Regierungen gesichert, so eilte ein Vertrauensmann des bayerischen Königs und Bismarcks, der Graf von Holnstein, von Versailles nach Hohenschwangau und zurück. Er brachte Anfangs Dezember nach Bismarcks Vorlage einen Brief Ludwigs an König Wilhelm mit dem erwünschten Inhalt. König Wilhelm freute sich des Angebots nicht mehr. Denn die Zugeständnisse, die sein Kanzler ihm auf militärischem Gebiete für Bayern abgerungen hatte, nahmen der Kaiserwürde in den Augen des Königs ihre wesentliche Bedeutung. Griff er freilich nicht zu, so kam wohl der Reichstag den Regierungen mit Anträgen auf die Erneuerung des Kaisertums zuvor und umgab sie mit dem Glaste der Volkssouveränität. Die Enttäuschung im Reichstag über die Verträge war gewiß nicht geringer als die des Königs. Seine liberalen Mitglieder mußten viele Hoffnungen auf einen Fortschritt der Verfassung im unitarischen und konstitutionellen Sinne begraben. Dennoch gingen die Verträge durch. Noch kräftiger war der Widerstand in den bayerischen Kammern. Aber auch sie mußten sich fügen, obgleich es erst am 21. Januar 1871 geschah. So lange mochte man in Versailles mit dem Ausrufen des Kaisertums nicht warten. Man legte die Feierlichkeit auf den 18. Januar. Noch ein letztes schweres Ringen zwischen Bismarck und den Andersgesinnten um den Titel des neuen Kaisertums ging ihr voraus. Auch Wilhelm I. sträubte sich

dagegen, daß er bloß deutscher Kaiser heißen sollte. Bismarck meinte den Unwillen, den sein Herr deshalb empfand, selbst in der Stunde, da das Kaisertum verkündet wurde, zu verspüren. So war der Ausgang seiner Bemühungen um die Aufrichtung der deutschen Einheit, wie all sein Wirken daran von Bitternis begleitet. Das Beste des Werkes, der tiefinnere Zusammenhang mit der deutschen Verfassungsgeschichte und die besonnen abwägende Rücksicht auf das, was im Augenblick erreicht werden konnte und was eine Vertagung erlaubte, blieb Bismarcks Umgebung, selbst denen, die ihm am nächsten standen, verborgen und unbegriffen. Was die Hauptsache aber war, er hatte die Reichsverfassung gesichert, das Kaisertum neu begründet. So bereitete ihm die europäische Konferenz, die sich in London mit der Schwarzmeerfrage beschäftigte, nur noch geringe Sorge. Wenige Tage nach der Verkündigung des Kaisertums mußte sich Paris den Deutschen ergeben. Ein Vierteljahr später wurde von Frankreich das Elsaß und das Gebiet von Metz mit Deutsch-Lothringen im Frieden zu Frankfurt abgetreten. Eine alte Wunde im deutschen Volksempfinden konnte wieder vernarben. Der Süden Deutschlands war gegen die Drohungen Frankreichs und der übrigen Großmächte in Zukunft geschützt. Das eroberte Land wurde dem Bundesstaat zu gemeinsamem Besitze als „Reichsland" übertragen. Die deutsche Nation hatte den Vollender ihrer Einheit gefunden. Dank dem Heldenwillen und der staatsschöpferischen Genialität Bismarcks war der Weg voll unsäglicher Mühen und Krümmen, den unser Volk jahrhundertelang von seinen Ursprüngen bis zur staatlichen Einheit zu pilgern berufen war, erfolgreich zurückgelegt. In dem Wettstreit der auf nationaler Grundlage ruhenden europäischen Großmächte hatte Deutschland nach Menschenalter langer Schwäche fast unvermutet den Sieg davongetragen. Die deutsche Nation war nicht nur geeint, sondern zugleich auch die erste Macht des Festlandes geworden.

Vierter Abschnitt

An der Schwelle eines neuen Zeitalters

„Wir machen nicht die Geschichte, wir sehen nur, wie sie sich vollzieht."

Bismarck im Reichstag 1869.

„Die Nation gewinnt man durch Taten, nicht durch Liberalismus."

Leopold v. Gerlach an Bismarck 1. Mai 1860.

1. Zwischen zwei Zeitaltern. Der Kulturkampf

Liebhaber des deutschen Geistes haben oft geklagt, daß der Aufrichtung des Deutschen Reiches keine neue Blüte der deutschen Dichtung und Kunst gefolgt sei. Der tiefere Grund ihrer Enttäuschung ist erst später offenkundig geworden. Die Jahre nach dem großen Kriege mit Frankreich und nach der Begründung des Reiches lagen gleichsam zwischen zwei Zeitaltern. Das Zeitalter der nationalen Einigung der abendländischen Völker war vollendet. Seine Ideale, die noch die Brust des vorhergehenden Geschlechts bald in Hoffnung, bald in Sorge hoch geschwellt hatten, büßten ihre Schwungkraft ein. Das neue Zeitalter dagegen war noch nicht angebrochen. Die Ideale, mit denen der deutsche Geist in ihm befruchtet werden sollte, ruhten unbewegt im Schoße der Zukunft. Materielle Bestrebungen und eine materialistische Lebensauffassung brachen reißend in das Weben und Wesen des deutschen Volkes ein.

Derselbe Gegensatz wie für die geistige Entwicklung der Nation galt damals für ihren politischen Fortschritt. Der Abend eines Tages der Weltgeschichte hatte sich über Mitteleuropa gesenkt, und es dauerte eine Weile, bis der neue Tag wieder Helligkeit verbreitete. Das deutsche Volk war von Bismarck zugleich mit der endgültigen Konsolidierung Preußens als Großmacht auf die Höhe geführt worden, der es seit einem halben Jahrtausend zustrebte. Aber auch Bismarck verlor für einige Jahre die Spur des Weges. Auch ihm war die nächste

Höhe nicht sofort sichtbar. Nur so viel fühlte er und überschätzte es sogar, daß der Druck der europäischen Lage wider Erwarten nach dem Deutsch-Französischen Kriege unverändert über Mitteleuropa liegen blieb, auf dem er seit 1848 lastete. Das Gleichgewicht der Großmächte war allzu empfindlich dadurch gestört worden, daß er Österreich-Ungarn und Frankreich vom mitteleuropäischen Boden abgedrängt und ihn in seinem ganzen nördlich der Alpen gelegenen Umfang der Herrschaft Preußens und der deutschen Nation unterworfen hatte. Bismarck machte sich darauf gefaßt, daß, ähnlich wie Friedrich der Große das in kurzem Feldzug eroberte Schlesien sieben Jahre lang gegen die drei festländischen Großmächte seiner Zeit verteidigen mußte, auch das Reich noch vor einem Kriege mehrerer verbündeter Mächte gegen seinen Bestand stehe. Je deutlicher der Kanzler die andauernde Unruhe des mitteleuropäischen Bodens spürte, und je mehr es ihm an bestimmten Unterlagen für seine Vermutung und an untrüglichen Anzeichen feindlicher Verbindungen gegen sein Werk fehlte, desto hartnäckiger bildete er sich ein, daß das Unheil nahe sei, und desto phantastischer wurden seine Kombinationen über die Abwicklung der politischen Lage, wie über die Möglichkeiten der Abwehr. Nur so erklärte sich auch der Anteil des Kanzlers am Kulturkampf. Er hatte das feste Land nicht mehr unter den Füßen, das ihn bei der Lösung der deutschen Frage 1863—1870 trug, und sein Fuß suchte wohl, aber betrat noch kein neues Land.

Der Kulturkampf ist nicht politischen Ursprungs. Er bereitete sich als Kampf zweier Weltanschauungen vor. In denselben Jahren, da Bismarck vom Kriege mit Dänemark bis zum Frankfurter Frieden die deutsche Frage der Entscheidung entgegenführte, gedieh der Widerstreit zur vollen Schärfe, der die Katholiken und Liberalen des Abendlandes von allem Anfang an schon beinahe ein Jahrhundert lang trennte. Die Erregung beider Parteien konnte sich nach dem Zusammentritt das vatikanischen Konzils im Jahre 1869 und nach der Erklärung des

Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit im August 1870 kaum noch höher steigern. Deutschland hatte seinen vollen Anteil an dem Kampfe. Der weitverzweigten liberalen Literatur an Zeitungen und Schriften stand seit 1860 eine katholische Literatur nach festem Plane gegenüber. Im politischen Leben waren die Liberalen ihren Gegnern wohl noch voraus. Aber auch diese kamen merklich vorwärts. Sie hatten im Preußischen Abgeordnetenhause 1852 eine katholische Fraktion gebildet, und wenngleich sich diese Fraktion nicht lebensfähig erwies, so geriet mit ihrem Untergang die Bewegung unter den Katholiken im Lande doch nicht wieder ins Stocken. Auch die süddeutschen Katholiken, obwohl sie viel müßiger waren als die im Norden, wurden in den letzten Jahren vor 1870 durch die Fortschritte der wirtschaftlichen und sozialen, wie der Schulgesetzgebung im liberalen Sinne, sowie durch den liberalen Geist der Verwaltungsbeamten im Süden allmählich aufgerüttelt. Ihr Einfluß hob sich zugleich von selbst, als die Südstaaten nach 1866 ihr Wahlrecht demokratisierten und verallgemeinerten. Unmittelbar vor dem Kriege mit Frankreich stießen die Liberalen und Katholiken der kirchlichen Freiheit wegen im Preußischen Landtag so stark aufeinander, daß einer der angesehensten Führer der rheinischen Katholiken, Peter Reichensperger, am 11. Juni 1870 in der „Kölnischen Volkszeitung" seine Glaubensgenossen zur Erneuerung der katholischen Fraktion aufrief. Der Aufruf hatte bei den Neuwahlen zum Landtag im Herbst erheblichen Erfolg. Die neue Fraktion wurde beim Zusammentritt des Abgeordnetenhauses im Dezember 1870 gegründet. Sie nannte sich Zentrumspartei, verwahrte sich gegen den konfessionellen Charakter, der ihr ursprünglich anhaften sollte, und strebte danach, sich zu einer rein politischen, verfassungstreuen Partei auszugestalten. Schon im Januar 1871 wandte sie sich an die Wähler ganz Deutschlands für die Wahlen zum ersten Deutschen Reichstag. Während der Entstehung der Zentrumsfraktion entwickelten sich die Gegensätze auch im Süden durch

den harten Kampf um den Anschluß an den Norddeutschen Bund zur vollen politischen Wirkung. Zwar konnte der Vertrag, den Bray mit Bismarck geschlossen hatte, nur durch die Einsicht zahlreicher katholischer Mitglieder der bayerischen Kammer zur Annahme gebracht werden. Dennoch ereiferten sich in ganz Süddeutschland Liberale und Katholiken aufs böseste widereinander. Die Liberalen verdächtigten ihre Gegner als Reichsfeinde; die Mehrzahl der Katholiken harrte mit wachsendem Mißtrauen dessen, was das neue Reich ihrem Glauben und dem Vaterlande bringen werde. In den Streit beider Parteien trug die Sekte der Altkatholiken, die sich nach der Verkündigung des Dogmas der päpstlichen Unfehlbarkeit von der Kirche trennte, noch eine besondere Note des Vorurteils und des Hasses.

Bismarck stand innerlich dem Kampfe der beiden Weltanschauungen und ihrer Anhänger völlig fern. Aber schon einmal, als Gesandter am Bunde, war er der Versuchung erlegen, zu ihm Stellung zu nehmen. Damals hatte er in den Katholiken die Gegner Preußens gesehen und hinwiederum mit den Liberalen als Feinden Österreichs Fühlung gesucht. Minister geworden, hielt er sich bis 1870 wieder über den Kämpfen um die Weltanschauung und sah sie ungern. Hier und da grollte er wohl einmal, wenn sich die Verstimmung der politisch tätigen Kreise unter den süd- und westdeutschen Katholiken gegen sein Verhalten im Jahre 1866 allzuwenig Zwang in ihren Äußerungen auferlegte. Aber er bemühte sich anderseits eben so oft um die Beruhigung der Katholiken, wo er sich einen Erfolg davon versprach. Seit 1868 spürte er die Abneigung der katholischen Politiker und ihre Folgen nicht mehr bloß in Deutschland, sondern auch in der auswärtigen Politik. Die spanische Thronfolgefrage legte ihm zuerst den Wunsch nahe, die katholischen Einflüsse in der äußern Politik zu bekämpfen und liberale Thronanwärter zu begünstigen. Übler Dinge versah er sich bald darauf von Katholiken in Österreich und Frankreich. Mit

besonderm Unbehagen beobachtete er die Geltung, die polnische Politiker und Literaten in den Kanzleien sowohl Österreichs als Rußlands erlangten. Sie waren seit der Konvention vom Februar 1863 seine geschworenen Feinde, wie er von jeher ihr scharfer Gegner war. Sein Mißtrauen gegen polnische Treibereien dehnte sich bis in die polnischen Gesellschaftskreise der preußischen Hauptstadt und selbst auf Verwandte des Hofes aus. „Man könnte mehr für den Papst tun, wenn die Ultramontanen nicht überall gegen uns marschierten," so sagte er Ende September 1870 zu seiner Umgebung, als er die Nachricht von der Besetzung Roms durch die Italiener erfuhr. Roms Besetzung fiel in die Wochen, als die Gefahr einer Einmischung Europas in den französischen Krieg aufs höchste stieg. Mit der Vorsicht, die ihm in abendländischen Krisen stets eigentümlich war, vermied er eine klare Stellungnahme zwischen dem Papst und Viktor Emanuel. Deshalb wies er es jedoch nicht von sich, dem Papste künftig die rettende Hand zu bieten. Jene Wochen waren durch das Auftreten Gambettas auch die Zeit seiner größten Sorge vor den Fortschritten der revolutionären Parteien. Wie er sich damals nach Bazaine umschaute, so wäre ihm nicht minder eine Einwirkung des Papstes auf die französischen Katholiken zugunsten des Friedens und gegen die französischen Republikaner willkommen gewesen. Im Dezember dachte er, daß der Papst wenigstens die katholischen Gegner des Norddeutschen Bundes in Bayern mäßigen könnte. Aber der Kardinalstaatssekretär Antonelli lehnte das eine wie das andere ab. Bismarck entfernte sich daher auch wieder von dem Gedanken, etwas für den Papst zu tun. Während des Winters sah er überall die Gewalten im katholischen Lager erstarken, die ihm in der auswärtigen Politik das Leben erschwerten. Die österreichischen Feudalen, deren katholische Verbindungen ihm ebenso bekannt waren, wie ihre Abneigung gegen ihn und Preußen, hofften zur Regierung zu gelangen. Als Gambetta in Frankreich im Dezember mit seiner Organi-

sation des Volksheeres Schiffbruch litt, wurden dort die Katholiken die Träger der Sammlung der noch vorhandenen Kräfte in Staat und Gesellschaft. Bismarck meinte auch Belege dafür zu haben, daß die polnische Agitation gegen das in der Entstehung begriffene Deutsche Reich lebhafter wurde. In allen Kanzleien Europas war noch, wie es später einmal ein unterrichteter Minister des Auswärtigen in Frankreich, Gabriel Hanotaux, ausdrückte, polnischer Sauerteig wahrnehmbar. Bismarck besorgte, daß sich dieser polnische Sauerteig in der österreichischen und russischen Kanzlei stark genug erweisen würde, beide Staaten einander zu nähern und zum Bündnis gegen Deutschland zu vereinigen. Inzwischen beobachtete er unwillig, daß seine katholischen Landsleute daheim keine Rücksicht auf die europäischen Schwierigkeiten nahmen, die ihn während des Krieges um dessen Ergebnis zu bringen drohten. Sie veranstalteten Versammlungen und verfaßten Beschwerdeschriften, weil der Papst seine weltliche Herrschaft verloren hatte, als könnte die auswärtige Lage davon niemals berührt werden. Ihr einflußreichstes Blatt, die „Kölnische Volkszeitung", pflichtete in der Sache auch dem Widerstande bei, den die Anhänger Jörgs in der bayerischen Kammer gegen den Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde leisteten. Jörg selbst war durch seine Erregung über die Aufrichtung der Mainlinie, über die Verstoßung Österreichs und über die preußischen Annexionen so weit vom Wege geraten, daß er sich völlig im Fahrwasser Beusts bewegte. Im Lichte dieser Tatsachen beurteilte Bismarck die Zentrumspartei, als er ihre Gründung und Zusammensetzung erfuhr. Jemand erzählte ihm von einem Wahlbündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie. Sofort ließ er in den Zeitungen unter Anspielung darauf, daß sich auch sein seit 1867 verstimmter Freund Savigny der Fraktion angeschlossen hatte, „die Partei Savigny-Bebel" bespötteln. Daß die Katholiken aber nach dem Zusammentritt des Reichstags Männer mit ausgesprochen radikaler Vergangenheit sogar als Mitglied in die

Reihen ihrer Fraktion aufnahmen, schlug, wie er versicherte, dem Faß den Boden aus. Anderes half indessen noch dazu. Der öffentlichen Meinung zum Trotze war Bismarck 1867 gegen jede Zumutung hart geblieben, in das Verfassungsgesetz, wie es 1849 geschehen war, und wie es die Franzosen 1789 beliebt hatten, Grundrechte einzuflechten. Die unvermeidliche allgemeine und weite Formulierung solcher Rechte leistete seines Erachtens nur dem Radikalismus Vorschub. Einzelne Zugeständnisse mußte Bismarck freilich auch in diesem Punkte machen. Die Bedürfnisse des einheitsstaatlichen Lebens zwangen ihn auf dem Gebiete des Vereins- und Preßrechtes grundrechtähnliche Bestimmungen zuzulassen. Jetzt aber kamen die Katholiken und machten zu ihrem Hauptanliegen, daß die Artikel der preußischen Verfassung über die Freiheit und die Rechte der Kirchen in die Reichsverfassung Eingang finden sollten. Auf der Selbständigkeit der Kirchen- und Schulpolitik beruhte nach Bismarcks Anschauung neben dem Vorbehalt der Verwaltung für die Einzelstaaten deren Schutz vor dem Unitarismus. Bismarck war nicht gewillt, sich auf das Begehren einzulassen. Alle alten Vorurteile gegen die Katholiken aus den 50er Jahren wurden in ihm wieder wach. Schon damals hatte er sich zum Schlusse auch einreden lassen, daß es ein Lieblingsgedanke Schwarzenbergs als Reorganisators der österreichischen Macht gewesen wäre, eine Koalition der drei Kaiser von Rußland, Frankreich und Österreich zustande zu bringen, „um Preußen und England und damit den Protestantismus und die politische Freiheit, die ‚Revolution in Kirche und Staat', zu erdrücken. Kühl schaute er deshalb bei der Eröffnung des Reichstages zu, als sich die Nationalliberalen und das Zentrum sofort in leidenschaftlichen Streit verwickelten. Die Nationalliberalen unterbreiteten dem Reichstag den Entwurf einer Adresse, worin sie mit kaum verhüllter Spitze gegen den Kirchenstaat der Interventionspolitik früherer Zeiten feierlich abschworen. Bismarcks staatsmännische Einsicht und konservative Denkweise

mußte ihn davor warnen, daß er das junge Deutsche Reich auf einen Grundsatz von solch unabsehbarer Tragweite festlegen ließ. Einige Mitglieder des Zentrums beantragten einen Gegenvorschlag, der über die von den Nationalliberalen aufgeworfene Streitfrage mit Stillschweigen hinwegging. Bismarck aber ergriff nicht Partei und duldete die Annahme des nationalliberalen Entwurfes, als wollte er Rom für die Verweigerung seiner guten Dienste in Frankreich und Bayern und die deutschen Katholiken wegen ihres Mangels an Rücksicht auf die auswärtige Politik strafen. „In verbis simus faciles" ist ein Lieblingswort von ihm gewesen. Hinterher fühlte er Antonelli gleichsam an den Puls, ob die Lektion ihre Früchte trage. Rom sollte einen Strich zwischen sich und dem Zentrum ziehen. Bischof Ketteler kam dazwischen. Darauf entschloß sich Bismarck zu den ersten Maßnahmen, die den Katholiken seine Abwendung von ihnen fühlbar machen mußten. Er hob die „Katholische Abteilung", die Behörde auf, die seit 1842 die katholischen Interessen im preußischen Kultusministerium wahrnahm. Angeblich war er polnischen Beziehungen ihres Vorgesetzten auf die Spur gekommen. Der bayerischen Regierung stellte er reichsgesetzliche Machtmittel zur Verfügung, um Auswüchse der Parteinahme von Geistlichen auf der Kanzel zu beschneiden. Entsprechend nahm er auch wieder die Bemühungen um die Unterstützung der Nationalliberalen auf, die er unter dem Drucke der allgemeinen Lage vor dem Kriege für nötig gehalten hatte. Da der erste Anlauf Eulenburgs zu einer Kreisordnung für Preußen im Winter 1869/70 vergeblich geblieben war, wurde der Versuch wiederholt und durchgesetzt, obwohl die Konservativen darüber mit dem Kanzler brachen und ein Pairschub im Herrenhaus nötig wurde. Den Nationalliberalen opferte er nunmehr auch, worauf ihnen schon anfangs des Jahres 1870 die Aussicht eröffnet worden war, den Kultusminister v. Mühler. Der politisch zwischen den Konservativen und Liberalen stehende von Weltanschauung aber liberale Falk, ein Gesinnungs-

genosse des Finanzministers Camphausen, wurde Mühlers Nachfolger. Mühler fiel über dem Verlangen Bismarcks, durch ein Schulaufsichtsgesetz in den östlichen Provinzen den Geistlichen, die er ebenfalls polnischer Umtriebe für verdächtig erklärte, die Kreisschulaufsicht zu entziehen. Die Liberalen begrüßten in dem Gesetze den Vorboten einer völligen Verweltlichung des preußischen Volksschulwesens.

Heftiger als alles andere erregte den Kanzler am Auftreten des Zentrums, daß es Ludwig Windthorst einen Sitz in seinem Vorstande einräumte. Freilich überraschte der Beitritt Windthorsts zu der neuen Partei nicht. Schon 1867 bis 1870 hatte der Abgeordnete für Meppen im Reichs- und Landtag den Kämpen des westdeutschen Katholizismus nahe gestanden. Aber Bismarck wollte Windthorst nicht als Katholiken gelten lassen, der im Zentrum wie andere die Kirche gegen den Liberalismus zu verteidigen gedenke. Beide Männer waren schon politische Gegner von den fünfziger Jahren her, da sie sich in Hannover als Berater König Georgs zuerst begegneten. Nach 1866 sah der reckenhafte Kanzler in dem unansehnlichen Niedersachsen nur noch den gefährlichen Gegner des Norddeutschen Bundes und des Reiches, der im Jahre 1868 an der Niederlage des Einheitsgedankens beim Zusammentritt des Zollparlaments den entscheidenden Anteil genommen hatte. In den „Gedanken und Erinnerungen" nennt Bismarck die übrigen Mitglieder der Zentrumspartei höhnisch „beliebige Abschwächungen des Gattungsbegriffs Windthorst". Er übertrieb damit. Aber überlegen war Windthorst den andern, und zwar nicht nur seinen Parteifreunden, sondern sämtlichen Führern deutscher Parlamentsparteien. Denn er war nicht nur Parlamentarier, sondern als früherer Minister hatte er das Staatsleben auch von oben gesehen. Er trieb die innere Politik nicht ohne Beziehung zur äußern. Er verstand Verbindungen mit den Angehörigen der Höfe und mit den Mitgliedern anderer Bundesregierungen, auch mit ausländischen Diplomaten zu unterhalten.

In Windthorsts Tätigkeit erlebte die mittelstaatliche Politik der letzten zwei Jahrzehnte nach Bismarcks Eindruck ihre Auferstehung. Diese Politik war Bismarck von Beginn seiner politischen Laufbahn an als das ärgste Hemmnis auf seinem Wege erschienen. Der mittelstaatlichen Minister, mit denen er es vorher zu tun hatte, war er ledig. Platens Tätigkeit hatte mit der Annexion Hannovers ihr Ende gefunden. Von der Pfordten trat im Dezember 1866 zurück. Der Krieg von 1870 kostete Varnbüler sein Amt, der Ausgang des Krieges Dalwigk. Mit dem geistigen Haupte der ganzen Gruppe, dem in Österreich gelandeten Freiherrn v. Beust, begegnete sich Bismarck 1871 vorübergehend in gemeinsamer Gegnerschaft wider die Katholiken ihrer Länder; schon Ende des Jahres mußte Beust das Palais am Ballplatz verlassen. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes und die Begründung des Reiches hatten unterdessen die Stellung der Mittelstaaten im deutschen Staatsleben von Grund aus geändert. So wie Bismarck 1866 den Liberalismus gespalten hatte, so brauchte er auch die Mittelstaaten nicht mehr zu fürchten. Windthorst aber verpflanzte, da Bismarck kaum am Ziele war, das, was den Geist der mittelstaatlichen Politik zwischen 1848 und 1866 ausgemacht hatte, auf den Boden der parlamentarischen Kämpfe. Er, der vor 1866 im Hintergrunde geblieben war, tat sich als der Erbe der durch den Verfassungssturz des Jahres 1866 ihrer Macht beraubten auf, und erneuerte geschickter und rühriger, als sie je gewesen waren, ihre Absichten unter der Verkleidung parlamentarischer Oppositionspolitik. Trotz aller Ansprüche hatten die Mittelstaaten niemals über erhebliche politische Macht geboten; nur um ihrer Verbindungen willen mußten sie beachtet werden. Hinter Windthorst dagegen stand eine Partei, die fast das ganze katholische Volkstum Deutschlands in ihren Bann zog. Sie nahm zu gleicher Zeit Windthorsts politische Ziele und die konstitutionellen Bestrebungen der Liberalen auf. Sie war der von Bismarck im preußischen Konflikt

besiegten Partei an Willen zur Macht und an taktischer Beweglichkeit ebensoweit voraus, wie Windthorst Beust und dessen Genossen. Jörg als Bayer und Probst als Württemberger wandten sich ihr zu. Zu ihr gesellte sich aber auch der seit dem österreichischen Kriege mit Bismarck zerfallene Ludwig v. Gerlach und die evangelischen Vertreter des Welfentums. Die Elsässer wie die Polen machten sich zu ihren Bundesgenossen. Hätten die Süddeutschen besser gewählt, schrieb August Reichensperger 1871, so wäre das Zentrum gleich stark wie die Nationalliberalen geworden. Im Februar 1872 maßen sich Bismarck und Windthorst in einem parlamentarischen Zweikampfe Mann gegen Mann. Bismarck machte an dem Tage sein Verhältnis zur Zentrumspartei davon abhängig, ob sie sich von dem Welfen trenne oder nicht. Ohne daß einer den andern besiegt hatte, schieden beide Feldherren vom Kampfplatz. Da sich das Zentrum hinter Windthorst stellte, der übrigens erst nach dem Tode Hermann v. Mallinckrodts im Jahre 1874 offen die Führung übernahm, bedurfte auch Bismarck eines parlamentarischen Heerhaufens. Die Konservativen lagen in Fehde mit ihm und schienen in unaufhaltsamem Rückgange. Es blieben dem Kanzler nur die Liberalen. Als wollte er sein Zusammengehen mit ihnen in jenen Jahren vor der Nachwelt rechtfertigen, so schrieb er in den „Gedanken und Erinnerungen“ die Formel nieder, daß vis major eintritt, mit der die Politik rechnen muß, wenn die Evangelien der Redner und Schriftsteller unter den obern Zehntausend vermöge des Glaubens, den sie bei den Massen finden, die materiellen Kräfte, die sich hart im Raume stoßen, zur Verfügung haben. Die Liberalen machten seit 1871 im Reichstag die Mehrheit aus. Sie hatten auch die Mehrheit im Preußischen Abgeordnetenhause. Unentbehrlich waren sie der Reichsregierung als Mitarbeiter an dem bei Kriegsausbruch erst zur Hälfte erledigten reorganisatorischen Gesetzgebungswerke Delbrücks im Bereiche der Wirtschaftspolitik und bei der nach-

träglichen Anpassung der schon fertigen Stücke an die Bedürfnisse des Südens. Eulenburg hatte sich mit ihnen in Preußen eingelassen, um nach dem Anfange mit der Kreisordnung alle Selbstverwaltungseinrichtungen endlich einmal nach einheitlichen Gesichtspunkten zu verbessern. Bismarck als Kanzler mußte sich mit ihnen halten, damit ihm der Reichstag die Rüstungskosten, die für die auswärtige Politik unentbehrlich schienen, bewilligte. Freunde des Friedens, hatten die Liberalen auf eine Verminderung der Heeresausgaben nach dem Siege über Frankreich gehofft. Statt dessen stand deren Erhöhung in Sicht. Sie genehmigten vorerst noch einmal die notwendigen Beträge pauschweise, wie sie es 1867 getan hatten. Aber länger als bis 1874 konnte weder das Budgetrecht der Volksvertretung für die Heereskosten noch die grundsätzliche Stellung der liberalen Parteien zur Vermehrung der Rüstungen ungeklärt bleiben. So schloß sich denn nur der Ring seiner Erwägungen, als sich Bismarck auf die Liberalen stützen zu müssen meinte, auch um die Katholiken seine Unzufriedenheit fühlen zu lassen und um Windthorst standzuhalten. Freilich wollte er nicht mehr als ein taktisches Zusammenwirken von Fall zu Fall. Sie eilten ihm mit Freuden zu Hilfe. Von einem linksliberalen Führer, dem Professor Virchow, rührt der Name Kulturkampf her. 1872 wurden die Jesuiten durch „ein Ausnahmegesetz in des Wortes verwegenster Bedeutung“ vertrieben. Im Jahre 1873 erging die erste Reihe der Maigesetze, durch die in die Ausbildung, die Anstellung und Amtsausübung der gesamten katholischen Geistlichkeit tief und unduldsam eingegriffen wurde. Eine zweite Reihe von Gesetzen zwei Jahre später sollte, weil die erste nicht den Erwartungen entsprochen hatte, die Kirche und ihre Diener durch materielle Schädigungen mürbe machen. Die juristischen Einzelheiten der kirchenpolitischen Gesetze ließ Bismarck andere zimmern. Der Bau als Ganzes lag ihm derart am Herzen, daß er für andere Geschäfte nur noch schwer zu haben war. Folgerichtig gipfelte dieser Bau zuletzt im Juni 1875

in der Aufhebung der drei Artikel der preußischen Verfassung, die 1848 dem Staatskirchentum des alten Preußen den Boden entzogen und die Bahn zu der lebhaften Entwicklung des kirchlichen Lebens in Preußen seither geebnet hatten. Bismarck war nie mit ihnen einverstanden gewesen. Der preußische Staat gewann mit ihrer Beseitigung die Freiheit wieder zurück, seine katholischen Untertanen nach Maßgabe rein politischer Erwägungen zu behandeln. Der Erfolg wog schwer für den Kanzler.

Psychologisch ebenso begreiflich wie geschichtlich bemerkenswert tauchte Bismarck über dem beständigen Zusammenwirken mit den Liberalen immer tiefer in deren unitarische Gedankenwelt unter. Das Motiv des Briefes, den er im Sommer 1869 an Roon geschrieben hatte, schien zum Grundmotiv des Ausganges seiner Staatsmannschaft zu werden. Noch im Frühjahr 1871 hatte er den Katholiken verargt, daß sie, vielleicht mehr vom konfessionellen Standpunkte aus als von Rücksichten auf die Natur der Reichsverfassung geleitet, die ihrer Kirche günstigen preußischen Verfassungsbestimmungen vom Reiche übernommen wissen wollten. 1873 dagegen plante er die Maigesetze selbst eine Weile lang als Reichsgesetze. Auch auf andern Gebieten legte er sich wiederholt lebhaft für unitarische Anschauungen ins Zeug. Ein bevorzugter Gegenstand seiner Fürsorge für den Ausbau des Reiches wurde das Eisenbahnwesen. Von den Bundesstaaten hatte nur Sachsen den Mut und die Folgerichtigkeit, Einwände zu erheben. Dafür setzte Bismarck die sächsische Regierung ebenso ungnädig zurück, wie er sie vor 1870 mit Dank und Aufmerksamkeit überhäuft hatte, als er sie im Bunde und als Verbindungsglied mit den süddeutschen Königreichen brauchte. Ein Jahr hindurch war er sogar ausschließlich Reichskanzler und überließ die preußische Ministerpräsidentschaft Roon, bis er sich überzeugte, daß, wie er den deutschen Staatsbau 1866 selbst getürmt hatte, beide Ämter in derselben Person vereinigt bleiben müßten. Aber drohend gelobte er auch dann noch,

wenn ihm Zeit dazu bliebe, den Partikularismus „auszuräuchern“. Der Kulturkampf selbst wuchs sich darüber in seinen Vorstellungen zum uralten Kampfe zwischen Priestern und Königen, zur Wiederaufnahme des Streites zwischen den Kaisern des mittelalterlichen Reiches und den Päpsten aus. Bismarck verschwor sich, daß er den Weg nach Canossa nicht gehen werde. Eine Welt, in die er nicht gehörte, umgab Bismarck damals wieder wie einst in Frankfurt. Er zollte ihr zuweilen reichern Tribut, als es den Grundfesten seines Werkes dienlich war. Die politische Erziehung des deutschen Volkes zum Verständnis dieses Werkes, das Einleben des Volkes in die besondere Natur des Reiches wurde darüber vernachlässigt. Dem Kanzler war weniger wohl in seiner Umgebung, als er sich eingestand. Zwar rühmte er sich, dem in großen Tagen das Rühmen so fern lag, „daß er der populärste Mann in Deutschland erst durch die Niederkämpfung der klerikalen Partei geworden sei“, und gewiß sagte er damit die Wahrheit. Aber niemals war der Zustand seiner Nerven schlechter, seine Menschenscheu ärger und das Gefühl mächtiger in ihm, daß er am Ende seiner Kräfte wäre.

Zusammenhänge der äußern Politik hatten Bismarck zuerst in den Gegensatz zu den Katholiken hineingeführt. Zusammenhänge der äußern Politik hielten ihn danach auch im Kulturkampf und in der Verbindung mit den Liberalen fest. Er wollte durch die innerpolitischen Maßnahmen die Reichsverfassung gegen Brüche sichern. Schaute er aber über Deutschlands Grenzen aufs Abendland, so bot sich ihm dort ein ähnliches Bild wie daheim. Überall im Abendlande diesseits des Meeres fand er Liberale und Katholiken im Streit. Bismarck hatte noch von den Schlachtfeldern Frankreichs aus versucht, Europa eine andere Losung aufzudrängen: Hie Ordnung und Autorität, hie Sozialismus! Daraufhin meinte er die drei Ostmächte wieder wie zur Zeit der Heiligen Allianz sammeln und dem Deutschen Reiche an der Verbindung mit Rußland und Österreich-Ungarn einen Halt verschaffen zu können. Gortschakows Eifersucht auf ihn nahm

jedoch den russisch-deutschen Beziehungen das Vertrauen. Zwischen Österreich-Ungarn und dem Reiche standen noch die Schatten des Jahres 1866. Die drei Mächte rückten sich deshalb nicht näher. Wohl besuchten ihre Herrscher und auswärtigen Minister im Herbste 1872 einander in Berlin. Auch waren sie sich über die Erhaltung des Friedens und die Verurteilung des Sozialismus einig. Anderseits aber zeichneten die Gäste Kaiser Wilhelms den französischen Botschafter am Berliner Hofe auffallend aus und verhehlten nicht ihr Wohlwollen für Frankreich. Der Verlauf des Besuchs ließ Bismarck unbefriedigt. Das Dreikaiserbündnis blieb eine Fassade. Schon überwog das Phänomen der raschen und willenskräftigen Erholung der französischen Nation alle andern auswärtigen Vorgänge an Bedeutung. Die ungeheure Last der fünf Milliarden wurde von den Franzosen noch vor den vereinbarten Zielen an das Deutsche Reich abgetragen. Frankreichs Heeresmacht bildete sich aufs neue. Bismarck beruhigte sich anfangs damit, daß Thiers Frankreich regierte. Er hatte sich mit ihm im Juli 1862 befreundet, als er in dem verlassenen Paris bis tief in den Sommer ausharren mußte, und seine Schätzung des Mannes war während der Friedensverhandlungen 1870 und 1871 gestiegen. So hing er dem Gedanken nach, Frankreich für ein Einvernehmen zu gewinnen, das er nach der Enttäuschung der Dreikaiserzusammenkunft mit Beusts Nachfolger in der Leitung der äußern Politik Österreich-Ungarns, dem Grafen Andrassy, und mit Italien erstrebte. Indessen, schon im Frühjahr 1873 brach die konservative Mehrheit der französischen Nationalversammlung mit Thiers. Im Mai mußte er sein Amt niederlegen, und Mac Mahon trat als Schrittmacher des Königtums an seine Stelle. Der deutsche Reichskanzler sah die Wahl Mac Mahons wie eine Drohung mit der baldigen Erneuerung des Krieges an. Seitdem stellte er planmäßig auch seine auswärtige Politik unter das Zeichen des Antiklerikalismus und suchte ihn gegen die Wiedererhebung Frankreichs auszuspielen. Die Rechnung war nicht von vorn-

herein eitel. In den europäischen Kabinetten herrschte weithin die Furcht, daß der Einfluß der Katholiken in Frankreich nach der Rückkehr der Monarchie übermächtig werden könnte und für Europa daraus Unruhen erwachsen würden. Darauf baute Bismarck den Plan, alle Regierungen zu tätiger Politik gegen die katholischen Einflüsse in Europa aufzubieten, den Kulturkampf zu internationalisieren. Seine Maßregeln in der innern Politik mochten dann größere Durchschlagskraft erlangen, und in der äußern Politik sollte der auf Mitteleuropa lastende Druck, der den Kanzler mit steter Kriegssorge erfüllte, durch die allgemeine Ablenkung der Mächte auf einen Kampf mit der Kurie und der kirchlich-politischen Bewegung unter den abendländischen Katholiken aufgehoben werden. Es erübrigt sich, die mannigfachen Ansätze Bismarcks zum Ziele zu verzeichnen. Vorangegangen war ihnen schon im Jahre 1872 eine Aufforderung an die Mächte, die Bedingungen zu erörtern, unter denen sie die nächste Papstwahl anzuerkennen bereit wären. Fortan mußte bald die noch immer ungelöste spanische Verfassungsfrage Bismarck den Vorwand bieten. Bald beschwerte er sich über Hirtenbriefe der französischen Bischöfe, die kränkende Urteile über den Kulturkampf enthielten. Bald wieder klagte er die belgische Regierung an, daß sie feindseligen Treibereien gegen ihn zu schwachmütig entgegentrete. In England ließ er das protestantische Bewußtsein aufwiegeln. Italien faßte er beim Garantiegesetz. Aber das eine Mal versagte der Zar, das andere Mal Österreich-Ungarn oder England, und selbst Italien hütete sich, ihm zuliebe Unvorsichtigkeiten zu begehen. Er fand weder den Rückhalt, auf den er gegen Windthorst und die heimische Geistlichkeit gehofft hatte. Noch entlastete er Mitteleuropa. Im Gegenteil festigte sich die Meinung bei den Mächten, daß er keine Ruhe halten wolle. Sein Ansehen litt allmählich Schaden. Die Neigungen wandten sich Frankreich zu. Vor allem näherten sich, was Bismarck am unangenehmsten war, Frankreich und Rußland, die unter

Napoleon III. nie zusammenkommen konnten. Zu Anfang des Jahres 1875 weilte der Vicomte von Gontaut-Biron, der französische Botschafter in Berlin, zur Unterstützung seines Kollegen am Zarenhofe. Bismarck schickte zum Gegenzuge einen seiner gewandtesten Mitarbeiter, den Sohn seines früheren politischen Gegners, des Generals v. Radowitz, nach Petersburg. Beunruhigende Gerüchte durchschwirrten Europa. Aus ihnen erwuchs ein Zeitungslärm. Gontaut-Biron sprach mit Radowitz darüber. Dieser wiegelte ab; aber in einer unglücklichen Redewendung nahm er theoretisch einen Krieg als gerecht und christlich in Anspruch, mit dem das Deutsche Reich Frankreich zuvorkommen würde, wenn nach dessen Wiederkräftigung ein Krieg zwischen beiden Mächten trotz allem unvermeidlich wäre. Bismarck hat nachher auf Gontaut-Biron gescholten, der nichtssagende Kleinigkeiten aufbauschte. In Wahrheit benutzten die Franzosen die augenblickliche Blöße, die sich die deutsche Diplomatie durch die Nichtverhütung des Zeitungsgeredes und durch Radowitzens Bemerkung gab, mit rascher Entschlossenheit und großem Geschick, um die allgemeine Stimmung gegen Bismarck, die Europa erfüllte, zu einem Ausdruck zu bewegen. Man wollte ihn vereinsamt, Frankreich dagegen von allen andern aufgerichtet und geliebt zeigen. Der Kanzler suchte der Schlinge auf alle Weise, selbst durch vorsichtige Anerbietungen in Paris, zu entgehen. Niemand sprang ihm bei. England und Rußland aber reichten sich die Hände, um ihn zu demütigen. Im Mai erschien Gortschakow mit dem Zaren in Berlin. Obwohl er dort keine kriegerischen Absichten zu dämpfen fand, bereitete er sich das Vergnügen, aller Welt mitzuteilen, daß der Friede jetzt gesichert wäre. Bismarck hat Gontaut-Biron und ihm die diplomatische Niederlage niemals vergessen. Der Eindruck, den sie in seinem Geiste zurückließ, war um so tiefer, als kurz darauf die orientalischen Angelegenheiten eine Europa beunruhigende Wendung nahmen. In Bosnien und der Herzegowina brachen Unruhen aus.

Nicht der Vorgang selbst verstimmte den Kanzler. Er legte ihm noch keine umwälzende Bedeutung für die europäische Politik bei. Aber die Balkanfragen lagen ihm von jeher fern. Es gab keine preußische Balkanpolitik, deren Richtlinien er Maß und Ziel seines Verhaltens entnehmen konnte. Um so dringender erneuerte sich seine alte Sorge, daß sich Österreich-Ungarn und Rußland ohne ihn und gegen ihn finden könnten. Er bemühte sich sofort, an ihren Verständigungsverhandlungen teilzunehmen und stets im Sinne einer örtlichen Beschränkung der Händel auf sie zu wirken. Ganz gewiß aber dachte er nicht daran, als Ränkeschmied sich einzumischen, um es zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu verderben und die Russen in einen Krieg mit den Türken zu hetzen, der ihre Kräfte verzehrte. Nur eine völlige Mißdeutung der Tatsachen hat es der öffentlichen Meinung Rußlands und später der französischen Legende erlaubt, Bismarcks Verhalten also zu entstellen. Bismarck war zu solch verwegenem Spiel in der auswärtigen Politik um so weniger aufgelegt, als ihm seine innere Politik zweifelhaft wurde. Schon im Frühjahr 1874 hatte er gegen seine Verbrüderung mit den Liberalen und gegen den Charakter, den die kirchenpolitische Gesetzgebung annahm, in Gesprächen lebhafte Bedenken geäußert. Er stand damals aus Anlaß der endlichen Entscheidung über den Heeresetat unter dem Eindrucke, daß sich die Kluft, die 1862 zwischen den in der preußischen Staatsüberlieferung gegründeten Wünschen seines Königs und dem konstitutionellen Denken der Liberalen sichtbar geworden war, nicht um eine Handbreit verengert hatte. Die Ansätze zu einer grundsätzlichen Umbildung der liberalen Anschauungen vom Staate und seinen Bedürfnissen, zu der sich die besten Köpfe der Partei unmittelbar nach der Beilegung des Konfliktes hingezogen gefühlt hatten, waren längst wieder verkümmert. Der König verlangte die fristlose Bewilligung der Heeresstärke für den Frieden; die Liberalen hingen an ihrer Doktrin, daß der ganze Haushalt jedes Jahr überzuprüfen und nicht auf längere Zeit

zu genehmigen sei. Es war ein schweres Ringen. Jedoch siegte der Wille der Nationalliberalen, im vollen Zuge der wirtschaftlichen, Rechts- und Kirchengesetzgebung sich nicht durch eine vorzeitige Erneuerung der schon einmal verlorenen Schlacht aufhalten zu lassen. Man suchte einen Durchschnitt zwischen den Forderungen der parteipolitischen Doktrin und den Gesichtspunkten der Heeresverwaltung, die größere organisatorische Maßnahmen nicht überstürzen konnte und gegen das Versiegen der Mittel über der Arbeit gesichert werden mußte. Die Bewilligung der Heeresausgaben erfolgte für einen Zeitraum von sieben Jahren. Aber es blieb allen Beteiligten ein bitterer Nachgeschmack von den Verhandlungen zurück. Der König gab bestimmter als bisher seine Unzufriedenheit mit dem Einfluß der Liberalen kund. Zwischen diesen und Bismarck rissen kleinere Meinungsverschiedenheiten nicht mehr ab. Noch band beide der Kulturkampf aneinander. Aber als Bismarck im Juni 1875 den Wegfall der die Kirche stützenden Verfassungsartikel erreicht hatte, schärfte sich sein Gefühl für das Gehässige, das den übrigen Gesetzen teils wegen des von ihnen geübten materiellen Druckes, teils wegen ihrer Eingriffe in die Gewissen anhaftete. Er hatte außer ihnen 1874 dem König noch die Einführung der Zivilehe in Preußen und im Jahre darauf ihre Ausdehnung über das ganze Reich abgenötigt. Dadurch war er in der Leidenschaft, zu siegen, mit sich selber in einen sittlich unerträglichen Widerspruch zu den am schwersten erkämpften Überzeugungen geraten, auf denen sein Mannesdasein seit den Tagen der Reife ruhte. Der Kulturkampf wurde ihm zuwider. Gleichzeitig lockerte sich das Verhältnis zu Delbrück. Mit Fritz Eulenburg, von dem allmählich eine Liberalisierung der ganzen preußischen Verwaltung zu fürchten war, hatte sich Bismarck schon im Frühjahr 1875 überworfen. So löste er sich von seinem Tun der letzten Jahre innerlich wieder langsam los und fühlte, daß es ohne rechtes Ziel gewesen war. Der Natur der Dinge hatte es gewiß entsprochen, daß nach

der Errichtung des Reiches ohne die Teilnahme des Hauses Habsburg der Liberalismus als Träger des Einheitsgedankens wie der kleindeutschen Bestrebungen in mächtiger Flutwelle zu einer äußersten Anstrengung sich erhob. Es war ebenso verständlich, daß nach der Vollendung des jahrhundertelang vergeblich gebliebenen Bemühens der Nation um ihre staatliche Zusammenfassung der tiefste Gegensatz, an dem ihr inneres Dasein litt, noch einmal schmerzhaft aufzuckte. In beiden Lagern war die Erregung groß. Aber nunmehr lief die Pause zwischen den beiden Zeitaltern ab. Die Zukunft verlangte ihr Recht.

2. Neue Richtlinien der äußern und innern Politik

Eine auffällig tiefe Stille ging der Wendung der Bismarckschen Politik zu neuen Aufgaben voran. Im Juli 1875 berichtete ein Mitglied der österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin dem Grafen Andrassy: „Wohin ich blicke, ist tiefer Friede, und seit langem lag das Feld der innern und äußern Politik nicht so brach wie im gegenwärtigen Augenblick." Der Kanzler war jedoch nicht der Mann dazu, das ihm anvertraute Feld lange brachliegen zu lassen. Im Herbst besuchte ihn in Varzin sein alter Freund Blanckenburg. Nach den Eindrücken, die er dort erhielt, glaubte er „den Zusammensturz der liberalen Minister- und Parlamentsherrschaft sowie der damals noch herrschenden Wirtschaftspolitik prophezeien zu können". Bismarck hatte schon Umschau nach neuer Aussaat gehalten. Die auswärtige Politik schien ihm keine Gelegenheit dazu zu bieten. In der innern Politik griff er mit seiner Gewohnheit, geschichtlich folgerichtig zu denken, sofort wieder auf den Versuch einer Ordnung des Reichsfinanzwesens zurück, der ihm 1869 infolge zu kurzen Anlaufs mißglückt war. Daß es an jener Ordnung immer noch mangelte, bedeutete unzweifelhaft die empfindlichste Schwäche, welche der Reichsverfassung nach außen wie nach innen durch ihren Ursprung aus einem Vertrage souveräner Staaten noch anhaftete. Da warf, indem Bismarck hier wiederholt ansetzte, die kommende Zeit einen ersten Schatten auf seinen Weg. Es schwebte ihm vor, mit der Ordnung der

Reichsfinanzen eine bessere staatliche Fürsorge für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu verbinden, Reichspolitik und nationales Wirtschaftsleben in einen organischen, sich gegenseitig fördernden Zusammenhang zu bringen. Noch tastete er freilich ohne jeden Anhalt im einzelnen. Am 22. November 1875 beschrieb er im Reichstag als sein Ziel den teilweisen Ersatz der vorwiegend direkten Steuersysteme der Bundesstaaten durch ein System indirekter Reichssteuern auf die allen Volksschichten gemeinsamen Genußmittel. Dadurch hoffte er den Besitz zu entbürden und zu erhöhter volkswirtschaftlicher Leistung zu befähigen. Sein Gedankengang war vom ersten bis zum letzten Wort eine Kritik der Grundsätze, von denen die Liberalen in der Finanzpolitik ausgingen und worauf sie sich versteiften. Gleich darauf verkündete der Kanzler bei einem abendlichen Zusammensein mit Abgeordneten als seine fernere Absicht, die noch meist Privatgesellschaften gehörigen deutschen Eisenbahnen für das Reich zu erwerben. Im Sommer hatte der Bundesrat seine mehrjährigen Bemühungen um ein Reichseisenbahngesetz und eine einheitliche Gestaltung der Tarifpolitik zunichte gemacht. Nun wollte Bismarck die Hand auf die Eisenbahnen selbst legen, um ihre Überschüsse für die Zwecke des Reiches zu nutzen, aber auch, um die Möglichkeit einer gemeinnützigen Verkehrspolitik zu gewinnen. Er besaß an Albert Maybach, dem Präsidenten des Reichseisenbahnamtes, einen Mitarbeiter, wie er gleich verständnisvoll einen andern kaum je gefunden hat. Maybach hatte die Absicht des Fürsten in der Presse und durch eine Denkschrift vorbereitet. Aber die um den Rest ihrer Bewegungsfreiheit besorgten Mittelstaaten wandten sich erregt gegen das Unternehmen. Bismarck wollte sie mit Hilfe des preußischen Staatsministeriums umgehen; dort jedoch wurden ihm seine Vorschläge verschleppt. Unterdessen erhob sich gegen seine Anregungen zur Steuerreform die volle Wucht der den indirekten Steuern unholden öffentlichen Meinung. Aber nunmehr folgten sich die Anzeichen eines Wech-

sels der Zeiten rasch. Während sich die finanziellen Schwierigkeiten nicht verminderten, schwoll die revolutionäre sozialdemokratische Strömung erschreckend an. Ihr Wachstum war bisher gehemmt gewesen, weil sich im sozialistischen Lager die Anhänger Lassalles und die Gefolgschaft Bebels und Liebknechts befehdete. Zu Gotha einigten sich beide Teile im Mai 1875 über ein gemeinsames Programm, und die Partei konnte darauf aus der Not, die im wirtschaftlichen Leben seit 1873 mit dem Rückschlag gegen die übertrieben vielen Gründungen der ersten Friedensjahre eingekehrt war, den vollen Nutzen ziehen. Die Zeitungen aller Parteien erörterten die sozialen Anliegen des aufstrebenden vierten Standes. Die Großindustrie agitierte gegen die Zugeständnisse der Regierungen an die Grundsätze des Freihandels, nachdem die manchesterlich gesinnte Mehrheit des Reichstags 1873 sogar die Verlängerung der am wenigsten entbehrlichen Zölle auf Eisen über das Jahr 1877 hinaus abgelehnt hatte. Im Frühjahr 1876 zog sich Bismarcks begabter, aber in seinen Ansichten starrer Helfer in den Anfängen des Reiches, Rudolf v. Delbrück, von der Seite des Kanzlers zurück. Die Nationalliberalen wurden mißtrauisch und unruhig. Ende des Jahres entschied sich das Schicksal der ersten Reihe großer Justizgesetze, die nach der Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches auf das Gebiet der Rechtspflege in Angriff genommen worden waren. Ihre Annahme sollte das umfangreiche Werk der seit 1867 getätigten Gesetzgebung, die sich die Nationalliberalen als ihr Verdienst zurechneten, gleichsam krönen. Aber wiederum waren, wie bei der Heeresvorlage des Jahres 1874, parteipolitische Überzeugungen des Liberalismus, diesmal Freiheitsfragen, auf dem Spiele. Die Verständigung kostete härtere Mühe als je. Zwischenein lieferten sich Schutzzöllner und Manchestertum im Reichstag ein kurzes Vorgefecht, wobei nur das eine Neue heraus kam, daß der, wie in der Regel, früh aufgestandene Windthorst die Fahne des Schutzzolles schwenkte. Bismarcks eigne Pläne aber reiften

nicht merklich. In einem berühmt gewordenen Gespräch mit Tiedemann, dem Chef der Reichskanzlei, bemerkte der Kanzler am 5. April 1877, im Garten auf- und niedergehend, daß ihm zumute sei wie einem Jäger, der den ganzen Tag auf Kartoffelfeldern Hühner jagte. Gegen Abend sei er todmüde und sehne sich nach Ruhe. Wenn einem solchen Jäger gemeldet werde, in einem benachbarten Busche steckten mehrere starke Sauen, dann sei es vielleicht möglich, daß neue Lebenskraft in ihm erwache! Hasen und Hühner würden ihn aber nicht mehr in Bewegung bringen. Tatsächlich harrte Bismarck der Nachricht schon seit dem Sommer 1875. Seiner Sehnsucht, auch die Forderungen der neuen Zeit, die für sein Volk heraufzog, erfüllen zu dürfen, kam das Kraftgefühl nicht gleich, sich über sie klar und des Weges zum Ziele Herr geworden zu sein. Dem Vaterlande sollte darüber ein weiteres Jahr schmerzlicher innerer Wirren vergehen, Bismarck selbst tragisches Leid aus dem langen vergeblichen Suchen erwachsen. Aber es wurde dadurch noch Raum für einen Hauptansturm des Liberalismus gewonnen, durch den er das Reich und Preußen vollständig konstitutionalisieren zu können hoffte.

Im Januar 1877 hatten Neuwahlen zum Reichstag stattgefunden. Ihr Ergebnis stellte bedeutsame Verschiebungen in den Machtverhältnissen der einzelnen Parteien in Aussicht. Die Sozialdemokratie trug einen sehr starken Zuwachs an Stimmen, die Konservativen ein gewichtiges Mehr an Sitzen davon. Entsprechend beklagten die liberalen Fraktionen erhebliche, das Zentrum geringere Verluste. Nur wenige Tage nach den Wahlen zog ein Plan die Aufmerksamkeit auf sich, der anscheinend von angesehenen Freikonservativen ausging und in nationalliberalen Kreisen vielerorts beifällig aufgenommen wurde. Danach waren die Nationalliberalen und Freikonservativen gemeinsam, fast zu einer Partei verschmolzen, berufen, den Kern der künftigen Mehrheit zu bilden. Die Regierung sollte mit den beiden Gruppen eine feste, „organische“

Verbindung eingehen und ihnen die „gouvernementale Initiative" überlassen. Die Freikonservativen waren schon im Staatsministerium vertreten. Demnächst würden auch Nationalliberale zu Staatsministern ernannt werden, und die entsprechenden Reichsämter in Personalunion mitverwalten. Die neue Mehrheit hatte zur ersten Pflicht, das Reich mit geordneten und reichlichen Einnahmen auszustatten. Hinwiederum wurde erwartet, daß die Regierung dem Preußischen Abgeordnetenhaus die lange erstrebte Vervollkommnung seines Einnahmebewilligungsrechts gewährte. Den König von Preußen gedachte man für die tatsächliche Parlamentarisierung seiner Landes- und der Reichsregierung durch eine genaue „Feststellung" und Vermehrung der „Kaiserrechte" zu entschädigen. Am schlechtesten fuhr Bismarck bei dem Plane. Als er am 12. März 1877 im Reichstag über seine Stellungnahme ausgehorcht wurde und ausweichend antwortete, machten ihm die liberalen Zeitungen bemerklich, daß man seinen Rückzug auf das Altenteil der auswärtigen Politik wünsche und ihn in der innern Politik durch einen Stellvertreter und Vizekanzler zu ersetzen beabsichtige. Rudolf v. Bennigsen war der Ausersehene. Nichtsdestoweniger ließ sich Bismarck in der zweiten Hälfte des März in Verhandlungen auf der Grundlage des Planes ein. Seine Aufmerksamkeit teilte sich damals noch einmal zwischen den großen Aufgaben staatlicher Neuordnung, die ihm bevorstanden, und persönlichen Schwierigkeiten. Er fühlte sich in seiner Stellung ärger als je durch alle die mannigfachen Gegner bedroht, die er in den Ministerien, am Hofe, im Bundesrat und in der Diplomatie hatte oder zu haben glaubte. Wo die Dinge nicht nach seinem Willen gingen, vermutete er die Kreise der Kaiserin oder das kronprinzliche Paar und dessen Freundschaft dahinter. „Intrigen", so heißt der Abschnitt der „Gedanken und Erinnerungen" mit einem Worte, worin er uns von jener Zeit erzählt. Ein Zwischenfall, den Bismarck mit dem General v. Stosch, dem Chef der Admiralität, im Reichstag herbeiführte, sollte den An-

stoß zu einer Reinigung der Luft geben. Aber er erreichte beim Kaiser nicht die Entlassung Stoschs. Vollends floß Öl in das Feuer seines Zornes, als der Kaiser an seinem Geburtstag eine andere Bismarck verhaßte Persönlichkeit, den frühern Unterstaatssekretär Gruner, zum Wirklichen Geheimen Rat ernannte. Der Kanzler, dessen Reizbarkeit aufs höchste gesteigert war, entschloß sich, mit allen den wirklichen und vermeintlichen Widersachern den Kampf um Sein und Nichtsein aufzunehmen. Dafür aber bedurfte er wieder des Rückhaltes an den Liberalen, nachdem er sich eben erst aus sachlichen Gründen von ihnen ein wenig entfernt hatte. Ende März reichte er dem Kaiser ein Abschiedsgesuch ein. Der Kaiser wies es, wie alle frühern, zurück und erklärte dem Kanzler, daß er sich niemals von ihm trennen werde. Aber diesmal ergab sich Bismarck nicht so leichten Kaufes wie sonst. Er begehrte an Stelle des Abschieds, der ihm selbst nicht ernst gemeint war, einen unbegrenzten Urlaub. Zurückkehren wollte er erst, wenn ihm der Kaiser die Männer geopfert hatte, auf deren Sturz er abzielte.

Noch ehe Bismarck Berlin verließ, wiederholte er Bennigsen mehrfach, daß er ihn binnen kurzem für das Innere ins Ministerium ziehen werde. Gleich darauf benutzte er den zur Erholung nach Italien Gereisten als Figur auf dem Schachbrett seiner auswärtigen Politik. Der deutsche Botschafter am Quirinal mußte Bennigsen aus dem Gasthof in sein Haus nehmen. Dort wurde der einstige Präsident des Nationalvereins und nunmehrige Führer der Partei, die den Kulturkampf vor allen andern als ihre Sache in Anspruch nahm, den in Italien regierenden Antiklerikalen als hochgeschätzter Freund und Mitarbeiter Bismarcks vorgestellt. Es hatte sich eine letzte Möglichkeit aufgetan, den Kulturkampf über die Grenzen Deutschlands auszudehnen. In Frankreich war der Kampf der Konservativen und Antiklerikalen um die Macht in vollem Gange. Durch die Vermittlung der Italiener hoffte ihn Bismarck zum Schaden der Konservativen beeinflussen zu können. Nach der

Heimkehr lud Bismarck Bennigsen zu sich nach Varzin. Der nationalliberale Parteiführer unterbreitete ihm auf Verabredung mit seinen Freunden die Forderung, noch ein oder zwei andere Mitglieder seiner Partei in das Staatsministerium zu berufen. Er eröffnete auch Verhandlungen sowohl über die Steuern, die die Partei bewilligen werde, wie über die konstitutionellen Rechte, die sie als Entgelt verlange. In Italien wie in Frankreich verliefen die Ereignisse während des Sommers und Herbstes nach den Hoffnungen des Kanzlers. Anfangs Oktober weilte er einige Tage in Berlin. Alle Welt erzählte sich, daß das letzte Stündlein der Ministerschaft für Camphausen, Eulenburg und den Handelsminister geschlagen habe. Man nannte ebenso offen die Namen ihrer nationalliberalen Nachfolger. Da kam Eulenburg mit seinem Gesuch um Entlassung dem Kanzler zuvor. Er erhielt, gleich Bismarck, nur einen Urlaub und verlebte ihn in Berlin in beständiger Verbindung mit dem König. In Verkennung der Lage lenkte die nationalliberale Presse schon das Feuer auf Camphausen, als den Führern gewinkt wurde, daß ein heftiger Kampf zwischen dem Hofe und Bismarck im Gange sei. Am 22. Oktober sagte König Wilhelm zu dem Fürsten Hohenlohe, es sei jetzt Zeit, mit dem Liberalisieren einzuhalten. Er habe viele Konzessionen gemacht. Aber jetzt sei es genug. Der König fügte hinzu, daß Bismarck mit ihm darüber einverstanden sei. Dieser war nach Varzin zurückgekehrt. Dort schwoll während der nächsten Monate der Sturm der Gefühle in seiner Brust bis zum Orkan. Der Nachlaß Christoph v. Tiedemanns gewährt noch uns Nachlebenden manch plötzlichen tiefen Einblick in den geistigen Zustand des Fürsten, um dessen politisches Dasein es ging. Am 25. Oktober spät abends fanden die Hausbewohner Bismarck in der Diele auf dem Fußboden sitzend, den Kopf seines sterbend heimgekehrten Lieblingshundes auf dem Schoße. Er flüsterte dem Tiere liebkosende Worte zu und suchte seine Tränen zu verbergen. In der Nacht quälte ihn unaufhörlich der Ge-

danke, daß er den Hund kurz vor dem Tode noch gezüchtigt hatte. Er schlief nicht. Am andern Morgen steigt er zu Pferde, sucht die Wege auf, wo sein lieber alter Hund ihn zuletzt begleitete. Vor Tiedemann entschuldigt er sich. Es sei sündlich, so wie er getan, sein Herz an ein Tier zu hängen, er habe aber nichts Lieberes auf der Welt gehabt und müsse mit Heinrich V. im Shakespeare sagen: ich hätt' einen Beſſ'ren beſſer miſſen können. Die Trauer geht ihm tagelang nach. Er klagt sich an als jähzornig, brutal, als Mensch, der jedem Schmerzen bereite, der in Berührung mit ihm komme, und dann wirft er sich wieder vor, daß er um den Tod eines Tieres so lange leide. Seine Umgebung aber folgt ihm scheu mit den Blicken und staunt über seinen wunderbaren Charakter, das Gemisch von harter eiserner Energie und kindlicher Weichheit. Unterdessen geht der Kampf um seine Stellung ohne Ruhe weiter. Der Fürst hatte andere stürzen wollen und sah sich selbst gefährdet. „Hier sind mehr Eisen im Feuer, als ich erwartete," hatte Tiedemann seiner Frau am 17. Oktober aus Varzin gemeldet. „Es spielt sich", so schrieb er am 12. November, „hier augenblicklich ein kleines Stück Weltgeschichte ab, dessen Folgen sich noch nicht übersehen lassen." „Ich glaube," klagte er am 30. November, „wir stehen vor einer Krisis in den innern Angelegenheiten, wie sie seit zehn Jahren nicht dagewesen ist, und es ist sehr zu befürchten, daß sie mit dem definitiven Rücktritt des Fürsten enden wird." Die Anstrengungen Bismarcks blieben in der Tat umsonst. Der Kaiser war zu Änderungen von Belang in seiner Umgebung nicht bereit. Am 12. Dezember bestritten die halbamtlichen Blätter, daß der Kanzler irgendetwas gegen Personen aus dem Kreise des Kaisers unternommen habe. Die Nachricht bedeutete, daß Bismarck an dieser, der wichtigsten Angriffsstelle, den Kampf verloren gab. Ein leidenschaftlicher Gegensatz innerhalb der evangelischen Kirche zwischen den Hofpredigern, die gläubige Protestanten waren, und dem Präsidenten des Oberkirchenrates, sowie dem Kultusminister als Liberalen hatte sich mit dem

Streite zwischen Bismarck, der Falk um der Nationalliberalen willen nicht preisgeben durfte, und dem Hofe verstrickt. Die Aussicht auf den Sieg war dadurch für Bismarck vollends geschwunden. Nur zwei Diplomaten, deren Verbleiben vom Kaiser unabhängig war, räumten im Laufe des Gefechts das Feld, der französische Botschafter Gontaut-Biron und der bayerische Gesandte Baron Perglas, beide vom Kanzler als besonders scharfe Gegner seiner Politik gewürdigt. Er wandte sich nach dem Fehlschlage am Hofe sofort der Aufgabe zu, die Amtsgenossen zu beseitigen, mit denen er nicht mehr arbeiten wollte. Auf den Rat seiner freikonservativen Freunde bat er im Zusammenhang mit dieser Absicht Bennigsen zum zweitenmal nach Varzin. Fast die ganze nationalliberale Partei glaubte, daß der Kaiser gewonnen sei und es nur noch gelte, den Vertrag zu siegeln. Leider hat Bismarck selbst die Überlieferung über den zweiten Besuch Bennigsens völlig verwirrt. Denn in den „Gedanken und Erinnerungen" verlegte er ein Gespräch, das er mit dem nationalliberalen Parteiführer erst acht Wochen später hatte, in die Varziner Weihnachtstage. Bennigsen nahm den Eindruck aus Varzin mit sich fort, daß seine eigne Ernennung keine, aber auch die seiner Parteifreunde nicht unüberwindliche Schwierigkeiten bereite. Da die Reichsverfassung eine regelmäßige Stellvertretung des Kanzlers nicht kennt, sollte eine solche durch ein besonderes Gesetz eingeführt und damit der Vizekanzlerschaft Bennigsens der Weg bereitet werden. Einig waren sich beide Männer über die Vorzüge, die es haben könnte, wenn durchgehends eine Personalunion zwischen den preußischen Ministerien und den Reichsämtern statthätte, wie sie für das Kriegsministerium und das Auswärtige Amt praktisch schon bestand. In großen Zügen verständigten sie sich über die Steuerreform. Verbrauchs- und Stempelsteuern sollten gefordert werden, der Tabak den Hauptertrag liefern. Abweisend verhielt sich Bismarck zu dem Verlangen nach konstitutionellen Bürgschaften. Bennigsen hatte Varzin

kaum wieder verlassen, so erfuhr Kaiser Wilhelm von den Abreden über die Besetzung der Ministerien aus den Zeitungen. Er glaubte sich in einem seiner edelsten Kronrechte, der Auswahl der Minister, verletzt. Er wies brieflich Bismarck in seine Schranken. Vor Erregung erkrankte der Kanzler. Auch sein zweiter Angriff drohte zusammenzubrechen.

Nach einiger Überlegung beruhigte der Kanzler den Kaiser. Ebenso sorgfältig bemühte er sich aber zugleich, die Nationalliberalen und Freikonservativen durch das, was aus den Vorgängen im Schlosse durchsickerte, nicht kopfscheu werden zu lassen. Die liberalen Führer blieben noch den ganzen Januar in froher Hoffnung des Gelingens. Erst um die Mitte des folgenden Monats wechselte die Stimmung. Widerstände gegen die Unterhandlungen in der eignen Partei machten den nationalliberalen Führern zu schaffen. Die Rheinländer fühlten sich nicht ausreichend berücksichtigt. Die Freihändler um jeden Preis behaupteten, Bismarcks Nachforderung für das Bündnis werde die Rückkehr zur Schutzzollpolitik sein. Persönliche Eifersüchteleien kamen hinzu. Bismarck blieb nicht verborgen, daß er sich neuen ernsten Schwierigkeiten mit dem Kaiser aussetzte, ohne die Sicherheit zu gewinnen, daß ihn die nationalliberale Partei einhellig unterstütze und ihm eine sichere Mehrheit stelle. Auch war Bismarck selbst keinesfalls zur Parlamentarisierung der Regierungsgewalt bereit. Wohl ging er als Minister zuweilen in seinen Zugeständnissen weit, um ans Ziel zu kommen. Niemals jedoch wich er nur einen Finger breit, wenn ihn die Liberalen um die Erweiterung des Einnahmebewilligungsrechts für das Preußische Abgeordnetenhaus bestürmten. Er war darin gleich unerbittlich 1878 wie 1869 und als Greis in den 80er Jahren noch ebenso wie als junger Politiker im Jahre 1851. Die Artikel, die in der preußischen Verfassung das Bewilligungsrecht des Landtags umgrenzten, waren für ihn der Schlüssel des Kampfes zwischen Kron- und Parlamentsgewalt. Den Kampf durchzufechten, hatte er Wilhelm I. beim Ein-

tritt ins Ministerium gelobt. Unverbrüchlich blieb er darin an des Königs Seite. Den Nationalliberalen schlug jetzt zum Verderben aus, daß sie sich darüber nach so vielen Jahren noch täuschten. Kaum kehrte Bismarck auswärtiger Angelegenheiten wegen in der zweiten Hälfte des Februar nach Berlin zurück, so erneuerten sie, diesmal im Reichstag, ihre Angriffe auf Camphausen und sprachen auch in Sachen des Steuerbewilligungsrechtes ihr Ceterum censeo aus. Bismarck deckte sich beim Kaiser, indem er in den bestimmtesten Ausdrücken jedes verfassungsrechtliche Entgegenkommen ablehnte. Betäubend aber wirkte, daß er plötzlich ohne alle Rücksicht auf die liberale Abneigung gegen Staatsmonopole das Tabakmonopol als Hauptglied der Steuerreform forderte. Nebenher behandelte er Camphausen so abfällig, daß dieser dem Drucke wich. Die Erregung der politischen Kreise Deutschlands über den Vorfall war ungeheuer. Die Freikonservativen entrüsteten sich über den Kanzler fast noch lebhafter als die Nationalliberalen. Er schien mit einem Schlage aller Stützen beraubt. Auch das Zentrum schlug auf ihn ein, in der Berechnung, daß er um so sicherer zu Fall kommen werde. Bismarck lenkte ein. Er redete Bennigsen zu, von allen Bedingungen seines Eintritts ins Ministerium abzusehen und unverzagt zu ihm allein aufs Schiff zu springen, solange er noch am Landungsplatze liege. In einer Reihe von Besprechungen wurden neue Grundlagen für eine dauerhafte Verständigung des Kanzlers mit den Nationalliberalen gesucht. Als Bedingung ihrer Annahme aber verlangte Bismarck noch vor Ostern einen Reichstagsbeschluß, aus dem die Stellung der Parteien zur Reform und Vermehrung der Reichseinnahmen deutlich hervorgehe. Die Wahl des als friedfertig gerühmten Kardinals Joachim Pecci zum Papste an Stelle des im Februar gestorbenen Pius' IX., die in die Verhandlungen fiel, stärkte schon wieder die Stellung Bismarcks gegen die Liberalen. Nach einigen aussichtsvollen Tagen verschlechterte sich die Stimmung abermals. Camphausens Beispiel

waren mittlerweile Eulenburg und der Handelsminister Achenbach gefolgt. In der Verworrenheit der Lage fand Bismarck eine Woche lang keinen Ersatz für sie. Sein Stolz wurde durch die ergebnislose Ministersuche tief gedemütigt. Scharfe Anklagen flogen wieder zwischen dem Kanzler und seinen begeisterten Anhängern von gestern hin- und herüber. Am 29. März verkündete Bennigsen, daß nicht mehr verhandelt würde. Bismarck aber gab den Blättern, zu denen die Regierung Beziehungen hatte, die Weisung, Neuwahlen zum Reichstag vorzuarbeiten. Er wußte, wie stark der Gegensatz zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern in der nationalliberalen Fraktion geworden war, wie anderseits die Schutzzöllner in der freikonservativen Partei auch in den letzten Wochen nicht von ihm gelassen hatten. So wollte er den Widerstreit der materiellen Interessen entfesseln, um den einen zu helfen, den Nationalliberalen dagegen ihre durch gemeinsame verfassungspolitische Ideale oder durch die Weltanschauung zusammengeführten Reihen auseinanderzusprengen. Die Osterzeit brachte indessen noch einmal eine Entspannung. Schwer wie von einer Scholle, auf der er angewachsen war, riß sich der Kanzler von den Männern los, womit ihn die Sorge ums Reich jahrelang zusammengehalten hatte. Aber das Verhängnis ging seinen Weg. Ende April wurde ein Attentat auf den Kaiser verübt. Der Kaiser blieb wohl unverletzt; der Eindruck auf die Bevölkerung war jedoch tief. Bismarck zieh die verhetzende Werbearbeit der Sozialdemokraten aller Schuld an dem Vorkommnis und ließ dem Reichstag unverzüglich ein Ausnahmegesetz gegen diese Partei vorlegen. Der Entwurf stellte aber nicht nur die Partei außer dem Gesetz, sondern achtete auch geflissentlich nicht die jedem deutschen Staatsbürger zugesicherten persönlichen Freiheiten. Die Nationalliberalen brachten es nicht über ihr politisches Gewissen, für den Entwurf zu stimmen. Bismarck wartete zu. Anfang Juni verwundete ein anderer Attentäter den greisen Monarchen schwer. Bismarck erfuhr das Ereignis in

Friedrichsruh. Mit einem Ruck blieb der Fürst stehen. Er stieß in heftiger Bewegung seinen Eichenstock vor sich in die Erde und sagte tiefaufatmend, wie wenn ein Geistesblitz ihn durchzuckte: „Dann lösen wir den Reichstag auf." Niemand mehr brachte ihn von der Absicht ab. Er begann „den Kampf im Finstern", einen der gehässigsten Wahlkämpfe in Deutschlands innerer Geschichte. Wie er auch ausging, die Schlacht war für die Nationalliberalen verloren. Sie hatten den folgerichtigen Versuch gemacht, nach zehn Jahren einheitsstaatlicher Entwicklung, unter Ausnutzung persönlicher Bedrängnis des leitenden Staatsmannes das Kompromiß, das 1867 zwischen den Überzeugungen der Konstitutionell-Liberalen einerseits, der geschichtlich gegründeten Reichsverfassung Bismarckschen Entwurfs und der Krongewalt des preußischen Staates anderseits vereinbart worden war, aufzuheben. Ihr Ziel war gewesen, die 1867 erst recht ausgebildete deutsche Form des Konstitutionalismus, den sie Scheinkonstitutionalimus zu nennen liebten, in einen vollen parlamentarischen Konstitutionalismus westeuropäischer Art umzuwandeln. Die Nationalliberalen hatten das Kompromiß ungern geschlossen und stets im Auge behalten, wie sie darüber hinauskommen könnten. Infolgedessen war die Reichsverfassung nie zur Ruhe gekommen. Sie hatte sich nur unvollkommen einleben und gar nicht die wohltätigen, anregenden Wirkungen einer anerkannten und ungehemmten Verfassung ausüben können. Bismarck hatte jahrelang der Stimmung der Nationalliberalen recht weit nachgegeben. Er hatte zuletzt ein starkes persönliches Bedürfnis nach ihrer Unterstützung empfunden. Aber im entscheidenden Augenblick, als der latente Kampf gegen den Geist seines Volkes in einen offenen und verzweifelten Ansturm überging, hatte er es doch nicht verlassen. Mit dem Verlangen nach einer Änderung des preußischen Budgetrechts fiel die Parlamentarisierung der Reichsämter und Ministerien, die Übertragung der gouvernementalen Initiative an eine einzelne politische Partei, die Personalunion

der preußischen und Reichszentralbehörden. Die 1867 für die Reichsverfassung gezogene Grenze zwischen deutschem Staatsrecht und westeuropäischem Konstitutionalismus wurde wieder klar nachgezogen. Das damals noch in der Schwebe gebliebene Gewicht der Verfassung glitt unzweifelhaft auf die Seite des deutschen Staatsrechts hinüber. Dadurch wurde zugleich der 1865 durch das Indemnitätsgesuch nur vertagte Konflikt in Preußen ausgetragen. Der Bundesrat hüben, der preußische König drüben behaupteten sich. Auf ein Menschenalter hinaus wurde die Reichsverfassung nicht mehr im Wesen angetastet. An Stelle der Nationalliberalen erlangten die Konservativen und das Zentrum im Reiche und in Preußen den vorwaltenden Einfluß. Zwar hatten auch sie sich bisher nicht als verständnisvolle Interpreten der Verfassung erwiesen; aber beide Parteien vermochten sich doch nach ihrer ganzen geistigen Struktur der Verfassung besser als die Liberalen anzupassen. Für die nächsten Jahre Bismarckscher Politik war es ein nicht abzuschätzender Gewinn.

In denselben Wochen aber sah Bismarck endlich auch die ersten hellen Lichter über die Landschaft fliegen, auf die er seit beinahe drei Jahren zupilgerte. Die Nebelschleier hoben sich. Die Gewalten der kommenden Zeit fluteten, schon zum breiten Strome anwachsend, an dem Genius vorüber, und zum erstenmal zeichneten sich die Aufgaben, die sie ihm stellten, im kühlen Zwielicht der Morgendämmerung vor ihm ab. Da fand er die Sicherheit des Geistes sogleich wieder. Seine Augen wurden wieder blank. Die rein taktischen Bestrebungen und der Streit um Personalien lag hinter ihm. Er gehörte dem großen sachlichen Vorhaben, das ihn seit 1875 lockte.

Von der auswärtigen Politik her kam, wie es im Leben der Staaten die Regel ist und seiner Anlage am meisten entsprach, der entscheidende Anstoß.

Im Sommer 1877 war ein Krieg zwischen Rußland und der Türkei ausgebrochen. Während Bismarck Ende Januar 1878

einige Tage zu Varzin in alten Papieren kramte, ereilte ihn die Nachricht, daß der Verlauf des Krieges den europäischen Frieden in Frage stelle. Der türkische Widerstand war zusammengebrochen. Die Russen standen vor Konstantinopel und schienen gewillt, den gesamten slawischen und mohammedanischen Balkan derart neu zu organisieren, daß er unter ihrem Einfluß blieb. Graf Andrassy hatte 1876 in Voraussicht des Krieges mit den Russen ein Abkommen über die Balkaninteressen seines Landes getroffen und ihnen im Frühjahr 1877 sogar die Neutralität Österreich-Ungarns zugesagt. Jetzt aber war er aufgebraust, weil er sich von Gortschakow getäuscht und hintergangen meinte. Auch die Engländer regten sich. Sofort kehrte Bismarck aus dem langen Urlaub nach Berlin zurück. Er konnte die habsburgische Monarchie nicht auch noch vom Balkan abdrängen lassen, nachdem die Kriege von 1859 und 1866 sie aus Mitteleuropa süd- wie nordwärts der Alpen zurückgeworfen hatten. Handelte er anders, gab er sie dem sichern Zerfall preis. Wohl war Bismarck bei dem schwierigen Spiele nicht zumute. Der Knäuel von Fragen, die zwischen den Großmächten auf dem Balkan strittig waren, schien kaum zu entwirren. Da jedoch ohne Bismarcks Zutun Europas Machtspruch unabwendbar wurde, ließ er sich nicht vergeblich zu neuer großer Tat rufen. Am 19. Februar 1878 sprach er im Reichstag über die Lage. Er versicherte vor Europa, daß das Reich keine eignen Ansprüche im Orient habe. Er bot seine guten Dienste als Makler an. Zweiundzwanzig Jahre früher hatte er die preußischen Staatsmänner unnachsichtig verurteilt, die Preußen nach dem Krimkriege bei den europäischen Verhandlungen über das Schicksal des türkischen Reiches vertreten wissen wollten. Jetzt dagegen suchte er die volle Verantwortung für die Beschlüsse der Großmächte. Es komme, so redete er am 26. Februar auf Bennigsen ein, für jetzt und bis nach den nächsten großen Kriegen nur darauf an, Deutschland fest zusammenwachsen zu lassen. Bennigsen blieb am Ufer. Bismarck aber segelte wieder wie 1863 aufs hohe Meer hinaus.

Als die Minister der großen Mächte es persönlich auf sich nahmen, die Gegensätze zwischen Rußland und seinen Nebenbuhlern auf dem Balkan auszuräumen, wurde Berlin vom Juni bis zum Juli 1878 der Sitz ihres Kongresses, und Bismarck leitete ihn. Nun endlich war die Stunde und die rechte Gelegenheit gekommen, Mitteleuropa von dem ununterbrochenen Drucke der auswärtigen Lage zu befreien. Bismarcks Ausgangspunkt war, daß den Bedürfnissen der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches genug geschehe, wenn die durch die letzten Kriege befriedigten Ansprüche und anerkannten Vorrechte Preußens in Mitteleuropa behauptet wurden. Fanden sich die übrigen Großmächte mit dem Bestande des Reiches ab, so konnte dieses hinwiederum auf dem Kongreß das Seinige dazu beitragen und sogar seinen Vorteil darin suchen, die andern bei der Wahrnehmung oder Begründung von Interessen außerhalb Mitteleuropas zu unterstützen. So half er denn selbst die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen derart regeln, daß fortan das östliche Mittelmeer und die nordafrikanische Küste auf Jahrzehnte hinaus den wichtigsten Brennpunkt großmächtlichen Wettbewerbs bildeten. Dieses Gebiet uralter, zerfallender Kultur ist darüber gewissermaßen zum Übergangsgebiet von der nunmehr Vergangenheit werdenden zur kommenden Zeit der Großmachtpolitik geworden. Russen und Habsburger trieben dort schon Jahrhunderte lang die den festländischen Großmächten bisher allein geläufige Eroberungs- und Grenzpolitik. Von nun an rangen dort alle um Platz und Luft zur kolonisatorischen und weltwirtschaftlichen Ausdehnung, dichter aufeinander und heißer als irgendwo. Noch meinte Bismarck nach fester preußischer Überlieferung das Deutsche Reich am Orient unbeteiligt. Das nächste Ziel, das er durch seine Politik auf dem Kongresse verfolgte, erreichte er. Dreißig Jahre lang stürmte das Wetter in Mitteleuropa schon. Fortan wurde die Fahrt ruhiger. Bismarck schuf durch die Beschlüsse des Kongresses die Voraussetzung für den beständigen Frieden, dank dem die deutsche Nation

ihre Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft steigern und sich zur Leistungsfähigkeit einer Weltmacht emporarbeiten konnte. Kurz nach dem Kongresse verspürte schon Bismarck selbst den ersten Hauch davon. Er hatte den Grundsatz der Nichtbeteiligung Deutschlands an den Gegensätzen der werdenden Weltpolitik überspannt. Die mit dem Ergebnisse des Kongresses unzufriedene öffentliche Meinung Rußlands warf alle Schuld an ihrer Enttäuschung auf das Deutsche Reich. Auch blieb das Übelwollen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn unvermindert. Bismarck mußte genau prüfen, ob er sein Volk der Gefahr einer Isolierung aussetzen durfte und was die Donaumonarchie für die deutsche Politik bedeutete. Der Entschluß reifte in ihm, zwischen Wien und Petersburg zu wählen und ein Bündnis mit Franz Joseph zu erstreben. Erwog Bismarck mit kühlem Verstande, welchen Richtlinien die preußische Politik bisher gefolgt war, so schreckte ihn die Verpflichtung. Er sollte Beziehungen mit Rußland lösen, die Preußen seit Menschenaltern pflegte und die unter den beiden regierenden Herren besonders herzlich waren. Anderseits ließ sich kein gefährlicheres Bündnis als eines mit dem Reiche der Habsburger für die junge deutsche Großmacht denken. Österreich-Ungarn hatte dort, wohin der Brennpunkt der europäischen Großmachtpolitik seit dem Kongreß fiel, seit 1866 das einzige Feld seiner äußern Betätigung. Jede Reibung auf dem Balkan konnte durch die Interessen, die dort nun alle Großmächte hatten, für Österreich-Ungarn zur lebensgefährlichen Entzündung werden. Nur deshalb suchten auch die Wiener Politiker das Bündnis. Andrassy setzte als Bedingung, daß die Sorge Österreich-Ungarns vor russischer Bedrohung als Zweck des Bündnisses angegeben wurde, und war nicht einmal bereit, Deutschland hinwiederum Beistand gegen Frankreich zuzusagen. Kaiser Wilhelm wollte die Zumutung glatt abgewiesen haben. Er fuhr ohne die Zustimmung seines Kanzlers nach Warschau, um zu beheben, was ihm nur ein Mißverständnis sein zu können schien. Bismarck wußte besser

Bescheid. Er ließ sich immer tiefer in die Verhandlungen ein. Mit den Diplomaten der Kurie Leos XIII. besprach er gleichzeitig die Möglichkeiten, den Kulturkampf abzubrechen. Die Kurie sollte ihm in Wien nicht entgegen sein. Im September 1879 begab er sich persönlich nach Wien. Mit Andrassy und Kaiser Franz Joseph brachte er die Sache ins Reine. Aber noch im Augenblicke des Abschlusses erhob er sich plötzlich, zerknitterte die Abschrift des Vertrags in seinen Händen und trat, erregt atmend, so dicht an den Grafen Andrassy heran, daß dieser selber vom Sitze emporfuhr und regungslos abwartend, zum Standhalten entschlossen, dem Fürsten ins Auge schaute. Bismarck kämpfte seinen Zorn nieder. Sein staatsmännischer Instinkt zwang ihn, sich zu fügen. Auch Kaiser Wilhelm rang er die Unterschrift ab. Zum erstenmal war das Reich als der Staat deutscher Nation in der auswärtigen Politik Preußens Herr geworden. In den sich neugestaltenden Machtverhältnissen der Welt hatte die deutsche Nation selbständige Ziele viel weitern Umkreises in acht zu nehmen, wie sie einst für Preußen gegeben waren. Bismarck hatte danach gehandelt. Er legte das Reich durch das Bündnis gleichsam ins Schlepptau einer durch die Balkaninteressen schon unentrinnbar in die Weltpolitik verstrickten Großmacht. Denn in der windstill gewordenen, aber auch versandenden Bucht bloß mitteleuropäischer Interessen konnte seines Bleibens nicht ewig sein. Draußen aber war voraussichtlich auf lange hinaus gar kein anderer Weggenosse zu finden. Das Bündnis hielt dem deutschen Volke auf geschichtlich ihm von je vertrauten Bahnen zusammen mit den abendländischen Slawen und den Magyaren die Herrschaft über die Donau ebenso wie über den Rhein, die Anlehnung an die Adria ebenso wie an die Nordsee offen. Solange sich die beiden Großmächte die Treue bewahrten, vermochten die Feinde der Nation sie auch im schlimmsten Falle nicht völlig zu umschließen und zu erwürgen. Derselbe Geist kühnen Wagens beim Besetzen neuer Stellungen und der

wägenden Vorsicht bei ihrer Wahl, ob sie auch zur Deckung brauchbar seien, der der äußern Politik Bismarcks schon in den Jahren 1863 bis 1870 das Gepräge des Genies aufdrückte, weht uns auch aus seiner Politik des Berliner Kongresses und des Bündnisses mit Österreich-Ungarn an. Er wirkt 1879 noch mächtiger. Vor 1870 hatte Bismarck immerhin nur die Ergebnisse einer mehrhundertjährigen, nach allen Richtungen aufgeklärten Entwicklung zu ziehen. Jetzt tat die Nation dank ihm die ersten Schritte in ein neues, erst dämmerndes Zeitalter. Unwillkürlich erfüllte die Welt größere Ehrfurcht als je vor dem gewaltigen Manne. Sein Ruhm erreichte den Gipfel.

Die schöpferische Tätigkeit in der äußern Politik hatte Bismarck schon 1866 und 1870 zu ähnlich großem Wollen und Können auf den Gebieten des innern Staatslebens angespornt. Auch dieses Mal war es dem Kanzler beschieden, sogleich die Maßnahmen vorzubereiten, wodurch die künftige Erweiterung der auswärtigen Reichspolitik zur Weltpolitik daheim ihren Rückhalt erhielt und von der Heimat aus gesichert werden konnte. Während er der Nation draußen die Zeit gewann und den Rahmen zur weltweiten Entfaltung ihres wirtschaftlichen Lebens zimmerte, entband und ordnete er im Innern, was dem wirtschaftlichen Aufschwunge dienen konnte. Im Gefühl hatte ihm die Aufgabe gleich 1875 gelegen, als er die Reichsfinanzordnung anfaßte. Deshalb bezeichnete er schon diese stets, was die Forschung häufig irregeleitet hat, als wirtschaftliche Reform. Handgerecht ist ihm die Aufgabe aber erst jetzt geworden.

Noch bis in den Sommer 1878 suchte der Kanzler den Schlüssel zu seinem Plane, durch die Reichsfinanzpolitik das nationale Wirtschaftsleben anzutreiben, in einer Entlastung des Besitzes. Nun erschloß sich ihm der Zusammenhang zwischen beidem in dem Schutze und der Förderung der nationalen Arbeit. Er gab den ursprünglichen Plan nicht auf. Einstweilen gedachte er jedoch, die Ordnung der Reichsfinanzen vorzüglich

auf die Einnahme aus Zöllen, Finanz- und namentlich Schutzzöllen, zu begründen. Bismarck war von Jugend an Freihändler gewesen. Wenn er als Kanzler zehn Jahre lang in der Wirtschaftspolitik Delbrück schalten und walten ließ, geschah es nicht nur, wie Bismarck später behauptete, weil Delbrück der Fachmann war. Es regte sich in Bismarck vielmehr kein innerer Widerspruch gegen die freihändlerische Richtung seines Mitarbeiters. 1869 und noch schärfer 1875 sprach er mit Worten, an denen nichts zu deuteln war, den Wunsch aus, „daß wir uns auf das Gebiet eines reinen, einfachen Finanzzolles zurückziehen" sollten. Als dann freilich die Bewegung für die Schutzzölle im Inland, namentlich jedoch bei den Nachbarn unerwartet stark wurde, hielt es der Kanzler zwar zwei- oder dreimal für richtig, ihr in Einzelheiten Rechnung zu tragen. In den programmatischen Verhandlungen mit Bennigsen spielte der Schutzzoll aber keine Rolle. Auch dann noch, als sich Bismarck im April 1878 aus wahltaktischen Rücksichten, um die nationalliberale Partei zu zermürben, erstmals für die schutzzöllnerische Bewegung ins Zeug legen wollte, scherzte er, daß es nur seinen „sichersten Verbündeten bei der Steuerreform" zu Dank geschehe. Vielleicht jedoch war er als Politiker durch den mehrjährigen Ansturm der Schutzzöllner schon mehr ins Wanken gekommen, als er glaubte. Auch machte ihn die allgemeine Wandlung seiner politischen Anschauungen seit 1875 ohne Frage schutzzöllnerischer Denkart zugänglicher. Erfaßt bis ins Innerste und befruchtet wurde er indessen durch das Problem und seine volkswirtschaftliche Bedeutung erst in den Wochen des Berliner Kongresses. Von da an entwickelte er nicht nur mit Hilfe der schutzzöllnerischen Theorien die Theorie seiner Reformpläne. Nein, deren Grundgedanke selber gewann erst durch die Verbindung mit der Schutzzollbewegung rechtes Leben und wurde nun erst ernstlich durchführbar. Am 25. Oktober 1878 trat Bismarck mit seiner neuen Anschauung an die Öffentlichkeit. Vom März bis zum Juli des folgenden Jahres kämpfte er im Reichstage für

seine Sache mit einem Aufgebote rednerischen Eifers, der ihn gleich stark kein zweites Mal erfüllte. Freilich, wie beim Bündnis mit Österreich, lehnte sich sein Raisonnement noch mehr als einmal auch gegen den Übergang zur Schutzzollpolitik auf. Dann schüttelte er die überzeugten Schutzzöllner wieder von sich ab, als hätte er nichts mit ihnen gemein und brauche sie immer noch nur zu taktischen Zwecken. Tatsächlich aber bildete er die Schutzzollbewegung, nachdem sie erst einmal ein Glied in all seinem politischen Tun jener schicksalsschweren Jahre geworden war, viel weiter durch, als es ihren bisherigen Vorkämpfern auch nur billig deuchte. Sie heischten für einige Industrien, die Not litten, beim Reiche Hilfe gegen ausländischen Wettbewerb. Der Kanzler dagegen wollte der gesamten Produktion des deutschen Volkes, unter welchen Formen sie sich auch vollzog, die Sicherheit des staatlichen Schutzes verschaffen, der nationalen Arbeit dadurch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Erwerbsstände wie ihrer vaterländischen Bedeutung einflößen und sie vor allem auf die Pflege des inländischen Absatzes hinweisen. Er gedachte alle Erzeugnisse des Auslandes, für die nicht ausdrücklich im Tarif eine Ausnahme vorgesehen war, gleichmäßig beim Eintritt in Deutschland mit Zöllen zu belegen. Nicht nur kam er darüber zu einem viel weiter ausgebreiteten System von Industriezöllen, als es deren Anhänger im Auge gehabt hatten, sondern auch zu Getreidezöllen. Kaum wurde seine Absicht ruchbar, so erhob sich ein Sturm sowohl bei den Freihändlern aus Grundsatz wie bei den Freihändlern aus Verbraucherselbstsucht. Aber auch die industriellen Schutzzöllner und selbst der größere Teil der Landwirte nahmen gegen Bismarck Stellung. Er wehrte den Angreifern mit dem Einwand, daß Getreidezölle in so geringer Höhe, wie er sie vorgesehen habe, nur die Wirkung reiner Finanzzölle hätten. Aber der Schritt war getan, und unerschütterlich versteifte er sich darauf, daß die Zollvorlagen entweder fallen oder vom Reichstag mit den Getreidezöllen angenommen werden müßten.

Wieder siegte über den Menschenverstand sein staatsmännischer Instinkt. War der nationalen Wirtschaft durch die Sicherung des Friedens auf dem Kongreß der Weg zur weltwirtschaftlichen Betätigung geebnet worden, so bereitete der Übergang zur Schutzzollpolitik die nötige Deckung vor, wenn sie sich noch einmal für Jahre der Not beschränken mußte. Die Sorge für die Ernährung der Bevölkerung durch die Bodenerzeugnisse des eignen Landes und damit für die deutsche Landwirtschaft, die Stärkung der Kaufkraft aller Einwohner und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf dem inländischen Markte war am Eingange des neuen Zeitalters für die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft ebenso ratsam wie der politische Zusammenschluß mit Österreich-Ungarn, damit die Nation der Einkreisung entginge und die Fühlung von Meer zu Meer bewahrte. Unwillkürlich schaute der Kanzler in diesem Augenblick auf England. Sein Bankier Bleichröder beruhigte ihn, daß sich auch England zum Schutzzoll entschließen werde. Aber England lag weltpolitisch allen europäischen Großmächten zugleich voraus und in der Flanke. Es vertraute darauf, daß es niemals ganz vom Verkehr abzusperren wäre. Es mochte deshalb beim Freihandel bleiben, wie es sich auch nach keinem Bündnis umschaute. Die deutsche Nation dagegen saß tief drinnen im Festlande.

Die im Zuge befindliche Neuorientierung der auswärtigen Politik und die Wendung der Wirtschaftspolitik gaben dem staatlichen Leben des deutschen Volkes im Frühjahr und Sommer des Jahres 1879 einen solchen Schwung, daß auch die Aufgabe der Reichsfinanzreform endlich mit durchgerissen wurde. Wohl gingen die Parteiverhältnisse des Reichstages darüber völlig aus den Fugen. Konservative und Zentrum stellten dem Kanzler die Mehrheit, ohne daß sich dauernde Beziehungen zwischen ihnen entwickelten. Die nationalliberale Fraktion zerschellte in Stücke. Aber das finanzpolitische Ziel Bismarcks wurde erreicht. Nachdem sich das Reich in den 70er Jahren unter mancherlei

Stößen rasch weiter gebildet hatte, stellte sich zwischen ihm und den Bundesstaaten 1878 durch die Niederlage des Konstitutionalismus wieder ein dem natürlichen Verlaufe der Dinge angemessenes Gleichgewicht her. Seitdem wurde die Aussicht für das Gelingen der Reichsfinanzreform günstiger. Der Kanzler begnügte sich damit, das Reich grundsätzlich auf eigne Einnahmen zu stellen. Im übrigen aber erklärte er sich bereit dazu, Reichs- und Einzelstaatsfinanzen auch künftig im Zusammenhange miteinander zu lassen, weil sonst die Nation in Gefahr geriet, allzu schnell vom Bundesstaat zum Einheitsstaat überzugehen. Sein Zugeständnis wurde durch die Franckensteinsche Klausel im Juli 1879 in Gesetzesform gebracht. Die beständige Wechselwirkung zwischen dem Einnahmewesen des Reiches und der Bundesstaaten, mittelbar auch der Gemeinden, erwies sich trotz des Künstlichen, das der Klausel anhaftete, überwiegend als nützlich und fruchtbar für den Fortschritt der deutschen Finanzpolitik. Erst seitdem brach sich die Einsicht Bahn, welche Bedeutung der Autonomie der einzelstaatlichen Finanzen für die Erhaltung der Einzelstaaten selber zukam.

Bei der Suche nach zweckentsprechenden Einnahmequellen für das Reich hatte Bismarck von vornherein neben Abgaben die Eisenbahnen im Auge gehabt. Da die Abneigung der Mittelstaaten gegen den Erwerb der Bahnen durch das Reich nicht geringer geworden war, wälzte er kurzerhand die politische Aufgabe, die er mit dem Gedanken verfolgte, dem preußischen Staate zu. Im Frühjahr 1879 führte der zum preußischen Eisenbahnminister aufgerückte Maybach die grundsätzliche Zustimmung des preußischen Landtags zum Erwerbe der im Staatsgebiete gelegenen Bahnen herbei. Ein Jahr später war der Erwerb im vollen Gange. Bismarck kargte nicht mit dem Lobe des tatkräftigen Helfers. Was Maybach erreichte, war schon um des unmittelbaren finanziellen Ertrags wichtig genug. Bismarck aber war sich längst klar darüber, daß erst durch die Überleitung der Bahnen in den Staatsbesitz der Erfolg der

Schutzzollpolitik gesichert wurde; er konnte, blieben die Bahnen im Privatbesitz, auf tarifpolitischem Wege neutralisiert werden.

Bis dahin waren Hamburg und Bremen ihres englischen Handels wegen und als wichtige Umschlagplätze von Ausland zu Ausland noch nicht in das deutsche Zollgebiet aufgenommen worden. Aber die an Lösungen reiche Zeit fand auch für die beiden Hansestädte einen Weg, auf dem sie unter Vorbehalt eines beschränkten Freihafengebietes Glieder des deutschen Wirtschaftskörpers werden konnten und mit den Geschicken der nationalen Wirtschaft fortan eng verwuchsen.

Durch den Austrag des Gegensatzes, der zwischen den Liberalen und der Natur der Reichsverfassung bestanden hatte, gewann Bismarck die Freiheit, dem Reichsämterwesen, wie es sich seit 1871 aus rein praktischen Bedürfnissen entfaltet hatte, die Gewähr der Dauer und eine ausreichende Durchbildung zu geben. Über das Bereich bloßer Behördenorganisation griff er aber weit hinaus, als er durch das Gesetz vom 4. Juli 1879 nicht nur ein besonderes Staatssekretariat für Elsaß-Lothringen anordnete, sondern die gesamten staatsrechtlichen Verhältnisse des Reichslandes von Grund aus regelte. In der vorsichtigen Form eines Versuches erschloß er der Reichsprovinz die Möglichkeit, sich zum Bundesstaate zu erheben. Noch sollte sich die Entwicklung nur wie die der Frucht im Mutterschoße, ganz umschlossen und getragen von der Verfassung des Reiches, vollziehen. Die gesamte konstitutive Weiterbildung der elsaß-lothringischen Landesverfassung blieb der Reichsgesetzgebung vorbehalten. Aber alles wurde so angelegt, daß sich bei glücklichem Wachstum der Übergang zur Selbständigkeit wie ein natürlicher Reifeprozeß abwickeln konnte. Da das Staatssekretariat für Elsaß-Lothringen nicht nur wie die andern Staatssekretariate verwaltungstechnisch vom Reichskanzleramt abgezweigt, sondern auch örtlich von Berlin weg verlegt wurde, so empfahl es sich, den Reichskanzler von den Zuständigkeiten, die er bisher als verantwortlicher Leiter aller Reichsgeschäfte

im Reichslande hatte, zu entbinden und sie auf einen eignen Beamten zu übertragen, der dem Staatssekretär nach Straßburg folgen konnte. Die Statthalterschaft, gleichsam ein nach Elsaß-Lothringen verpflanzter Ableger der kanzlerischen Gewalt, wurde aber auch mit der Vertretung des Kaisers in der Ausübung landesherrlicher Befugnisse beauftragt. Wie einst mit dem Amte des Reichskanzlers selbst, wurde hier mit dem Amte des Statthalters, das widerrufliche landesherrliche Rechte und gesetzliche ministerielle Zuständigkeiten in sich vereinigte, ein ganz neuartiges Amt geschaffen, wie dergleichen nur die Verfassung des Deutschen Reiches Bismarckschen Zuschnitts kennt. Die Einrichtung der Statthalterschaft und die Verlegung des Staatssekretariats nach Straßburg gaben der örtlichen Verwaltung das Rückgrat, sich von einer Provinzial- zur Landesverwaltung auszubilden. Schon 1877 war der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen zur Gesetzgebung bevollmächtigt worden. Er wurde durch das Gesetz vom 4. Juli den Kammern der andern Bundesstaaten vollends ähnlich gestellt und erfüllte seitdem alle Verrichtungen einer Landesvertretung. Auch am Bundesrat beteiligte Bismarck das Land, wenngleich einstweilen nur mit beratender Stimme.

Fesselte die Fürsorge für Elsaß-Lothringen den Kanzler an eine Aufgabe der innern Ausgestaltung seines großen Verfassungswerkes im einzelnen und kleinen, so forderte die Fügung der seltsam bewegten Zeit zugleich die erste Entscheidung von ihm, ob das Reich zu überseeischer Politik bereit war. Deutsche Seeleute und Handelshäuser drängten zu kolonialen Niederlassungen und zur Anlage von Stützpunkten der noch jungen und schwachen Flotte. Bismarck griff auch bei dieser Aufgabe zu. Der Nachdruck aber, den er in die andern Aufgaben damals legte, ließ sein Eintreten für sie vermissen. Er nahm es hin, daß sich der Reichstag ihm versagte, sei es, weil die Anfänge gar zu bescheiden oder die Dinge noch gar zu entlegen waren. Dagegen klopfte er, einmal im Zuge schöpferischen Gestaltens,

mit seinem Stabe bald auch an den Fels, aus dem die mächtigste Quelle des innerstaatlichen Lebens seines Landes in der Folge entspringen sollte. Im Juni 1878 machte er dem preußischen Staatsministerium eben die Schutzzollpolitik mundgerecht, als er plötzlich den in der nationalen Publizistik erst dreißig Jahre später durchgedrungenen Gedanken hinwarf, daß die Industrie wirksamen Schutz auch aus sozialpolitischen Gründen brauche, damit der deutsche Arbeiter überhaupt Unterkunft fände. Äußerlich war für den Fürsten 1878 die gleichzeitige Beschäftigung mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch die Attentate Hödels und Nobilings auf den greisen Kaiser gegeben, die dem Berliner Kongreß unmittelbar vorausgingen und den Kaiser während des Kongresses ans Krankenbett fesselten. Innerlich fand die Berührung von dem Augenblick an statt, da Bismarck den Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik nicht mehr in der Entlastung des Besitzes, sondern im Schutze der Arbeit erblickte. Er bezog sich im Reichstag mit Genugtuung auf seinen kurzen Verkehr mit Lassalle, verteidigte einen kleinen Anlauf zur Sozialpolitik, den er in der Konfliktszeit unternommen hatte, und stellte in Aussicht, daß er sich nach Erledigung der in der Lösung begriffenen Aufgaben wiederum der Sozialpolitik annehmen werde. Doch stand der Ausbildung auch der sozialpolitischen Pläne im Wege, daß Bismarck die Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft in Verbindung mit Abwehrmaßregeln erwog, die er seit dem Frühjahr 1878 gegen die Agitation der Sozialdemokratie zu ergreifen entschlossen war. Den ersten Versuch eines „Sozialistengesetzes" hatten ihm die Nationalliberalen schon im Keime erstickt. Aber kaum hatte der aufgelöste Reichstag einen Nachfolger, so wurde den Abgeordneten im September 1878 ein neuer Entwurf vorgelegt. Er nahm schicklichere Rücksicht auf das geltende Recht und das Rechtsempfinden als der erste. Dennoch wurde auch er nur nach Änderungen, die die Waffe abstumpften vom Reichstag genehmigt. Bismarck hatte damals die Meinung, daß sich die

Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie mit der staatserzieherisch wirkenden Fürsorge für den der sozialdemokratischen Agitation noch schutzlos ausgesetzten vierten Stand gegenseitig zu einem System ergänzen sollten. Schon im Laufe des Winters 1878/79 überzeugte er sich, daß er die Unterdrückungsgesetzgebung nicht weiter auszubilden vermochte. Aber dem Entschluß zur Arbeiterfürsorge wurde er deshalb nicht wieder untreu. Ein letztes Schwanken, ob man warten solle, bis die Arbeiter mit Schritten der Selbsthilfe vorangingen, war bald vorüber. Die auswärtige Politik war kaum in das neue Fahrwasser gebracht, die Finanz- und Wirtschaftspolitik vereinbart, so griff der Fürst 1880 die soziale Frage an. Seine Absichten erhielten in der Kaiserlichen Botschaft vom November 1881 ihre unvergänglich edle und tiefe Verkündigung. Die öffentliche Meinung und die politischen Parteien hätten Vorschriften zum Schutze der Arbeiter gegen sittliche und gesundheitliche Gefahren vorgezogen. Bismarck aber wehrte sich dagegen, dem ins Laiische gewendeten caritativen Triebe der Zeit den Staat zur Verfügung zu stellen. Worauf er hinaus wollte, war, von Reichs wegen den kranken oder verunglückten, alten oder arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern Beihilfe zum täglichen Brot zu gewähren. Ihm kam es nicht an erster Stelle auf die soziale, sondern die sozialpolitische Wirkung an. Er meinte sie beim Arbeiterschutz nicht übersehen zu können. Bei der Arbeiterversicherung war er ihrer auf die Länge der Zeit gewiß. Zur Zoll- und Eisenbahnpolitik, auch zu der 1878 begonnenen auswärtigen Politik bildete die Sozialpolitik die notwendige idealistische Ergänzung. Der erst werdende vierte Stand war wie das stehende Heer der deutschen Volkswirtschaft zu werten, von dessen Einordnung in die nationale Gesellschaft die Rückkehr ihres innern Gleichgewichts, von dessen Wachstum die Erweiterung der deutschen Volks- zur Weltwirtschaft und von dessen sich schärfender Intelligenz und sich mehrender Arbeitsbereitschaft letzten Endes die allmähliche Überflügelung der Neben-

buhler Deutschlands in der Weltpolitik abhing. So nötig die freie Regsamkeit ungezählter individueller Kräfte für den Durchbruch des deutschen Volkes in die Weltwirtschaft damals war, die Durchschlagsfähigkeit seiner Anstrengungen in der Weltwirtschaft beruhten zuletzt doch nach angeborener deutscher Volksart auf der Wiederzusammenfassung der einzelnen und der Bewegung der Gesamtheit. Die Eigenart, aber auch die Bewegungsfähigkeit des deutschen Volkslebens hat von je nicht im freien Schalten und Schaltenlassen der Individuen, sondern im Hervortreiben organischer Gebilde, in der Entfaltung der sozialschöpferischen Fähigkeiten des deutschen Volkstums unter Mitwirkung und dank dem Staate bestanden. So schwebte Bismarck die zukünftige Leistung der Sozialpolitik vor. Er drängte dabei in die Spanne weniger Jahre Gedanken und Entwürfe zusammen, zu deren Ausführung es mehr als eines Menschenalters bedurft hätte. Der Staat solle sich, ließ er verkünden, seiner „christlich-sittlichen Pflichten" wieder bewußt werden und „die teilnahmlose Oberaufseherrolle aufgeben". Er traute sich zu, den Reichstag als demokratisches Gebilde wesentlich auf die verfassungspolitischen Interessen einschränken und für die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung einen ständisch gegliederten „Volkswirtschaftsrat" maßgebend machen zu können, zu dem er 1881 den Grund legte. Mit dem Nationalökonomen Schäffle erwog er, die zur Unfallversicherung herangezogenen Berufsgenossenschaften zu entwickeln und dem Reiche an ihnen einen Unterbau örtlicher, in die Tiefe des Volkes hinabreichender Verwaltungszellen zu verschaffen, wie die Bundesstaaten ihn in den Gemeinden besaßen.

Bismarck war damals wie enthusiasmiert, weil sich alle Grundströmungen des nationalen Daseins derart von ihm meistern ließen. Er ahnte, daß er ihnen gleichmäßig die Richtung zum selben Ziele strebender Bewegung gab. Dabei war die Strecke Weges, die der beginnende Tag der Weltgeschichte vor seinen

Augen aufhellte, nur kurz. Flüchtig und noch fast farblos glitten die wenigen Lichter darüber hin. Er suchte auch nicht in das, was sich vor ihm in grauer Dämmerung noch dehnte, seherhaft einzudringen. Niemals sprach er in den größern Reden jener Jahre Vermutungen aus. Mit der Selbstzucht des echten Staatsmannes begründete er seine Politik lediglich aus den Bedingungen der Gegenwart. Darauf aber war er um so mehr bedacht, die Fäden, die im Leben jedes gesunden Volkes die Vergangenheit mit der Zukunft verbinden sollen, nicht durch seine Maßnahmen abreißen zu lassen. Er beschwor den friderizianischen Bauernschutz zur Rechtfertigung der Sozialpolitik und das preußische Zollgesetz von 1818 als Vorbild seiner Wirtschaftspolitik herauf. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn hätte er gern auf die Formel des einstigen Deutschen Bundes gebracht. So rundet sich das Bild seiner staatsmännischen Größe über der schöpferischen Tätigkeit der Jahre 1878 bis 1880 vor unsern Augen völlig ab. Mit beiden Füßen steht er auf dem Boden der geschichtlichen Vergangenheit der deutschen Nation und des preußischen Staates, sowie auf dem Boden der erweislichen Bedürfnisse seiner Tage. Sein Haupt aber erhebt sich über die Wolken, und ahnenden Geistes führt er sein Volk auf die Wege einer größern Zukunft hinüber.

3. Bismarcks Ausgang

Bismarck durfte, nachdem er sein Volk gesammelt und aus der Abhängigkeit fremder Völker befreit hatte, das Land der Zukunft seines Volkes nicht nur schauen, sondern die Seinen auch noch dorthin begleiten, die Richtlinien der weitern Entwicklung abstecken, die Eck- und Grundsteine der neuen Einrichtungen legen. Er war glücklicher als Moses. Aber damit erschöpften sich doch auch seine Kräfte. Der Kanzler hat nach der erstaunlichen zweiten Blüte seiner staatsbildenden Kraft, die im Leben der großen Staatsmänner ohne Beispiel dasteht, noch ein Jahrzehnt lang das Steuerruder des Reiches und Preußens in Händen behalten. Aber wenn er gleich gewaltig in seinem Tun blieb und dem Vaterlande noch große Dienste leistete, so förderte er in den 80er Jahren die nationale Entwicklung dennoch nicht mehr wesentlich über die 1880 erreichte Stufe hinaus. Nebel zogen sich wieder zusammen, nachdem der junge Tag eben erst sein frühes Licht über die Erde gestrahlt hatte.

In der auswärtigen Politik bekamen die Einwände gegen das Bündnis mit Österreich-Ungarn und seine weltpolitischen Folgen in Bismarcks Überlegungen wieder die Oberhand. Wie sie sich schoben und stießen, geht aus den beiden letzten großen Kapiteln allgemeinen Inhalts in den „Gedanken und Erinnerungen" packend hervor. Bismarck wollte Deutschland noch einmal mit aller Kraft an Mitteleuropa binden. Von jeher war Rußland der Angelpunkt seiner Ansichten über die in Europa innezuhaltende preußische Politik gewesen. Er hatte sich 1879 davon entfernt und sann nun darauf, wie er, ohne Österreich-

Ungarn preiszugeben, den Anschluß an Rußland wiederzugewinnen vermöchte. Die 1815 ausgebildete Zusammengehörigkeit der drei Ostmächte blieb eben doch bei seiner Herkunft aus dem Gerlach-Manteuffelschen Kreise die Grundlage, von der aus er die Beziehungen der europäischen Großmächte zueinander am liebsten konstruierte. Er kehrte, obwohl ein anderer, nur zu seiner ersten Liebe zurück. Da in Österreich-Ungarn Andrassy gleich nach dem Abschluß des Bündnisses zurückgetreten war, stieß Bismarck dort auf keinen unüberwindlichen Widerstand, wenn er auf eine möglichste Beruhigung Rußlands hinarbeitete. Im Jahre 1884 trafen sich die drei Kaiser in Skiernewice. Es wurden wieder vertragliche Beziehungen sowohl zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wie zwischen Rußland und Österreich-Ungarn angeknüpft. Aussicht auf Dauer hatten die Beziehungen freilich nur, solange sich die deutsche Politik in Mitteleuropa einspann und unter ihrem Einfluß auch die österreichisch-ungarische Politik in der Wahrnehmung ihrer Balkaninteressen äußerste Enthaltsamkeit übte. Die gleiche Bedingung galt für die Aufnahme Italiens in das Bündnis, die Anfang der 80er Jahre nach der Niederlassung der Franzosen in Tunis erfolgte. Anders denn als reiner Friedensbund war der Dreibund nicht haltbar. Dafür waren die Interessengegensätze zwischen Italien und Österreich-Ungarn im Mittelmeer zu stark und Italien bei der verhältnismäßig geringen Entwicklung seiner militärischen Kräfte der Vergeltung Englands und Frankreichs zu empfindlich ausgesetzt. Tatkräftige Männer, Reisende und Kaufleute, stellten 1884 und 1885 den Kanzler vor die Frage, ob das Deutsche Reich im Wettbewerb mit Frankreich, England und Rußland, die seit 1878 ihrer Kolonialpolitik eine gewaltige Ausdehnung gaben, ebenfalls zu einer Kolonialpolitik breitern Umfanges bereit sei. Er ließ die wackern Pioniere eines größern Deutschland zwar nicht im Stiche. Er zeigte auch England, als es die neuen Nachbarn jenseits der See sofort wieder davonzuscheuchen versuchte, trotzig die

Zähne. Aber er wünschte doch die koloniale Betätigung der Nation in den Grenzen der Erfüllung rein wirtschaftlicher Aufgaben zu halten. Er verweigerte dem Kaufmann, der voranging, nicht den Schutz des Reiches, wollte jedoch nicht selbst die Fahne ergreifen, um für das Reich eine Kolonialpolitik nach weltpolitischen und entsprechend auch strategischen Gesichtspunkten einzuleiten. Das andere Machtmittel aller Weltpolitik, die Flotte, ließ er vollends auf der niedrigen Stufe, auf der sie sich befand. Und so beurteilte er auch die Annäherung Frankreichs und Rußlands, die in der Mitte der 80er Jahre unaufhaltsam wurde, ausschließlich auf die Rückwirkung hin, die davon die deutsche Nation erleiden konnte. Schon ein Menschenalter früher hatte er sie als gewiß angekündigt. Sah er ihr damals allzu getrost entgegen, so wehrte er sich jetzt nicht ohne Übertreibung gegen den Zweibund. Daß der Zweibund, wenn er erst das Gleichgewicht auf dem Festlande gegen den Dreibund hergestellt hatte, durch die weltpolitischen Interessen der beiden Mächte fern von Mitteleuropa seinen Schwerpunkt finden könnte, der Gedanke schlug in Bismarck nicht durch. Er berechnete nur den Druck, den Rußland und Frankreich vereint auf Deutschland auszuüben vermochten und sah sein Land zwischen zwei Feuern. Jeder Ansatzpunkt war ihm recht, von dem aus er dem Verhängnis noch zu steuern hoffte. Deshalb hatten wohl auch die strengen, zum Teil gewaltsamen Maßregeln, die er seit 1884 bis 1887 gegen die Polen der östlichen Provinzen Preußens ergriff, in Überlegungen seiner russischen Politik ihren letzten Grund. Er versprach sich von ihnen ebensosehr einen nützlichen Eindruck auf die Regierung des Zaren, mit der Preußen seine Polenpolitik seit langem in Übereinstimmung zu halten pflegte, wie er polnischen Feindseligkeiten zuvorkommen wollte. 1883 bis 1886 erwies er den Russen auch in Bulgarien seine guten Dienste, obwohl er dadurch zum Sturze eines deutschen Fürstensohnes vom bulgarischen Throne beitrug. 1887 schloß er in Ausbildung der 1884 eingefädelten

Beziehungen mit Rußland einen Sondervertrag, woraus er nach seiner Entlassung ein Bruchstück veröffentlichte, und den er selbst als Rückversicherungsvertrag bezeichnete. Die beiden Reiche verpflichteten sich, neutral zu bleiben, wenn eins von ihnen von einer dritten Macht angegriffen werde. Unbekannt ist noch heute, ob Österreich-Ungarn von Bismarck unterrichtet wurde, und wie das Übereinkommen mit dem Vertrag von 1879 in Einklang gebracht war. Frankreich suchte der Kanzler teils durch freundliche Handreichungen in der Kolonialpolitik, teils an einer entlegenen, aber vielleicht nicht unwirksamen Stelle durch ein besonders gewagtes Spiel zurückzuhalten. Er hatte 1878 und 1879 diplomatische Besprechungen mit der Kurie unterhalten, die nicht so sehr eine Beendigung des Kulturkampfes bezweckten, als den Papst daran hindern sollten, der Vorbereitung des deutsch-österreichischen Bündnisses an den katholischen Höfen Schwierigkeiten zu bereiten. In den unmittelbar folgenden Jahren wurde über einen Waffenstillstand zwischen Staat und Kirche verhandelt. Einen Friedensschluß unter Aufhebung der kirchenpolitischen Gesetze wies Bismarck noch von sich. Weder waren der Papst und die deutschen Katholiken mit ihm einverstanden, noch unterstützten die politischen Parteien den Kanzler im Landtag. Er milderte trotzdem aus freien Stücken die kirchenpolitische Praxis bis 1884 nicht unerheblich. Von da an arbeitete er auf den Frieden hin. 1885 wurde die Welt von der Kunde überrascht, daß Bismarck den Schiedsspruch Leos XIII. in einem Streite mit Spanien über den Besitz der Karolineninseln anrief. Bismarck beobachtete mit Genugtuung, welchen außergewöhnlichen Eindruck seine Bitte auf das Gemüt des Papstes machte. Ende 1886 lud er Leo ein, Meinungsverschiedenheiten beizulegen, die über der Anforderung neuer Rüstungsmittel zwischen ihm und der Zentrumspartei entstanden waren. Er begründete sein Ersuchen damit, daß der Schritt des Papstes der Erhaltung des europäischen Friedens dienen und die Vermittlung daher eine das Papsttum verherrlichende Tat

im Dienste des Weltfriedens sein werde. Kurz darauf regte sich im Vatikan der Wunsch, gleich allen weltlichen Regierungen einen eignen Gesandten zur 90jährigen Geburtstagsfeier Wilhelms I. am 22. März 1887 abzuordnen. Der Kanzler ging mit Eifer auf den Wunsch ein. Er wußte, wie sehr dem Herrschergeiste Leos XIII. die Huldigungen schmeichelten, durch die der mächtige Staatsmann das päpstliche Ansehen unter den weltlichen Regierungen wieder erhöhte. Um aber den vollen Ertrag aus seiner Rechnung auf die Dankbarkeit des Papstes zu ziehen, mußte Bismarck den Standpunkt aufgeben, daß für Preußen im Kulturkampfe nur ein Waffenstillstand annehmbar sei. Unterstützt von dem Hildesheimer Bischof Georg Kopp, den er 1887 als Fürstbischof nach Breslau brachte, und von dem italienischen Prälaten Galimberti, einem glühend ehrgeizigen Manne, verhandelte der Kanzler mit Leo XIII. über den kirchenpolitischen Frieden. Er gestand zwar nicht eine vollständige Aufhebung der Kulturkampfgesetze zu, aber was er davon fallen ließ, glaubte der Papst doch als einen Zugang zum Frieden bezeichnen zu können. Bismarck gab um so eher nach, als Leo XIII. von seinen rein religiösen und kirchlichen Gesichtspunkten aus nicht auf der Wiederherstellung der 1875 aufgehobenen Artikel der preußischen Verfassung bestand. Den Lohn für seine internationalen Freundlichkeiten und den Rückzug im Kulturkampf suchte der Kanzler in der Einbeziehung der Kurie in die Kreise des Dreibundes, um sie gegen Frankreich zu gebrauchen. Der Botschafter der französischen Republik beim Vatikan arbeitete daran, durch eine Einmischung des Heiligen Vaters den endlichen Anschluß der französischen Katholiken an die republikanische Staatsform herbeizuführen. Frankreichs Einheit und Ansehen, auch seine Bündnisfähigkeit konnte dadurch nur gewinnen. Bismarck befürchtete aber weiter noch, daß die französischen Politiker die Kurie zur Förderung der republikanischen Bewegung in Italien beredeten. Sie mochten den Politikern des Vatikans vorspiegeln, daß ein Sturz der

savoyischen Dynastie am ehesten die Gelegenheit zur Wiederherstellung des Kirchenstaates schaffen werde. Ein republikanisches Italien hatte seinen natürlichen Platz an der Seite Frankreichs. Frankreich wurde im Rücken frei. Alsbald brachte Leo XIII. die Zukunft des Kirchenstaates auch bei Bismarck zur Sprache. Bismarck hielt den Papst zunächst hin. Die Italiener merkten auf und arbeiteten dann auf jede Art in Rom wie in Deutschland gegen den Plan. Ende der 80er Jahre entfernte sich die Kurie wieder vorsichtig von der deutschen Politik. Frankreich blieb der Sieger.

Inzwischen hatten das Deutsche Reich, Frankreich und Rußland 1887 und 1888 durch das Emporkommen des revanchelüsternen Generals Boulanger in Frankreich und durch die Leidenschaften der öffentlichen Meinung des Zarenreiches dicht vor einem Kriege gestanden. Im Unmute darüber hätte Bismarck beinahe in Elsaß-Lothringen, als die Reichstagswahlen des Jahres 1887 dort durchweg Gegnern seiner Politik zum Siege verhalfen, die noch zarten Ansätze zur staatlichen Selbständigkeit wieder zerdrückt und das Land Preußen unterworfen.

Richtete sich aber gleich die Bismarcksche Politik in den 80er Jahren nicht auf die Möglichkeit einer gänzlichen Neugruppierung der Mächte durch die Weltpolitik ein, so fehlte es ihr doch selbst in dieser Zeit des Rückschlags gegen die kühnen Entschlüsse des Jahres 1879 nicht an Linien, die in die Zukunft führten. Trotz der ihm immer wieder aufsteigenden Bedenken stellte Bismarck das Bündnis mit Österreich-Ungarn nie wieder in Frage. Gegen England aber verhielt er sich abwartend. Kühl und zuverlässig schätzte er das gegenseitige Verhältnis seines und des englischen Staates ab. England war noch nicht Gegenstand seiner Politik. So weit war die Entwicklung noch nicht gediehen. Dagegen mahnte Bismarck außeramtlich mit wachsendem Nachdruck, daß das Reich auf der Hut vor England sein möge. Ihren literarischen Niederschlag fanden seine Besorgnisse, sobald er nicht mehr Kanzler war, in den „Gedanken

und Erinnerungen" sowie in den Weisungen für die „Hamburger Nachrichten". Programmatische Bedeutung haben vor allem die Sätze, die er in seinen Aufzeichnungen beim Rückblick auf die Anfänge seiner diplomatischen Laufbahn und auf seine erbitterten Kämpfe mit der englandfreundlichen und die Russen hassenden Partei Bethmann-Hollweg niederschrieb. Er höhnt über die Absichten, Rußland zu zerstückeln, die Ostseeprovinzen, ja Petersburg den Preußen und Schweden zu geben, auch ganz Polen den Russen zu nehmen und zu guter Letzt noch den Rest durch eine Teilung zwischen Groß- und Kleinrussen zu zersetzen. „Aus dieser Theorie wurde die Notwendigkeit der Pflege des natürlichen Bündnisses mit England entwickelt, mit dunklen Andeutungen, daß England, wenn Preußen ihm mit seiner Armee gegen Rußland diene, seinerseits die preußische Politik fördern würde. Die Frage, ob Palmerston oder ein anderer englischer Minister geneigt sein würde, englische Interessen auf dem Altar der deutschen Einheitsbestrebungen zu opfern, diese Frage bis ans Ende durchzudenken, fühlte niemand den Beruf. Mit diesen kindischen Utopien spielten sich die zweifellos klugen Köpfe der Bethmann-Hollwegschen Partei als Staatsmänner aus, hielten es für möglich, den Körper von 60 Millionen Großrussen in der europäischen Zukunft als ein caput mortuum zu behandeln, das man nach Belieben mißhandeln könne, ohne daraus einen sichern Bundesgenossen jedes zukünftigen Feindes von Preußen zu machen."

In der innern Politik quälte den Fürsten bis 1885 beständig die Enttäuschung, daß sein Plan eines Abbaus der direkten Steuern in den Bundesstaaten und der Vermehrung der indirekten Abgaben von den Parlamenten von Jahr zu Jahr unfreundlicher zurückgewiesen wurde. Er führte einen erbitterten, eine Zeitlang großen Kampf darum. Dabei schleppte er aber den Plan in sich selbst nur wie totes Gut mit sich fort. Er änderte und verbesserte ihn nicht, entwickelte ihn nicht zu größerer Reife. Der Reichsgedanke hatte nach 1875 wieder

durch Bismarcks eigne Reformtätigkeit der Jahre 1878 und 1879 maßvollere Formen angenommen. Dennoch kam der Fürst immer wieder darauf zurück, daß die Bundesstaaten Kostgänger des Reiches werden müßten. Auch wiederholte er, nur mit einer Zuspitzung auf das agrarische Interesse, fortwährend die Forderung einer Entlastung des Besitzes; und doch hatte der Besitz, wiederum unter dem Antrieb Bismarcks, längst aufgehört, das Schoßkind der öffentlichen Meinung zu sein. Hingegen arbeitete der Fürst gar nicht oder nicht durchschlagend heraus, was an wirklich guten Gründen für seine Absicht sprach. Im Deutschen Reiche konnte kein Gemeinwesen mehr auf Erwerbseinkünfte verzichten, wollte es nicht stets in neue finanzielle Bedrängnis geraten. Die Eisenbahnen waren verstaatlicht. Danach kam für das Reich nur noch der Monopolbetrieb einzelner großer Produktionszweige der einheimischen Volkswirtschaft in Betracht. Bismarck dachte mit Grund an den Tabak oder den Branntwein. Ebenso wichtig war es, den Gemeinden rechtzeitig von Reichs oder Staats wegen finanzpolitisch zu Hilfe zu eilen, da ihrer unter allen Selbstverwaltungsorganen die größten Aufgaben im nächsten Menschenalter harrten. Auch hier tastete Bismarck auf dem richtigen Wege. Aber kein einziges Mal brachte er, worauf es ankam, mit der Meisterschaft heraus, die ihm in Zeiten voller schöpferischer Kraft eigentümlich gewesen war.

Der Mißerfolg seiner Finanzpolitik lenkte den Kanzler schon früh darauf, auf eine Erhöhung der Schutzzölle um ihres Ertrags willen zu sinnen. Anfangs stieß er selbst damit auf den Widerspruch des Reichstags. Um so beredter verteidigte er aber vor der öffentlichen Meinung den Erfolg des wirtschaftspolitischen Umschwunges, den er 1879 herbeigeführt hatte, und er machte damit Eindruck auf die Nation. Nur in einem Punkte erklärte er die Wirkung der Wirtschaftspolitik für unbefriedigend. Die Getreidezölle seien zu gering, um eine schutzzollpolitische Wirkung von Belang auszuüben. Die Mehrheit

der Bevölkerung schloß sich ihm auch darin an. 1885 pflichtete der Reichstag einer Ausbildung der Getreidezölle, 1887 ihrer erheblichen Erhöhung bei. Nun erst waren die vollen Folgerungen aus der Wendung gezogen, die Bismarck im Vorsommer 1878 eingeleitet hatte.

Für die Zukunft der Nation fiel aber ebenso schwer in die Wagschale, daß der Kanzler nicht rastete, bis auch die großentworfene Versicherungsgesetzgebung für die Arbeiter über alle Widerstände der Bureaukratie und der Industrie hinweg und trotz aller Zögerungen im Reichstag unter Dach und Fach gebracht und unter die Obhut eines besondern Reichsversicherungsamtes gestellt war. 1889 wurde ihr letztes Glied, die Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit und für die Jahre des Alters, angenommen. Unterbau und Gerüst der deutschen Sozialpolitik standen aufrecht da, ohne die sie für die Nation niemals leisten konnte, was sie inzwischen geleistet hat. Nebenher ging ein beständiger Streit Bismarcks mit den Parteien des Reichstags, die den Hauptton auf den Arbeiterschutz statt auf die Versicherung zu legen verlangten. Bismarck widersetzte sich ihnen um so hartnäckiger, je breiter die gegen ihn andringende Strömung im Reichstage wurde. Wie ein Damm stand er ausgangs der 80er Jahre da, dessen Krone die unaufhörlich steigenden Fluten schon netzen, und über den sie jeden Augenblick hinwegzuschießen drohen. Nicht nur die Meinungsverschiedenheiten über den Arbeiterschutz verdarben es damals zwischen ihm und den Gewählten des Volkes. Gleich nach 1880 hatte die Finanzpolitik beide Teile gegeneinander ins Feld gestellt. Dann war es die Sozialpolitik in beständigem Wechsel mit Rüstungsfragen oder verfassungsrechtlichen Launen des Kanzlers. Er vermochte an die Stelle der liberalen Mehrheit der 70er Jahre keine neue Mehrheit zu setzen. Fand er sich gelegentlich bei einer Vorlage mit dem Zentrum zusammen, so erwies sich doch regelmäßig der Gegensatz zwischen Windthorst und ihm als zu persönlich und als zu fest verankert, als daß ein Beieinanderbleiben

möglich war. Am wildesten tobten die Kämpfe in dem Reichstag von 1884 bis 1887. Bismarck schaffte ihn sich vom Halse, als die Linke und das Zentrum das schon zweimal bewilligte Septennat für die Heeresausgaben nicht zum drittenmal genehmigten. Sein unverhohlener Wunsch war seit 1875 stets eine Mehrheit aus den Freikonservativen und Nationalliberalen unter Hinzutritt der äußersten Rechten gewesen. Die Nationalliberalen hatten sich mittlerweile unter Miquels Vortritt im Jahre 1884 reorganisiert und wieder an Bismarck angeschlossen. Die Neuwahlen erfüllten dem Kanzler seine Hoffnung. Aber kaum hielt er in Händen, wonach er verlangt hatte, so entfiel es ihm wieder. Bismarck kam auch mit dem neuen Reichstag nach kurzer Zeit nicht weiter als mit dem alten. Sein geistiger Zuschnitt war nie mit dem Getriebe konstitutioneller Kammern verträglich gewesen. „Ich bitte, einer Reizbarkeit unter Umständen etwas zugute zu halten, ohne die ich anderseits nicht imstande wäre, Ihnen und dem Vaterlande Dienste zu leisten." So sagte der Kanzler am 3. Juni 1871 zum Reichstag. Mit einem solchen Worte, demütig zugleich und des eignen Wertes bewußt, vermochte er vielleicht einmal seine Gegner für eine Stunde zu entwaffnen, nicht sein Verhältnis zu ihnen zu ändern. Denn was dem Volke selbst nirgends abgeht, das Organ für die Schätzung der starken und reichen Persönlichkeit, mangelt seinen Vertretungen völlig. Indessen lag auch hier nicht alle Schuld auf einer Seite. Im September 1877 plauderte Bismarck mit dem Grafen Andrassy davon, daß er „wie ein Fuchs, wie ein Schlaukopf erster Klasse behandelt" werde. „Die Wahrheit aber ist, qu'avec un gentleman je suis toujours gentleman et demi, et que quand j'ai affaire à un corsaire, je tâche d'être corsaire et demi." Mitten in den Tagen seines willigsten Zusammengehens mit den Liberalen hatte Bismarck in vertraulichem Briefe am 2. Dezember 1873 an denselben Grafen Andrassy geschrieben: „Ich gehe nun in wenigen Tagen den chronischen Leiden parlamentarischer Tätigkeit entgegen

und bitte Gott, daß er mich mit dem Panzer der Geringschätzung gegen die Ansichten meiner Mitmenschen redlich ausrüste, dessen ein konstitutioneller Minister zu seinem Gewerbe bedarf. Unsere Gegner sind uns durch den Mangel an Erziehung und an Geschäftskunde, an Wohlwollen und an Vaterlandsliebe und durch den Vorteil, daß sie keinem Lande und keinem Monarchen, sondern nur sich selbst und der Partei zu dienen brauchen, so unendlich überlegen, daß der Kampf ein sehr ungleicher ist. Aber er muß gefochten werden."

Volksvertretungen haben im deutschen Staatsleben noch keine so entwickelte Geltung, daß sie einen Mann wie Bismarck von seiner Stelle drängen konnten. Am 9. März 1888 ging jedoch Kaiser Wilhelm I., abberufen von dem Richter über Leben und Tod, von der Seite des Ministers. Hatte er sich gegen Bismarcks Ernennung ein Vierteljahrhundert zuvor zähe gesträubt, so war nachher sein Wille unbeugsam geworden, ihn nicht mehr vom Steuer des Staatsschiffes wegtreten zu lassen. Der Herr und der Diener hatten oft miteinander hart und lange um ihre Meinung gerungen. Aber seit der König wußte, was er an dem Charakter seines Beraters besaß, verstand er ihn zu halten und sich dennoch selbst zu behaupten. Ohne Zweifel war der Diener der schöpferische Geist im Zusammenwirken der beiden Männer. Jedoch auch König Wilhelm war groß auf seine Art, wie er das Tun des Recken, den er sich zugesellt hatte, begriff und würdigte, wie er bremste, wo Bismarck, allein gelassen, alles zerschmettert hätte, und wie er seine eigne Meinung, zumal in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, neben der Bismarcks und zuweilen gegen ihn zur Geltung brachte. Mehr als einmal stützte er Bismarck in entscheidenden Augenblicken oder ebnete ihm die Wege. Jederzeit deckte er ihn. Mit Kaiser Wilhelm II. übernahm nach der kurzen Herrschaft Friedrichs III. ein neues Geschlecht die Regierung und heischte von dem Kanzler, daß er sich beugte. Der alte Fürst und der junge Kaiser hatten nicht nur in den einzelnen Ansichten, sondern in der Art zu denken

und sich zu geben, nichts miteinander gemein. Zwei starke Persönlichkeiten trafen aufeinander. Ihr Gegensatz in der Einschätzung der auswärtigen Lage und in der Wertung des Arbeiterschutzes trieb im Frühjahr 1890 den Kanzler aus dem Amte. Am Vorabend des Sturzes hatten Bismarck und Windthorst noch miteinander verhandelt, ob sie fortan zusammenwirken könnten. Der Lauf der Dinge aber war dadurch nicht mehr geändert worden. Der Eindruck des Ereignisses auf die ganze Welt war ungeheuer. Selbst einem politischen Gegner Bismarcks, wie Windthorst es war, der so oft den Sturz Bismarcks gewünscht hatte, schüttelte bange Sorge das Herz, was denn wohl aus Deutschlands äußerer Politik werden sollte.

Acht Jahre hat Bismarck noch, heimgekehrt zum Lande, als Landedelmann bald in Varzin, bald im Sachsenwalde zu Friedrichsruh gelebt. Sein erstes Anliegen dort waren die „Gedanken und Erinnerungen", die seine Umgebung ihm halb und halb entlockte, deren Redaktion er dann aber aufmerksam besorgte. Wie er bei allem, was er sagte und schrieb, einen bestimmten Zuhörer vor Augen hatte und auf ihn wirken wollte, so wandte er sich in seinen Aufzeichnungen an die Gebildeten der Nation und trug der deutsch-nationalen und liberalen Färbung der Ansichten ihrer Mehrzahl mannigfach Rücksicht. Etliches schilderte er auch unwillkürlich nicht getreu, weil es sich in seinem Gedächtnis verschoben hatte. Trotz dieser Mängel ist das Werk in der deutschen Literatur ohne Vergleich im Flusse der Erzählung meisterlich, in dem Gehalt an politischer Einsicht nicht zu erschöpfen. Ganz andrer Art war die langjährige Mitarbeiterschaft, die Bismarck noch den „Hamburger Nachrichten" widmete. Es sind Erzeugnisse, für den Tag bestimmt, wesentlich der Kritik an den Nachfolgern des Fürsten geweiht, dem Fluche der journalistischen Anonymität nicht immer entgangen. Der Leser muß tiefer in ihnen als in den „Gedanken und Erinnerungen" schürfen, um auf Gold zu stoßen. Gräbt er tief genug, findet er auch an dieser Fundstelle seinen reichlichen

Lohn. Schwer, allzu schwer konnte sich Bismarck darin finden, nicht mehr das Heft in den Händen zu haben, leben zu müssen und nicht mehr leiten zu können. Schon in dem angehenden Staatsmanne der 50er Jahre waren Leidenschaft und Groll oft übermächtig geworden, wenn er in Frankfurt tatenlos die Dinge treiben lassen mußte. Nach seiner Entlassung trat das Titanische seines Wesens in dem Greise vollends hervor. Allmählich jedoch wurde sein Zorn stiller. 1894 starb seine Frau. Er verlor den eignen Herd, wie er 1890 um seine Tätigkeit im Staate gekommen war. Es blieb ihm nur die ewige Heimat seiner Seele und der Gott, den er ein halbes Jahrhundert zuvor beim Eintritt in das Mannesalter über sich anerkannt hatte. Am 30. Juli 1898 schied er zu ihm von hinnen.

„Bismarck ist vor allem andern ein Mensch, ein Mann." So hatte Ludwig v. Gerlach von ihm geschrieben, als sie schon in voller Entfremdung voneinander begriffen waren. Das Wort Gerlachs zeichnet nicht nur Bismarcks Art, sondern auch den äußern Verlauf seines Lebens. Wie in mächtigem Wogenschlage rauschte es vorüber: lange Wellentäler, übermenschlich hohe Wellenberge. Gab sich aber der Kanzler vor dem Ausgange Rechenschaft über den Ertrag dieses Lebens voll innerer Unruhe, voll heftiger Leidenschaft, voll ausmergelnder Arbeit und hoher Sehnsucht, so durfte er sich wohl wiederholen, was er im Februar 1881 dem Reichstag zugerufen hatte. Vielleicht habe er zuweilen geirrt, niemals habe er das nationale Ziel aus den Augen verloren. Es sei ihm immer an erster Stelle auf die Nation angekommen, auf ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, ihre Organisation in der Weise, „daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können." „Von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der Nation da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe." Noch wandte sich zu Bismarcks Zeit die gesammelte Kraft des deutschen Volkes erst allmählich und zögernd wider den Feind, der uns am meisten Bismarcks Verdienste um unser staatliches Dasein neidete, wider England.

Wie aber große Kunst dem Leben oft voraneilt, so hat es sich gefügt, daß von den ungezählten Denkmälern, die Dankbarkeit dem ersten Kanzler schon errichtete, das einzige großen künstlerischen Wurfs in Hamburg an den Ufern der Elbe ihm getürmt wurde. Aller vergänglichen Züge entledigt, zur Bedeutung eines Symbols gesteigert, der Roland des Deutschen Reiches, schaut Otto v. Bismarck dort über das Meer gen England hin. Zusammengefaßt ist in ihm alle Kraft, die er aus dem Boden Preußens und des deutschen Staatslebens zog, und die er hinwiederum dem preußischen Staate und der deutschen Nation mitteilte. Das Bewußtsein dessen, was er leisten durfte, leuchtet um ihn. So ragt er, in den Stein gebannt, empor, der Schmied der deutschen Einheit, der Führer unseres Volkes über die Schwelle der neuen Zeit, zu der es sich nunmehr im furchtbaren Kriege den Eintritt endgültig erkämpfen muß. Bismarcks Hände haben der Nation den Weg bereitet. Sein Geist steht über der Nation in diesem Streite. In neuern Zeiten hatte sie nie einen gewaltigern, nie einen bessern Steuermann ihrer Geschicke. Darüber ist sie sich heute einig, nachdem das Menschliche in ihm mit seiner Inbrunst, aber auch mit dem Rauhen und Kantigen verklungen ist. Die Erinnerung an Otto v. Bismarck stärkt in der Nation die Zuversicht des endlichen Sieges.

Dr. Martin Spahn

Im Kampf um unsere Zukunft

Inhalt:

M. Gladbach 1915
Volksvereins-Verlag GmbH.

Preis 60 Pf.